ÖVP

övp08+

08

Tätigkeitsbericht zum 34. a.o. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei

Sondernummer 5A/2008
austriaplus

INHALT

05 | Geleit

06 | Generalsekretariat
18 | Parlament
46 | Europa

Teilorganisationen

60 | Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund
63 | Österreichischer Bauernbund
68 | Österreichische Frauenbewegung
70 | Junge ÖVP
76 | Österreichischer Seniorenbund
83 | Österreichischer Wirtschaftsbund

Landesparteien

85 | Burgenland
86 | Kärnten
90 | Niederösterreich
93 | Oberösterreich
98 | Salzburg
101 | Steiermark
103 | Tirol
105 | Vorarlberg
108 | Wien

Zweckorganisationen

109 | Politische Akademie der ÖVP
114 | Karl von Vogelsang-Institut
118 | Friedrich Funder Institut
120 | Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung
125 | Julius Raab Stiftung – Zentrum für soziale Marktwirtschaft
126 | Kommunalpolitische Vereinigung
130 | Dr. Karl Kummer Institut

133 | Chronik

Impressum: „austria plus, das Österreichmagazin der Österreichischen Volkspartei". *Herausgeber:* Österreichische Volkspartei Bundespartei; *für den Inhalt verantwortlich:* DI Hannes Missethon; *Redaktionelle Koordination:* Vera Schmitz; *Redaktion und Fotocredits dieser Ausgabe:* die jeweilige Organisation; *Grafik und Layout:* Gudrun Scherrer; *Bildbearbeitung:* Denise Pölzl; *Adresse:* 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7, Telefon: +43 (1) 40 126-410, Fax: DW 429, E-Mail: service@oevp.at, DVR: 0076520; *Cover:* Headquarter; *Hersteller:* Holzhausen Druck & Medien GmbH, 1140 Wien, Holzhausenplatz 1; *Verlag und Medieninhaber:* Alpha Medien Service Ges.m.b.H., 1010 Wien, Rathausstraße 10, FN 46379 f, HG Wien; *Geschäftsführung:* Michael Fischer, Dr. Michael Sachs; *Anzeigenleitung, Produktion, Vertrieb:* Prok. Karl Fischer, 1010 Wien, Rathausstraße 10, Telefon: +43 (1) 409 55 37-260, Fax: DW 269, E-Mail: redaktion.ap@alpha-medien.at; *Bankverbindung:* RLB NÖ/Wien, *BLZ:* 32000, *Kontonr.:* 6.801.518; P.S.K., *BLZ.:* 60000, *Kontonr.:* 1.704.312; *Erscheinungsort:* Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Z.Nr.: GZ 02Z030534 M; Gerichtsstand ist das für Wien örtlich und sachlich zuständige Gericht.

Der Bundesparteitag der ÖVP wird organisiert in Kooperation mit dem ÖVP-Parlamentsklub.

Bundesparteiobmann Wilhelm Molterer

Die ÖVP ist die Partei, die Verantwortung für Österreich übernimmt, und sie hat in den letzten beiden Jahren den Weg Österreichs entscheidend mitgestaltet.

Die ÖVP schaut drauf.
Dank der ÖVP ist Österreich heute einer der attraktivsten Wirtschaftsstandorte. In den letzten beiden Jahren haben wir die Wirtschaft noch stärker gemacht: Durch die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten auf 72 Stunden, die Umsetzung des Flexecurity-Prinzips und der Streichung der Verwaltungsabgaben bei Unternehmensgründungen.
Die ÖVP war ausschlaggebend daran beteiligt, dass die Arbeitslosigkeit 32 Monate in Folge gefallen ist. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat die ÖVP die Arbeitslosenversicherung für freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer und die Verlängerung der Hacklerregelung umgesetzt.

Die ÖVP macht sicher.
Die ÖVP hat auch eine Vielzahl sozialer Maßnahmen gesetzt: Eine finanzierbare Lösung für die 24-Stunden-Pflege inkl. den Entfall der Vermögensgrenze, ein praktikables Hausbetreuungsgesetz für sichere und verlässliche Pflege, die doppelte Familienbeihilfe im September, die vorgezogene Pensionserhöhung 2009 und die Obergrenze für Rezeptgebühren.
Wir haben besonders die Familien unterstützt, indem wir die Förderung von Mehrkindfamilien erhöht, das Kinderbetreuungsgeld flexibilisiert und die Zuverdienstgrenze angehoben haben.
Die ÖVP schaut bei Problemen hin – nicht weg. Daher haben wir ein neues Sicherheitspolizeigesetz erlassen und die Einführung der Sexualstraftäterdatei forciert.

Die ÖVP hilft.
Auf Betreiben der ÖVP gab es eine Reihe von Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger, die ihnen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bares Geld spart: Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Gebührenstopp inkl. Gebührenbefreiung für Geburten, Erhöhung des Kilometergeldes und zweimalige Erhöhung des Pendlerpauschales sowie die Senkung bzw. Abschaffung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages für Einkommen unter 1.350 Euro.

Leider ist es uns in der letzten Nationalratswahl 2008 nicht gelungen, die Wählerinnen und Wähler von der Politik der ÖVP zu überzeugen. Das ist heute eine Enttäuschung für uns, für die Zukunft aber die zentrale Herausforderung, es besser zu machen! Daran arbeiten wir: Schon mit dem Perspektivenprozess haben wir die Grundlage gelegt für eine inhaltliche Neuausrichtung der ÖVP. Die alltäglichen Lebensrealitäten der Menschen werden im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Wir müssen die Menschen direkter in die Politik einbeziehen und uns fragen, was wir für jede und jeden Einzelnen in Österreich tun können. Die ÖVP steht für diesen neuen Stil des Regierens, der durch Verlässlichkeit, Transparenz und Einfühlsamkeit geprägt ist.

Die ÖVP hat in den letzten zwei Jahren intensive Arbeit für Österreich geleistet. Unser Dank gilt allen, die hart für und in der Volkspartei gearbeitet haben. Ganz besonders möchten wir uns bei allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionärinnen und Funktionären bedanken, denn euer Einsatz hat die ÖVP über alle Höhen und Tiefen getragen. Und eure Unterstützung ist heute wichtiger als jemals zuvor! Nur mit gemeinsamem Mut und Engagement können wir die ÖVP wieder zur Nummer Eins in Österreich machen!

W. Molterer

Mag. Wilhelm Molterer
Bundesparteiobmann der ÖVP

Politischer Bericht des Generalsekretärs

Verantwortung für Österreich

Die ÖVP ist nach der Nationalratswahl 2006 in einer schwierigen Ausgangslage mit Vizekanzler Wilhelm Molterer angetreten, weiterhin Verantwortung für Österreich zu tragen und den erfolgreichen Kurs der Modernisierung Österreichs – den die ÖVP von 2000 bis 2006 gestaltet hat – in einer Regierung mit der SPÖ fortzuführen.

Die ÖVP-Minister haben in der Regierung auch wesentliche Erfolge erzielt, die zeigen, dass die Regierungsbeteiligung der ÖVP in den letzten beiden Jahren sehr wichtig für unser Land gewesen ist. So haben dank der nachhaltigen Wachstumspolitik der ÖVP und unter unserer wirtschaftspolitischen Führung in Österreich heute mehr Menschen denn je Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank mit Ende September 2008 in Österreich das 31. Mal in Folge. In fünf Bundesländern herrschte zum Ende der Legislaturperiode Vollbeschäftigung. Und unsere Unternehmen behaupten sich im In- und Ausland – die Exportquote ist so hoch wie nie, fast jeder zweite Euro wird von den österreichischen Unternehmen im Ausland verdient.
Die ÖVP ist und war aber auch der Garant dafür, dass den Menschen mehr Geld zum Leben bleibt. Die derzeitige hohe Teuerung setzt vielen Menschen hart zu. Starke Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie belasten die Familien. Im Gegensatz zu den politischen Mitbewerbern setzt die ÖVP bei der Bekämpfung der Teuerung aber nicht auf populistische Schnellschüsse, sondern auf dauerhafte Entlastungen statt teurer Einmaleffekte, für die die Menschen später wieder zur Kasse gebeten werden. Das von der ÖVP geschnürte Paket zur Entlastung der Österreicherinnen und Österreicher gibt den Menschen rund 1,4 Milliarden Euro zurück, ohne das Budget mit neuen Schulden zu belasten. Spürbare Maßnahmen wie die Erhöhung des Pendlerpauschales oder die Auszahlung eines Heizkostenzuschusses für alle Mindestpensionisten sind hier anzuführen.

In der Sozialpolitik steht für die ÖVP die Würde des Menschen im Vordergrund. Es war daher die Volkspartei, die gegen massive Widerstände dafür gesorgt hat, dass Menschen, die Pflege und Betreuung brauchen, die Wahlfreiheit haben, ob sie diese zu Hause oder in einer stationären Einrichtung in Anspruch nehmen wollen. Auch für unsere Familien hat die Politik der ÖVP mehr finanziellen Spielraum bei der Geburt und Erziehung eines Kindes geschaffen und ihnen die Wahlfreiheit hinsichtlich Familie und Beruf gewährleistet.

Konstruktive Regierungsarbeit benötigt ein partnerschaftliches Verhältnis, das von beiden Seiten getragen wird. Leider war konstruktives Arbeiten durch zahlreiche Alleingänge des Regierungspartners nicht immer möglich. Als Beispiele sind hier etwa das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses gegen die ÖVP gemeinsam mit FPÖ und Grünen oder der EU-Schwenk von Neo-SPÖ-Obmann Werner Faymann via Leserbrief an Hans Dichands Kronen Zeitung zu nennen.

DI Hannes Missethon
ÖVP-Generalsekretär

Wahlen

28. 9. 2008
Nationalratswahlen 2008

Verantwortung für Österreich kann nur übernehmen, wer etwas weiterbringen will. Die Neuwahlen im September 2008 waren für die ÖVP nach einiger Zeit, in der die SPÖ ihre Chancen bekommen hat, auf den konstruktiven Kurs zurückzukehren, unausweichlich.

Die organisatorischen Höhepunkte des Wahlkampfes waren das Familienfest im Marionettentheater Schönbrunn am 1. 9. 2008, der Wahlkampfauftakt in der Helmut-List-Halle, Graz am 5. 9. 2008, der Wirtschaftsgipfel mit

Angela Merkel im Design Center Linz am 20. 9. 2008 und der Wahlkampfabschluss in der Akademie der Wissenschaften Wien am 26. 9. 2008. Trotz harter Anstrengungen im Wahlkampf lag das Ergebnis für die ÖVP deutlich unter den Erwartungen.

Nachdem die ÖVP 2008 bei Regionalwahlen in Niederösterreich und Graz deutliche Erfolge feiern konnte, verfehlte sie am 28. 9. 2008 mit einem Ergebnis von 26 Prozent ihr Wahlziel, stimmenstärkste Kraft in Österreich zu werden. Erfreulich ist aber, dass die ÖVP bei der besonders zukunftsorientierten Gruppe der Jungwähler zum wiederholten Male weit vor der SPÖ und den Grünen gelegen ist.

Die ÖVP drückt sich nicht vor Verantwortung und denkt in Hinblick auf die Lösung der Probleme Österreichs weiterhin voraus. Deshalb hat der geschäftsführende Parteiobmann Josef Pröll nach der Wahl „Österreich-Gespräche" mit allen Parteien angeregt, um die besten Ideen aller Parlamentsparteien für Österreich auf den Tisch zu bringen und für die Lösung der großen Probleme etwaige Zweidrittel-Mehrheiten auszuloten.

Die ÖVP hat nach der Wahl bewiesen, dass sie bereit ist, die notwendige Verantwortung in schwierigen Zeiten zu tragen und hat gemeinsam mit der SPÖ im Oktober ein Finanzmarkt- und Konjunkturpaket geschnürt und verabschiedet, um die krisengebeutelte Wirtschaft zu unterstützen.

9. 6. 2008
Landtagswahl Tirol
Die ÖVP konnte in einer schwierigen Ausgangssituation mit 40,45 Prozent stimmenstärkste Partei in Tirol bleiben und ein achtbares Ergebnis erzielen. Nach der Wahl übernahm der bisherige Innenminister Günther Platter das Amt des Landeshauptmannes von Tirol in einer Koalition mit der SPÖ. Der bisherige Landeshauptmann Herwig van Staa blieb ÖVP-Parteiobmann und übernahm den Posten des ersten Landtagspräsidenten.

9. 3. 2008
Landtagswahl Niederösterreich
Landeshauptmann Erwin Pröll konnte bei der niederösterreichischen Landtagswahl 2007 die absolute ÖVP-Mehrheit in seinem Land von 53,3 auf 54,3 Prozent ausweiten und hat damit gezeigt, dass man selbst auf einem sehr hohen Niveau noch zulegen kann. Das Ergebnis der niederösterreichischen Landtagswahlen war ein Zeichen für Stabilität, starke Mehrheiten, klare Entscheidungen und vor allem eine Bestätigung für den guten niederösterreichischen Weg Erwin Prölls. Erstmals durften bei der Landtagswahl 2008 in Niederösterreich auch die 16- bis 18-Jährigen zur Urne schreiten. Demokratiepolitisch erfreulich war, dass die Wahlbeteiligung um 1,31 Prozent gestiegen ist und dass auch unter den Jugendlichen eine sehr hohe Wahlbeteiligung verzeichnet wurde.
Die SPÖ hingegen hat in Niederösterreich ihre schwerste Niederlage seit 1945 erlitten und knapp ein Viertel ihrer Wähler verloren, die Grünen wurden von den Freiheitlichen überrundet und auf Platz vier verdrängt.

20. 1. 2008
Gemeinderatswahlen in Graz
Bürgermeister Siegfried Nagl hat mit einem Ergebnis von 38,37 Prozent die Position der ÖVP als stärkste Partei in Graz um weitere 2,25 Prozent ausbauen können. Bürgermeister Nagl machte sich zum Architekten einer erfolgreichen schwarz-grünen Koalition in der zweitgrößten Stadt Österreichs.

ÖVP Regierungsbeteiligung 2007/2008:

„Verantwortung für Österreich tragen."
Die Volkspartei und die Menschen in Österreich gehen seit Jahrzehnten einen gemeinsamen Weg für unser Land. Dieser gute Weg wurde von einem starken Team der ÖVP auch in der Regierung 2007/2008 fortgeführt. Verantwortungsvolle Politik, Professionalität und Menschlichkeit sind die Grundwerte unseres Regierungshandelns. Die ÖVP möchte eine Balance zwischen Solidarität und Leistungswillen, Dynamik und Nachhaltigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Individualität gestalten. Diesem Gleichgewicht verdanken wir ein fruchtbares Miteinander der Generationen, eine hervorragende Beschäftigungslage, Sicherheit und persönliche Freiheit.

Arbeit und Wirtschaft
Für die ÖVP hat der Kampf um jeden Arbeitsplatz höchste Priorität. Deshalb liegt Österreich mit seiner niedrigen Arbeitslosigkeit im europäischen Spitzenfeld. In weiten Teilen Österreichs ist die Vollbeschäftigung erreicht. Für eine bessere Arbeitswelt und mehr Beschäftigung sind gerade in den letzten beiden Jahren viele Maßnahmen von ÖVP-Ministern umgesetzt worden. Diese haben beigetragen, Österreich sowohl für Arbeit-

nehmer als auch für Unternehmer zu einem noch attraktiveren Standort in Europa zu machen.

Die ÖVP hat für eine faire und soziale Gestaltung der Arbeitswelt gesorgt:

- Arbeitslosenversicherung für freie Dienstnehmer/innen und Selbstständige
- Soziale Absicherung für Selbstständige und freie Dienstnehmer
- Verbesserung der Bildungskarenz mit höherem Weiterbildungsgeld
- 1.000 Euro Mindestlohn
- Überstundenzuschlag für Teilzeitkräfte
- Übersiedlungsbeihilfe für vermittelte Arbeitslose, die ihren Wohnort für einen neuen Job wechseln müssen
- Verlängerung der Hacklerregelung
- Come-back-Scheck für Arbeitssuchende
- Ausgleichszulagenrichtsatz auf 747 Euro erhöht (wird mit der vorgezogenen Pensionsanpassung 2009 mit dem Anpassungsfaktor erhöht)
- Ausbau der Bildungskarenz: Mehr Berufschancen durch Bildung!

Die ÖVP hat Österreich zu einem der attraktivsten Standorte Europas gemacht:

- Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auf 72 Stunden pro Woche
- Umsetzung des Flexicurity-Prinzips: Flexibilisierung der Arbeitszeiten; Sicherheit am Arbeitsplatz
- Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Streichung der Verwaltungsabgaben für Unternehmensgründer und Betriebsnachfolger/innen
- Bürokratieabbau für Unternehmen: Elektronische Gewerbeanmeldung
- Qualifizierungsoffensive für Facharbeiter

Die ÖVP bietet mehr Chancen für unsere Jugend:

- Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr
- Weiterentwicklung des Blum-Bonus sowie der Lehrlingsförderung
- Lehre mit Matura weiter ausgebaut
- Erhöhung der Studienbeihilfe: Leistung zahlt sich aus!

Die ÖVP-Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel:

- Metallbereich: Ausbildung von Metallfachkräften von 5.000 auf 20.000 aufgestockt
- die klügsten Köpfe für das Land: Erleichterter Zugang für Forscher/innen und ihre Familien

Forschung und Entwicklung für ein modernes Österreich:

- Innovationsscheck für Klein- und Mittelbetriebe
- Erhöhung des Forschungsfreibetrages auf 25% (bzw. 35%)
- Einführung der Forschungsprämie (8%)
- Plus 10% bei Forschung & Entwicklungs-Ausgaben

Budgetpolitik mit Verantwortung und Augenmaß

Die Volkspartei hat mit Finanzminister Wilhelm Molterer auch in den letzten beiden Jahren mit ihrem Kurs ein klares „Nein" zu neuen Schulden gesagt. Diese rauben vor allem der Jugend Möglichkeiten und Zukunft. Statt Milliarden in den Zinsendienst unserer Schulden aus den 70ern zu pumpen, investieren wir in die Zukunft: In Bildung, Infrastruktur, Soziales und Familien. Das Ziel lautete: Ein saniertes Budget und eine spürbare Steuerentlastung für den Mittelstand.

Die Bilanz kann sich sehen lassen:

- Doppelbudget 2007/2008 in Rekordzeit
- Fairer Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Modernes neues Haushaltsrecht
- Kampf gegen Geldwäschekriminalität
- Staats- und Verwaltungsreform: Moderner Leistungsstaat für die Bürger!
- Spürbare Steuerentlastung für den Mittelstand 2010
- Reform Bankenaufsicht: Mehr Sicherheit am Finanzmarkt durchsetzen!

Familie und Kinder

Die ÖVP ist Österreichs Generationenpartei. Wir machen Mut zu Familie und zu Kindern. Wir setzen uns ein für finanzielle Sicherheit und Wahlfreiheit. Für die Jungen wie für die Älteren. Das Kinderbetreuungsgeld kommt 170.000 Österreicherinnen und Österreichern zugute, das alte Karenzgeld erhielten nicht einmal halb so viele. Dank Pflegepaket werden tausende ältere Menschen in Würde zu Hause leben können. Unsere Politik spielt niemanden gegeneinander aus. Sie verbindet Generationen.

- Erhöhte Förderung von Mehrkindfamilien: Mehr Kinder brauchen mehr Geld!
- Maßnahmen gegen Komatrinken: Jugend besser schützen!
- 24-Stunden-Betreuung: Verläss-

liche Pflege daheim möglich machen!
- Sicherung Freiwilliges Soziales Jahr: Soziales Engagement zahlt sich aus!
- Flexibleres Kinderbetreuungsgeld und höhere Zuverdienstgrenze: Mehr Wahlfreiheit für Mütter und Väter
- Obergrenze für Rezeptgebühren: Gesundheit bleibt leistbar!
- Ausbau der Kinderbetreuungsplätze
- Sprachförderung im Kindergarten

Pflege

Die demographische Entwicklung stellt auch die österreichische Gesellschaft vor große Herausforderungen. Leistbare und legale Pflege und Betreuung ist für die ÖVP daher ein zentrales Anliegen. Mindestens 20.000 Familien sind vom Themenkreis der 24-Stunden-Betreuung betroffen. Umso wichtiger war es für die ÖVP daher, ein legales und leistbares Modell der Pflege und Betreuung daheim anzubieten.

Legale Pflege ermöglichen

Es ist für Pflegebedürftige dank des neuen Ausländerbeschäftigungsgesetzes jetzt leichter, qualifizierte ausländische Pflegekräfte legal in Österreich zu beschäftigen. Bundesminister Martin Bartenstein hat mit dem Hausbetreuungsgesetz und der Novelle zur Gewerbeordnung den arbeits- und gewerberechtlichen Rahmen für die bis zu 24-Stunden-Betreuung daheim durch selbstständige oder unselbstständige Betreuungskräfte geschaffen.

Und dieses ÖVP-Modell der selbstständigen Betreuung ist eine Erfolgsgeschichte: Rund 10.000 Menschen haben sich für dieses Modell bereits angemeldet.

Pflege muss leistbar sein

Finanzminister Wilhelm Molterer hat die Finanzierung der 24-Stunden-Betreuung sichergestellt: 40 Millionen Euro stehen jedes Jahr zusätzlich für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung zur Verfügung.

Praxisnahe Regeln

Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky hat die gesetzlichen Regelungen für pflegerische und ärztliche Tätigkeiten so auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmt, dass diesen ein praxisnaher rechtlicher Rahmen für die 24-Stunden-Betreuung zur Verfügung steht.

Hilfe für Angehörige

Auf Initiative der Volkspartei übernimmt deshalb der Bund seit 1.7.2007 bei freiwilliger Pensionsversicherung von pflegenden Angehörigen für vier Jahre ab Pflegestufe 4 nunmehr auch die Hälfte des Dienstnehmerbeitrages, ab Stufe 5 trägt der Bund die Beiträge für vier Jahre zur Gänze.

Vermögensgrenze abgeschafft

Auch die Vermögensgrenze, die vielen pflegebedürftigen Menschen jede öffentliche Unterstützung entzieht, wurde dank des Drucks der ÖVP abgeschafft, und die Förderungen für die 24-Stunden-Betreuung wurden verdoppelt.

Wirksamer Kampf gegen die Teuerung

Die Teuerung ist eines der dringendsten Probleme in Österreich, das viele Menschen und Unternehmen in Österreich auch existentiell belastet hat. Die ÖVP hat daher als erste Partei ein soziales Hilfspaket geschnürt, um rasch dort zu helfen, wo die Hilfe am allernotwendigsten ist.

- Reduzierung des Krankenversicherungsbeitrags für Selbstständige ab 1.1.2008
- Gebührenbefreiung für Geburten ab 1.1.2008
- Entfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer ab 1.8.2008
- Erhöhung des Kilometergeldes auf 42 Cent ab 1.7.2008
- Pendlerpauschale: Anhebung um 10% ab 1.7.2007, um weitere 15% seit 1.7.2008
- Einführung eines Pendlerzuschlags von 130 Euro für Kleinverdiener
- Gebührenstopp ab 1.7.2008
- Senkung bzw. Abschaffung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages für Einkommen unter 1.350 Euro
- Anhebung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld auf 16.200 Euro pro Jahr, Umstellung auf flexibles Modell
- Anhebung der Einkommensgrenze für den Mehrkindzuschlag auf 55.000 Euro
- Pflege: Verbesserung des Fördermodells bei der 24-Stunden-Betreuung daheim, Entfall Vermögensgrenze
- Halbierung der Kfz-Steuer für LKW ab 1.7.2007
- Abschaffung des Angehörigenregresses bei der Betreuung im Heim
- Zielgerichtete Valorisierung des Pflegegeldes
- Vorgezogene Pensionserhöhung 2009: 3,4% plus Einmalzahlung
- Doppelte Familienbeihilfe im September für Kinder
- Wettbewerbspaket – Reform des Wettbewerbsrechts – Ausweitung der Befugnisse – BWB mit mehr Biss

- Gebührenstopp und Strompreis-Moratorium
- Transparenz
  - Wettbewerbsmonitoring
  - Lebensmittelpreismonitoring

Integration: Wer Rechte hat, hat auch Pflichten

In Österreich leben derzeit rund 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Entwicklung erfordert eine offensive Integrationspolitik auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft. Aber vor allem auch die Zuwanderer selbst müssen Integration ernst nehmen und umsetzen. Integrationspolitik ist für die ÖVP nichts für linke Träumer und rechte Hetzer, sondern muss fair und konsequent sein.

Sprache als Schlüssel zur Integration

Die Sprache ist der Schlüssel für Integration. Zuwanderer, die Deutsch sprechen, haben bessere Chancen, sich in die österreichische Gesellschaft zu integrieren und Arbeit zu finden. Um die Sprachkompetenz zu fördern, wurden bereits einige Maßnahmen getroffen:

- Mit dem Fremdenrechtspaket wurde der Grundsatz „Integration vor Neuzuzug" konsequent verfolgt.
- 2002 hatten wir 39.354 Asylanträge, 2008 sind es weniger als 11.000. Asyl ist ein Menschenrecht und gewährt verfolgten Menschen schnellen Schutz. Asyl ist aber kein Instrument zur Zuwanderung.
- Österreich kontrolliert die Zuwanderung. Wer neu zuwandert, muss unbescholten sein und in Österreich über Unterhaltsmittel, eine ortsübliche Unterkunft und eine Krankenversicherung verfügen.
- In Österreich müssen die Zugewanderten innerhalb von fünf Jahren die Integrationsvereinbarung erfüllen, das heißt 300 Stunden Deutschkurs.
- Illegale Einreise wird nicht mit Legalisierungschancen belohnt. Der Antrag für Zuwanderung ist aus dem Ausland zu stellen.

Ein starkes Österreich in der Welt

Österreich hat immer von Offenheit profitiert, Österreich ist der Gewinner der Globalisierung und Österreich ist der Gewinner der europäischen Einigung. Daher müssen wir uns – vor allem in schwierigen Zeiten – weiterhin optimistisch den Herausforderungen der globalen Welt stellen und die sich bietenden Möglichkeiten nützen.

Die europäische Perspektive ist für Österreich zentral und ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Innen-, Außen- und auch Sicherheitspolitik. Viele Fragen – wie etwa jene der Energiesicherheit oder der Klimapolitik – sind nur noch auf europäischer Ebene oder global zu lösen. Daher muss Österreich ein starker und verlässlicher Partner in der EU sein. Das müssen wir den Menschen näher bringen – denn die EU bietet Antworten auf viele offene Fragen.

Die umsichtige Außenpolitik der ÖVP ist weltweit anerkannt. Unsere Stimme in der Welt wird aufmerksam gehört. In Europa gelten wir als angesehener, verlässlicher Partner. Für Frieden, mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie. Wir nützen Österreichs Lage im Herzen Europas professionell und mit Weitblick. Weil mehr Europa für uns mehr Sicherheit und mehr Chancen bedeutet.

- Ausbau regionaler Partnerschaften (z.B. Ungarn, Slowenien)
- EU-Vertrag: Reformprozess läuft weiter!
- Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen im Kosovo: Sicherheit nachhaltig verbessern!
- Unterstützung von Frauen in der Friedensarbeit: Frauen fördern Frieden!
- Wahlrechtsreform für Auslandsösterreicher: Daheim effektiv mitreden!
- Abschluss EU-Reformvertrag: Österreichs Interessen sichern!
- Erfolgreiche Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat als Anerkennung des österreichischen Kurses in der Außenpolitik

Demokratie

Demokratie bedeutet teilnehmen und teilhaben – das sollen möglichst viele Menschen tun. Demokratie braucht Freiheit. Freiheit braucht Sicherheit. Die Menschen in Österreich sollen frei und selbstbestimmt leben – nach den Werten unserer gemeinsamen Gesellschaft. Integration statt Eskalation – dafür steht die Volkspartei.

- Demokratieoffensive bringt Briefwahl und Wählen mit 16.
- Neues Sicherheitspolizeigesetz: Mehr Sicherheit durch zeitgemäße Regelungen!
- Sexualstraftäterdatei: Effektiver Schutz vor Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität!
- Rechtssicherheit durch schnellere Asylverfahren!
- Schengen-Außengrenzen: Das Heer steht auch 2008 bereit.
- EURO 08: Mehr Freude am Sport durch moderne Sicherheitsbestimmungen!
- Anti-Terror-Paket: Keine Chance

für den internationalen Terror!
- Integrationsplattform: Integration fördern – und fordern!

Politische Arbeit des Generalsekretariats

Perspektivengruppe

Nach dem für die ÖVP enttäuschenden Wahlergebnis der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 beschloss der Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei, bisherige Positionierungen zu hinterfragen und neue Zugänge und Wege für die Zukunft der Arbeit der ÖVP vorzuschlagen. Die ÖVP startete damit den größten offenen politischen Meinungsbildungsprozess, den es in diesem Land je gegeben hatte.

In 16 „Impulsgruppen", die wiederum 16 verschiedene Themen behandelten, sollten sowohl Fragen als auch Antworten auf diese Fragen für den jeweiligen Themenbereich erarbeitet werden. Vor allem die Mitarbeit der interessierten Zivilgesellschaft und unabhängiger Experten stieß auf sehr positive Resonanz in den Medien und in der Öffentlichkeit.

Nach einem intensiven Arbeitsjahr der Perspektivengruppe, wo mehr als 10.000 Menschen bei mehr als 100 Veranstaltungen, mehr als 1.000 Ideen geschaffen hatten, hat Josef Pröll als Leit[redacted]

sen zugewiesen, wo eine weitere Behandlung, dieses Mal auch mit anderen Akteuren, stattgefunden hat und nach wie vor stattfindet.

Die Internet-Plattform *www.perspektiven2010.at* fungierte als Trägermedium und Diskussionsforum der Perspektivengruppe. Rund 10.000 Mitdiskutanten verfassten über 5.000 Beiträge auf der Homepage, die mit rund 1 Million Zugriffen auf sehr großes Interesse stieß.

Rede zur Lage der Nation

25 Jahre nach der ersten Rede zur Lage der Nation hielt am 15. Mai 2008 Parteiobmann Wilhelm Molterer unter dem Motto „Antworten für Österreich" vor rund 1.500 Zuhörern im Redoutensaal der Hofburg seine „Rede zur Lage der Nation".

Dabei betonte Molterer, dass das große Ziel der ÖVP die Vollbeschäftigung und der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sei, dem verstärkt mit einem verbesserten Bildungsangebot zu begegnen ist. Im Rahmen seiner Rede stellte Molterer auch die Idee eines „Pflege-Fonds" vor, der aus Privatisierungserlösen gespeist die Finanzierung des Pflegesystems in Österreich sichern soll.

Integrationskonzept

Staatssekretärin Christine Marek wurde als Integrationsbeauftragte

markt und Wirtschaft", „Bildung und Sprache" und „Wohnen und Gemeinde". Zu jeder Gesprächsrunde wurden Experten und Betroffene eingeladen. Das darauf basierende Integrationskonzept, das in enger Abstimmung mit Innenminister Günther Platter verfasst wurde, wurde einstimmig im Bundesparteivorstand beschlossen.

Wirtschaftskonferenz der ÖVP

Am 28. 3. 2008 fand unter dem Motto „Vorsprung halten, Wachstum fördern" die ÖVP-Wirtschaftskonferenz statt. Die Wirtschaftslandesräte aus allen Bundesländern haben in ihren Impulsreferaten die aktuelle wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen dargestellt und gemeinsam mit anderen ÖVP-Wirtschaftsexperten Schwerpunkte diskutiert.

Finanzminister Wilhelm Molterer präsentierte ein 10-Punkte-Programm für den Wirtschaftsstandort Österreich und hat die Schwerpunkte der ÖVP-Wirtschafts- und -Sozialpolitik festgehalten:
- nachhaltige Steuerentlastung vor allem des Mittelstandes,
- Familien steuerlich begünstigen und
- Einsparungen durch bürokratische Vereinfachung generieren.

ÖVP-Zukunftsplan „Gute Arbeit"

„Wir marschieren nicht – wir arbei-

Europawahl 2009

Mit einem Treffen zwischen der Parteispitze und dem ÖVP-Europaklub im Herbst 2007 begannen die Vorbereitungen für die Europawahl, die im Juni 2009 stattfinden wird. Dabei wurden zwei Ziele definiert: Die ÖVP müsse wieder zur Nummer 1 werden, und die zuletzt erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von 42,4 Prozent müsse wieder steigen.

Noch in der ersten Jahreshälfte 2008 fanden Gespräche mit jenen statt, die über die Befindlichkeiten der

„Wir sind Europa" – Europatag 2007

Unter dem Motto „Wir sind Europa" überreichten am 8. 11. 2007 die studentische Aktionsgemeinschaft und die FCG-Jugend vor dem Parlament gemeinsam mit Europafans dem Klubobmann Wolfgang Schüssel und der Außenministerin Ursula Plassnik die Petition „Junge Österreicherinnen und Österreicher für Europa". Darin wurde der Vertrag von Lissabon unterstützt, der Europa demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger macht.

Als inhaltlicher Schwerpunkt wurde eine Kampagne gegen Gewalt von und an Jugendlichen beschlossen.

Parteiobmann Wilhelm Molterer hat im Rahmen des Jahresauftaktes folgenden fünf Persönlichkeiten der ÖVP das Goldene Ehrenzeichen der Volkspartei verliehen:

- EU-Kommissar a.D. Dr. Franz Fischler
- ÖkR Rudolf Schwarzböck
- Präsident a.D. Josef Fink
- LH a.D. Dr. Wendelin Weingartner

als Arbeiter in der Baustoffproduktion. Die Tour hatte eine Scharnierfunktion zwischen dem, was in der Politik getan wird, und dem, was die Menschen wirklich brauchen. „Ich wollte spüren, wie es ist, im Schichtbetrieb zu arbeiten, oder wie man sein Familienleben organisiert, wenn man in der Bäckerei um 0:30 Uhr die Arbeit antritt. In diesem Sinne habe ich die Herausforderung angenommen, um das Arbeitsleben der Österreicher im Alltag zu erfahren. Neugierig sein, zuhören und auf die Anliegen der Menschen eingehen sehe ich als Auftrag der Politik", so Hannes Missethon über seine Erfahrungen.

Besuch eines Boxcamps in Hessen

Immer gravierender werden die Fälle, in denen Jugendliche vom rechten Weg abkommen. Der ÖVP ist das Problem der Jugendkriminalität ein ganz besonderes Anliegen und sie ist zur Lösung des Problems auch für neue Ansätze offen. Deshalb hat Generalsekretär Hannes Missethon Anfang Mai 2008 das erfolgreiche Boxcamp von Lothar Kannenberg im hessischen Diemalstadt besucht, um „Best-Practice-Beispiele" von Erziehungscamps zu sammeln. In diesem Camp wird Jugendlichen, die straffällig geworden sind, durch sportliche Betätigung der Sinn gesellschaftlicher Regeln vermittelt.

Geschäftsführersitzungen

Seit 21. April 2007 haben in der ÖVP-Bundespartei 14 Geschäftsführersitzungen stattgefunden. Bereits seit 1999 werden regelmäßig Geschäftsführersitzungen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs abgehalten mit dem Ziel, Informations- und Kommunikationsabläufe weiter zu optimieren.

Fachausschüsse

Die ÖVP Bundespartei hat unter der Vorbereitung durch die zuständigen Referenten der Abteilung Politik seit April 2008, 19 Fachausschüsse organisiert und durchgeführt. Die Ausschüsse, die unter dem jeweiligen Vorsitz eines ÖVP-Regierungsmitgliedes stattfanden, hatten die interne Meinungsbildung zu verschiedenen Schwerpunktthemen zum Ziel. Seit dem letzten Parteitag im April 2008 fanden in der ÖVP folgende Fachausschüsse statt:

Fachausschüsse der ÖVP Bundespartei (ab 27. April 2008):

Datum	Fachausschuss	Vorsitzende/r	Schwerpunkt
09. 05. 2007	Soziales, Pflege, Pensionen, Menschen mit Behinderung, Armutsbekämpfung	StS Christine Marek	Pflege
20. 06. 2007	Innere und Äußere Sicherheit, Asyl- Fremdenrecht, Integration	BM Günther Platter	Innere Sicherheit
20. 06. 2007	Innere und Äußere Sicherheit, Asyl- Fremdenrecht, Integration	BM Günther Platter	Landesverteidigung
20. 06. 2007	Bildung, Kultur, Wissenschaft, Forschung, Kunst	BM Dr. Johannes Hahn	Wissenschaft
29. 06. 2007	Umwelt, Nachhaltigkeit, Landwirtschaft und Klimaschutz	BM DI Josef Pröll	Klimaschutz
12. 07. 2007	Internationale Beziehungen, Europa und Entwicklungszusammenarbeit	BM Dr. Ursula Plassnik	Europa
18. 09. 2007	Familie, Jugend, Gesundheit	BM Dr. Andrea Kdolsky	Familie
03. 10. 2007	Innere und Äußere Sicherheit, Asyl- Fremdenrecht, Integration	BM Günther Platter	Innere Sicherheit
20. 11. 2007	Umwelt, Nachhaltigkeit, Landwirtschaft und Klimaschutz	BM DI Josef Pröll	Klimaschutz
26. 03. 2008	Familie, Jugend, Gesundheit	BM Dr. Andrea Kdolsky	Gesundheit
02. 04. 2008	Innere und Äußere Sicherheit, Asyl- Fremdenrecht, Integration	BM Günther Platter	Innere Sicherheit
02. 04. 2008	Bildung, Kultur, Wissenschaft, Forschung, Kunst	BM Dr. Johannes Hahn	Wissenschaft
14. 04. 2008	Familie, Jugend, Gesundheit	BM Dr. Andrea Kdolsky	Familie und Jugend
21. 04. 2008	Familie, Jugend, Gesundheit	BM Dr. Andrea Kdolsky	Gesundheit
23. 04. 2008	Justiz, Minderheiten, Menschenrechte, Verfassung und Verwaltung, Sport	StS Dr. Reinhold Lopatka	Sport
14. 05. 2008	Frauen	StS Christine Marek	Frauen
25. 06. 2008	Wirtschaft, Arbeit, Energie	BM Dr. Martin Bartenstein	Wirtschaft
26. 06. 2008	Internationale Beziehungen, Europa und Entwicklungszusammenarbeit	BM Dr. Ursula Plassnik	Europa
26. 06. 2008	Budget, Finanzen und Steuerpolitik	BM Mag. Wilhelm Molterer	Steuerpolitik

„Liese Prokop Preis"
Die ÖVP und der ÖAAB stifteten im Frühjahr 2007 zum Gedenken an die zum Jahreswechsel 2006/2007 verstorbene Politikerin Liese Prokop einen mit 10.000 Euro dotierten Förderpreis, der jährlich am 27. März zum Geburtstag der ehemaligen Innenministerin an Personen vergeben wird, die sich für benachteiligte Menschen einsetzen. Der erste Liese Prokop Preis ging zu drei gleichen Teilen an Hildegard Teuschl (Dachverband Hospizverein Österreich), den Verein zur Prävention und Abklärung von Kindesmisshandlungen „Schau hin" und die Patenschaften- und Soforthilfefonds „Kinder im Schatten".

Klimaschutzbeauftragte in der ÖVP Bundespartei
Die ÖVP möchte Klimaschutz nicht nur im Großen mitgestalten, sondern auch selbst im Kleinen leben. Im täglichen Leben gibt es vielfältige Möglichkeiten, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Auch am Arbeitsplatz gibt es viele Möglichkeiten, um Energie effizienter zu nutzen und weniger Energie zu verbrauchen.

In der Abteilung Politik wurde eine Klimaschutzbeauftragte ernannt, die mit wöchentlichen Inputs zum Energiesparen am Arbeitsplatz das Energiebewusstsein unter den Mitarbeiter/innen der Bundespartei geschärft hat. Die Tipps wurden auch unter *www.mitmachen.oevp.at* veröffentlicht.

Bundesländertage in der Lichtenfelsgasse
Die ÖVP ist als Volkspartei in allen Bundesländern und Regionen Österreichs verwurzelt. Diese interne Vielfalt hat die ÖVP-Bundespartei durch die Veranstaltung von 9 Bundesländerabenden sichtbar gemacht. Dabei wurde jede einzelne Veranstaltung nach den Strukturen, Kulturen, Bräuchen und Individualitäten des Bundeslandes, auf das der Abend ausgerichtet war, organisiert.

Das Ziel war die bessere Vernetzung und der Ideenaustausch zwischen Bundes- und Landesparteien, die Förderung des Kommunikationsflusses sowie die Signalisierung der Zusammengehörigkeit und der Motivation, für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen.

Folgende Bundesländertage fanden in der ÖVP Bundespartei statt:

Willkommen Kärnten,
6. März 2007

Willkommen Burgenland,
28. März 2007

Willkommen Steiermark,
4. Juni 2007

Willkommen Niederösterreich,
16. Oktober 2007

Willkommen Oberösterreich,
7. November 2007

Willkommen Wien,
27. März 2008

Willkommen Salzburg,
8. April 2008

Außerordentlich

Willkommen Advent,
4. Dezember 2007

Leobner Abend,
28. April 2008

Kampagnenarbeit des Generalsekretariats

„ÖVP Offensiv"
Im Februar 2007 startete die Bundespartei mit „ÖVP Offensiv" ein neues, wöchentliches Format, bei dem jeweils ein anderer Politikschwerpunkt von Generalsekretär Hannes Missethon und einem zweiten, wöchentlich wechselnden Politiker in Form einer montäglichen Pressekonferenz thematisiert wurde.

„Sorgsam haushalten"
Die ordentliche, besonnene und nachhaltige Haushaltsführung ist der ÖVP ein ganz besonderes Anliegen – im Großen wie im Kleinen. Deshalb hat die ÖVP im Frühjahr 2007 eine 16-seitige Broschüre „Sorgsam haushalten", gleichlautend dem Motto des Doppelbudgets von Finanzminister Wilhelm Molterer, herausgegeben, die Anregungen zum Sparen in Zeiten der steigenden Inflation bot.

„ÖVP. Mitten im Leben"
In der Sommerkampagne 2007 der ÖVP wurden auf Plakaten in ganz Österreich alle jene vor den Vorhang gebeten, die sonst nach außen hin nicht sichtbar sind: Mitglieder und Funktionäre aus ganz Österreich. Die Kampagne hatte unter dem Motto „Lust auf Politik, Lust auf ÖVP" das Ziel, neue Mitglieder für die ÖVP zu werben.

Radtour „Österreich er-fahren"
Vom 29. Juli bis 8. August 2007 radelte ein hochkarätiger ÖVP-Tross gemeinsam mit Menschen aus dem ganzen Land quer durch Österreich, um das Land im wahrsten Sinn des Wortes zu er-fahren. Start war in Bregenz beim Festspielhaus, Ende am

Neusiedlersee. Dazwischen wurden alle Bundesländer in Tagesetappen von ca. 50 bis 60 km mit einer Kerntruppe durchradelt. Die Bevölkerung war eingeladen, einen Teil des Weges mitzuradeln. Dabei wollte die ÖVP mit möglichst vielen Menschen in Kontakt treten, um mit ihnen über ihre Ideen und Anregungen zu sprechen.

Insgesamt hat der Radtross unter Führung von Silvia Fuhrmann und anderen Jungabgeordneten der ÖVP mit 1.100 Mitradlern rund 550 km zurückgelegt und 50 Gemeinden durchfahren. Dabei hat die ÖVP die gesamte Bevölkerung erreicht – ob Jung oder Alt: Die jüngste Teilnehmerin war 16 Monate, der älteste Teilnehmer 78 Jahre alt.

Die Tour konnte auch via Internet mitverfolgt werden. Über GPS-Peilung konnte der genaue Standort der Tour dargestellt werden, via Video-Clips konnten die aktuellen Ereignisse des Tages angesehen werden. Hohe Zugriffszahlen auf die Homepage während der Tour dokumentieren eine hohe Akzeptanz dieser Form der Berichterstattung.

„Familie ist, wo Kinder sind"

Die Herbstkampagne 2007 der ÖVP stand unter dem Motto „Familie". 6.000 Schaukastenplakate mit Finanzminister Wilhelm Molterer waren der Startschuss, um über familienpolitische Maßnahmen im Rahmen der kommenden Steuerreform zu diskutieren. Die ÖVP forderte einen „Schulterschluss für die Familie", in dessen Rahmen auf allen Ebenen nachgedacht werden sollte, wie Familien das Leben erleichtert werden kann.

Innovative Nutzung neuer Medien zur Erschließung neuer Zielgruppen

Mit dem Bundesparteitag 2007 in Salzburg startete die Österreichische Volkspartei als erste politische Partei Österreichs eine aktive Präsenz in der virtuellen Welt des „Second Life". Auch die sozialen Plattformen wie myspace, flickR, youtube wurden für die Online-Berichterstattung genutzt. In weiterer Folge legte die ÖVP einen starken Fokus auf die laufende Präsenz im Web 2.0: Blogs von Spitzenpolitikern, Videos von Veranstaltungen und Reden auf youtube, Fotoberichterstattung auf Fotoplattformen uvm. fanden Einsatz bei allen Kampagnen-Aktivitäten. Auch externe Blogger wurden zu Parteiveranstaltungen eingeladen und trugen durch ihre Berichterstattung dazu bei, dass Botschaften der ÖVP auch in primär nicht ÖVP-affinen Zielgruppen Verbreitung fanden. Die gesteigerte Nutzung des Internets via Homepage der ÖVP *www.oevp.at* trug auch dazu dabei, dass eine verstärkte Interaktion mit den Besuchern der Homepage (Mitglieder, Funktionäre, aber auch Interessierte) gestartet wurde.

Service & Mobilisierung

Arbeitsschwerpunkt:

Service und Mobilisierung im Wahlkampf 2008 bedeutete direkte Kommunikation zwischen Funktionären, Mitgliedern, Aktivisten, Bürgern und der Bundespartei:

Service und Engagement vor Ort ermöglichen, systematisch Feedback aus den Gemeinden einholen und aktive Meinungsbildung in Internetmedien.

Leistung:

- Kommunikation: Telefon-Hotline, aktives Anrufen, E-Mail und SMS.
- Service: Materialversendungen, Informationen anbieten und verschicken, Beantwortung der Mails an die Bundespartei.
- Meinungsbildung: Menschen finden, sammeln und betreuen, die sich dafür interessieren, und mit Inhalten versorgen.

Für die Betreuung dieser Zielgruppen gab es definierte Kommunikations- und Servicewege:

Bürgermeistertelefon: Funktionäre und Bezirksgeschäftsführer hatten direkten Draht zur Bundespartei – mittels Kommunalpolitischen Referenten – in Absprache mit den Landesparteien. Das Bürgermeistertelefon war eine eigens dafür eingerichtete kostenlose Hotline. Ziel war es, dass Funktionäre wichtige Themen, Anregungen oder Kritik direkt weitergeben und gleichzeitig mit Informationen versorgt werden konnten.

Teamtelefon: Hier wurde ein Infoservice für jeden/e, der/die es wollte, angeboten. Die kostenlose Hotline wurde nach außen kommuniziert (z.B. auf Werbemitteln). Dadurch gab es unmittelbares Feedback von gemischten Zielgruppen (von der Basis bis zum Topfunktionär). Bürger/innen, Mitglieder und Funktionäre beteiligten sich an der Diskussion . Die Betreuung der Hotline erfolgte über kompetente und erfahrene Mitarbeiter. Hier wurden auch die Mails an die Bundespartei beantwortet. Politische Anfragen wurden mittels eines aktualisierten Textbausteinsystems erledigt. Das

Feedback wurde gesammelt und in einem täglichen Bericht an die Bundesparteileitung zusammengefasst. Vordefinierte Zielgruppen wurden aktiv angerufen, um die Datenqualität der PDV zu verbessern. Gleichzeitig wurden Informationen offensiv angeboten und Feedback eingeholt. Zusätzlich wurde Informations- oder Werbematerial auf Bestellung versendet.

Mobilisierung/Mitmachen: Freiwillige Aktivisten ermöglichten es durch viel Engagement, neue Menschen anzusprechen. Jeder/Jede hatte die Möglichkeit, sich nach seinen Interessen einzubringen und bei Aktionen mitzumachen. Auch in das Teamtelefon waren die freiwilligen Helfer vor allem bei Schwerpunktaktionen eingebunden. Freiwillige spendeten Zeit und arbeiteten in der Struktur der Bundespartei mit (z.B. im elektronischen Archiv). Mittels verschiedener Aktionen wurde Meinungsbildung in Medien und in Internetforen oder Printmedien betrieben. Die Betreuung und Kommunikation erfolgte durch persönliche Ansprache, Homepage und E-Mail.

Einige Zahlen:

- **555** Schwerpunktgemeinden unmittelbar betreut
- **3.000** Mails an team@oevp.at beantwortet
- **7.774** Bestellungen von individualisiertem Wahlkampfmaterial versendet (Buttons, Pickerl, Postkarten und Autokleber)
- **2.000** handgeschriebene Postkarten (Freiwillige)
- **1500** direkt angerufene Bürgermeister/innen
- **3.800** Hotline-Anrufe

Internationale Arbeit der Österreichischen Volkspartei

Der Schwerpunkt der internationalen Arbeit der Österreichischen Volkspartei lag im Berichtszeitraum erneut in der fortschreitenden europäischen Integration und der damit einhergehenden engen Zusammenarbeit mit unseren politischen Partnern in Europa. Als zentrales europäisches Ereignis hat die Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon im Dezember 2007 die Arbeit der ÖVP auf europäischer Ebene bestärkt wie auch infolge des Ergebnisses des irischen Referendums neu herausgefordert. Die Ausweitung des Schengen-Raums im Dezember 2007, der nun bereits 24 Staaten umfasst, oder die Erfolgsgeschichte der Europäischen Währungsunion, die im Juni 2008 ihr zehnjähriges Bestehen feierte, erwiesen sich im Berichtszeitraum dafür als umso überzeugendere Belege der dynamischen Entwicklung und Integration Europas.

Die erfolgreiche Kooperation der ÖVP mit ihren Schwesterparteien vor allem in Mittel- und Osteuropa erfolgte kontinuierlich sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der verschiedenen Gremien der Europäischen Volkspartei. Durch die Aufnahme neuer Parteien, die von der ÖVP aktiv begleitet und unterstützt wurde, wurde die EVP vor allem in mittel- und osteuropäischen Ländern weiter gestärkt und es sind für die ÖVP auch in angrenzenden Drittstaaten durch die Aufnahme von Beobachtern neue Grundlagen für die Kooperation mit gleichgesinnten Parteien entstanden.

Die ÖVP war regelmäßig in allen Entscheidungs- und Arbeitsgremien der EVP vertreten. Auch wurden weiterhin zahlreiche Führungsaufgaben in den Teilorganisationen der EVP von ÖVP-Spitzenpolitikern wahrgenommen. Bundesparteiobmann Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer nahm regelmäßig an den EVP-Gipfeltreffen der Regierungs- und Parteichefs teil, die unmittelbar vor den Europäischen Räten abgehalten werden. Die ÖVP-Vertretung in den Tagungen des Rats und Vorstands der Europäischen Volkspartei wurde durch den Internationalen Sekretär der ÖVP, Erik Kroiher, gemeinsam mit dem Obmann des Europa-Klubs der ÖVP und Vizepräsident sowie Schatzmeister der EVP-ED-Fraktion, Othmar Karas, gewährleistet. Ebenso nahm die ÖVP an den Arbeitsgruppen der Europäischen Volkspartei zu Europapolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Sicherheitspolitik und Wahlkampfmanagement teil, die sich in den letzten Monaten zunehmend auch auf den EVP-Kongress im April 2009 und die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 konzentrierten. Mit der Bestellung von Bundesministerin a.D. Dr. Marilies Flemming zur Berichterstatterin des Themenbereichs „Demografische Herausforderungen" war und ist die ÖVP entscheidend an der Vorbereitung und Erstellung des Wahlmanifests der EVP für 2009 beteiligt. Auch bei der Planung und Durchführung des strategisch wichtigen Arbeitskomitees zu Fragen der Erweiterung und EVP-Mitgliedschaft und den damit verbundenen Fact-Finding Missions hat die ÖVP aktiv mitgewirkt. Insbesondere wurden die Schwerpunkte der Arbeitsgruppe in der Balkanregion von der ÖVP maßgeblich mitgestaltet.

Eine neue internationale Gewichtung erhielt die Kooperation der Europäischen Volkspartei durch die von der ÖVP unterstützte Aufnahme der EVP in die Internationale Demokratische Union durch einstimmigen Beschluss des IDU Exekutivausschusses in Sydney im April 2008. Vom neuen Status der EVP als europäischer Regionalunion der IDU konnte auch die ÖVP, selbst Direktmitglied der IDU, hinsichtlich verstärkter Kooperation und größerer Synergien in der globalen Parteienorganisation profitieren.

Die Zusammenarbeit der ÖVP mit ihren Partner- und Schwesterparteien in der Internationalen Demokratischen Union erfuhr im Juni 2008 anlässlich der IDU-Parteiführerkonferenz in Paris einen weiteren Höhepunkt. Im Rahmen der damit einhergehenden Feier des 25-jährigen Bestehens der IDU würdigte die dort vertretene ÖVP-Delegation die erfolgreiche Arbeit der Organisation, die entscheidend von ÖVP-Spitzenpolitikern, allen voran Vizekanzler a.D. Dr. Alois Mock als langjähriger Vorsitzender der IDU, geprägt wurde.

Neben der aktiven Mitarbeit in den europäischen und internationalen Parteistrukturen pflegte die ÖVP auch weiterhin die individuelle Zusammenarbeit, wobei der bilaterale Austausch christdemokratische und konservative Parteien in den Nachbarländern Österreichs bis hin zu skandinavischen oder südosteuropäischen Parteien umfasste und neben persönlichen Treffen von Parteivertretern auch regelmäßige Kommunikation und Koordination zwischen den internationalen Sekretariaten beinhaltete. Neben der bilateralen Parteienebene suchte die ÖVP zu spezifischen Themen wie Erziehung und Bekämpfung von Jugendkriminalität auch konkrete Erfahrungen und Erfolgsmodelle im Ausland, die u.a. nach einem Besuch von Generalsekretär Hannes Missethon in einem hessischen Jugend-Boxcamp in die politischen Konzepte der ÖVP einflossen.

Auf der Ebene der internationalen Stiftungsarbeit erhielt die bewährte Zusammenarbeit der Politischen Akademie mit europäischen Partnerstiftungen und Schwesterparteien im Herbst 2007 eine neue Kooperationsbasis. Ausgehend von der neuen EU-Rechtsgrundlage für die Schaffung europäischer Stiftungen wurde mit Beteiligung der Politischen Akademie das „Helmut Kohl Centre for European Studies" gegründet. Als offizieller Think-Tank der EVP bietet das „Helmut Kohl Centre" den EVP-Parteien Service in politischer Forschung und europäischer Meinungsbildung. Auf bilateraler und regionaler Ebene hat die Politische Akademie ihre Projekte planungsgemäß umgesetzt und mit ihren Aktivitäten in Südosteuropa Standards für internationale Netzwerke und Projektarbeit gesetzt.

Das Internationale Büro fungierte im Berichtszeitraum als Schnittstelle der Partei zu den europäischen Schwesterparteien und internationalen Partnern, zu den Kabinetten, dem ÖVP-Parlamentsklub und dem Europaklub der ÖVP im Europäischen Parlament, und wurde generell als umfassende Service- und Koordinationsstelle für internationale Angelegenheiten in Anspruch genommen. ■

ÖVP-Parlamentsklub

Josef Pröll | Klubobmann

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundesparteitages!

Am 27. Oktober haben mich die Mandatarinnen und Mandatare des ÖVP-Parlamentsklubs mit 98,6 Prozent der Stimmen zum neuen Klubobmann der ÖVP gewählt. Ich sehe das als großen Vertrauensvorschuss für die Arbeit, die wir gemeinsam nach der Nationalratswahl vom 28. September aufnehmen müssen. Gleichzeitig möchte ich meinem Vorgänger in dieser Funktion, Dr. Wolfgang Schüssel, von Herzen danken. Er hat den ÖVP-Klub mit Umsicht, Klarheit, Konsequenz und viel politischem Gespür geführt und die ÖVP in wichtigen Fragen immer richtig positioniert.

Für die neue Legislaturperiode haben wir uns viel vorgenommen. Als Klubobmann will ich, dass die Ausgrenzung von einzelnen Parteien und Personen ein Ende hat und wir uns auf gleicher Augenhöhe nach den parlamentarischen Grundregeln ordentlich auseinandersetzen, dabei aber das Gemeinsame in den Vordergrund rücken. Das ist der neue Stil, den ich mir für das Parlament wünsche. Das ist auch der neue Stil, der angesichts der großen Herausforderungen für unser Land dringend notwendig ist.
Das Konjunkturbelebungspaket, das wir am 28. Oktober im Parlament beschlossen haben, ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Angesichts der massiven Herausforderungen wie Finanzmarktkrise und Arbeitsplatzsicherung, besonders bei Klein- und Mittelbetrieben, sowie den anstehenden Reformaufgaben erwarte ich mir von allen Abgeordneten eine stärkere Kooperation über alle Parteigrenzen hinweg. So halte ich die Idee des „Österreich-Tisches" mit allen im Parlament vertretenen Parteien für absolut notwendig.

Gemeinsam wollen wir nun im Team die parlamentarische Arbeit der Österreichischen Volkspartei aufnehmen. Mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Michael Spindelegger und den drei Klubobmann-Stellvertretern Karlheinz Kopf, Fritz Grillitsch und Fritz Neugebauer werden wir an die parlamentarischen Aufgaben herangehen und uns dafür rüsten, was in den nächsten fünf Jahren zum Wohle Österreichs umzusetzen ist.

Glück auf für die Zukunft Österreichs!

Herzlichst

Josef Pröll
Klubobmann (seit 27. Oktober 2008)

Liebe Leserinnen und Leser!

Nach den abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen im Jänner 2007 war es unser Ziel, das Koalitionsabkommen von SPÖ und ÖVP im Parlament im Rahmen der gemeinsamen Vereinbarungen umzusetzen. Der ÖVP-Klub hat sich in den vergangenen 20 Monaten sehr um eine sachliche Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Hohen Haus bemüht, obwohl uns dies oft nicht leicht gemacht wurde. Ich erinnere mich an die Einsetzung von drei Untersuchungsausschüssen gegen die Stimmen der ÖVP, die grundlegende Änderung der bisherigen Staatsräson bei EU-Vertragsratifizierungen (SPÖ verlangt plötzlich eine Volksabstimmung) und die dramatische NR-Sitzung vom 24./25. 9. 2008, in der unter Bruch der parlamentarischen Vereinbarung, einander nicht zu überstimmen, der SPÖ-Klub mehrfach gegen uns abstimmte. Wir haben unsere Aufgabe als stabile, gut arbeitende Institution wahrgenommen und in den Verhandlungen unsere Positionen immer klar vertreten. Mein Dank gilt daher allen Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Klub, sowie unseren Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsbüros für die ausgezeichnete und durchaus erfolgreiche Zusammenarbeit.

Leider war aufgrund des großen medialen Interesses an den von SPÖ, FPÖ, BZÖ und Grünen eingesetzten Untersuchungsausschüssen zu Eurofighter und Innenministerium, an deren Ende nichts herauskam, die öffentliche Wahrnehmung über die parallel laufenden Arbeiten in den Ausschüssen des Hohen Hauses und in den Plenarsitzungen, vielfach unterbelichtet. Gerade dort wurden zahlreiche wichtige Beschlüsse für unser Land gefasst. Herzstück bildete die Ratifikation des Lissabon-Vertrages. Eine historische Grundsteinlegung für ein moderneres, handlungsfähigeres und sozialeres Europa. Das beschlossene Demokratiepaket kam bei dieser Nationalratwahl erstmals zu Anwendung. Die große Zahl an Briefwählern hat unseren Vorschlag nach Einführung der Briefwahl bestätigt. Aber auch die Finanzausgleichsverhandlungen 2008, die Klimaschutzoffensive, die Erhöhung der Ökostromförderung, die Schaffung eines Asylgerichtshofes und viele andere Maßnahmen sind Beweis, dass die parlamentarische Demokratie insgesamt sehr gut funktioniert und wichtige Ergebnisse für Österreich erzielen kann.

Die Abgeordneten der ÖVP haben mit ihrer Arbeit ihren Anteil dazu geleistet, dass Österreich ein wirtschaftlich stabiles Land ist. Unsere seriöse und verantwortungsbewusste Politik einer sozialen Marktwirtschaft lässt uns heute besser dastehen als so manch anderes Land in Europa. Arbeitsplätze wurden ausgebaut, die letzten Jahre brachten uns ein hohes Wachstum, unsere Betriebe konnten Exportrekorde verzeichnen. Trotzdem müssen wir uns auf die negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise, die auch die Realwirtschaft mittlerweile erreicht, einstellen und entsprechend reagieren. Mit den Beschlüssen für

die beiden umfassenden Finanz- und Konjunkturpakete geben wir darauf die richtige Antwort.

Tiefen Respekt möchte ich auch dem Regierungsteam aussprechen, das in einem schwierigen politischen Umfeld hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich bin überzeugt, dass der ÖVP-Klub auch in Zukunft seine Aufgaben mit vollem Engagement wahrnehmen wird und für klare Standpunkte und eine ehrliche Politik steht. Vor allem hoffe ich, dass unser Klub auch in Zukunft kollegial und vor allem mit Herzblut und Begeisterung die Herausforderungen der Zukunft anpackt und zum Wohle Österreichs und seiner Menschen arbeitet. Dafür wünsche ich unserem neuen ÖVP-Klubobmann Josef Pröll alles Gute und viel Erfolg.

Dr. Wolfgang Schüssel
Klubobmann (von 29. Oktober 2006 bis 27. Oktober 2008)

Der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei

In der konstituierenden Sitzung des ÖVP-Parlamentsklubs am 27. Oktober 2008 wurde der geschäftsführende ÖVP-Bundesparteiobmann DI Josef Pröll in geheimer Wahl mit 98,6 Prozent der Stimmen zum neuen Klubobmann der ÖVP gewählt. Zuvor hatte seit Oktober 2006 Dr. Wolfgang Schüssel diese Funktion inne.

Ebenfalls in geheimer Wahl wurde der Kandidat der ÖVP für die Wahl des Zweiten Präsidenten des Nationalrats gewählt. Einziger Kandidat war der bisherige Zweite Präsident des Nationalrates Dr. Michael Spindelegger. Er erhielt bei der Wahl in der Klubsitzung 96 Prozent der Stimmen. Bei der Wahl in der konstituierenden Sitzung des Nationalrates am 28. Oktober 2008 wurde Michael Spindelegger dann mit 142 Stimmen bei 181 abgegebenen bzw. 170 gültigen Stimmen in dieses Amt gewählt.

Auch die Klubobmann-Stellvertreter wurden in der konstituierenden Klubsitzung gewählt. Es sind dies: Abg. Fritz Neugebauer, Abg. Fritz Grillitsch und Abg. Karlheinz Kopf. Karlheinz Kopf folgt in dieser Funktion Abg. Dr. Günter Stummvoll, der seit 2000 Klubobmann-Stellvertreter war. Zum Klubdirektor wiederbestellt wurde Dr. Werner Zögernitz.

Nach der Nationalratswahl vom 28. September 2008 gehören dem Parlamentsklub der ÖVP in der neuen Legislaturperiode 51 Abgeordnete zum Nationalrat an. Sieben von ihnen – davon ein Regierungsmitglied (Dr. Johannes Hahn) – ziehen zum ersten Mal in den Nationalrat ein. Im Falle einer Regierungsbeteiligung der ÖVP werden wahrscheinlich weitere neue Mandatarinnen und Mandatare nachrücken. Von den 51 Abgeordneten sind 13 Frauen, was einem Anteil von 25,5 Prozent entspricht. Das Durchschnittsalter der ÖVP Abgeordneten in der neuen Legislaturperiode beträgt 49,86 Jahre – und ist damit gegenüber der letzten Periode (49,27) fast gleich geblieben. Die „Neuen" sind im Schnitt 42,71 Jahre alt. Längstdienender Abgeordneter – Nationalrat und Bundesrat – ist Dr. Günter Stummvoll; er ist seit 1980 im Parlament. Dienstältester Nationalratsabgeordneter ist Jakob Auer, der seit 1983 im Hohen Haus vertreten ist.

Dr. Michael Spindelegger
2. Präsident des Nationalrates

Dr. Werner Zögernitz
Klubdirektor

Auch über eine Aufteilung nach Berufen können wir berichten: In der neuen Gesetzgebungsperiode sind – abzüglich der acht Regierungsmitglieder und Staatssekretäre, für die ein Berufsverbot gilt, sowie des ehemaligen Bundeskanzlers – von den restlichen 42 Abgeordneten zwölf Landwirte (28,57 Prozent), elf im öffentlichen Dienst beschäftigt (26,19 Prozent), neun Angestellte und neun Selbstständige (je 21,43 Prozent) sowie eine Studentin (2,38 Prozent).

Hier die Namensliste der neuen Abgeordneten:

Mag. Katharina Cortolezis-Schlager
(Landesliste Wien)

Dr. Johannes Hahn
(Landesliste Wien)

Oswald Klikovits
(Landesliste Burgenland)

Mag. Josef Lettenbichler
(Wahlkreis Unterland, Tirol)

Peter Mayer
(Wahlkreis Innviertel, OÖ)
Mag. Bernd Schönegger
(Wahlkreis Graz-Stadt, Stmk.)
Johann Singer
(Wahlkreis Traunviertel, OÖ)

Nachstehend eine Auflistung jener ÖVP-Mandatare, die bereits in der Legislaturperiode 2006 bis 2008 im Nationalrat waren und nun wieder ein Mandat innehaben:

Jakob Auer
Karl Donabauer
Mag. Heribert Donnerbauer
Franz Essl
Anna Franz
Silvia Fuhrmann
Adelheid Irina Fürntrath-Moretti
Hermann Gahr
Franz Glaser
Fritz Grillitsch
Mag. Karin Hakl
Peter Haubner
Johann Höfinger
Anna Höllerer
Franz Hörl
Erwin Hornek
Mag. Peter Michael Ikrath
Univ.-Prof. Mag. Dr. Beatrix Karl
Karlheinz Kopf
Günter Kößl
Dr. Ferdinand Maier
Dr. Reinhold Mitterlehner
Fritz Neugebauer
Gabriel Obernosterer
Michael Praßl
Nikolaus Prinz
Johann Rädler
Barbara Riener
Dorothea Schittenhelm
Dr. Wolfgang Schüssel
Ing. Hermann Schultes
Dr. Peter Sonnberger
Dr. Michael Spindelegger
Ridi Steibl
Konrad Steindl
Dkfm. Dr. Günter Stummvoll
August Wöginger

und die Regierungsmitglieder und Staatssekretäre

Mag. Wilhelm Molterer
Dr. Martin Bartenstein
Dr. Maria Theresia Fekter
Dr. Ursula Plassnik
Dipl.Ing. Josef Pröll
Dr. Reinhold Lopatka
Christine Marek

„Der neue Klubobmann übernimmt einen gut aufgestellten ÖVP-Parlamentsklub", sagte der bisherige Klubobmann Dr. Wolfgang Schüssel anlässlich der Amtsübergabe an DI Josef Pröll und zog eine positive Bilanz der parlamentarischen Arbeit der Österreichischen Volkspartei. „In Summe hat der ÖVP-Parlamentsklub in dieser ablaufenden Legislaturperiode gute Arbeit geleistet", verwies Schüssel unter anderem auf das Demokratiepaket mit der Einführung der Briefwahl und der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Verbesserungen im Pflegebereich oder den beschlossenen Vertrag von Lissabon – ein „Durchbruch im Bereich der Europapolitik".

Schüssel hob das Ökostromgesetz und die zahlreichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger hervor und nannte in diesem Zusammenhang u.a. das höhere Pendlerpauschale, die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Gebührenbefreiung bei der Geburt eines Kindes und den Entfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie den Beschluss des Bankenhilfspaketes in der letzten Sitzung.

Schüssel verwies auch auf eine Reihe erfolgreich durchgeführter Enqueten und Veranstaltungen wie etwa der Idee der ÖVP einer Medienenquete, die schließlich zu einer parlamentarischen Enquete wurde. Der ÖVP-Klub habe zudem eigene Enqueten, unter anderem zu den Themen Biosprit, Sicherheit und Fußball, Strafrecht und Therapie für Suchtopfer und eine weitere zum Bereich schöne Kindheit und sichere Jugend veranstaltet. Die ÖVP-Gedenkveranstaltung „Gott schütze Österreich. 1938: Anatomie eines Untergangs" war die größte Veranstaltung, die das Parlament je gesehen hatte.

Grundsätzliches

Nach §7 der Geschäftsordnung des Nationalrates haben Abgeordnete derselben wahlwerbenden Partei das Recht, sich zu einem Klub zusammenzuschließen. Im Sinne des Klubfinanzierungsgesetzes 1985 besteht ein Parlamentsklub darüber hinaus auch aus den Bundesräten und den EU-Mandataren, die derselben politischen Partei angehören.
Die Klubs bestimmen weitgehend das parlamentarische Geschehen und leisten einen wesentlichen Beitrag zum politischen und demokratischen Leben in unserem Land.

Den Schwerpunkt der Arbeit der Regierungsfraktionen stellt dabei die Gesetzgebung dar; Hauptaufgabe der jeweiligen Opposition hingegen ist die parlamentarische Kontrolle der Regierung und der Verwaltung.

In der XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates (30. Oktober 2006) bestand der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei aus 98 Mandataren, und zwar aus 66 Nationalräten, 26 Bundesräten und 6 EU-Mandataren (MEP).
Aufgrund der Nationalratswahl vom 28.9.2008 hat sich die Zahl der Abgeordneten zum Nationalrat auf 51 und somit die Gesamtsumme der Mitglieder auf 83 verringert.

An der Spitze des Klubs steht der Klubobmann, der – ebenso wie die Klubobmann-Stellvertreter und die weiteren Mitglieder des Klubvorstandes und des Klubpräsidiums – für die Dauer einer Gesetzgebungsperiode des Nationalrates gewählt wird. Die internen Geschäfte sowie die Koordination mit Parlament und Regierung werden vom Klubdirektor geführt bzw. wahrgenommen.

Dem Klubvorstand, dem obersten Klubgremium, gehören folgende Funktionäre an: Klubobmann, 2. Nationalratspräsident, Klubobmann-Stellvertreter, Klubkassier, Klubschriftführer, Fraktionsführer des Bundesrates und Klubdirektor.

Das Klubpräsidium schließlich setzt sich aus den Mitgliedern des Klubvorstandes und einigen weiteren vom Klub gewählten Abgeordneten zum Nationalrat, Mitgliedern des Bundesrates und EU-Mandataren zusammen. Darin soll möglichst jedes Bundesland vertreten sein.

Ein qualifizierter Stab von an die 50 Mitarbeitern (insbesondere die Klubsekretäre und Pressereferenten) betreut und berät unter der Leitung von Klubdirektor Prof. Dr. Werner Zögernitz die Mandatare bei ihrer Arbeit in den Ausschüssen sowie im Plenum von National- und Bundesrat.

Den Klubsekretären obliegt in ihren Fachbereichen die inhaltliche sowie legistische Aufbereitung der Materien für die Abgeordneten. Sie unterstützen die Mandatare bei ihrer Parlamentsarbeit und stellen Kontakte zu anderen Parteien, Bundesministerien, insbesondere Ministerbüros und leitenden Beamten, Interessenvertretungen etc. her.

Darüber hinaus haben die Abgeordneten zum Nationalrat nach dem „Parlamentsmitarbeitergesetz" seit 1992 auch die Möglichkeit, Mitarbeiter zur Unterstützung ihrer parlamentarischen Tätigkeit anzustellen, die zwar mit dem Klub organisatorisch und inhaltlich zusammenarbeiten, ihm aber rechtlich nicht unterstehen. Die Vorbereitung von parlamentarischen Reden sowie die Aufarbeitung der Korrespondenz und die Bearbeitung von Interventionen gehören zu ihrem Alltag. Die Pressearbeit und die Führung von Besuchergruppen durch das Parlament sind gleichfalls ein wesentlicher Bestandteil der Aufgaben. Gegen Ende der XXIII. Gesetzgebungsperiode waren 64 parlamentarische Mitarbeiter(innen) für die Abgeordneten der ÖVP tätig.

Die wichtigsten Reformschritte, die im Parlament umgesetzt und beschlossen wurden, waren folgende:

Vertrag von Lissabon: Verbesserungen der Funktionsfähigkeit der Europäischen Union
Finanzausgleich 2008: Langfristige Finanzierung der Gebietskörperschaften von 2008–2013 sichergestellt
Entlastungspaket: Erhöhung des Pendlerpauschales und des Kilometergeldes; Abschaffung der Arbeitnehmer-Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen
Finanzmarktkrise: 100-Mrd.-€-Maßnahmenpaket zum Schutz der Sparer und Stärkung der Banken
Familie: Einführung einer 13. Familienbeihilfe
Pensionen: Verlängerung der Hacklerregelung bis 2013 und Pensionserhöhung um 3,4 Prozent sowie Einmalzahlung und Heizkostenzuschuss
Pflegesicherung: Voraussetzung für leistbare, legale Pflege zu Hause geschaffen. Anhebung des Bundespflegegeldes um 4 bis 6 Prozent je nach Pflegestufe; Anhebung der Förderung für die Pflege zu Hause:
Unselbstständige € 1.100,–
Selbstständige € 550,–
Klimaschutz: Klimaschutzoffensive inkl. Schaffung eines Klimafonds
Ökostrom: Erhöhung der Förderung von € 17 Mio. auf € 21 Mio.
Asyl: Durch die Schaffung eines Asylgerichtshofes werden die Verfahrensabläufe beschleunigt.
Demokratiepaket: Einführung der Briefwahl und Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre
Bundesverfassung: Selbstverwaltungskörper und Sozialpartnerschaft werden verfassungsrechtlich verankert.
Landwirtschaftsförderung: Langfristige Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage für unsere Bauern

Die Reformhöhepunkte der vergangenen Legislaturperiode werden in der Folge nach Materien geordnet dargestellt:

ARBEIT UND SOZIALES

Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007

- Verlängerung der „Hacklerregelung" bis 2010
- Verbesserungen im Bereich der Korridorpension und der Pensionsversicherung von pflegenden Angehörigen
- Anmeldung von Beschäftigten vor Arbeitsantritt

Pflegepaket

Nach langen Verhandlungen wurde ein umfassendes Pflegepaket beschlossen:

Hausbetreuungsgesetz

Damit wurde eine Rechtsgrundlage für die bedarfsgerechte Rund-um-die-Uhr-Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen zu Hause und damit ein spezieller Beschäftigungstyp geschaffen. Arbeitsrecht, Sozialrecht und Berufsrecht werden an die Besonderheiten selbstständiger und unselbstständiger Betreuungsleistungen im privaten Haushalt eines Pflegegeldbeziehers angepasst.

Pflegegeldgesetz

- Förderung der 24-Stunden-Betreuung ab dem 1. Juli 2007
- Bis zu € 800 pro Monat (wenn Arbeitsverhältnisse vorliegen) – **NEU:** ab 1. 11. 2008: € 1.150,–
- Bis zu € 225 pro Monat (wenn Werkverträge vorliegen) – **NEU:** ab 1. 11. 2008: € 550,–

Arbeitszeitflexibilisierung

Hier werden Möglichkeiten zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit geschaffen (bei besonderem Arbeitsbedarf auf 24 [bisher 12] Wochen im Jahr, maximal jedoch acht Wochen in Folge, generelle Zulassung von 12-Stunden-Schichten durch Kollektivvertrag, Ermächtigung an den KV, die tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu zehn Stunden anzuheben, Vereinfachung der Regelungen über Gleitzeit, Vier-Tage-Woche und das Einarbeiten sowie um Maßnahmen über den Abbau von Zeitguthaben). Außerdem haben künftig Teilzeitbeschäftigte, die Mehrarbeit leisten, unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf einen gesetzlichen Mehrarbeitszuschlag von 25 Prozent.

Bundesgesetz zur Krankenanstaltenfinanzierung und Pensionserhöhung

Pensionsanpassung für das Jahr 2008, Krankengeldregelung für freie Dienstnehmer, Rezeptgebührendeckelung, Anhebung der KV-Beiträge sowie Neuregelungen im Pensionsbereich der Beamten

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung

Einheitliche Grundsätze für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung – Aufteilung der Förderungen mit 60 Prozent Bund und 40 Prozent Länder

Novelle zum Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz

Einbeziehung der freien Dienstnehmer in das BMSVG; Selbstständigenvorsorge für Personen, die dem GSVG unterliegen sowie für freiberuflich Selbstständige und Land- und Forstwirte sowie Einbeziehung der freien Dienstnehmer in die AK

Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977 etc.

Neuregelung im Bereich der Arbeitslosenversicherung für freie Dienstnehmer und Optionsmodell für Selbstständige im Bereich der Arbeitslosenversicherung; strengere Sanktionen gegen Pfuscher

Pflege-Verfassungsgesetz

Im Hinblick auf die ohnehin schwierige Situation von pflege- und betreuungsbedürftigen Personen und ihrer Angehörigen und um für die betroffenen Familien Sicherheit bei der Legalisierung von Betreuungsverhältnissen im Rahmen der Pflege und Betreuung von Personen in Privathaushalten zu schaffen, sah das Pflege-Verfassungsgesetz vor, dass zu pflegende bzw. zu betreuende Personen und deren Angehörige als Arbeitgeber/innen sowie selbständige Betreuungskräfte vor sozialversicherungsrechtlichen Beitragsnachforderungen sowie vor verwaltungsstrafrechtlicher Verfolgung geschützt werden.

Lehrlingspaket

Ausbildungsgarantie für junge Menschen sowie das Schließen der Lehrstellenlücke und modernere Schutzbestimmungen für Lehrlinge. An die Stelle der einheitlichen Lehrlingsausbildungsprämie soll eine bedarfsgerechte, an den tatsächlich bezahlten Lehrlingsentschädigungen ausgerichtete Beihilfe treten, die nach Jahren gestaffelt ausbezahlt wird. Die Ausbildungsbetriebe sollen im ersten Lehrjahr drei, im zweiten zwei sowie im dritten und vierten Lehrjahr eine Lehrlingsentschädigung als Beihilfe erhalten. Im Rahmen der Anpassung der Lehrlingsausbildung an die geänderten Umstände wird die außerordentliche Auflösung des Lehrverhältnisses unter gleichzeitiger Gewährung der weiteren Ausbildung erleichtert.

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz
Arbeitnehmerseitige Beitragsbefreiung bei Arbeitslosenversicherung im Niedriglohnbereich:

- bis € 1.100: kein ALV-Beitrag
- € 1.100–1.200: 1 Prozent ALV-Beitrag
- € 1.200–1.350: 2 Prozent ALV-Beitrag
- ab € 1.350: normaler ALV-Satz

1 Mio. Beschäftigungsverhältnisse sollen erfasst werden – € 300 Mio. Volumen; dieses wird auf die Steuerreform angerechnet – eine jährliche Anpassung der Obergrenzen (z.B. um durchschnittliche Lohnerhöhung) soll erfolgen – der Einnahmeausfall ist über das Budget abzudecken.

Nationalratssitzung vom 24./25. 9. 2008 und Bundesrat vom 8. 10. 2008
beschlossen wurden:

Erhöhung des Bundespflegegeldes um 4 bis 6 Prozent je nach Einstufung „Hacklerregelung":
Hier wurden sowohl der ÖVP-Antrag als auch der SPÖ-Antrag beschlossen, die einander in wichtigen Bereichen widersprachen. Der Bundesrat erhob daher gegen die Stimmen der ÖVP Einspruch gegen die ÖVP-Fassung, die somit nicht Gesetz wurde.

Inhalt der einstimmig beschlossenen Hacklerregelung:
beitragsfreie Anrechnung von Krankenstands- und Ausübungsersatzzeiten; keine Ausschleifregelung

Pensionserhöhung:
Erhöhung ab 1. November 2008 um 3,4 Prozent

darüber hinaus Einmalzahlung:

- bis zum Ausgleichzulagenrichtsatz: + 20 Prozent
- AZ-Richtsatz bis € 1.000,– Pension: + € 150,–
- € 1.000,– bis € 2.000,– Pension: Einschleifregelung abfallend von € 150,– bis € 50,–
- über € 2.000,– bis € 2.800,– Pension: € 50,–

Heizkosten:

- € 210,– für Ausgleichszulagenrichtsatzbezieher
- Einschleifregelung für Ausgleichzulagenrichtsatzbezieher, die erst ab Dezember 2008 Ausgleichzulagenrichtsatz beziehen: von Dezember 2008 bis April 2009 in der Höhe von € 30,– pro Monat
- Vorziehung der Pensionserhöhung auf 1. November im Bereich KriegsopferversorgungsG, OpferfürsorgeG, HeeresversorgungsG und VerbrechensopferG
- Vorziehung der Unfallrentenerhöhung auf 1. November

GESUNDHEIT

Tiertransport- und Tierschutzgesetz
Das Tiertransportgesetz 2007 sieht vor, dass die Tiertransportgesetze Straße, Luft und Eisenbahn, deren materielle Bestimmungen durch eine seit dem 5. 1. 2007 geltende EG-Verordnung zum Großteil obsolet wurden, ersetzt werden.

Es wurde beschlossen, dass eine innerösterreichische Höchstbeförderungsdauer von 4,5 Stunden gilt. Da im Hinblick auf die Struktur der heimischen Landwirtschaft, den geographischen Gegebenheiten sowie aufgrund bestehender Qualitätsprogramme und laufender Verträge dieses Ziel, realistisch gesehen, nicht immer erreicht werden kann, besteht die Möglichkeit, nach einer 45-minütigen Pause den Transport weitere vier Stunden fortzusetzen. Im Falle von Nutz- und Zuchttieren wurde eine innerstaatliche Beförderungsdauer von acht Stunden festgesetzt. Sollte aus geographischen Gründen eine Erreichung des Ziels nicht rechtzeitig möglich sein, ist eine Verlängerung bis maximal zehn Stunden erlaubt.

Tierschutzgesetz-Novelle
Die meisten Bestimmungen treten mit Jahresbeginn in Kraft – aber es gibt auch Übergangsbestimmungen (z.B. Neuregelung der Kaninchenhaltung). Mit dieser Novelle wurden Anpassungen, die sich in den ersten zweieinhalb Geltungsjahren als sinnvoll und notwendig erwiesen haben, vorgenommen.

Gewebesicherheitsgesetz (GSG)
Qualität und Sicherheit von zur medizinischen Verwendung bestimmten Zellen und Geweben: Zum Schutz der Gesundheit sowohl des Spenders als auch des Empfängers müssen bei der Gewinnung, der Verarbeitung, der Konservierung sowie der Lagerung und Verteilung hohe Sicherheitsstandards eingehalten werden, um insbesondere die Übertragung von Krankheiten zu verhindern.

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens
Weiterführung der Organisations- und Finanzierungsreform des österreichischen Gesundheitswesens

Epidemiegesetz 1950
Datenschutzkonforme Etablierung eines behördeninternen Registers anzeigepflichtiger übertragbarer Krankheiten und damit eines Instrumentes zur rascheren Bekämpfung und zur Verhütung von Infektionskrankheiten – Beschleunigung der Bekämpfungsmaßnahmen durch Reduktion der Informationswege infolge einer elektronischen Verarbeitung – Reduktion des Aufwands für die Aufbereitung der Daten für die Monatsausweise, Jahresberichte und internationale Berichte – ausdrückliche Verankerung der Koordinierungsfunktion und -verpflichtung der Landeshauptleute bei bezirksübergreifenden Ausbrüchen, Verpflichtung zur Zusammenarbeit bei bundesländerübergreifenden Ausbrüchen.

Medizinproduktegesetz
In den letzten Jahren wurden insbesondere seitens der Patientenanwaltschaften, zuletzt aber auch durch die Volksanwaltschaft, Sachverhalte aufgezeigt, nach denen im Verlauf von Behandlungen Patienten durch vermeintlich fehlerhafte Medizinprodukte geschädigt wurden, Spitalsträger aber ein Verhalten setzten, das dem Patienten die Verfolgung seiner Ansprüche gegenüber dem Hersteller de facto unmöglich gemacht hat. Im Hinblick darauf ist daher im Sinne einer Verdeutlichung der Rechtslage eine Erweiterung des MPG im Rahmen seiner §§70 ff erforderlich, um diesen Abschnitt des MPG ausdrücklich um die Wahrung der Rechtsposition des geschädigten Patienten zu ergänzen. Durch die in Aussicht genommene Novelle wird daher dem im Regierungsübereinkommen enthaltenen Ziel, bei Medizinproduktefehlern die Beweisposition zugunsten von Patienten zu regeln, entsprochen.

Musiktherapiegesetz
Hiemit werden Regelungen für die berufsmäßige Ausübung der Musiktherapie unter besonderer Berücksichtigung der musiktherapeutischen Ausbildung, der Formen der Berufsausübung, der Voraussetzungen der Berufsausübung, der Führung der Musiktherapeutenliste sowie der Berufspflichten eingeführt.

Tabakgesetz
Eckpunkte zur Stärkung des Nichtraucher/innen-Schutzes in der Gastronomie:

- In Lokalen mit mehr Räumen muss es eine bauliche Trennung geben, wobei die Nichtraucher-Zone größer sein soll als die Raucher-Zone.
- Bei Lokalen unter 50 m² können die Lokalbesitzer/innen entscheiden, ob Nichtraucher- oder Raucherlokal.
- Bei Lokalen zwischen 50 und 80 m²: Per Gutachten kann entschieden werden, ob eine Trennung möglich ist. Besteht die Möglichkeit zur Trennung, muss ein Umbau erfolgen; wenn nicht, gilt die Wahlfreiheit.
- Bei Lokalen über 80 m² ist eine strikte Teilung vorzunehmen.

Der Arbeitnehmer/innenschutz sieht vor,

- dass der Anspruch auf Abfertigung nicht verloren geht, wenn die/der Arbeitnehmer/in aufgrund Passivrauchens den Job wechselt.
- dass Zeit für gesundheitliche Beratungen und Untersuchungen im Zusammenhang mit Passivrauchen gegeben werden muss.
- dass Jugendliche grundsätzlich im Nichtraucherbereich auszubilden und zu beschäftigen sind.

Suchtmittelgesetz
Die vorgeschlagenen Änderungen beinhalten die Anpassung des Suchtmittelgesetzes an geltendes EU- sowie nationales Recht: die Ermöglichung des Cannabis-Anbaus zur Wirkstoffgewinnung für die Arzneimittelherstellung, wobei diese Tätigkeit ausschließlich im Rahmen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH und unter Aufsicht und Kontrolle der Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend zulässig sein soll; die Verankerung eines bundesweiten Substitutionsmonitorings und die Regelung des Informationsaustausches innerhalb einer koordinierten Gesamtbetreuung des Substitutionspatienten im Rahmen eines berufsgruppenübergreifenden Betreuungsnetzwerks; die Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Nutzung der Möglichkeiten des E-Governments im Rahmen der zentralen Suchtmittel-Datenevidenz; die Übertragung der Überwachung der zum Besitz und Verkehr mit Suchtmitteln berechtigten Betriebe und Einrichtungen an das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen.

FAMILIE

Novelle des Jugendwohlfahrtsgesetzes
Mit der Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes im Juni 2007 wird der Informationsfluss zwischen den zuständigen Behörden und Einrichtungen verbessert und ein „Frühwarnsystem" etabliert, das sicherstellt, dass Vernachlässigungen und

sonstige Kindeswohlgefährdungen möglichst schnell offenkundig werden. Die Mitteilungspflicht von Behörden und Organen der öffentlichen Aufsicht wird auf Einrichtungen zur Betreuung oder zum Unterricht Minderjähriger (Schule, Betreuungseinrichtung) ausgedehnt. Da Lehrer und Erzieher unmittelbaren Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben, können sie Anzeichen einer physischen oder psychischen Beeinträchtigung des Kindeswohls bereits frühzeitig erkennen.

Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes

Zur verstärkten Förderung von kinderreichen Familien wird die Geschwisterstaffelung bei der Familienbeihilfe ab 1. Jänner 2008 erhöht. In Umsetzung des Regierungsübereinkommens wird die Geschwisterstaffel für das 3. Kind von € 25,5 auf € 35,– und für das vierte und jedes weitere Kind von € 25,5 auf € 50,– erhöht. Das bedeutet, dass sich ab 1. Jänner 2008 der Gesamtbetrag an Familienbeihilfe, der für drei Kinder gewährt wird, um € 47,8 monatlich erhöht (derzeit noch € 38,3), für vier Kinder um € 97,8 monatlich (derzeit noch € 63,8) und für jedes weitere Kind nochmals um € 50,– monatlich erhöht. Im Vergleich zur derzeitigen Rechtslage ergibt dies ein jährliches Plus von € 114,– bei drei Kindern, € 408,– bei vier Kindern und € 702,– bei fünf Kindern.

Für Mehrkindfamilien, die für drei oder mehr Kinder Familienbeihilfe beziehen und deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt, wird ab dem dritten Kind zusätzlich zur Familienbeihilfe ein Mehrkindzuschlag in Höhe von € 36,4 pro Monat gewährt. Um diese Familien noch gezielter zu unterstützen, wird ebenfalls mit 1. Jänner 2008 die Einkommensgrenze von bisher € 45.000,– auf € 55.000,– angehoben.

Novellierung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes

Mit dieser Gesetzesnovelle werden mit 1. Jänner 2008 die Bezugsdauer und die Höhe des Kinderbetreuungsgeldes flexibilisiert, indem eine Wahlmöglichkeit zwischen nunmehr drei Varianten geschaffen wird: 1) das bisherige Modell mit einem monatlichen Bezug von € 436,– für einen Zeitraum von 30 bzw. 36 Monate (wenn auch der andere Elternteil das KBG in Anspruch nimmt), 2) eine neue Kurzleistung in Höhe von € 800,– monatlich für den Zeitraum von 15 bzw. 18 Monaten und 3) eine mittlere Variante sieht den Bezug von € 624,– für 20 bzw. 24 Monate vor. Weiters wird eine Übergangsregelung hinsichtlich der Flexibilisierung für Geburten vor dem 1. Jänner 2008 geschaffen, die Zuverdienstgrenze bei der Grundleistung sowie beim Zuschuss von € 14.600,– bzw. € 5.200,– auf €16.200,–angehoben und ab 2008 eine Einschleifregelung bei Überschreiten der Zuverdienstgrenze eingeführt. Ab Inkrafttreten der Novelle ist eine begleitende Evaluierung vorgesehen.

Art. 15a B-VG-Vereinbarung Bund – Länder über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen

Der Bund wird in den Jahren 2008, 2009 und 2010 jährlich einen Zweckzuschuss in Höhe von 15 Mio Euro für den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und die Neuausbildung von Tagesmüttern/-vätern sowie jährlich je 5 Mio. Euro zur Finanzierung der Maßnahmen zur sprachlichen Frühförderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen, die von den Ländern kofinanziert werden müssen.

13. Familienbeihilfe

Die von BPO Mag. Molterer erst Ende Juli 2008 vorgeschlagene 13. Familienbeihilfe für alle Kinder im September wurde bereits in der Nationalratssitzung am 24. September 2008 einstimmig beschlossen. Damit wurde eine weitere Maßnahme des ÖVP-Entlastungspakets erfolgreich umgesetzt, von der ungefähr 1,8 Mio. Kinder und Jugendliche profitieren werden. Denn Familien mit Kindern sind von der herrschenden Inflation und der dadurch bedingten allgemeinen Teuerung besonders betroffen; zudem fallen im September zu Schul- bzw. Ausbildungsbeginn noch zusätzliche Kosten an. Infolge dieser ÖVP-Initiative wird die Familienbeihilfe nun alljährlich im September für alle Kinder doppelt ausbezahlt, womit die Familien sehr gezielt bei ihren Mehrausgaben unterstützt werden.

Diese Maßnahme mit einem Gesamtvolumen von 250 Mio. € ist finanzierbar und bringt eine spürbare Entlastung für die Familien. Bereits Anfang November 2008 kann mit der Nachzahlung für September 2008 gerechnet werden.

VERKEHR

28. KFG-Novelle

Mit dieser Novelle sollen Erleichterungen für den kombinierten Verkehr und eine ausdrückliche Grundlage für Ausnahmegenehmigungen für die Zulassung von Fahrzeugen aus auslaufenden Serien geschaffen und die Bestimmungen über Kraftstoffuntersuchungen praxisgerechter gestaltet werden.

Gefahrgutbeförderungsgesetz-Novelle 2007

Materielle Grundlage für diese Vorschriften bilden, soweit es sich um allen Verkehrsträgern gemeinsame Regelungsbereiche handelt, die für die weltweite Anwendung konzipierten Empfehlungen der Vereinten Nationen für die Beförderung gefährlicher Güter.

29. KFG-Novelle

- Anhebung der Strafe bei Telefonieren am Steuer auf € 50,–
- Ausweitung des Zeitraums der Winterreifenpflicht und Schneekettenmitführverpflichtung für LKW
- Winterausrüstungspflicht für PKW
- Abschaffung des Fahrens mit „Licht am Tag"
- Finanzbehörden erhalten weitere Möglichkeiten für Zulassungssperren bei Rückvergütung der Normverbrauchsabgabe
- Regelung der Erfassung von reimportierten Fahrzeugen in der Genehmigungsdatenbank

Änderung des Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002 und das ASFINAG-Gesetzes

Mit der in §9 Abs. 5 enthaltenen Regelung wird der in der Wegekostenrichtlinie enthaltenen Verpflichtung zur Differenzierung der Mauttarife nach EURO-Emissionsklassen bis zum Jahr 2010 entsprochen. Die in Artikel 2 vorgesehene Änderung des ASFINAG-Gesetzes regelt die zweckgebundene Weiterleitung der von der ASFINAG gemäß §9 Abs. 7 lit. b BStMG zusätzlich eingehobenen Benützungsentgelte an den Bund zur Finanzierung des auf österreichischem Staatsgebiet zu errichtenden Eisenbahnbasistunnels auf der Brennerachse oder anderer vorrangiger Vorhaben von europäischem Interesse gemäß Anhang III der Entscheidung Nr. 884/2004/EG.

Schifffahrtsgesetz

Die Bestimmungen enthalten einerseits die Verpflichtung zur Bereitstellung von Fahrwasserinformationen durch die Behörde unter Berücksichtigung der Kommissionsverordnungen über die technischen Spezifikationen für Inland ECDIS (Inland Electronic Chart Display and Information System) sowie für Nachrichten für die Binnenschifffahrt und andererseits Verordnungsermächtigungen zur Einführung von Verpflichtungen zur elektronischen Übermittlung von Meldungen und automatisierten Identitäts- und Positionsmeldungen von Schiffen unter Berücksichtigung der Kommissionsverordnungen über elektronische Meldungen in der Binnenschifffahrt und über Schiffsverfolgungs- und -aufspürungssysteme. Für die Schiffsdaten werden die Bedingungen definiert, unter denen Daten gespeichert und weitergegeben werden dürfen.

Luftfahrtgesetz

Zur Gewährleistung eines einheitlich hohen Sicherheitsniveaus des Luftverkehrs innerhalb der Gemeinschaft gehört auch die sichere und reibungslose Durchführung der Flugsicherung. Aus diesem Grund hat die Gemeinschaft einen „einheitlichen europäischen Luftraum" mit dem Ziel der Angleichung der Anforderungen an die Flugsicherungsdienstleister und die nationalen Aufsichtsbehörden sowie der einheitlichen Ordnung und Nutzung des Luftraumes und der Interoperabilität des Flugverkehrsmanagementnetzes geschaffen.

Bundesstraßen-Mautgesetz

Die Valorisierung der Vignettenpreise wird ein Jahr ausgesetzt, sodass die nächste Erhöhung erst mit 1. 12. 2009 zum Tragen kommt.

„Österreich-Ticket"

Auf Initiative der ÖVP wurde mit einem Entschließungsantrag, der im Parlament die Mehrheit fand, die Schaffung eines für alle öffentlichen Verkehrsmittel österreichweit gültigen Fahrausweises angeregt.

INNERES

Sicherheitspolizeigesetz

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des BMI war die Vorbereitung auf die Europameisterschaft 2008: Im Einvernehmen mit den Mitveranstaltern und den übrigen Nachbarstaaten wurden die präventiven Maßnahmen gegen Hooligan-Ausschreitungen verbessert. In diesem Sinn wurde eine Novelle des SPG beschlossen, durch die zur Vermeidung von Übergriffen von Hooligans

eine Meldepflicht eingeführt wurde. Die im Dezember 2007 beschlossene SPG-Novelle stellt schließlich die Datenverarbeitung von Sicherheitsbehörden – nach Auslaufen der Übergangsfristen des Datenschutzgesetzes 2000 – auf eine neue gesetzliche Basis. Im Bereich der allgemeinen Hilfeleistungspflicht und der Gefahrenabwehr wird die Möglichkeit der Standortfeststellung geschaffen. Entgegen häufiger Behauptungen geht es dabei aber nicht um die Überwachung von Gesprächs- bzw. Mailinhalten. Durch die Gesetzesänderung wird in diesem Bereich nur genau festgeschrieben, was an sich schon nach der bis dahin geltenden Rechtslage möglich und Praxis war. Bei der Ausgestaltung der exekutiven Befugnisse wurde insbesondere der Stellungnahme des Datenschutzrates Rechnung getragen und der Tätigkeitsbereich des Rechtsschutzbeauftragten erweitert.

INTERPOL – Korruptionsakademie (Amtssitzabkommen)

ICPO-Interpol hat sich für die Ansiedlung einer Anti-Korruptionsakademie in Österreich entschieden. Diese Ansiedlung liegt im Interesse Österreichs, da sie maßgeblich zur Stärkung des Sicherheits-Amtssitzstandortes Österreich beiträgt und eine enge thematische Verknüpfung zu anderen internationalen Organisationen in Österreich besteht (z.B. UNODC).

Vertrag mit Kroatien über die polizeiliche Zusammenarbeit

Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit hat sich in jüngster Zeit mit dem Anwachsen der Anforderungen an sie deutlich intensiviert. Die Republik Österreich misst der Zusammenarbeit mit den Staaten des Westbalkans hier besondere Bedeutung zu. Der Abschluss von Übereinkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit sollte daher zur Erreichung eines hohen Sicherheitsstandards beitragen.

Der Vertrag dient der Intensivierung und Vertiefung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit der beiden Staaten. Er hat die Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Verhütung und Verfolgung gerichtlich strafbarer Handlungen zum Ziel.

JUSTIZ

Justizzusammenarbeit innerhalb der EU

Die Ergänzung des Bundesgesetzes über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen diente der Umsetzung der Rahmenbeschlüsse des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen sowie über die Anwendung dieses Grundsatzes auf Einziehungsentscheidungen.

Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über Kinderrechte

Der Europarat hat ein Übereinkommen geschaffen, damit Kinder die im VN-Übereinkommen verbrieften Rechte, insbesondere in den sie berührenden familienrechtlichen Verfahren, auch tatsächlich ausüben können. Das gegenständliche Übereinkommen stellte insofern eine Ergänzung des VN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes dar.

Unternehmensrechts-Änderungsgesetz

Die wesentlichsten Änderungen der Abschlussprüfungs-Richtlinie betreffen

- die Verantwortlichkeit des Konzernabschlussprüfers auch für die einbezogenen Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen;
- Verbesserungen der Unabhängigkeit von Abschlussprüfern: Neben der allgemeinen Regelung, dass eine Person als Abschlussprüfer ausgeschlossen ist, wenn Gründe, insbesondere Beziehungen geschäftlicher, finanzieller oder persönlicher Art, vorliegen, nach denen die Besorgnis der Befangenheit besteht, werden in § 271 Abs. 2 UGB konkrete Abschlussgründe formuliert. Zusätzlich werden in § 271 Abs. 4 ergänzende Regelungen für die Befangenheit von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aufgestellt;
- die Schaffung eines befristeten – zweijährigen – Tätigkeitsverbots als Prüfer für Personen, die in leitender Stellung im geprüften Unternehmen tätig waren;
- eine verstärkte Einbindung des Aufsichtsrates in die Bestellung von Abschlussprüfern;
- das Honorar der Abschlussprüfer, das nicht durch zusätzliche Leistungen des Prüfers beeinflusst und an keine Bedingungen geknüpft werden darf;
- die Verpflichtung zur Schaffung eines Prüfungsausschusses für Unternehmen iS des § 271a iVm § 221

Abs. 3 UGB (nach Art. 41 der Richtlinie ist ein Prüfungsausschuss für Unternehmen von öffentlichem Interesse vorzusehen).

Ferner wurden in Anlehnung an die Regelungen der Abschlussprüfungs-RL die Bestimmungen über die Genossenschaftsrevision geändert.

Berufsrechtsänderungsgesetz 2008

Das Berufsrechtsänderungsgesetz 2008 dient einerseits der Anpassung der berufsrechtlichen Zugangsbestimmungen an das geänderte Studienangebot einschließlich des Bologna-Prozesses sowie andererseits der Umsetzung der dritten Geldwäsche-Richtlinie.

Feilbietungsrechts-Änderungsgesetz

Die freiwillige Feilbietung von Liegenschaften, Superädifikaten und Baurechten war in einem gerichtlichen außerstreitigen Verfahren vorgesehen. Ihre Durchführung oblag dem Notar als Gerichtskommissär. In der Praxis hatte die freiwillige Feilbietung seit langem kaum Bedeutung: Während die Möglichkeit, Fahrnisse gerichtlich feilbieten zu lassen, mit der Außerstreitreform überhaupt aufgegeben wurde, blieb sie für Liegenschaften, Superädifikate und Baurechte weiterhin bestehen.

Durch diese Novelle sollte die freiwillige Feilbietung zu einer attraktiven Alternative zum regulären Liegenschaftsverkauf gemacht werden. Die freiwillige Feilbietung wird aus der Gerichtszuständigkeit ausgegliedert, aber weiterhin vom Notar – allerdings nicht mehr in seiner Eigenschaft als Gerichtskommissär – durchgeführt werden. Durch die neu eröffnete Möglichkeit, Rechtsanwälte oder befugte Gewerbspersonen, wie beispielsweise Versteigerungshäuser, beizuziehen, kann diese Form des Liegenschaftshandels dank der Erfahrung und Professionalität der Rechtsdienstleister und der Gewerbetreibenden besonders wirtschaftlich und effizient gestaltet werden.

Grundbuchs-Novelle

Die Bundesregierung hat bereits in den Jahren 2005 und 2007 eine grundlegende technologische Erneuerung der Grundstücksdatenbank beschlossen. Die in dieser Novelle enthaltenen legislativen Begleitmaßnahmen sollten aber nicht nur die rechtliche Grundlage für die Umstellung auf die neue Datenbank schaffen, sondern auch bleibende Verbesserungen des Grundbuchs- und Vermessungswesens bewirken.

Strafrechtsänderungsgesetz 2008

Mit diesem Gesetz wurde die bedingte Entlassung reformiert, wobei Schwerpunkt der Änderungen war, dass für bedingt Entlassene in der Regel ein Bewährungshelfer bestellt wird und durch Weisungen und Auflagen einem Rückfall vorgebeugt werden soll.

In diesem Gesetz wurde auch das „Vorläufige Absehen vom Strafvollzug wegen Aufenthaltsverbotes" geregelt. In eng begrenzten Fällen soll vom Vollzug von über Ausländer verhängten Freiheitsstrafen vorläufig abgesehen werden können, sofern sich diese bereit erklären, nach Haftentlassung auszureisen und nicht mehr nach Österreich zurückzukehren. Jedenfalls ausgeschlossen ist eine solche Vorgangsweise bei Sexualdelikten sowie im Fall einer Verurteilung zu einer mehr als fünfjährigen Freiheitsstrafe.

Strafprozessreform

Die Strafprozessreform war bereits im Jahre 2003 beschlossen worden. Durch diese Reform war die Aufgabe der Ermittlungen im strafgerichtlichen Vorverfahren von den Untersuchungsrichtern auf die Staatsanwaltschaften übertragen worden. Der Ermittlungsrichter ist nur noch für Entscheidungen zuständig, durch die in Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird.

In Ergänzung dieser umfassenden Vorverfahrensreform wurden durch das Strafprozessbegleitgesetz I die Bestimmungen über das Hauptverfahren und mit dem Strafprozessbegleitgesetz II die strafrechtlichen Nebengesetze an das neue Vorverfahren angepasst.

Im Bereich des Staatsanwaltschaftsgesetzes wurde durch das Strafprozessreformgesetz II insbesondere eine zentrale Korruptionsstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Wien (mit Außenstellen bei den anderen OLGs) geschaffen, die ab 1. 1. 2009 für Korruption und gerichtlich strafbare Verletzungen der Amtspflicht zuständig sein wird. Dadurch wird der u.a. in der UN-Korruptionskonvention enthaltenen Verpflichtung der Schaffung von spezialisierten Behörden zur Verfolgung dieser Delikte Rechnung getragen. Im StAG wird ferner vorgesehen, dass Weisungen im Gerichtsakt ersichtlich gemacht werden müssen; darüber hinaus wird der Justizminister verpflichtet, dem Parlament gegenüber einen jährlichen anonymisierten Bericht über erteilte Weisungen zu erstatten.

Suchtmittelgesetz

Diese Novelle diente in erster Linie der Umsetzung eines EU-Rahmenbe-

schlusses, durch welchen im Bereich des Suchtgifthandels Mindeststrafen vorgeschrieben wurden. Der persönliche Konsum von Suchtmitteln ist durch den Rahmenbeschluss nicht erfasst. Im Sinn des Rahmenbeschlusses werden die Strafrahmen für Suchtgifthandel durchgehend erhöht.

Justizbetreuungsagentur-Gesetz

Das Bundesministerium für Justiz sah sich in den letzten Jahren im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs mit einer weitgehend kontinuierlichen Aufwandssteigerung für externe medizinische Versorgungsleistungen, insbesondere bei den Kosten der stationären Unterbringung zurechnungsunfähiger geistig abnormer Rechtsbrecher gemäß §21 Abs. 1 StGB und vorläufig Angehaltener gemäß §429 Abs. 4 StPO in öffentlichen psychiatrischen Krankenanstalten, sowie bei den Kosten für andere stationäre Krankenhausaufenthalte konfrontiert.

Das stetige Ansteigen der Anzahl der im österreichischen Maßnahmenvollzug gemäß §21 Abs. 1 und 2 StGB Untergebrachten in den letzten Jahren hatte deutlich spürbare Belagsprobleme im Maßnahmenvollzug zur Folge. Die massivste Kostensteigerung im 10-Jahres-Vergleich ist bei der externen Unterbringung geistig abnormer Rechtsbrecher bzw. vorläufigen Anhaltung zu verzeichnen. In den öffentlichen Krankenanstalten, in denen Untergebrachte stationär angehalten werden, beträgt der durchschnittliche Tagsatz derzeit etwa € 400. Demgegenüber kostet die Betreuung in der Justizanstalt Göllersdorf nur rund die Hälfte.

Die Justizbetreuungsagentur soll primär die zu errichtende Außenstelle Maßnahmenvollzug Asten und in der Folge die neu zu errichtende Justizanstalt in Wien Baumgasse versorgen. Darüber hinaus soll die Justizbetreuungsagentur in der Lage sein, bei akutem Personalbedarf einzelner Justizanstalten, etwa durch Krankheit oder Karenz von Bediensteten, rasch – auch nur für den vorübergehenden Bedarf – Personal zur Verfügung zu stellen. Auch durch die Auflösung von derzeit mit privaten Einrichtungen im Betreuungsbereich bestehenden Verträgen wird von der Agentur auf die besonderen Aufgaben im Strafvollzug speziell vorbereitetes Fachpersonal auf Anforderung von Justizanstalten bereit gestellt werden können.

BUDGET

Doppelbudget für 2007/2008

Das Budget 2007 verlief viel besser als geplant: Statt des veranschlagten Budgetdefizits von 0,9 Prozent des BIP wurde es mit 0,7 Prozent des BIP abgeschlossen. Auch der vorläufige Budgetvollzug für 2008 zeigt einen besonders positiven Verlauf. Das veranschlagte Budgetdefizit von 0,7 Prozent wird wahrscheinlich unterschritten (0,5 bis 0,6 Prozent des BIP). Die Verschuldungsquote ist das erste Mal seit Jahrzehnten wieder unter 50 Prozent des BIP gesunken (im Jahre 1999 lag es noch bei 66,5 Prozent).

Neues Haushaltsrecht (Bundesfinanzrahmengesetz und Gründung einer Arbeitsgruppe für Globalbudget, Wirkungsorientierte Budgetierung sowie Umstellung von Kameralistik und Doppik)

Bundesfinanzrahmengesetz: Verbindlicher Finanzrahmen für die nächsten 4 Jahre (bis 30. April eines jeden Jahres dem NR vorzulegen).

Neue Grundsätze für die Haushaltsführung: Wirkungsorientierung, Transparenz, Effizienz und möglichst getreue Darstellung der finanziellen Lage.

Finanzausgleich 2008 bis 2013

Da das Programm der Bundesregierung eine Reihe von Punkten enthält, die von allen Gebietskörperschaften gemeinsam umgesetzt und finanziert werden müssen, vor allem die 24-Stunden-Betreuung, die Mindestsicherung und die Finanzierung des Gesundheitssystems, haben sich Bund, Länder und Gemeinden am 10. Oktober 2007 auf eine neue Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung geeinigt, und zwar für eine sechsjährige Periode von 2008 bis 2013.

Stabilitätspakt

Um die Verpflichtungen der Republik Österreich aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erfüllen, hat die Bundesregierung in ihrem Budgetprogramm vom Juli 2007 das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2010 und eine Reduktion der Schulden in Relation zum BIP festgelegt. Bis 2009 soll die gesamtstaatliche Defizitquote schrittweise zurückgeführt werden und ein gesamtstaatlicher Haushaltsüberschuss (Bund, Länder, Gemeinden) vor der Steuerreform 2010 sowie in den Jahren danach erreicht werden. Daher haben die Vertragspartner Bund, Länder und Gemeinden (diese vertreten durch Städtebund und Gemeindebund) im Rahmen ihrer Einigung über den Finanzausgleich am 10. Oktober 2007 auch einen erneuerten Österreichischen Stabilitätspakt für nunmehr

sechs Jahre vereinbart. Im Sinne einer „verstärkten Stabilitätsorientierung" haben die Gebietskörperschaften neue Stabilitätsbeiträge vereinbart, die je nach konjunkturellen Voraussetzungen in einzelnen Jahren in einem bestimmten Ausmaß verringert sein können, wobei ein solcherart verringerter Stabilitätsbeitrag aber schon im darauffolgenden Jahr durch einen entsprechend erhöhten Stabilitätsbeitrag wieder ausgeglichen werden muss.

FINANZEN

Reform der Finanzmarktaufsicht

Anfang Dezeber wurde das 2001 geschaffene Aufsichtssystem weiter verbessert und der Finanzmarkt Österreich mittels einer möglichst schlagkräftigen und effizienten Finanzmarktaufsicht gestärkt. Es wurden die Anregungen des Rechnungshofes aus der Prüfung der FMA, der Oesterreichischen Nationalbank und des Bundesministeriums für Finanzen sowie die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses des Nationalrats bezüglich der Finanzmarktaufsicht berücksichtigt. So werden nun Vor-Ort-Prüfungen von Kreditinstituten künftig ausschließlich von der OeNB auf Basis eines von FMA und OeNB gemeinsam erstellten Prüfungsprogramms durchgeführt werden. Von diesem Prüfungsplan soll die OeNB bei Bedarf auch abweichen können; sie soll den Prüfungsgegenstand ad hoc erweitern, zusätzliche Prüfungen vornehmen und in Fällen von makroökonomischer Bedeutung auch ohne Auftrag der FMA prüfen können. Die behördliche Aufsicht verbleibt jedoch bei der FMA.

Ökologisierungsgesetz – CO_2-Ausstoß Berücksichtigung bei Normverbrauchsabgabe (NOVA)

CO_2-Ausstoß wird bei Normverbrauchsabgabe (NoVA) berücksichtigt. – ab 1. 7. 2008.

Bis 120 g Bonus, zwischen 120 und 180 g unverändert, ab 180 g Malus von € 25,– je Gramm.

Schenkungsmeldegesetz

Entfall der Schenkungs- und Erbschaftssteuer wird durch ein Meldegesetz für Schenkungen ersetzt, Senkung des Stiftungseingangssteuersatzes von 5 auf 2,5 Prozent.

Erhöhung Pendlerpauschale um 15 Prozent

Kleines Pendlerpauschale

Einfache Wegstrecke	2004	2006	Juli 07	ab Juli 08	monatl.
ab 2 km	€ 0	€ 0	€ 0	€ 0	€ 0
ab 20 km	€ 450	€ 495	€ 546	€ 630	€ 52,50
ab 40 km	€ 891	€ 981	€ 1080	€ 1242	€ 103,50
ab 60 km	€ 1332	€ 1467	€ 1614	€ 1857	€154,75

Großes Pendlerpauschale

Einfache Wegstrecke	2004	2006	Juli 07	ab Juli 08	monatl.
ab 2 km	€ 243	€ 270	€ 297	€ 342	€ 28,50
ab 20 km	€ 972	€ 1071	€ 1179	€ 1356	€ 113
ab 40 km	€ 1692	€ 1863	€ 2052	€ 2361	€ 196,75
ab 60 km	€ 2421	€ 2664	€ 2931	€ 3372	€ 281

Erhöhung Kilometergeld von 37,6 Cent auf 42 Cent.

Ausfuhrförderungsgesetz – Erhöhung auf 45 Mrd. € bzw. 40 Mrd. €

Infolge des aktuellen Exportbooms und der starken Nachfrage nach Ausfuhrhaftungen und Garantien wurde das gesetzliche Limit von 35 Mrd. € für Ausfuhrhaftungen bereits im Mai 2007 erreicht und wird daher auf 45 Mrd. € erhöht und die Geltungsdauer bis 2012 verlängert.

Beim Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz wird der Haftungsrahmen auf 40 Mrd. Euro erhöht.

Gründung einer Entwicklungsbank

Senkung Kraftfahrzeugsteuer – Halbierung im Gleichklang mit der LKW-Mauterhöhung

Um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Transportwirtschaft zu stärken, wird die Kraftfahrzeugsteuer für LKW – im Gleichklang mit der LKW-Maut-Erhöhung – gesenkt.

Absicherung der Trafikanten

Beschränkung auf 200 Zigaretten bei nicht deutscher Beschriftung, Anhebung Einzelhandelsspanne um 10 Prozent und Erweiterung Nebenrechte auf Getränke

Durch das Auslaufen der 25-Stück-Regelungen für Privat-Zigaretten-Importe aus den neuen EU-Mitgliedstaaten kam es zu dramatischen Rückgängen von Zigarettenverkäufen. Um die Trafiken, die vorwiegend von behinderten Menschen betrieben werden, abzusichern, wurden deren Nebenrechte erweitert, die Kennzeichnungsbestimmungen im Interesse der Konsumenteninformation und des Gesundheitsschutzes, eine Grenze beim Import für nicht den österreichischen Kennzeichnungsbestimmungen entsprechenden Zigaretten von 200 Stück erlassen sowie

die Einzelhandelsspanne um 10 Prozent, befristet auf drei Jahre, wobei die Anhebung ausschließlich der Dotierung eines bei der Monopolverwaltung einzurichtenden Solidaritätsfonds dient, erhöht.

Gebührenbefreiung für Geburtsurkunden

Kraftfahrrechts-Änderungsgesetz – Erhöhung Mindestversicherungssumme auf € 6 Mio.
Erhöhung der Mindestversicherungssumme in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung für alle Personen- und Sachschäden auf 6 Millionen Euro. Innerhalb dieser Summe müssen die nach der Richtlinie für alle Personenschäden (€ 5 Mio.) und alle Sachschäden (€ 1 Mio.) vorgeschriebenen Summen für die betreffenden Schäden zur Verfügung stehen.

MiFID – Wertpapieraufsichtsgesetz: Harmonisierung der Wertpapierdienstleister und Ausbau der Anlegerschutzbestimmungen
Mit dem Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 werden begleitende EU-Normen zu den Themen Finanzinstrumente und Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten in das österreichische Recht umgesetzt. Alle Wertpapierdienstleistungen sollen gemeinschaftsweit harmonisiert und zugleich der Schutz der Anleger durch Informationspflichten und Wohlverhalten der Unternehmen verbessert werden.

Finanzstrafgesetz – Anpassung an das Strafprozessreformgesetz
Anpassung des Finanzstrafgesetzes an die mit 1. Jänner 2008 in Kraft tretenden Änderungen der Strafprozessordnung durch das Strafprozessreformgesetz.

Die wesentlichen Änderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Finanzstrafbehörden haben als Ermittlungsbehörden im Dienste der Strafjustiz die Bestimmungen der StPO anzuwenden und nicht mehr jene des verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahrens.
- Die in der StPO der Kriminalpolizei zugewiesenen Aufgaben und eingeräumten Befugnisse kommen bei gerichtlich strafbaren Finanzvergehen den Finanzstrafbehörden zu.
- Der relativen Selbstständigkeit der Finanzstrafbehörden bei Führung des Ermittlungsverfahrens entsprechend, entfallen die bisherigen Anzeigepflichten und werden durch das vorgesehene Berichtswesen ersetzt.
- Die bisher der Ratskammer und dem Untersuchungsrichter zugewiesenen Aufgaben werden nach deren Wegfall in aller Regel vom Einzelrichter des Landesgerichts wahrgenommen.
- Die allgemeinen Bestimmungen des verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahrens werden um die wesentlichen im 1. Hauptstück des 1. Teiles der StPO zusammengefassten Grundsätze des gerichtlichen Strafverfahrens ergänzt.
- Auch die Rechte der Beschuldigten im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren werden im Sinne der einschlägigen Bestimmungen der StPO erweitert bzw. präziser umschrieben.
- Bei den übrigen Änderungen handelt es sich um durch die Rechtsentwicklung und Rechtsanwendung bedingte Anpassungen und Klarstellungen und – insbesondere im Abschnitt über das gerichtliche Finanzstrafverfahren – um Zitats- und Begriffsanpassungen.

Katastrophenfondsgesetz
Aufstockung Katastrophenfonds für Schäden aus den beiden Orkanen Paula und Emma

WIRTSCHAFT

3,1 Prozent Wirtschaftswachstum 2007
in den letzten 15 Jahren immer höher als Deutschland, Exporte werden im Jahr 2008 die 120-Mio.-€-Marke überschreiten.
Auch für 2008 liegen die Prognosen für Österreich trotz der abflauenden Konjunktur deutlich besser als für die Nachbarländer und den Euro-Raum.

Öffnungszeiten: Erhöhung von 66 auf max. 72 Wochenstunden
Nunmehr können Verkaufsstellen montags bis freitags in der Zeit von 6 Uhr bis 21 Uhr und samstags von 6 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein, der wöchentliche Offenhalterahmen wird von 66 auf 72 Stunden angehoben. Bei besonderen Einkaufsbedürfnissen von Pendlern und Touristen oder bei Veranstaltungen sollen die Landeshauptleute die Öffnungszeiten per Verordnung erweitern können. Die geltenden Bestimmungen zur Sonn- und Feiertagsruhe werden beibehalten. Positive Auswirkungen auf Beschäftigung und Wirtschaftsstandort Österreich sind zu erwarten.

Ökostrom

- Erhöhung des zusätzlichen jährlichen Unterstützungsvolumens von 17 auf 21 Mio.; Förderung der Abwasserlauge und Umstellung der Kleinwasserkraftwerke auf Investitionsförderung.
- Befristete Erhöhung der Einspeisetarife für Biogasanlagen auf 4 Cent im Ökostromgesetz zur Absicherung des österreichischen Biogasstandortes auf Grund der stark angestiegenen Rohstoffpreise.

Kraftwärmekopplung (KWK) – Herauslösung aus dem Ökostrom – Schaffung eines eigenen Gesetzes

Im Ökostromgesetz in seiner derzeit geltenden Fassung sind sowohl die Förderung der Erzeugung elektrischer Energie aus erneuerbaren Energieträgern als auch die Förderung der Erzeugung elektrischer Energie durch fossile Kraft-Wärme-Kopplung geregelt.
Schaffung eines eigenen Gesetzes, welches die Förderung der Erzeugung elektrischer Energie aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung regelt.

Gewerbeordnung – Annerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Jugendschutz und Geldwäschebestimmungen

Durch eine Novelle der Gewerbeordnung wurden die EU-Anpassungen zur EU-weiten Anerkennung von Berufsqualifikationen, zum Kampf gegen die Nutzung von Versicherungen durch Geldwäscher und Terroristen sowie Maßnahmen gegen das Komatrinken Jugendlicher umgesetzt. Das Verbot des Ausschanks von Alkohol an Jugendliche wird verschärft und Wirte dazu verpflichtet, gegebenenfalls das Alter ihrer Gäste durch Ausweiskontrollen festzustellen.

Gesetzliche Absicherung des Nabucco-Erdgaspipeline-Projekts (Projekt über 5–7 Mrd. €)

Der Erdgasbedarf Europas wird in Zukunft gewaltig zunehmen. Zur Deckung des prognostizierten Verbrauchszuwachses ist es erforderlich, außereuropäische Energiequellen zu erschließen und durch die Errichtung von Transportsystemen die Anbindung Europas an diese Energiequellen zu ermöglichen. Eines dieser Transportsysteme soll als Erdgaspipelineprojekt „Nabucco" realisiert werden.

EURO 2008

- Sonderdotierungen 8 Mio. für die Euro 08 sowie deren Durchführung: 10 Prozent sind für die Nachbearbeitung reserviert
- Kampagnen von ÖW (Tourismusstandort) und ABA (Wirtschaftsstandort) erfolgreich abgewickelt

BAUTEN

Bauträgervertragsgesetz

Das Bauträgervertragsgesetz, das mittlerweile mehr als zehn Jahre in Kraft ist, soll die Erwerber von Wohn- und Geschäftsräumen vor dem Verlust ihrer Vorauszahlungen in der Insolvenz des Bauträgers schützen. Der rechtliche Schutz der Erwerber wird mit dieser Novellierung verbessert.

Beschluss eines Mietrechtlichen Inflationslinderungsgesetzes

Die mit 1. April 2008 unmittelbar bevorstehende inflationsbedingte Erhöhung der Richtwert-Mieten, die mit 3,6 Prozent besonders kräftig ausgefallen wäre, konnte noch rechtzeitig abgewendet werden:
Das Mietrechtliche Inflationslinderungsgesetz sieht eine Umstellung der Inflationsanpassung bei den Richtwert-Mieten vor: Wurde bislang bei der alljährlich im April gesetzlich vorgesehenen Inflationsanpassung der Richtwert-Mieten auf den in der Regel sehr hohen Dezember-Wert abgestellt, soll in Hinkunft die durchschnittliche Jahresinflation herangezogen werden. Die Erhöhung ist mit 1. April jedes Jahres gültig und wirkt sich ab Mai 2008 auf die Richtwert-Mieten aus.

Auf Grund dieser Neuregelung wurden die Richtwert-Mieten nunmehr mit 1. April 2008 um den Durchschnittswert der Jahresinflation 2007, also um nicht ganz 2,2 Prozent, angehoben anstatt um 3,6 Prozent.

TOURISMUS

Es fand eine Enquete mit dem Titel „Klimawandel – Chancen und Herausforderungen für den österreichischen Tourismus?" statt.

Darüber hinaus wurden folgende Entschließungsanträge beschlossen:

- Weiterentwicklung strategischer Überlegungen für eine tourismuspolitische Ausrichtung mit der Zielsetzung „Ganzjahrestourismus"
- Sicherstellung einer – gemeinsam mit den Ländern – ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen strategischen Tourismuspolitik für Österreich
- Verstärkung der touristischen Vermarktung der österreichischen Nationalparks durch die Österreich Werbung

Wahlkampf-Basar im Parlament – Verteilung von Steuer-Zuckerln bereits vor der Wahl

In einer Sondersitzung am 12. September 2008 – ca. 14 Tage vor der NR-Wahl am 28. September 2008 – wurden von den einzelnen Parteien – unakkordiert – zahlreiche Gesetzesanträge – teilweise unter Fristsetzung – mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd. Euro eingebracht.

In der letzten regulären Sitzung der XXIII. GP am 24. September 2008 wurden Anträge, bei denen eine Frist gesetzt wurde, mit einem Volumen von knapp 3 Mrd. Euro beschlossen.
Trotz des Widerstandes der ÖVP wurde u. a. die Senkung der USt auf Medikamente von 20 Prozent auf 10 Prozent mit einem Volumen von 350 Mio. Euro beschlossen.
Da dieser Antrag des BZÖ – unterstützt von SPÖ – nicht im Finanzausschuss vorberaten und auch in der 2. Lesung fehlerhafte Abänderungsanträge eingebracht wurden, kam es auf Grund legistischer Fehler zu einer Ausweitung der USt-Senkung auch auf Lieferung von Kunstgegenständen und Tierarzneimittel.
Weiters wurde die Steuerfreistellung für Nächtigungsgelder sowie Erhöhung der steuerfreien Überstunden von 5 auf 10 Stunden einstimmig beschlossen.

Interbankmarktförderungsgesetz (IBFG) – Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG), das 100-Milliarden-Euro Paket

Auf Grund der schwersten Finanzkrise seit 1929 haben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder am 11./12. Oktober 2008 in Paris ein umfassendes und nachhaltiges Maßnahmenpaket zum Schutz der Sparer und Stärkung der Banken ausgearbeitet.

So hat Österreich im internationalen und europäischen Gleichklang – USA (700 Mrd. Dollar), Deutschland (470 Mrd. Euro), Frankreich (360 Mrd. Euro) und Spanien (200 Mrd. Euro) – ein 100-Milliarden-Euro Paket in einer Sondersitzung des Nationalrates Mitte Oktober beschlossen.

Die 100 Mrd. Euro, davon 85 Mrd. für Bankgarantien und 15 Mrd. zur Eigenkapitalstärkung, fließen „nur im Notfall".

Die zentralen Punkte des österreichischen Maßnahmenpaketes umfassen Instrumente zur Bereitstellung der notwendigen Liquidität für den Finanzsektor, die Vorbereitung für mögliche Maßnahmen zur Eigenkapital-Stärkung für Banken, die Sicherung von Einlagen von natürlichen Personen rückwirkend ab 1. Oktober sowie das Verbot von spekulativen Leerverkäufen von Wertpapieren.

VERFASSUNG

Änderung der Vertretungsregelungen

Damit können sich Bundeskanzler und Vizekanzler wechselseitig durch einen jeweils dem anderen beigegebenen Staatssekretär im Nationalrat und im Bundesrat vertreten lassen. In den Organen der EU ist es seit 1995 möglich, dass sich Minister im Rat durch den Staatssekretär eines anderen Bundesministers vertreten lassen können.

Demokratiepaket

Mit einer Änderung der Bundesverfassung wurde die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre, die Senkung des passiven Wahlalters in der Nationalratswahlordnung und Europawahlordnung von 19 auf 18 Jahre sowie die Einführung der Briefwahl auf verfassungsgesetzlicher Ebene vorgenommen.

Korrespondierend zur Änderung der Bundesverfassung enthält das Wahlrechtsänderungsgesetz 2007 mit den Änderungen der entsprechenden Wahlrechtsgesetze auf Bundesebene die genaueren Bestimmungen über die Briefwahl. So können alle Wahlberechtigten, die am Wahltag wegen Ortsabwesenheit oder aus gesundheitlichen Gründen verhindert sein werden, Briefwahlunterlagen beantragen. Die Wahlkarte muss ausreichend frankiert an die Bezirkswahlbehörde gesendet werden, sodass sie spätestens – so wie auch die Wahlkarten aus dem Ausland – am achten Tag nach dem Wahltag um 14.00 Uhr dort einlangt. Auf dem Wahlkuvert ist eidesstattlich zu bestätigen, dass der Stimmzettel persönlich und unbeobachtet ausgefüllt wurde. Für Auslandsösterreicher sind Erleichterungen vorgesehen: So können Wahlberechtigte mit Hauptwohnsitz im Ausland in Zukunft für die Dauer von max. 10 Jahren Wahlkarten automatisch erhalten. Außerdem sollen zukünftig in der Wählerevidenz registrierte Auslandsösterreicher über eine bevorstehende Streichung aus dieser informiert werden.

Dienstrechts-Novelle 2007

Bei dieser geht es insbesondere um eine Verlängerung der Hacklerregelung im Bundesdienst analog zum be-

reits erfolgten Beschluss im ASVG, die probeweise Ausdehnung des Sabbaticals auf weitere Bedienstetengruppen, die Ausdehnung der Pflegefreistellung auch auf im gemeinsamen Haushalt lebende Kinder des Lebensgefährten, Schaffung einer Untersagungsmöglichkeit der Ausübung einer unzulässigen Nebenbeschäftigung durch die Dienstbehörde sowie Gleichstellung von Universitätsabsolventen mit Absolventen von Fachhochschulstudiengängen. Weiters wurde ein Stufenplan betreffend die zukünftige Abschaffung der schulfesten Stellen von Lehrern beschlossen.

Privatfernsehgesetz, ORF-Gesetz

Mit dem Beschluss der Novellen zum Privatfernsehgesetz, ORF-Gesetz und KommAustria-Gesetz werden die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen zur Veranstaltung von mobilem terrestrischem digitalem Fernsehen für mobile Endgeräte („Handyfernsehen") geschaffen.

Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz

Mit dem Ersten Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz werden zahlreiche Verfassungsbestimmungen, die neben der eigentlichen Bundesverfassung existieren, entweder beseitigt oder in die Verfassung integriert. Gleichzeitig wird durch entsprechende verfassungsgesetzliche Ermächtigungen die Weisungsfreistellung von bestimmten Behörden erleichtert und das Ratifikationsverfahren für EU-Verträge vereinfacht. In der Verfassung werden die Staatsanwälte verankert sowie Selbstverwaltungskörper und die Sozialpartnerschaft aufgenommen. Vorbereitungshandlungen für den ab 1. 7. 2008 bestehenden Asylgerichtshof sind ebenfalls bereits ab 1. 1. 2008 möglich.

Verfassungsnovelle zur Einrichtung eines Bundesasylgerichtshofs

Zukünftig soll das Bundesasylamt erste und einzige verwaltungsbehördliche Instanz für Asylanträge sein. Als gerichtliche Rechtsmittelinstanz wird ab 1. Juli 2008 ein neuer Asylgerichtshof eingerichtet, der den Unabhängigen Bundesasylsenat ersetzt. Entscheidungen des Asylgerichtshofs sollen grundsätzlich in Zweiersenaten fallen – gibt es kein Einvernehmen zwischen den beiden Richtern, kommt ein verstärkter, fünfköpfiger, Senat zum Einsatz. In rein verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten und bei vorliegenden Grundsatzentscheidungen sind auch einzelrichterliche Entscheidungen möglich. Stark eingeschränkt wird der Zugang von Asylwerbern zum Verwaltungsgerichtshof (VwGH). Anstelle von Einzelanfechtungen ist ein neues Procedere vorgesehen, gemäß dem bei grundsätzlichen bzw. häufig auftretenden Rechtsfragen der Asylgerichtshof künftig selbst – in einem verstärkten Senat – eine Grundsatzentscheidung fällen und diese dann automatisch dem Verwaltungsgerichtshof zur Beurteilung vorlegen soll. Äußert dieser innerhalb von sechs Monaten keine Einwände, gilt die Grundsatzentscheidung als bestätigt und kann für alle anhängigen und künftigen Fälle angewendet werden. Gleichzeitig wird es dem Verfassungsgerichtshof nicht mehr möglich sein, Asylsachen an den VwGH abzutreten.

Asylgerichtshof-Einrichtungsgesetz

Damit werden – dem Auftrag des Bundesverfassungsgesetzgebers folgend – die für die Einrichtung des Asylgerichtshofes und die für die Anpassung der Verfahrensregelungen erforderlichen einfachgesetzlichen Bestimmungen geregelt.

EU-Verwaltungsstrafvollstreckungsgesetz

Mit diesem Gesetz sollen Geldstrafen und Geldbußen von Verwaltungsbehörden im Rahmen der Europäischen Union in Österreich vollstreckt werden können bzw. auch österreichische Entscheidungen in anderen EU-Mitgliedstaaten. Vor der eigentlichen Vollstreckung in Österreich sollen die Betroffenen in einer Zahlungsaufforderung Kenntnis von der Verwaltungsübertretung erlangen und daraufhin die zuständigen Behörden auch auf Gründe aufmerksam machen können, die eine Unzulässigkeit der Vollstreckung bewirken könnten. Die Behörde hat dies in weiterer Folge zu beurteilen. Weiters soll das Bundesgesetz erst auf Übertretungen anwendbar sein, die nach dem 1. März 2008 begangen werden.

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die EU-Strukturfonds in der Periode 2007–2013

Die EU-Strukturfonds werden auf Basis EU-rechtlicher Vorschriften von den Mitgliedstaaten abgewickelt. Da Österreich für die Umsetzung derartiger Programme keine eigenen Kompetenzbestimmungen im B-VG hat, sind die bestehenden Förderstrukturen der in Betracht kommenden Ministerien und der Länder zu verwenden. Die dafür notwendige Koordination, aber auch die Verwaltung und das Kont-

rollsystem, wurde bereits in der letzten Periode von 2000 bis 2006 mittels 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern geregelt. Für die neue Periode von 2007 bis 2013 ist daher ebenfalls eine derartige rechtliche Regelung notwendig, die den neuerlich geänderten EU-Rahmenbedingungen Rechnung tragen soll. Diese zu genehmigende 15a-Vereinbarung enthält insbesondere Bestimmungen zur Abgrenzung des Geltungsbereiches zu den Organen des Verwaltungs- und Kontrollsystems in Österreich sowie Verfahrensbestimmungen zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Programmdurchführung gemäß den EU-Anforderungen.

Vertrag von Lissabon

Mit dem Vertrag von Lissabon werden die Ergebnisse der in Folge des Scheiterns des Verfassungsvertrages eingesetzten Regierungskonferenz umgesetzt.

Inhaltlich bringt der Vertrag von Lissabon eine ganze Reihe von Verbesserungen im Interesse Österreichs und der Funktionsfähigkeit der Union, aber deutlich weniger Änderungen als der seinerzeitige Entwurf für einen EU-Verfassungsvertrag, der damals mit 182 zu 1 Stimme im Parlament genehmigt wurde, beispielsweise:

- Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments
- stärkere Einbindung der Parlamente der Mitgliedstaaten in die EU-Gesetzgebung
- Einspruchsmöglichkeit bei Verletzung des Subsidiaritätsprinzips
- Klare Regelung der Zuständigkeiten
- Rolle der Regionen und Gemeinden ausdrücklich verankert
- Grundrechte-Charta einschließlich sozialer Rechte
- Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention
- Soziale Dimension gestärkt
- Leistungen der Daseinsvorsorge in der Kompetenz der Mitgliedstaaten
- Grundlage für gemeinsame Energiepolitik und für Klimaschutzpolitik
- europäischer auswärtiger Dienst
- außenpolitische Zuständigkeit von Rat („Hoher Vertreter") und Kommission künftig in der Person des Vizepräsidenten der Kommission zusammengeführt („Doppelhut")
- Kontinuität des Vorsitzes im Ministerrat durch neuen Präsidenten des Rates für 2 ½ Jahre
- Der seit vielen Jahren nur in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verankerte sogenannte „Anwendungsvorrang" des Gemeinschaftsrechts wird um den neuen Art. 4 des EU-Vertrages ergänzt: Demnach muss die Union künftig die nationale Identität und die Verfassungsgrundsätze der Mitgliedstaaten respektieren.

Entgegen manchen Behauptungen ändert sich durch den Vertrag von Lissabon u.a. in folgenden Bereichen nichts:

- Status der österreichischen Neutralität
- Einstimmigkeit und damit Vetorecht betreffend Wasser

Auch künftig kann uns niemand zwingen,

- aufzurüsten oder Soldaten ins Ausland zu schicken, darüber entscheidet auch künftig ausschließlich die österr. Bundesregierung mit Zustimmung des Parlaments,
- Atomkraftwerke zu errichten.

LANDESVERTEIDIGUNG

Eurofighter-Untersuchungsausschuss

Im Eurofighter-Untersuchungsausschuss wurden trotz mancher medialen Darstellung, insbesondere des Vorsitzenden, keine Gründe gefunden, die einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag rechtfertigen würden. Die Erfahrungen mit dem Untersuchungsausschuss haben gezeigt, dass eine politische Auftrittsmöglichkeit für Abgeordnete, die bereits vor Einsetzung des Ausschusses eine eindeutige politische Linie vertreten haben, nicht zur Objektivierung des Verfahrens beiträgt. Auch die Verfahrensordnung hat Mängel aufgezeigt, die in der Folge bereinigt werden sollten.

Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz 2001, das Heeresdisziplinargesetz 2002, das Heeresgebührengesetz 2001 und das Militärauszeichnungsgesetz 2002 geändert werden

Verbesserung des Rechtsschutzes für Präsenzdienstleistende und Ausbildungsdienstleistende sowie Aberkennungsbestimmungen für das Militär-Verdienstzeichen und für die Militär-Anerkennungsmedaille analog der Regelungen im Bundes-Ehrenzeichengesetz

Bundesgesetz, mit dem das Auslandseinsatzgesetz 2001 und das Militärbefugnisgesetz geändert werden

Auf Grund des Inkrafttretens des Strafprozessreformgesetzes, BGBl. I Nr. 19/2004, mit 1. Jänner 2008 soll nunmehr im Hinblick auf das Gesamt-

konzept der novellierten Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631/1975, eine vorläufige Festnahme durch militärische Organe im Wachdienst bei Vorliegen des Verdachtes einer mit mehr als sechs Monaten Freiheitsstrafe bedrohten gerichtlich strafbaren Handlung zulässig sein.

WISSENSCHAFT

Hochschülerschaftsgesetz
Anlässlich der Umwandlung der Pädagogischen Akademien in Hochschulen wurde das Gesetz über die Vertretung der Studierenden an das Hochschulgesetz 2005 angepasst.

Studienförderungsgesetz
Die seit dem Jahr 2000 unveränderten Studienbeihilfen wurden um 12 Prozent angehoben. Damit ist gewährleistet, dass besonders bedürftige Studierende die höchsten absoluten Zuschlagsbeträge erhalten. Mit der 2. Novelle wurde der Bezieherkreis ausgeweitet, die Einkommensgrenzen um 20 bis 25 Prozent erhöht und die Voraussetzungen für den Bezug der Studienbeihilfe verbessert sowie die Leistungs- und Förderstipendien erhöht.

Abschaffung der Studienbeiträge – NR-Beschluss vom 24. 9. 2008
Der Beschluss von SPÖ, FPÖ und Grünen vom 24. September, die Studienbeiträge sowie die Zugangsbeschränkungen in ausgewählten Fächern weitgehend abzuschaffen, stellt die Universitäten vor massive strukturelle Probleme und hat für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Wissenschaftsstandort weitreichende Folgen. Österreich wird nun das einzige Land mit europäischer Studienarchitektur sein, das weder Studienbeiträge einhebt noch Zugangsbeschränkungen vorsieht. Dadurch ist ein großer Ansturm an ausländischen Studierenden, insbesondere aus Deutschland, zu erwarten.

Allein für das Jahr 2009 führt die Abschaffung der Studienbeiträge für die Universitäten zu einem Einnahmenausfall von rd. 160 Mio. Euro. Der in Aussicht genommene Kostenersatz durch den Bund wird den Steuerzahler für die Leistungsvereinbarungsperiode 2010 bis 2012 rund 500 Mio. Euro kosten. Dieses Geld wird den Universitäten und dem Ausbau des tertiären Bildungssektors insgesamt allerdings angesichts der Budgetspielräume für einen weiteren Ausbau fehlen. Durch den gesetzlich neu festgelegten Ausbau der Medizineranfängerplätze von 1.500 auf 2.400 Anfängerplätze ist die Qualität – nach übereinstimmenden Aussagen der Medizinischen Universitäten an den drei Medizinunistandorten gefährdet. Weiters ist die so genannte „Medizinerquote" – die Sicherstellung von 75 Prozent der Medizinerplätze für Inhaber österreichischer Reifezeugnisse – gefährdet, da nun das Hauptargument für die geltende Quotenregelung wegfällt und die Reservierung von 75 Prozent der Studienplätze für österreichische Studierende EU-rechtlich nicht mehr haltbar ist.
Dieser Beschluss wurde wider besseres Wissen und entgegen allen Warnungen zahlreicher Fachleute lediglich aus wahltaktischen Gründen gefasst und setzt damit den Universitätsstandort Österreich und damit auch die Interessen der Studierenden aufs Spiel.

KUNST – KULTUR

Bundestheater- und Bundesmuseengesetz
Mit der Novelle zum Bundestheater- und Bundesmuseengesetz wurde in beiden Fällen die Erhöhung der Basisabgeltung, für die Bundestheater ab 2008 um 5 Mio.€, für die Bundesmuseen ab 2008 um 6 Mio.€, beschlossen.

Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz – K-SVFG
Auf Basis einer Evaluierung des Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetzes wurden mit der Novelle Adaptierungen und Erweiterungen wie u.a. die Ausweitung auf Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung, die Flexibilisierung der Einkommensgrenzen und die Abfederung der Härtefälle beschlossen.

UNTERRICHT

Bildungsdokumentationsgesetz
Im Zentrum der Novelle standen datenschutzorientierte Verbesserungen. Kernstück der Novelle waren jene Bestimmungen, die sich auf die Verschlüsselung der Sozialversicherungsnummer beziehen und die Speicherdauer der Daten regelt.

Schulorganisationsgesetz
Mit der ersten Novelle wurde die Basis für die Modellversuche zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe I geschaffen, die auf Grundlage eines Antrags des jeweiligen Landesschulrats von der Unterrichtsministerin erlassen werden. In die für vier Jahre laufenden Modellversuche, die sich auf klar definierte Schulstandorte beziehen müssen, dürfen nur jene

Schulen einbezogen werden, an denen zwei Drittel der Lehrkörpers und Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I dem Modellversuch grundsätzlich zustimmen.

Im Mittelpunkt der 2. Novelle zum Schulorganisationsgesetz stand die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in einer Volksschulklasse sowie in Klassen der Hauptschulen, der Polytechnischen Schulen und der Unterstufenklassen einer AHS auf 25. (Überschreitungsrahmen von 20 Prozent. In der Oberstufe einer AHS soll die Klassenschülerhöchstzahl von 30 nicht überschritten werden.) Neben der Verlängerung der Sprachförderkurse für außerordentliche Schüler an den Volksschulen und der Ausweitung auf die Hauptschulen und Polytechnischen Schulen wurde in der Sekundarstufe I anlässlich der Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 das neue Pflichtfach „Politische Bildung" eingeführt.

Schulunterrichtsgesetz

Nach der Neuregelung über die Organisation der Wiederholungsprüfungen wurden mit der 2. Novelle des Schulunterrichtsgesetzes (SchUG) Bildungsstandards im österreichischen Schulsystem (dzt. 4. und 8. Stufe der Volks- und Hauptschule sowie der allgemein bildenden höheren Schule) rechtlich verankert. Als wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung sollen sie, als konkret formulierte Lernergebnisse, regelmäßig umfassende und objektiv festgestellte Ergebnisse zu den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler liefern, um entsprechende Steuerungen und Planungen im Bildungsbereich vornehmen zu können.

Schulzeitgesetz

Die Regelung der schulautonomen Tage wurde dahingehend geändert, dass für Volks- und Hauptschulen sowie für die mit einer 5-Tage-Woche geführten Langform der AHS zwei der derzeit fünf schulautonomen Tage innerhalb eines Bundeslandes zentral schulfrei erklärt wurden.

Hochschul-Studienberechtigungsgesetz – HStudBerG

Auf Grund der Umwandlung der Pädagogischen Akademien in Pädagogische Hochschulen musste die Studienberechtigungsprüfung, die gezielt auf ein bestimmtes Studium an einer öffentlichen oder privaten Pädagogischen Hochschule vorbereitet, in einem eigenen Gesetz für die Pädagogischen Hochschulen geregelt werden.

Berufsreifeprüfung

Die Novelle sieht vor, dass die Möglichkeit zur Berufsreifeprüfung auf einen größeren Personenkreis ausgeweitet (z.B. Personen mit zumindest 3-jähriger Berufstätigkeit, die über einen Abschluss zumindest des III. Jahrganges einer berufsbildenden höheren Schule verfügen, Absolventen des 4. Semesters von berufsbildenden höheren Schulen) und die Attraktivität der Lehre erhöht wird, in dem beispielsweise bereits während der Lehre Vorbereitungslehrgänge besucht und Teilprüfungen abgelegt werden können.

EUROPAPOLITIK

Hauptberatungspunkte in den zuständigen Ausschüssen des Nationalrates bzw. Bundesrates waren:

- Vorbereitung der Europäischen Räte im Jahr 2007 (März, Juni, Dezember), des Informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs im Oktober 2007 zum EU-Reformvertrag sowie der Europäischen Räte im März und Juni 2008
- „Roaming"-Gebühren im europäischen Ausland
- Gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt
- Grünbuch Arbeitsrecht
- Pestizide, Chemikalien-Richtlinie
- Biowissenschaften und -technologien
- Prümer Vertrag
- FRONTEX (EU-Grenzschutzagentur)
- Blue-Card (Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatangehörigen zur Ausübung hochqualifizierter Beschäftigung)
- Programm „Kultur 2007–2013"
- Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2008
- Subsidiaritätsprüfungen:
  - Rahmenbeschluss zur Terrorbekämpfung;
  - Veröffentlichung von Informationen im Veterinär- und Tierzuchtbereich;
  - Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)
  - Postdienstleistungen (RL)
  - Dienstleistungen von allg. Interesse einschl. Sozialdienstleistungen (EK-Mitteilung)
  - Technische Ausstattung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (RL)
  - Gleichbehandlung (RL)
  - Patientenrechte (RL)
  - Verstärkte Koordinierung So-

zialschutz und soziale Eingliederung (EK-Mitteilung)

Entschließungsanträge zum EU-Reformvertrag

Entschließung am 9. April 2008:
„Die Bundesregierung wird ersucht,

sich auf europäischer Ebene für eine unverzügliche amtliche Veröffentlichung der konsolidierten Verträge in der durch den Vertrag von Lissabon geänderten Fassung einzusetzen, damit auch die Bürgerinnen und Bürger einen unentgeltlichen Zugang zum offiziellen Grundlagentext über die Europäischen Union erhalten;

weiterhin und verstärkt über die Tätigkeit der Europäischen Union und die europapolitischen Initiativen der Bundesregierung zu informieren und einen breit angelegten Dialog mit der österreichischen Bevölkerung über die künftige Entwicklung der Europäischen Union zu führen, um Vorschläge und Ideen ebenso zu berücksichtigen wie bestehende Sorgen und Bedenken;

die Verankerung des Instruments einer EU-weiten Volksabstimmung weiter zu befürworten;

sich für eine Vertiefung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts in den Politiken der EU einzusetzen, bspw. im Zusammenhang mit der Entsenderichtlinie;

sich in der EU für Maßnahmen auszusprechen, die dazu beitragen, die negativen konjunkturellen Auswirkungen der Finanzkrise in den USA auf Europa abzuschwächen;

dafür einzutreten, dass in der Politik der EU die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit respektiert werden;

die österreichische Anti-Atompolitik konsequent fortzusetzen und gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland, Irland, der Republik Ungarn und dem Königreich Schweden, der 54. Erklärung des Reformvertrags von Lissabon folgend, Initiativen zu ergreifen, um eine Revisionskonferenz zum Euratomvertrag einzuberufen;

die Bevölkerung zu informieren, dass sich für Österreich im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik an den geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen einschließlich des Neutralitätsgesetzes durch den Vertrag von Lissabon nichts ändert;

sich in der Europäischen Union weiterhin dafür einzusetzen, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der EU einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leistet;

dass Österreich auf der Grundlage seiner verfassungsrechtlich bestimmten immerwährenden Neutralität weiterhin ein verlässlicher und solidarischer Partner in der Welt sein und sich aktiv an der weiteren Entwicklung der europäischen Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik beteiligen wird;

bei der Anwendung eines vereinfachten Vertragsänderungsverfahrens sicherzustellen, dass der Nationalrat über die beabsichtigten Vertragsänderungen und über Beschlüsse betreffend den Übergang zur qualifizierten Mehrheit zeitgerecht informiert wird, um dazu im Vorhinein Stellung nehmen zu können. Darüber hinaus möge die Bundesregierung Vertragsänderungen ausschließlich unter Ratifizierungsvorbehalt zustimmen und diese unverzüglich dem Nationalrat und dem Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen. Weiters ist in jedem Fall eines Beschlusses betreffend den Übergang zur qualifizierten Mehrheit dem Nationalrat dieser Beschluss unverzüglich zur Stellungnahme zuzuleiten;

für die generelle Anwendbarkeit der Grundrechtscharta in allen EU-Mitgliedstaaten einzutreten und im Sinne eines optimalen Grundrechtsschutzes in allen Bereichen auch die österreichischen Grundrechte weiter zu entwickeln."

Volksabstimmung über EU-Verträge
In der Nationalratssitzung vom 24. 9. 2008 wurde mit den Stimmen der ÖVP eine von SPÖ und FPÖ unterstützte Initiative zur Änderung der Bundesverfassung abgelehnt. Demnach sollte künftig über alle wesentlichen Änderungen der EU-Verträge zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden, auch wenn dadurch keine Gesamtänderung der österreichischen Bundesverfassung erfolgt. Dies hätte sogar den EU-Beitritt Kroatiens betroffen. Aufrecht bleibt allerdings der Beschluss des Nationalrates, dass über einen allfälligen Beitrittsvertrag mit der Türkei nur im Wege einer Volksabstimmung entschieden werden kann.

AUSSENPOLITIK

Novelle zum Konsulargebührengesetz 1992
Anpassung der Visagebühren

Bundesgesetz über das Verbot von Streumunition

Österreich ist weltweit das zweite Land, das eine derart anspruchsvolle Rechtsgrundlage geschaffen hat. Mit diesem Gesetz wird die Entwicklung, Herstellung, Beschaffung, der Verkauf, die Vermittlung, die Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Gebrauch und Besitz von allen Arten von Streumunition verboten.

Rotkreuzgesetz

Mit diesem Gesetz wurden ein den völkerrechtlichen Verpflichtungen und außenpolitischen Zusagen Österreichs entsprechender Status des Österreichischen Roten Kreuzes sowie ein ausreichender Schutz der nach den Genfer Abkommen und Zusatzprotokollen geschützten Zeichen geschaffen.

Bericht der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten zum EU-Arbeitsprogramm 2008 auf der Grundlage des Achtzehnmonatsprogramms des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen Ratsvorsitzes sowie des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Kommission für das Jahr 2008 (III-131 d.B.)

Der vorliegende Bericht fasst die außenpolitischen Herausforderungen zusammen, denen sich die Europäische Union im Jahr 2008 zu stellen haben wird.

Thematisch umfasst dieser Bericht folgende Bereiche: Vertrag von Lissabon, Erweiterung des europäischen Friedensprojekts (Kroatien, Türkei, Mazedonien, europäische Perspektive der westlichen Balkanländer, Serbien/Kosovo), Europa als starker und verlässlicher Partner in der Welt (Europäische Nachbarschaftspolitik, Russland, Belarus, Barcelona-Prozess, Naher Osten, Iran, Irak, Golfkooperationsrat, Lateinamerika und Karibik, Transatlantische Beziehungen, USA, Kanada, Asien, Zentralasien, Afrika, Entwicklungszusammenarbeit der EU, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) sowie Querschnittsthemen (Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs 2008, EU-Menschenrechtspolitik, Energieaußenpolitik der EU, Klimawandel, Migration).

UMWELT

Abfallwirtschaftsgesetz 2002

Die Novelle schreibt den Produzenten von Batterien und Akkumulatoren vor, sich zu registrieren und an einem Sammel- und Verwertungssystem für Geräte- und Fahrzeug-Altbatterien und Altakkumulatoren teilzunehmen. Hersteller von Gerätebatterien haben zumindest eine Sammelstelle pro politischen Bezirk einzurichten, bei der Gerätealtbatterien von Letztvertreibern abgegeben werden können. Der Umweltminister wird die Errichtung von Sammel- und Verwertungssystemen für Batterien genehmigen und deren ordnungsgemäßen Betrieb kontrollieren.

Gemeinden oder Gemeindeverbände müssen ihren Bürgern die Möglichkeit zur kostenlosen Abgabe von Gerätealtbatterien aus privaten Haushalten anbieten. Fahrzeugaltbatterien werden in den Altstoffsammelzentren der Gemeinden zurückgenommen, wobei jeweils die Gemeinde zu bestimmen haben wird, welcher Hersteller die Altakkumulatoren abholt.

Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz

Zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des „Melker Prozesses" samt Follow-up, dem so genannten „Brüsseler Abkommen", haben österreichische Experten seit 2002 mit tschechischen Kollegen über Verbesserungen bei der nuklearen Sicherheit und beim Strahlenschutz verhandelt. Das Ergebnis, ein von beiden Regierungen Anfang 2006 unterzeichnetes Protokoll, sieht Änderungen im Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz vor.

Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten

Eine Änderung des Übereinkommens von Aarhus über den Zugang zu Informationen dient der Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren und dem Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, insbesondere bei Verfahren über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel. Ziel war die Erhöhung der biologischen Sicherheit.

Umweltförderungsgesetz

Durch eine Änderung des Umweltförderungsprogramms sind bei der Förderung von Klimaschutzprojekten im Rahmen des JI/CDM-Programms in Entwicklungsländern die Ziele und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen.

Ökologisierung der Wohnbauförderung und Heizungstauschprogramme für mehr Klimaschutz und Entlastung für Haushalte

Im Antrag soll ein gemeinsamer Beitrag zur Umsetzung von zentralen energie- und umweltpolitischen Vorhaben, insbesondere hinsichtlich der Durchsetzung des Passivhausstandards in der Wohnbauförderung, der Steigerung der Sanierungsraten im Wohnbau, der Umstellung von 400.000 Haushalten auf erneuerbare Energieträger wie etwa die Verwendung von Holz und Pellets in Einzel- und Zentralheizungssystemen oder Wärmepumpen geleistet werden. Ziel ist es, im Sinne der europäischen Vorgaben für Klimaschutz und erneuerbare Energieträger bis 2020 ein möglichst weitgehendes Zurückdrängen von fossilen Brennstoffen für Heizung und Warmwasser zu erreichen.

LANDWIRTSCHAFT

Marktordnungs-Überleitungsgesetz
Die Änderungen betreffen Verbesserungen in den Bereichen:

- Cross Compliance
- Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsesektor
- einheitliche Betriebsprämie
- Gewährung der Beihilfe für Energiepflanzen
- Nutzung von Stilllegungsflächen für die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe

Referenzmengen-Zuteilung
Für Österreichs Bauern wurden zusätzlich 69.000 t Milchquote verteilt.

Gentechnik
Alle im Parlament vertretenen Parteien konnten sich auf einen gemeinsamen Antrag betreffend GVO-freien Anbau einigen.

KONSUMENTENSCHUTZ

Sicherheit von Kinderspielzeug
Im Antrag wurden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine Verbesserung der Sicherheit bei Kinderspielzeug einzusetzen.

Abzockseiten im Internet (Online-Betrug)
Die zuständigen Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung wurden ersucht, auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass ein online abgeschlossener Vertrag nur dann gültig wird, wenn dieser Vertragsabschluss mit einem Extra-Mail durch den Internetuser bestätigt wird (Button-Lösung).

Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz
Die langjährige Verwaltungspraxis wird im Gesetzesvorschlag festgeschrieben, wonach private Kontrollstellen die Einhaltung der Unternehmerpflichten auf dem Gebiet der biologischen Landwirtschaft kontrollieren. Das Zulassungssystem wurde normiert, wobei zum Ausdruck kommt, dass ausländische Kontrollstellen Zugang zum Kontrollsystem gewährt wird.

Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Fertig- beziehungsweise Eiprodukten und in der Gastronomie nach Herkunft und Haltungsform
Seit 2004 gibt es EU-weit verpflichtende Regeln für die Kennzeichnung von Eiern. Während beim Einzel-Ei die Kennzeichnung durchgängig über Herkunft und Haltungsform informiert, gibt es diese Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen Eier weiterverarbeitet wurden (z.B. Nudeln, Kuchen, Kekse, Backmischungen), nicht. Für die Konsument/innen ist daher nicht erkennbar, ob in Nudeln oder Backwarenprodukten Eier aus Bodenhaltung, Freilandhaltung oder von Biohühnern verwendet werden oder ob die Eier aus Käfighaltung stammen.
In diesem Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, einen ersten Schritt für eine freiwillige Kennzeichnung zu setzen.

Kennzeichnung von Lebensmitteln
Das Informationsbedürfnis der Konsumenten hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt, Lebensmittelskandale und -krisen haben das Bewusstsein und das Interesse der Konsumenten an weitergehenden Informationen über Lebensmittel geweckt. Es reicht nicht mehr aus, dem Konsumenten lediglich Angaben zum Produkt zu geben, sondern er fordert vielmehr auch Informationen zu den Rohstoffen, zu Produktionsverfahren in Land- und Lebensmittelwirtschaft oder Angaben zum Erzeugungs- und Herstellungsort.
Aus diesem Grund wurden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, einer verbesserten Kennzeichnung von Lebensmitteln nachzukommen.

Neufassung der europäischen Verordnung über Kosmetika
Im Antrag wurden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Entwicklung einer Sicherheitsbewertung
- strikte Beschränkung von CMR-Stoffen (kanzerogen, mutagen, reproduktionstoxisch)

- klare, nationale Kompetenzlage
- regelmäßiges Berichtswesen
- Schnellwarnsystem auf EU-Ebene
- Zusammenarbeit mit der AGES zum Thema „Nanotechnologie"

Transparenz bei Internet-Roaming-Gebühren

Die zuständigen Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung wurden ersucht, auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass beim Internet-Surfen generell bei einem Wechsel des Anbieter-Netzes dem Internet-Nutzer automatisch eine Nachricht (z.B. „Pop-up", SMS, E-Mail oder eine andere Form) zur Verfügung stehen muss, welche den User über die neue Situation und die anfallenden Kosten informiert.

GLEICHBEHANDLUNG

Gleichbehandlungsgesetz

- Anpassung der Definitionen der (sexuellen) Belästigung an die Anforderungen des Gemeinschaftsrechts
- Ausdehnung der Ermächtigung zur Setzung von positiven Maßnahmen auf die gesamte Arbeitswelt
- Anhebung des Mindestschadenersatzanspruches bei Diskriminierung bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses von einem Monatsentgelt auf zwei Monatsentgelte
- Anhebung des Mindestschadenersatzanspruches bei Belästigung von 400 Euro auf 720 Euro

Bundes-Gleichbehandlungsgesetz

- Änderungen der Anordnung betreffend die Zusammensetzung von Dienstrechtskommissionen, damit in deren Entscheidungen die spezifische berufliche Erfahrungswelt von Frauen entsprechend einfließen kann
- Ausdehnung der Vertretungsregelung durch eine Interessenvertretung oder Nichtregierungsorganisation im Verfahren vor der Kommission auch auf Fälle der Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes

SPORT

Anti-Doping-Gesetz

Die bisher im Bundes-Sportförderungsgesetz enthaltenen Antidopingregelungen wurden herausgelöst und in ein eigenes Bundesgesetz über die Bekämpfung von Doping im Sport überführt. Hauptpunkt ist die Verlagerung der Aufgaben im Bereich des Antidopings auf eine neue unabhängige Dopingkontrolleinrichtung und die gänzliche Implementierung des UNESCO-Übereinkommens gegen Doping (siehe unten). Der Bundeskanzler wurde ermächtigt, zu diesem Zweck eine gemeinnützige GesmbH, die NADA Austria, zu gründen.

Änderung des Bundes-Sportförderungsgesetzes 2005

Damit wird die gesetzliche Umschichtung von besonderen Bundes-Sportförderungsmitteln zugunsten der Förderung von innovativen Sportprojekten des Mädchen- und des Frauensports und der gesundheitsfördernden Bewegungsmaßnahmen im Kindergarten- und Volksschulalter vorgenommen. Weiters wird die Finanzierung der neu geschaffenen unabhängigen Dopingkontrolleinrichtung verbessert. So werden 1 Prozent der besonderen Bundes-Sportförderung, das sind rund € 556.000,–, dafür zur Verfügung stehen.

Internationales Übereinkommen gegen Doping im Sport

Das Übereinkommen, dessen Zweck es ist, im Rahmen der Strategie und des Tätigkeitsprogramms der UNESCO die Verhütung und Bekämpfung des Dopings im Sport zu fördern, mit dem Ziel der vollständigen Ausmerzung des Dopings, soll durch Österreich ratifiziert werden. Derzeit haben 41 Staaten die Konvention ratifiziert, sie ist am 1. Februar 2007 in Kraft getreten. Die wesentlichen Inhalte liegen in der Verpflichtung der Vertragsstaaten

1. auf nationaler und internationaler Ebene angemessene Maßnahmen zu ergreifen, die mit den Grundsätzen des Codes vereinbar sind,
2. zu allen Formen der internationalen Zusammenarbeit zu ermutigen, die darauf abzielen, die Athleten und die Ethik im Sport zu schützen und Forschungsergebnisse weiterzugeben, und
3. die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Dopings im Sport zu fördern.

In Österreich wurden die wesentlichen in dem Übereinkommen enthaltenen Verpflichtungen und Maßnahmen bereits mit dem Antidoping-Bundesgesetz vom 19. Mai 2006 umgesetzt. Die noch ausstehenden Verpflichtungen werden mit der vorliegenden Novelle im Gesetz geregelt.

Untersuchungsausschüsse in der XXIII. Gesetzgebungsperiode

Die XXIII. GP war überschattet von

der Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse. Bereits in der konstituierenden Sitzung, also noch bevor überhaupt feststehen konnte, von welchen Parteien eine Bundesregierung gebildet werden würde, wurden von der Mehrheit des Nationalrates zwei Untersuchungsausschüsse eingesetzt, nämlich der Eurofighter- und der Bankenausschuss. Nach deren Abschluss wurde abermals mit Beschluss aller anderen Parlamentsfraktionen gegen die ÖVP ein Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Amtsführung im Bundesministerium für Inneres und weiteren Bundesministerien eingesetzt.

Zusammenfassend für alle drei Untersuchungsausschüsse kann festgestellt werden, dass es in keinem der Ausschüsse zu einer Feststellung der in der Begründung für den Einsetzungsbeschluss und im Untersuchungsgegenstand insinuierten Vorwürfen gekommen ist. Die Tätigkeit dieser drei Untersuchungsausschüsse war vielmehr geprägt von Unterstellungen, unbegründeten Verdächtigungen und Inkriminierungen durch die Ausschussmehrheit, die nicht an einer Aufklärung der aufgeworfenen Fragen, sondern nur daran interessiert war, im Rahmen eines Tribunals für sich politische Vorteile zu lukrieren. Gerade diese Verhaltensweisen zeigen aber deutlich, wie missbrauchsanfällig das Instrument von Untersuchungsausschüssen in Österreich ist, ohne mit dieser Feststellung die Kontrollrechte des Nationalrates (als Mehrheitsrecht) in Frage stellen zu wollen. Was die Qualität der Arbeit des Untersuchungsausschusses als politisches Tribunal anlangt, kann auf die abschließende Stellungnahme des Verfahrensanwaltes des letzten Untersuchungsausschusses über Amtsmissbrauch verwiesen werden, der u.a. mangelnde Sachlichkeit und den Umstand kritisiert hat, das Auskunftspersonen wie Beschuldigte behandelt werden. Je mehr Sachlichkeit in die Ausschussarbeiten einziehe, umso mehr könne überlegt werden, dem Untersuchungsausschuss auch exekutive Vollmachten einzuräumen. Es müsse sichergestellt werden, dass im Ausschuss eine Untersuchung stattfinde und nicht ein Missbrauch des Fragerechts durch langwierige, politisch gefärbte Erklärungen.

Bei aller Bejahung der politischen Kontrollrechte durch den Nationalrat kann nur die Hoffnung zum Ausdruck gebracht werden, dass in Hinkunft nicht eine gedeihliche politische Zusammenarbeit wegen des Vorrangs politischer Profilierung und Skandalisierung auf der Strecke bleibt. Jedenfalls sollte die Verfahrensordnung überarbeitet werden, um dem Untersuchungsausschuss den Tribunalcharakter zu nehmen.

Klub-Enqueten:

23. 10. 2007
„Quality4you(th) – Schöne Kindheit, sichere Jugend, gute Zukunft"

24. 1. 2008
„Suchtgift: Strafrecht und Therapie"

29. 1. 2008:
„Mit Sicherheit zur Fußball EURO 2008"

27. 6. 2008:
„Biosprit. Tank oder Teller? Potenziale und Risken von Energie-Pflanzen"

Parlamentarische Enqueten:

Nationalrat

24. 5. 2007
„Klimawandel – Chancen und Herausforderungen für den österreichischen Tourismus?"

3. 6. 2008
„ZukunftsMusik. Aktuelle Herausforderungen und musikalische Entwicklungsperspektiven in Österreich"

11. 4. 2008
„Novelle des Universitätsgesetzes 2002"

3. 7. 2008
„Medienrecht und Opferschutz"

Bundesrat

11. 12. 2007
„Bildung – Beruf – Wirtschaft: mehr Chancen für alle"

5. 11. 2008
„Rahmenbedingungen und Erfahrungen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit"

Die ÖVP im Bundesrat

Der Mandatsstand (62) im Bundesrat sah mit 30. Oktober 2008 folgendermaßen aus:
28 SPÖ, 26 ÖVP, 8 BR ohne Fraktionsstatus (davon 3 Grüne, 3 FPÖ, 2 BZÖ)

Die 26 VP-Mandate entfallen auf die Bundesländer wie folgt:
Burgenland: 1, NÖ: 7, OÖ: 5, Salzburg: 2, Steiermark: 4, Tirol: 3, Vorarlberg: 2, Wien: 2

Funktionen in der BR-Fraktion

Die Funktionen in der BR-Fraktion standen in der Fraktionssitzung im Dezember 2006 zur Wahl: Ludwig Bieringer wurde einstimmig zum Vorsitzenden der BR-Fraktion wiedergewählt, zu seinen Stellvertre-

tern wurden Mag. Harald Himmer und Gottfried Kneifel gewählt. Die BR-Fraktion sprach Jürgen Weiss einstimmig das Vertrauen in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesrates aus – für das zweite Halbjahr 2008 wurde Mag. Harald Himmer als Vizepräsident vorgeschlagen und einstimmig gewählt. In seiner Funktion als Ordner wurde Dr. Franz Eduard Kühnel bestätigt, MMag. Barbara Eibinger und Josef Saller wurden zur Schriftführerin/zum Schriftführer gewählt.

BR-Präsidentschaften – VP-Landeshauptmänner

2. Halbjahr 2006: Oberösterreich
Gottfried Kneifel/Dr. Josef Pühringer

1. Halbjahr 2008: Tirol
Helmut Kritzinger/Dr. Herwig van Staa

2. Halbjahr 2008: Vorarlberg
Jürgen Weiss/Dr. Herbert Sausgruber

BR-Enqueten

Am 11. Dezember 2007 wurde eine BR-Enquete zum Thema „Bildung – Beruf – Wirtschaft: mehr Chancen für alle" abgehalten. Gemeinsam mit den Experten vom AMS und der Sozialpartner wurden die Chancen junger Menschen bei der Ausbildung und am Arbeitsmarkt diskutiert sowie die Bedeutung des lebenslangen Lernens betont.

Am 5. November 2008 fand auf Initiative von Präs. Jürgen Weiss eine weitere parlamentarische Enquete statt, die sich den „Rahmenbedingungen und Erfahrungen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit" widmete. Erläutert wurden die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der Europäischen Union, und Praxisbeispiele aus den Bereichen Kultur, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus der einzelnen Bundesländer veranschaulichten diese regionale Zusammenarbeit.

Südtiroler Landeshauptmann im Bundesrat

Während des Vorsitzes des Landes Tirol im ersten Halbjahr 2008 wurde der Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder eingeladen, vor den Bundesräten zu sprechen. Die Lösung der Südtirol-Frage sei heute ein Beispiel für viele andere Minderheiten in der Welt, aktuell etwa für Tibet/China, meinte LH Durnwalder und würdigte die Verdienste der österreichischen Regierungen und der Bevölkerung und unterstrich die Schutzmachtfunktion Österreichs, die nach wie vor notwendig sei.

Breite Mehrheit für den EU-Reformvertrag von Lissabon

Nach einer ausführlichen Diskussion im April 2008 wurde der EU-Vertrag von Lissabon mit breiter Mehrheit auch im Bundesrat angenommen. In der Debatte wurden die künftige Stärkung der Bürgerrechte und der sozialen Dimension der EU, die ausdrückliche Einbindung der nationalen Parlamente in die EU-Gesetzgebung sowie die Anpassung der Regeln der Zusammenarbeit auf EU-Ebene an die aktuellen Erfordernisse hervorgehoben.

Gesetzesvorschlag eines Drittels der Mitglieder des BR

Als Gesetzesantrag eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates wurde von der VP-Fraktion aus aktuellem Anlass im Juli 2008 ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem Übergangsbestimmungen zur Förderung der Legalisierung der Pflege und Betreuung in Privathaushalten erlassen werden, eingebracht, das Verbesserungen der Förderung zur Unterstützung der 24-Stunden-Betreuung vorgesehen hat.

Einsprüche der VP-Fraktion

In der BR-Sitzung vom 8. Oktober 2008 standen jene Gesetzesbeschlüsse auf der Tagesordnung, die in der letzten NR-Sitzung vor der Nationalratswahl am 28. September 2008 noch in einem Schnelldurchlauf-Verfahren beschlossen worden waren.

Gegen zwei Gesetzesbeschlüsse brachte die ÖVP-Fraktion Anträge auf begründeten Einspruch ein, die allerdings in der Minderheit blieben: Ein-

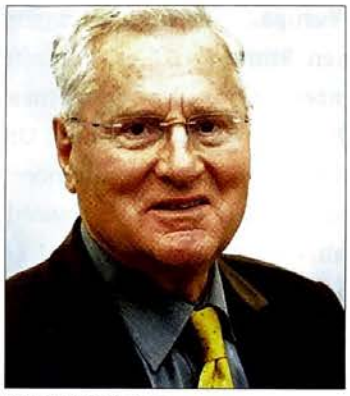
spruch wurde gegen die Abschaffung der Studienbeiträge und der Zugangsbeschränkungen zu österreichischen Universitäten erhoben ebenso wie gegen die Senkung der Umsatzsteuer auf Medikamente.

In einer Husch-Pfusch-Aktion wurden die Studienbeiträge aus rein parteiideologischen Gründen ohne vorherige Beratungen oder Beiziehung von Experten in einer legistisch teilweise sehr verunglückten Formulierung abgeschafft, womit Österreich nunmehr das einzige Land in Europa ist, das weder Studienbeiträge einhebt noch Zugangsbeschränkungen vorsieht. Die Universitäten verlieren wichtige Einnahmen und um die Qualität der universitären Ausbildung in Österreich muss zudem gefürchtet werden.

Im Zuge einer Abänderung in 2. Lesung bei der Senkung der Umsatzsteuer auf Medikamente sind den Antragstellern von SPÖ und BZÖ ebenfalls Fehler unterlaufen, die dazu führen, dass nun auch Lieferungen von Kunstgegenständen einem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 10 Prozent unterliegen und auch Arzneimittel für Tiere umfasst sind. Dazu kommt noch, dass die Länder infolge dieser Senkung der Umsatzsteuer Mindereinnahmen in Höhe von ca. € 77,1 Mio. und die Gemeinden in Höhe von € 38,5 Mio. zu erwarten haben.
Die beiden VP-Anträge auf Einspruch fanden im Bundesrat nicht die erforderliche Unterstützung, obwohl gerade die Vertretung von Länderinteressen und die Korrektur fehlerhafter Gesetzesvorlagen des Nationalrates die vordringlichsten Aufgaben der Länderkammer wären.

In Anbetracht der weltweiten Finanzkrise und der zunehmenden Verunsicherung der Sparerinnen und Sparer wurde aus aktuellem Anlass in dieser Sitzung am 8. Oktober 2008 vom Bundesrat einstimmig eine Entschließung gefasst, wonach die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht werden, alle Maßnahmen zu ergreifen, dass die Einlagen von natürlichen Personen bei österreichischen Banken mit Wirkung vom 1. Oktober 2008 in voller Höhe abgesichert werden. ■

Ludwig Bieringer



Helmut Kritzinger

Gottfried Kneifl

Jürgen Weiss

Europa

ÖVP-EUROPAKLUB

I. Einleitung

Fast vierzehn Jahre nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union kann unser Land auf eine stolze Bilanz seiner Mitgliedschaft zurückblicken. Österreich hat von den Chancen der Europäischen Union, des gemeinsamen Binnenmarktes, der offenen Grenzen und der gemeinsamen Währung maximal profitiert. Unsere Wirtschaft nutzte die Chancen des gemeinsamen Marktes, sowohl vor als auch nach der „großen" EU-Erweiterung um 12 neue Mitgliedstaaten. Inmitten dieser neuen großen Europäischen Union hat sich Österreich erfolgreich als starkes Herz etabliert.

Die Österreichische Volkspartei kann zu Recht behaupten, zu dieser europäischen Erfolgsgeschichte Österreichs als einzige echte Europapartei unseres Landes maßgeblich beigetragen zu haben. Für die ÖVP liegt die Zukunft Österreichs in einem vereinten Europa, das die Rechte aller Staaten gleichermaßen schützt – mit starken Institutionen, in denen Österreichs Stimme gehört wird. Und mit Respekt für die Gestaltungsrechte der Gemeinden und Regionen, mit denen eine erfolgreiche Politik nahe bei den Menschen erst möglich wird.

Das Europäische Parlament nimmt unter den Institutionen der Europäischen Union als direkte Vertretung der Bürger Europas eine ganz besondere Stellung ein. In den letzten Jahren hat das Europäische Parlament an Macht stetig dazugewonnen. Es ist heute nahezu gleichberechtigter Partner des Ministerrats in der EU-Gesetzgebung. Da mittlerweile bis zu 80 Prozent des gesamten Rechtsbestandes Österreichs auf EU-Recht beruht, darf die Rolle des Europäischen Parlaments nicht unterschätzt werden: Mit dem geltenden Vertrag von Nizza entscheidet das Europäische Parlament in 75 Prozent aller neuen EU-Richtlinien und Verordnungen gleichberechtigt mit dem EU-Ministerrat; mit dem Vertrag von Lissabon wird dieser Anteil auf ca. 95 Prozent steigen und das Europaparlament wird damit zum Vollparlament in nahezu allen Gesetzesmaterien.

Seit 1995 ist die ÖVP im Europäischen Parlament mit einem starken Team vertreten. Bei den letzten Europawahlen im Juni 2004 erzielte die ÖVP ein hervorragendes Ergebnis und stellte mit 32,7 Prozent der Stimmen, einem Plus von knapp einem Prozent im Vergleich zu den Europawahlen 1999, sechs Europaabgeordnete. Die ÖVP konnte damit bei der dritten Europawahl in Folge einen prozentuellen Zuwachs verbuchen.

Dieses Wahlergebnis war ein Vertrauensbeweis nicht nur für den ÖVP-Europaklub im Europäischen Parlament, sondern vor allem auch für die Österreichische Volkspartei, die den Weg Österreichs in der Europäischen Union konsequent seit Jahren geprägt hatte. Für den ÖVP-Europaklub ist die Europäische Union und eine entschlossene Fortsetzung des politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozesses die richtige Antwort für die Zukunft.

„Österreich stark vertreten": Das ist der Anspruch, den der ÖVP-Europaklub in seiner täglichen Arbeit in Brüssel, Strassburg und im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern an sich selbst stellt. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, ist der ÖVP-Europaklub seit jeher sehr gut und kompetent aufgestellt: Wir wollen als inhaltlich stärkste österreichische Delegation im Europaparlament intensiv zu einer engeren Verzahnung zwischen Europa- und Innenpolitik beitragen, denn Europapolitik ist Innenpolitik!

Geleitet wird der ÖVP-Europaklub von Mag. Othmar Karas; Dr. Paul Rübig ist stellvertretender Obmann des ÖVP-Europaklubs und Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack parlamentarischer Geschäftsführer. Seit Österreichs EU-Beitritt sind die Europaparlamentarier der ÖVP in der größten Fraktion des Europäischen Parlaments, der EVP-ED Fraktion (Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten), verankert. Die engagierte und pro-europäische Arbeit des ÖVP-Europaklubs findet ihre Anerkennung auch darin, dass die ÖVP-Abgeordneten seit jeher verantwortungsvolle Positionen in Fraktions- und Parlamentsgremien

übertragen bekommen haben: Mag. Othmar Karas wurde erstmals 1999 Schatzmeister der EVP-ED Fraktion, 2004 und erneut im Jänner 2007 wurde er mit der höchsten Stimmenanzahl zum ersten Vizepräsidenten der EVP-ED Fraktion gewählt.

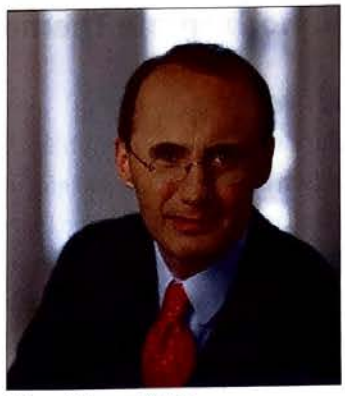
Dr. Hubert Pirker ist seit seiner Rückkehr in das Europäische Parlament im Februar 2006 Vorsitzender der Parlamentsdelegation mit Korea, Agnes Schierhuber ist stellvertretende Vorsitzende des „Arbeitskreises C" der EVP-ED Fraktion, der für die Ausarbeitung der Fraktionsposition in den Ausschüssen für Budget, Haushaltskontrolle, Landwirtschaft und Fischerei zuständig ist. Dr. Richard Seeber, Tiroler Europaparlamentarier der ÖVP, leitet als Vorsitzender des CDEF, des Christlich-Demokratischen Europaforums, die „ÖVP-Ortsgruppe Brüssel".

In den letzten Jahren hat sich europapolitisch sehr viel getan. Nach der unter Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel hochprofessionell und erfolgreich absolvierten EU-Ratspräsidentschaft arbeitet der ÖVP-Europaklub weiter mit großem Elan daran, die Interessen unseres Landes in der EU und vor allem im Europaparlament engagiert zu vertreten. Gerade in Fragen wie der fortgesetzten struktur- und regionalpolitischen Förderung, aber auch bei Themen wie der Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Wahrung der inneren Sicherheit, des Grenzschutzes oder der hohen österreichischen Umweltschutzstandards waren und sind ÖVP-Europaparlamentarier federführend in der Verankerung österreichischer Anliegen und Forderungen erfolgreich.

Auch die Zukunft bietet zahlreiche Herausforderungen für Österreich und das vereinte Europa: Was wird aus dem Vertrag von Lissabon? Wie schaffen wir neue Regeln, um mit den Folgen der internationalen Finanzkrise umzugehen? Wird es die Europäische Union schaffen, eine gemeinsame Energiepolitik auf die Beine zu stellen, die uns unabhängiger von Energieimporten macht und daher erneuerbare Energien verstärkt fördert? Wie entwickelt sich die Finanzierung der EU weiter und – hier ganz besonders wichtig – wie können wir unseren Bauern die Planungssicherheit einer stabilen Europäischen Agrarpolitik sichern und die notwendigen Antworten auf den globalen Wettbewerb glaubwürdig geben?

In all diesen Fragen spielt das Europäische Parlament eine wesentliche Rolle, denn – wie bereits gesagt – im Mitentscheidungsverfahren entscheiden Rat und Parlament gleichberechtigt über neue EU-Gesetze. Und die ÖVP-Europaparlamentarier haben sich selbst zur Aufgabe gemacht, ihre Stimme und damit die Stimme Österreichs unüberhörbar zu machen.

Gleichzeitig ist für den ÖVP-Europaklub jedoch eine oftmals kritische Europastimmung in der Bevölkerung – nicht nur in Österreich – unübersehbar. Nicht zu unrecht beklagt werden die Intransparenz der EU-Entscheidungen, die „Bürgerferne Brüssels" und die EU-Bürokratie. Hier ist es auch Aufgabe und Mit-Verantwortung des ÖVP-Europaklubs, gegenzusteuern und ehrliche Aufklärung und Information zu bieten. Die Arbeit der Europaparlamentarier fokussiert sich daher nicht nur auf Brüssel und Strassburg. Nach Möglichkeit wird jeder Termin genutzt, um in den Gemeinden und Regionen mit den Menschen in Gespräch zu bleiben – und im Gegenzug jährlich tausende Österreicherinnen und Österreicher im Europäischen Parlament als Besucher willkommen zu heißen.



Mag. Othmar Karas
Obmann des ÖVP-Europaklubs

Durch die in diesem Bericht beschriebenen und zahlreiche weitere Aktivitäten, durch intensive Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie in enger Koordination und Kooperation mit Regierung, Parlamentsklub und den ÖVP-Bundes- und Landesparteien sowie Teilorganisationen konnte der ÖVP-Europaklub erfolgreich und engagiert die Anliegen unserer Bürger und unseres Landes in der Europäischen Union vertreten.

Mag. Othmar Karas MEP
Obmann des ÖVP-Europaklubs

II. Horizontale Themen:

A) Der EU-Reformvertrag

Für den ÖVP-Europaklub im Europäischen Parlament ist der Reformvertrag von Lissabon das richtige Instrument, um die EU für die Herausforderungen der Zukunft zu stärken. Seit Abschluss der Vertragsverhandlungen und Unterzeichnung des Vertrages durch alle 27 Staats- und Regierungschefs der EU setzt sich der ÖVP-Europaklub für eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein. Denn mit diesem Vertrag ändert sich vieles für die Bürger, für unser Land und für die Europäische Union.

Zur Unterstützung seiner Informationsarbeit und neben einer Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen, Bürgergesprächen und Schulbesuchen in ganz Österreich hat der ÖVP-Europaklub eine umfassende Broschüre über die Vorteile, Inhalte und Änderungen des Reformvertrags ausgearbeitet. Wir sind davon überzeugt: Nur eine ehrliche und umfassende Information kann Missverständnisse aufklären, irreführenden Behauptungen effizient entgegentreten und die Bürgerinnen und Bürger zu wirklich Beteiligten machen.

Der Reformvertrag: Ein großer Erfolg nach langem Bemühen

Der EU-Gipfel von Lissabon am 18. und 19. Oktober 2007 brachte – nach Jahren zäher Verhandlungen und so mancher Rückschläge – die Einigung der Staats- und Regierungschefs aller 27 EU-Länder auf einen neuen Vertragstext, den Vertrag von Lissabon. Durch die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden geriet die Europäische Union in eine Krise: Wie sollte es weitergehen? Die Welt um uns herum verändert sich rasant: Die Erweiterung der EU um zwölf neue Mitgliedstaaten, die Herausforderungen der Globalisierung, die Notwendigkeit, in einem intensiven Wettbewerb weltweit nicht nur bestehen zu können, sondern auch erfolgreich zu sein, neue Bedrohungen durch den Klimawandel oder den internationalen Terrorismus machen neue Instrumente für die Europäische Union dringend notwendig.
In den vergangenen fünfzig Jahren seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften hat die Europäische Union einen weiten und überaus erfolgreichen Weg zurückgelegt. Die „Erfolgsgeschichte" der europäischen Einigung ist historisch einmalig und in ihren positiven Auswirkungen nachhaltig. Sie sichert Frieden, Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Wohlstand und Stabilität auf unserem Kontinent und ist ein Vorbild für Regionen und Staaten weltweit. Österreich konnte seit seinem EU-Beitritt 1995 in hohem Ausmaß von diesem gemeinsamen Europa profitieren.

Die richtige Antwort

Mit nunmehr 27 Mitgliedstaaten und den neuen, drängenden Herausforderungen sind die Mittel und Instrumente der ursprünglichen Europäischen Gemeinschaft aber nicht ausreichend. Der neue Vertrag, der bis zu den Europawahlen 2009 in Kraft treten soll, bringt die Europäische Union auf einen neuen Kurs. Er macht die Union sozialer, offener und entscheidungsfähiger. Er sichert die Demokratie in allen Mitgliedstaaten und stärkt die Demokratie auf der europäischen Ebene. Er gibt allen Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherecht und stärkt die Rolle der Regionen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments.

Der Vertrag von Lissabon macht die Europäische Union zur starken Antwort auf die Herausforderungen von morgen. Er macht uns als Gemeinschaft fit für die Zukunft, mit modernen Mitteln für effiziente Entscheidungen, mit Respekt für den Reichtum unserer Regionen, mit der Garantie gleicher Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa.

Zehn Punkte für ein starkes Europa

Der ÖVP-Europaklub begrüßt den Vertrag von Lissabon, denn mit ihm werden die wichtigsten Reformen des Verfassungsvertrags umgesetzt:

- Das Europäische Bürgerbegehren stärkt die direkte Demokratie – die Bürger werden zu direkt Beteiligten in den europäischen Entscheidungsprozessen.
- Die Grundrechtscharta wird rechtsverbindlich – und die Grund- und Menschenrechte der Union für jeden Bürger einklagbar.
- Die Subsidiarität wird im neuen Vertrag verankert – nationale Parlamente bekommen ein stärkeres Mitspracherecht, EU-Kompetenzen können auf die nationale Ebene zurückverlagert werden.
- Die Mitentscheidung zwischen Europaparlament und Ministerrat wird zur Regel – das bringt Effizienz, schafft Transparenz und vermeidet Blockaden.

- Der neue Vertrag schafft ein Europa der sozialen Marktwirtschaft – der ungehinderte „freie Markt" erhält seinen notwendigen sozialen und ökologischen Rahmen.
- Die EU-Kommission wird verkleinert und damit handlungsfähiger.
- Die Europäische Union bekommt einen EU-Außenminister – obwohl er offiziell nicht so heißt, wird er oder sie doch das „Gesicht Europas" in der Welt sein.
- Der Klimaschutz wird zum neuen EU-Ziel – die Europäische Union nimmt damit den Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam auf.
- Die Energiepolitik wird zur neuen EU-Kompetenz – und betont die Förderung der erneuerbaren Energien und der Versorgungssicherheit.
- Die Europäische Union bekommt eine eigene Rechtspersönlichkeit.

Die Zeit ist reif für einen Schritt in die Zukunft. Denn die Zukunft Österreichs in einer starken gemeinsamen Europäischen Union ist auch die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir tragen heute die Verantwortung für morgen – und in diesem Sinne ist der Vertrag von Lissabon das richtige Instrument, damit wir auch morgen eine starke Gemeinschaft sein können.

B) Europainformation

Der 2008 vollzogene EU-Schwenk der SPÖ und die offenbare Selbstaufgabe der SPÖ als verantwortungsvoller politischer Partner in Europa stellten die Österreichische Volkspartei und damit auch den ÖVP-Europaklub im Europäischen Parlament vor neue Herausforderungen.

Österreich profitiert wie kaum ein anderer EU-Staat von seiner EU-Mitgliedschaft. Gleichzeitig können immer mehr globale Herausforderungen nicht mehr von einem Land allein, sondern nur in der Gemeinschaft der Union gelöst werden. Österreich muss daher im Konzert die europäischen Staaten seine Verantwortung als verlässlicher Partner weiterhin wahrnehmen und konstruktiv an der Suche nach gemeinsamen Lösungen mitarbeiten. Gerade die internationale Finanzkrise und die damit verbundenen drohenden Auswirkungen auf die reale Wirtschaft stellen uns vor große Herausforderungen.

Die Europäische Union findet in dieser Krise wie selten zuvor in den vergangenen Jahren zusammen, um gemeinsam neue Wege zu beschreiten. Manche der dabei gegebenen Antworten sind falsch, wie der von Europas Sozialdemokratie vorgeschlagene alte Weg der Staatssubvention, der Verstaatlichung, der Neuauflage der Schuldenpolitik. Das ordnungspolitische Modell der nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft setzt sich aber auch in dieser Krise durch, wird mit Recht zum bestimmenden europäischen Ordnungsmodell, weil es eben die einzig richtige und gültige Antwort auf die neuen Herausforderungen ist. Hier gilt es gemeinsam und verantwortlich zu handeln, nicht vereinfachend und durch eine Schuldzuweisung und -abwälzung.

Gleichzeitig setzt sich der ÖVP-Europaklub in Österreich nachhaltig dafür ein, dass Europapolitik mehr ein Teil der Innenpolitik verstanden wird. Es gibt eine große Erwartungshaltung der Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf das, was die Europäische Union tun und erreichen soll: Mehr Sicherheit, mehr Chancen für neue Arbeitsplätze und florierende Unternehmen, ein effizienter Kampf gegen den Klimawandel und für eine funktionierende langfristige Energieversorgung vor allem auch mit erneuerbaren Energieformen.

Es gibt aber auch eine ebenso große Forderung nach mehr Transparenz, mehr Information über die EU und das, was beschlossen und vereinbart wird. Hier ist aus Sicht des ÖVP-Europaklubs zusätzliche Arbeit aller beteiligten Stellen notwendig. Information schafft Bewusstsein; nur wer sich ausreichend informiert fühlt, wird ein besseres Verständnis für die Union und auch ein Einverständnis mit der Europapolitik entwickeln können.

Der ÖVP-Europaklub hat daher in einem Positionspapier die wesentlichsten Punkte zusammengefasst, die die Europapolitik Österreichs und die Information darüber kennzeichnen müssen.

Mit und in Europa erfolgreich

Österreich ist seit 13 Jahren Vollmitglied der EU. Für Österreich hat die Mitgliedschaft in der EU seit unserem Beitritt eine zentrale Bedeutung. Die in der Union gemeinsam formulierte Politik ist über den Integrationsraum hinaus auch für Österreichs Beziehungen in der Welt bestimmend. Österreich, sein Auftreten und seine aktive und konstruktive Mitwirkung in den EU-Institutionen prägen daher auch das Verhältnis zu Drittstaaten und anderen Weltregionen.

Wir sind bei jeder Entscheidung dabei und von allen Entscheidungen direkt oder zumindest indirekt betroffen. Wir sind daher mitverantwortlich und nehmen diese Verantwortung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Republik Österreich und der Europäischen Union als Friedens- und Solidaritätsgemeinschaft wahr.

Reform und Aufbruch sind kein Selbstzweck. Die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union entscheidet auch über unser Gewicht in der Welt. Europäische Integration ist heute nicht mehr nur ein Werk des Friedens in Europa. Es ist auch ein Erfordernis der Selbstbehauptung der Europäischen Union im Zeitalter der Globalisierung. Ein erfolgreicher Fortgang der europäischen Integration stärkt unsere Chancen, weltweit für unsere Überzeugungen zu werben und unsere Interessen und Werte besser zu vertreten.

Es besteht also ein enger Zusammenhang zwischen der globalen Rolle und der inneren Kraft der Europäischen Union. Die Europäische Union muss von den Bürgerinnen und Bürgern als ureigenstes Anliegen verstanden und mitgetragen werden, die österreichische Politik muss zu diesem Zweck für eine aktive Information der Bürgerinnen und Bürger Sorge tragen.

Europa zu den Bürgern bringen

Aus Sicht des ÖVP-Europaklubs muss es unsere gemeinsame Verantwortung sein, den Mehrwert der österreichischen EU-Mitgliedschaft, die Ziele der EU sowie die gemeinsam beschlossenen Maßnahmen zu kommunizieren, die Bürger pro-aktiv zu informieren, den Dialog mit ihnen zu suchen und neue Beteiligungsformen zu schaffen.

Nur eine verstärkte Europa-Information wird zu einem verbesserten Europabewusstsein der Bevölkerung beitragen. Die Arbeit der Bundesregierung muss daher im Sinne der Verlässlichkeit und Verantwortung auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber aktiv kommuniziert werden, dabei sollen das europapolitische Handeln und die Gründe dafür den Bürgerinnen und Bürgern in Österreich sowie den Medien gegenüber transparenter dargestellt werden.

Während die SPÖ als Antwort auf die Fragen und das Informationsbedürfnis der Bürger nur das falsch verstandene und angewendete Instrument der Volksabstimmung zur Hand hat, ist der ÖVP-Europaklub davon überzeugt, dass die einzig richtige Antwort das Schnüren eines umfassenden Kommunikations- und Informationspakets zur verbesserten Information und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ist.

- Das beginnt mit der umfassenden und vollständigen Kennzeichnung aller EU-geförderten Projekte in Österreich, um Europa vor Ort sichtbar zu machen. Wenn wir die zwölf Sterne in jeder Gemeinde, in jeder Region zum Leuchten bringen, wird Europa für jeden Bürger besser erlebbar.

- Mit einer Initiative der Bundesregierung unter dem Motto „EU entdecken" sollte in allen Schulen in Österreich eine umfassende und konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union und Österreichs Rolle und Verantwortung in der EU gefördert werden.

- Der Europatag am 9. Mai soll offiziell und aktiv gestalten werden, angelehnt an die Aktivitäten zum Nationalfeiertag.

- Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit zum Kennenlernen der EU-Institutionen erhalten. Mit einem eigenen Förderprogramm, das noch im Schuljahr 2008/2009 wirksam werden sollte, kann diese Maßnahme auch finanziell unterstützt werden.

- Alle in den EU-Institutionen tätigen Österreicherinnen und Österreicher sollten eingeladen werden, ihre Aufgaben und Erfahrungen in ihrer österreichischen Heimatgemeinde, ihrer ehemaligen Schule oder Universität mitzuteilen und zur Diskussion zu stellen.

- Die Bundesregierung sollte die Medien auch in Österreich selbst über aktuelle Beschlüsse des EU-Ministerrates informieren.

- Nationalrat und Bundesrat sollten über die Legislativtätigkeit der Bundesregierung in den Formationen des EU-Ministerrates verstärkt informiert werden. Auch die Wiedereinführung von Europadiskussionen im Plenum des Nationalrates unter Einbeziehung der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments bzw. der Mitglieder der EU-Kommission wäre ein sinnvoller Weg.

Auch in der Koordination der österreichischen Europapolitik sollten

neue Wege der Zusammenarbeit beschritten werden. Das betrifft vor allem all jene Fragen der europäischen Gesetzgebung, in denen das Europäische Parlament ein Mitentsch-

Gesamtpaket zum Klimaschutz beschlossen, das nun in insgesamt fünf verschiedenen Rechtstexten umgesetzt werden soll. Im Kern des Pakets

weiterhin die vollständige Gratiszuteilung der Emissionszertifikate an die energieintensive Industrie – unter Beibehaltung der Emissionsziele bis

Kosten und Nutzen für die KMU anhand vorläufiger Folgenabschätzungen systematisch zu analysieren. Der Small Business Act soll weiters für eine Verringerung der Belastung von KMU durch Verwaltungsvorschriften sowie um die Erleichterung ihres Zugangs zum EU-Binnenmarkt, zu öffentlichen Aufträgen oder zu Finanzierungsquellen sorgen. Für Karas wichtig: Der Small Business Act wird nur dann ein echter Durchbruch sein, wenn die darin enthaltenen Prinzipien auch auf nationaler Ebene rechtsverbindlich gemacht werden.

Bargeldloser Zahlungsverkehr/SEPA

Hinter dem sperrigen Namen des einheitlichen europäischen Zahlungsraums verbirgt sich eine verbraucher- und wirtschaftsfreundliche Revolution: Europaweite Einziehungsaufträge werden möglich, Kartenzahlungen und Überweisungen einheitlich geregelt. Jeder Bürger muss in der gesamten EU ohne Schwierigkeiten mit seiner Geldkarte zahlen können, Überweisungen von und auf das Privatkonto werden innerhalb eines Tages und ohne Zusatzkosten möglich. Ab 2009 wird es europaweite Einziehungsaufträge geben. Das ist ein weiterer Schritt hin zu einem Europa der sichtbaren Vorteile. Die vom Europäischen Parlament beschlossene Schaffung eines Einheitlichen Europäischen Zahlungsraums wird Überweisungen, Lastschriftverfahren und Kartenzahlungen europaweit vereinheitlichen und Transfers schneller, barrierefreier und kostengünstiger machen. Das europäische Bankengewerbe hat sich dazu verpflichtet, mit der Hilfe der EU die Umstellung bis 2012 durchzuführen. Ab 2012 soll jede Zahlung oder Überweisung innerhalb der EU maximal einen Tag dauern. Bis 2012 können Zahlungen per Internetbanking bereits ebenfalls binnen eines Tages durchgeführt werden, Überweisungen per Erlagschein dauern zwei Tage. Der europäische Zahlungsverkehr wird dann für Wirtschaft und Verbraucher genauso einfach, schnell und effizient sein, wie wir es in Österreich gewohnt sind. Erfolgreich hat Othmar Karas bei diesen Neuregelungen auch die Bedürfnisse des dezentralen Bankensektors durchsetzen können. Genossenschaften und Sparkassen bilden einen wesentlichen Eckstein für einen ausgewogenen Wettbewerb und eine positive regionale Entwicklung. Ein funktionierender Retail-Binnenmarkt bei Finanzdienstleistungen braucht daher nicht nur eine europaweit nutzbare Angebotspalette, echter Wettbewerb ist auch von einer hohen Zahl von Marktteilnehmern abhängig. Das Europaparlament stimmte der Forderung von Othmar Karas zu, die Bedeutung des dezentralen Sektors für den Wettbewerb, die ländliche Entwicklung und die Nahversorgung mit Finanzprodukten anzuerkennen.

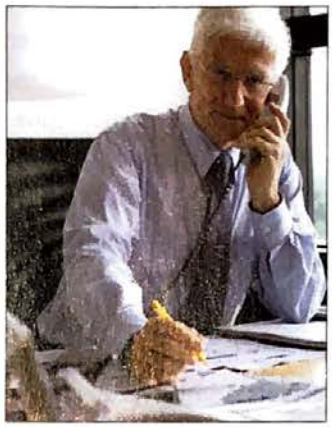
EU-Erweiterung/Kroatien

Kroatien ist für Österreich nicht nur ein guter, sondern vor allem auch ein wichtiger Partner. Österreich und der ÖVP-Europaklub im Europäischen Parlament unterstützen daher den Beitrittsprozess Kroatiens zur EU und setzen sich engagiert für einen raschen Beitritt ein. Mit der Nennung des Zieldatums 2009 für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen schwenkte auch die EU-Kommission auf die Linie ein, die der ÖVP-Europaklub und die Europäische Volkspartei stets vertreten haben. Ein Beitritt im Jahr 2010 ist bei Anstrengung beider Seiten daher durchaus möglich. Die dafür in Kroatien notwendigen Reformen müssen ohne Zögern fortgesetzt werden. Im Unterschied zur Türkei will Kroatien aber selbst die europäischen Bedingungen erfüllen und wartet nicht darauf, dass sich die EU ändert. Dieser Einsatz und dieses europäische Selbstverständnis verdienen zu Recht unsere Unterstützung.

Georgien

Im August 2008 reiste Othmar Karas mit dem außenpolitischen Sprecher der Europäischen Volkspartei, dem deutschen Europaparlamentarier Elmar Brok (CDU), nach Georgien, um sich dort über die aktuelle Lage nach dem Einmarsch Russlands zu informieren und mit dem georgischen Staatspräsidenten Sakaaschwili zu sprechen. Russland hatte es sich zum Ziel gemacht, Georgien ökonomisch, sozial und politisch zu destabilisieren, um die pro-europäische und pro-NATO ausgerichtete politische Führung zu beseitigen. In einer solchen Situation ist die Europäische Union gefragt, da auch die Konfrontation zwischen Russland und den USA immer mehr zunimmt. Karas und Brok setzten im Europäischen Parlament eine von ihnen eingebrachte Resolution durch, in der Russland aufgefordert wurde, die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen der Republik Georgien zu achten. Die Entschließung wurde auch von Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und der UEN-Fraktion mitgetragen.

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack



Eisenbahnpaket

Bahnfahren wird ab Herbst 2009 für jedermann und -frau attraktiver. Der Bahnverkehr in ganz Europa wird in Zukunft zu einer modernen Dienstleistung, bei der der Kunde König ist. Die neue EU-Verordnung über die Rechte der Fahrgäste im Bahnverkehr, an der Reinhard Rack als Berichterstatter der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament maßgeblich beteiligt war, hat das ermöglicht. Künftig erhalten Bahnkunden Entschädigungsleistungen bei verpassten Anschlüssen und Zugausfällen. Aber auch Zugverspätungen werden für die Bahnunternehmen empfindlich teurer: Ab einer Stunde Verspätung werden 25 Prozent des Fahrpreises erstattet, ab zwei Stunden Verspätung der halbe Fahrpreis. Ebenso wird es einen deutlich verbesserten Zugang für Menschen mit eingeschränkter Mobilität geben. Auch die Mitnahme von Rollstühlen, Kinderwagen, Fahrrädern und sonstigen Sportgeräten wird vereinfacht. Diese Regelung gilt uneingeschränkt im internationalen, also grenzüberschreitenden Zugsverkehr. Für den nationalen Bahnverkehr hingegen haben sich die Mitgliedstaaten teilweise lange Übergangsfristen herausgeschlagen, die in einem Optionssystem festgelegt sind. Die Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, ob sie den Fahrgästen in ihrem eigenen, nationalen Zugsverkehr die Entschädigungsregelungen vorenthalten wollen oder sie gleichzeitig mit den Bestimmungen für den internationalen Bahnverkehr einführen wollen. Der ÖVP-Europaklub appelliert daher an den künftigen Verkehrsminister, den Österreichern zu Hause die gleichen Rechte wie in anderen EU-Staaten zu geben.

Städtischer Verkehr

Städte in ganz Europa sind verkehrspolitisch mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert: Verschmutzung, Verkehrsüberlastung, Lärm und Unfallgefahr. Davon sind alle Bürger gleichermaßen betroffen. Der steirische Europaparlamentarier und Verkehrsexperte Reinhard Rack hat als Chefverhandler des Europäischen Parlaments konkrete Vorstellungen in die europapolitische Diskussion eingebracht, wie europäische Angebote in die städtische Mobilitätsplanung einbezogen werden könnten. Konkret nannte Rack die Fragen der Verbindung von Park&Ride-Möglichkeiten mit vergünstigten Angeboten im öffentlichen Personennahverkehr, eine einheitliche Gestaltung von Umweltzonen und verkehrsberuhigten Zonen, die Förderung der Entwicklung neuer Technologien für die Steuerung von Verkehrsflüssen und damit der Vermeidung von Staus sowie die Förderung der Verwendung „alternativer" Verkehrsmittel wie Fahrrad oder Fußgängerwegen. Rack drängte auch darauf, insbesondere die Belange von Behinderten, Kindern und Alten verstärkt zu berücksichtigen. Gleichzeitig erzielt Rack eine parlamentarische Mehrheit für seinen Ansatz, eine zu starke Einmischung der EU in die kommunale Verkehrspolitik zu vermeiden. Europa soll im Rahmen seiner legislativen und budgetären Möglichkeiten ein vielfältiges Angebot zur Verfügung stellen, aus dem die Städte die für sie passenden Elemente auswählen. So könnten auch die Verpflichtungen zum Umweltschutz und zur Senkung der Treibhausgasemissionen besser verwirklicht werden.

Flugverkehr

Mit einer EU-Verordnung zu Flugsicherheitsrechten wurde eine Balance zwischen Antiterror-Maßnahmen und Passagierrechten geschaffen. Erstmals werden mit dieser Verordnung auch Sicherheitsmaßnahmen während des Fluges geregelt, etwa der Einsatz von begleitenden Sicherheitsbeamten oder das Mitführen von Waffen an Bord. Die gemeinsamen Vorschriften für den Schutz der Zivilluftfahrt vor unrechtmäßigen Eingriffen betreffen unter anderem die Durchsuchung von Fluggästen und Handgepäck, Zugangskontrollen, Luftfahrzeug-Sicherheitskontrollen sowie Kontrollen von Fracht und Post. In Bezug auf das Handgepäck konnte erreicht werden, dass Fluggäste oder Gepäck aus Drittländern, deren Luftsicherheitsnormen dem EU-Recht gleichwertig sind, nicht erneut kontrolliert werden. Die Mitgliedstaaten können auch strengere Maßnahmen anwenden, diese müssen aber objektiv, nichtdiskriminierend und dem jeweiligen Risiko angemessen sein. Es bleibt auch den Mitgliedstaaten überlassen, in welchem Umfang die Kosten der zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen vom Staat, den Flugha-

feneinrichtungen, den Luftfahrtunternehmen oder den Passagieren zu tragen sind.

Flughafenentgelte

Der Richtlinienvorschlag des Europäischen Parlaments für neue und eindeutige Bestimmungen zu Flughafenentgelten soll mehr Transparenz und ein einheitliches Wettbewerbsniveau zwischen den großen europäischen Flughäfen bringen. Mit der Richtlinie soll verhindert werden, dass einzelne Flughäfen ihre marktbeherrschende Stellung missbräuchlich ausnutzen. Damit wird der Vorschlag zu einer ausgewogenen Entwicklung des europäischen Luftverkehrssektors beitragen. Wenn der Flughafenbetreiber die Flughafennutzer – also die Fluglinien – fünf Jahre vor der Inbetriebnahme neuer Flughafeninfrastruktureinrichtungen informiert, kann der Flughafen bei der Festlegung der Flughafenentgelte seine Interessen über die Vorfinanzierung sicherstellen. Damit ermöglicht die Bestimmung zukunftsweisende Investitionen in Flughäfen. Bis heute kann jeder Flughafen und jedes Land seine Flughafenentgelte selbst festlegen. In den vergangenen Jahren hat dies immer wieder zu teils massiven Wettbewerbsverzerrungen geführt. Die neuen, gemeinschaftsweiten Bestimmungen sollen ein gut funktionierendes, diskriminierungsfreies, transparentes und umfassendes Verfahren zur Berechnung der Entgelte sicherstellen.

Autobahnvignette in Slowenien

Die seit 1. Juli 2008 gültige slowenische Autobahnvignette verstößt klar gegen EU-Recht. Sie ist diskriminierend, weil sie nur eine Jahres- bzw. Halbjahresvignette vorsieht, so dass man von jenen europäischen Mitbürgern, die nur ein Mal im Jahr Teile des slowenischen Autobahnnetzes benutzen, einen überproportional hohen finanziellen Beitrag verlangt. Österreich hat als erster EU-Staat eine abgestufte Form der Autobahnbemautung durch Vignetten mit unterschiedlicher Gültigkeitsdauer eingeführt. Diesem Beispiel sind Rumänien, Ungarn und andere Länder gefolgt, Slowenien schert hier aus. Von Anfang an hat sich Reinhard Rack im Europaparlament an die Spitze einer Bewegung gesetzt, die diese diskriminierende Regelung abschaffen will – mit Erfolg: Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Slowenien eingeleitet, die Vignette wird in dieser Form daher bald Geschichte sein.

Agnes Schierhuber

Health Check

Nirgendwo auf der Welt ist eine Landwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen wettbewerbs- und überlebensfähig. So lange die notwendige Planungssicherheit und damit Stabilität gewährleistet ist, bringt die gemeinsame Europäische Agrarpolitik den heimischen Bauern zahlreiche Vorteile. Im Mittelpunkt muss vor allem die produzierende Landwirtschaft stehen, dazu zählen die bäuerlichen Familienunternehmen, egal von welcher Größe oder in welcher Sparte tätig. Die ÖVP-Europaabgeordnete Agnes Schierhuber bringt als Vertreterin der österreichischen Landwirtschaft im Europaparlament die Anliegen der heimischen Bauern engagiert und aktiv in die Verhandlungen rund um den Health Check zur europäischen Agrarpolitik ein. Das Europäische Parlament will eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und multifunktionale Landwirtschaft in der Europäischen Union erhalten. Dabei muss den Besonderheiten jedes Sektors und jedes Produktionsgebietes Rechnung getragen werden und eine gute landwirtschaftliche Praxis die Basis bilden. Auch in Zukunft muss die Nahrungsmittelproduktion oberste Priorität haben, gefolgt von der Futtermittelproduktion und erst in dritter Linie der Bereitstellung von Energie.

Wein

Der globale Wettbewerb wird auch beim Wein immer schärfer. Komplizierte Gemeinschaftsregeln für Etikettierung, Qualitätszertifizierung und Vermarktung kennzeichnen den europäischen Weinmarkt. Gleichzeitig treten auf Grund des sinkenden Verbrauchs, eines schärferen Wettbewerbs durch importierte Weine sowie auf Grund konjunkturbedingter Überschüsse massive Probleme auf. Mit der Reform des Weinmarktes wurden jedoch die wichtigsten Kernpunkte außer Frage gestellt: Die traditionellen önologischen Verfahren in den Mitgliedstaaten bleiben erhalten, so sind und bleiben die Unterschiede in der Weinkultur Europas

in ihrer Vielfalt und ihrem Reichtum klargestellt. Tafelweine dürfen nicht auf die gleiche Art wie Qualitätsweine ausgezeichnet werden, auch die Angabe der Herkunftsbezeichnungen bleibt unerlässlich. Aus Sicht von Agnes Schierhuber besonders wichtig ist die Beibehaltung der Anreicherungsgrenzen. Das stärkt den traditionellen Weinanbau in Mitteleuropa und hat zur Folge, dass österreichische Weinbauern auch in Zukunft das seit Jahrhunderten bewährte Verfahren der Zugabe von Saccharose einsetzen und damit hervorragende Weine erzeugen können. So wird den unterschiedlichen klimatischen, geographischen und strukturellen Bedingungen für den europäischen Weinbau voll Rechnung getragen.

Milchpaket

Das 2007 beschlossene „kleine Milchpaket" hat große Auswirkungen vor allem auf die Schulmilchprogramme in der EU, die von den Änderungen in hohem Ausmaß profitieren werden. Vorgesehen ist die Einführung einer Pauschalbeihilfe für Schulmilch anstatt der bisherigen auf Fettgehalt basierenden Beihilfe. Das ist ein wichtiges Zeichen hin zu einer ausgewogenen Ernährung sowie gesunder Schulverpflegung mit heimischen Milchprodukten. Agnes Schierhuber forderte auch eine Ausweitung der Palette der Produkte, die unter die Schulmilchregelung fallen sollen, um so auch neue, innovative und gesunde Erzeugnisse berücksichtigen und fördern zu können. Wichtig ist die Förderung des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen auch deshalb, weil immer deutlicher wird, dass ungesunde Ernährung in der europäischen Bevölkerung zunehmend zu Gesundheitsproblemen führt. Eine verstärkte Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung kann auch durch die im Mini-Milchpaket enthaltenen Werbemittel erreicht werden. Insgesamt handelt es sich um einen wichtigen Schritt für die europäische Landwirtschaft und insbesondere den Milchsektor. Das Paket umfasst außerdem Änderungen in der Gemeinsamen Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse sowie in den EU-Bestimmungen für eingedickte Milch und Trockenmilch sowie für Konsummilch.

Dr. Paul Rübig

Roaming in Rekordzeit

Sieben Monate vom ersten Vorschlag der Kommission bis zum Inkrafttreten der fertigen EU-Verordnung – das ist absolute Spitzenzeit. Telekom-Experte Dr. Paul Rübig hat als zuständiger Chefverhandler des Europaparlaments diesen Legislativprozess schnell, effizient und erfolgreich gesteuert. Laut Schätzungen der Europäischen Regulierungsgruppe (ERG) konnten mit Ende September 2007 bereits 400 Millionen EU-Bürger zu günstigeren Roaming-Tarifen telefonieren. Im Schnitt sparen sich die Konsumenten bei Auslandsgesprächen nun 60 Prozent ihrer bisherigen Kosten. Die nationalen Preise sind außerdem seit Einführung der Regulierung EU-weit nicht gestiegen, in Österreich sind die Roaming-Kosten sogar noch weiter gesunken. Mit Ende August 2008 erfolgte bereits der zweite Schritt der europaweiten Vergünstigung für Handy-Konsumenten von 49 Cent auf 46 Cent netto, Mitte 2009 kommt dann die dritte Phase, mit der Roamingkosten für aktive und passive Anrufe um weitere 4 Cent pro Minute gesenkt werden. Trotz der Regulierung gibt es in Österreich nach wie vor Gratis-Handys – das zeigt deutlich, dass weder der Wettbewerb leidet noch der Konsument draufzahlen muss, wie im Vorfeld dieser Entscheidung manchmal befürchtet wurde. Zudem beginnen immer mehr Telekom-Unternehmen, nun auch ihre Datenroaming-Preise freiwillig zu senken. Eine deutliche Ankündigung seitens EU-Kommission und Europaparlament, auch im Datenroaming-Bereich Preisobergrenzen festzulegen, zieht und wird sogar in den nächsten Monaten erwartet.

Telekompaket

Im schnell wachsenden Telekom-Sektor sind Anpassungen an die technologischen Entwicklungen und die Ermöglichung der Teilnahme aller Bürger an einem möglichst offenen und transparenten Markt das Um und Auf. Der Telekom-Markt ist ein wesentliches Element einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der EU. Die Regulierung der nationalen Telekommärkte funktioniert, die zuständigen Regulierungsbehörden leisten in ihren Mitgliedstaaten gute Arbeit. In grenzüberschreitenden Angelegenheiten stoßen sie aber zu oft an die Grenze ihrer jeweiligen Zuständig-

keiten. Der Telekom-Experte Dr. Paul Rübig fordert daher die Einrichtung eines Gremiums, in dem alle nationalen Regulierungsbehörden gemeinsam arbeiten. Dieser „Body of European Regulators" (BERT) soll für Fragen wie die Regulierung und Überwachung von Tarifen für Gesprächs- und Datenroaming sowie für SMS aus anderen EU-Ländern und dem Ausland zuständig sein. BERT sollte auch eine erweiterte Zuständigkeit für die Implementierung und die Information der internationalen Notrufnummer 112 erhalten.

EU-Budget

Beim EU-Haushalt hat das Europaparlament derzeit bei allen nicht-obligatorischen Ausgaben das entscheidende Wort, mit dem Reformvertrag wird das Europaparlament bei allen EU-Ausgaben gemeinsam mit dem Rat entscheiden können, also auch inklusive des EU-Agrarbudgets. Dr. Paul Rübig ist als jahrelanges Mitglied im Haushaltsausschuss ein anerkannter Budgetexperte und setzt sich stets erfolgreich für spezielle Förderprogramme für KMU sowie allgemein für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung ein. 2008 machten zum ersten Mal die Ausgaben zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit den größten Anteil des EU-Budgets aus. Die Förderung der Regionen und des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts stehen im Vordergrund – und das bei einem nur sehr bescheidenen Zuwachs an Ausgaben. Weitere Schwerpunkte waren Maßnahmen im Bereich Beschäftigung und Wachstum. Auch für das EU-Budget 2009 konnte Rübig seine Forderung nach einer speziellen Unterstützung für Klein- und Mittelbetriebe vor den wirtschaftlichen Schäden des Zahlungsverzugs durchsetzen. Gemeinsam mit der EVP-ED Fraktion hat Rübig auch einen Änderungsantrag zu sauberer und effizienter Energie eingebracht, der sich für genügend finanzielle Mittel für den Ausbau von Energieeffizienz einsetzt.

Dr. Richard Seeber

Wasserpolitik

Wasserknappheit und Dürre bedrohen nicht nur Länder der Dritten Welt. Viele Regionen Europas sind ebenfalls betroffen. Daher kämpft ÖVP-Europaparlamentarier Dr. Richard Seeber dafür, die damit verbundenen Probleme offen und breit angelegt zu diskutieren, um nachhaltige Lösungen zu finden. Für die österreichische Wasserpolitik konnte Seeber bereits die volle Unterstützung im Europäischen Parlament erreichen: Wasserressourcen stehen im alleinigen Eigentum eines jeden EU-Mitgliedstaates. Ein Eingriff von außen, sei es durch andere Länder oder die EU, ist ausgeschlossen und wird vom Europaparlament strikt abgelehnt. Jedes Land bestimmt also allein darüber, wie es mit seinen Wasserreserven umgeht. Dennoch müssen sich alle Mitgliedstaaten gemeinsam Gedanken darüber machen, wie mit der Dürre und Wasserknappheit in manchen Regionen einerseits und der Wasserverschwendung mancher Wirtschaftssektoren und Länder andererseits umgegangen werden kann: 40 Prozent des in der EU verbrauchten Wassers könnte durch eine sachgemäßere und nachhaltige Wassernutzung eingespart werden!

Pflanzenschutz und Bodenschutz

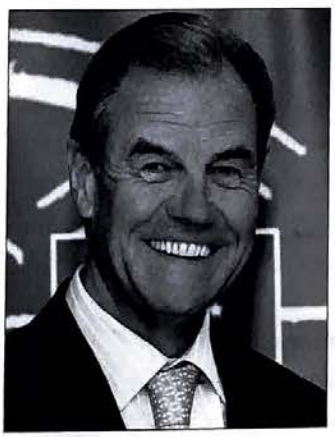
Ein wirksamer Bodenschutz ist unbestritten wichtig. Alle Länder der EU sollten einen so ambitionierten und wirksamen Bodenschutz haben, wie dies in Österreich gesetzlich bereits längst verankert ist. Boden ist und bleibt aber eine lokale Sache – sein Schutz muss daher von den Mitgliedstaaten und nicht von der EU gesichert werden. Dort, wo es keinen offensichtlichen europäischen Mehrwert für den Bürger gibt, ist keine EU-Gesetzgebung vonnöten, so die Meinung von Dr. Richard Seeber. Umweltschutz und Pflanzenschutz sind kein Gegensatz, sondern können sinnvoll kombiniert werden. Dazu braucht es aber eben auch sinnvolle Regelungen, nicht überbordende Bürokratie. Eine neue Bodenschutzrichtlinie sollte daher harmonisierte EU-Vorschriften über Pflanzenschutzmittel festlegen, um den Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt zu stärken, die nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft zu fördern, die Anzahl der Tierversuche zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit der Hersteller zu verbessern und die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für Landwirte zu erhöhen.

Abfallvermeidung

Die EU-Bestimmungen zur Abfallpolitik wurden neu gefasst. Weniger Ab-

fall, mehr Müllvermeidung und mehr Wiederverwertung sind die Hauptziele der neuen Abfallrichtlinie, die strengere Vorschriften für Wirtschaft und Mitgliedstaaten zum Inhalt hat. Abfälle sind Rohstoffe, deren effizientere Nutzung auch in der Bekämpfung des Klimawandels helfen kann. Allein eine konsequente Abkehr von der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle hätte in den „alten" EU-Mitgliedstaaten ein Reduktionspotenzial von rund 100 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalenten. Mit der Richtlinie setzte sich das Parlament mit der Festlegung hoher und verpflichtender Recyclingquoten durch: Bis 2020 muss in allen Mitgliedstaaten ein Recyclinganteil von 50 Prozent bei Papier, Metall und Glas aus Hausmüll erreicht werden, bei Bau- und Abbruchabfällen wird dieser Wert sogar auf 70 Prozent festgelegt. Diese Maßnahmen ermöglichen einen effizienten Start in eine funktionierende umwelt- und klimagerechte Abfallbewirtschaftung in ganz Europa. Und das ist wichtig, denn ohne Gegenmaßnahmen würden im Jahr 2020 bis zu 45 Prozent mehr Abfälle anfallen als noch 1995. Die Folgen für Mensch und Umwelt wären beträchtlich.

Dr. Hubert Pirker



Schengen

Österreich wurde mit der Erweiterung des Schengenraums im Dezember 2007 vom Grenzland zum europäischen Binnenland. Damit gelten für 24 EU-Länder die gleichen Sicherheitsbedingungen in der Grenzkontrolle. Rumänien, Bulgarien und Zypern werden erst frühestens Ende 2009 dem Schengenraum beitreten können – was ein Beweis dafür ist, dass die EU die Kontrolle der Standards sehr ernst nimmt. Für den ÖVP-Sicherheitssprecher im Europäischen Parlament, Dr. Hubert Pirker, sind mit der Erweiterung des Schengener Sicherheitsraumes drei große Vorteile verbunden: Erstens wird das Reisen für die Bürger in der erweiterten Union mit dem Wegfall der Warteschlangen an den Grenzen leichter und einfacher. Zweitens machen die Schengen-Bestimmungen eine bessere und engere Zusammenarbeit der Polizeidienststellen der einzelnen Länder miteinander notwendig. Wichtiger dritter Punkt ist, dass allein in Österreich 2400 Mitarbeiter, die bisher in der Grenzkontrolle eingesetzt waren, für andere Sicherheitsaufgaben eingesetzt werden könnten: Im grenznahen Bereich, in den Städten, bei Aufgaben der Fremdenpolizei, der Drogenbekämpfung oder in anderen Risikosektoren haben die Österreicher jetzt mehr Polizei zur Verfügung, die für ihre Sicherheit arbeitet. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen an den Flughäfen startete im Frühjahr 2008 die zweite Phase der Erweiterung des Schengen-Raums. Jetzt entfallen grundsätzlich auch die Ein- und Ausreisekontrollen bei den Flügen. Profitieren von diesen Reiseerleichterungen können Flugpassagiere aus insgesamt 22 EU-Staaten sowie aus Island und Norwegen. Damit fallen die Kontrollen und die langen Wartezeiten für die Flugpassagiere weg. Für Pirker ist der Schengenraum ein hochmodernes Sicherheitssystem, das funktioniert: Mit der Erweiterung des Schengenraums wurde ein größeres Sicherheitsnetz gespannt, das bereits heute eindrucksvoll seine Effizienz belegt!

Frontex

Schätzungen zufolge leben bis zu 15 Millionen illegale Einwanderer in der EU. Immer mehr Menschen vertrauen ihr Leben skrupellosen Schlepperorganisationen an, um nach Europa zu gelangen. Jeder sechste Migrant kommt dabei um – und dennoch steigt die Zahl der Illegalen Jahr für Jahr an. Die EU sieht dabei nicht mehr länger tatenlos zu. Im Europäischen Parlament setzte Pirker erfolgreich seine Forderung nach einer unverzüglichen Aktivierung von Grenzschutz-Soforteinsatzteams (Rapid Border Intervention Teams/RABIT) sowie eine engere Kooperation zwischen der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und EUROPOL durch. Die EU verfügt über 6.000 Kilometer an Landgrenzen und 85.000 Kilometer an Küstengrenzen. Primär zuständig für die Grenzsicherung sind und bleiben die Mitgliedstaaten. Wenn aber an bestimmten Orten Flüchtlingsströme in Richtung Europa ziehen, dann sind die Staaten allein oft überfordert. Mit dem RABIT-Projekt können betroffene Staaten ab jetzt um EU-Hilfe ansuchen. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX kann dann gemeinsame grenzpolizeiliche Soforteinsatzteams zur Unterstützung entsenden, die vor Ort unter Leitung der Grenzpolizei des gastgebenden Landes stehen und grenzpoli-

zeiliche Befugnisse analog denen der Heimatbeamten übertragen bekommen. FRONTEX, die derzeit mit einem jährlichen Budget von rund 35 Millionen Euro ausgestattet ist, übernimmt auch die Ausbildung und Koordinierung der Soforteinsatzteams. Pirker setzt sich aber auch dafür ein, dass FRONTEX und EUROPOL in Hinkunft auch verstärkt zusammenarbeiten, um einen reibungslosen Ablauf und den europäischen Datenaustausch im Interesse einer effizienten Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperkriminalität zu gewährleisten.

Terrorismus

Der internationale Terrorismus ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eine massive Bedrohung unserer Gesellschaft. Er ist gleichzeitig aber auch zur europäischen Realität geworden und erfordert gemeinsame und strikte europäische Gegenmaßnahmen. Viel zu viele Unschuldige haben in den vergangenen Jahren durch terroristische Aktivitäten auch in der EU den Tod gefunden. In der EU gebe es über 300 Al-Quaida-Initiativen und über 500 Websites mit Anleitungen zu terroristischen Aktivitäten und konkreten Instruktionen zum Bombenbau. Es ist die Aufgabe und Verantwortung der Politik, terroristischen Aktivitäten einen Riegel vorzuschieben. Daher fordert Pirker stärkere Maßnahmen zur Prävention von Terrorismus und seiner Verherrlichung, vor allem auch durch eine nachhaltige Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Propaganda in audiovisuellen Medien sowie im Internet. Auch jene Orte, an denen Propaganda verbreitet wird, die zu terroristischen Handlungen anstiftet, müssten überwacht werden. Zudem sollten die Kompetenzen von EUROJUST und EUROPOL weiter ausgebaut werden.

Blue Card

Mit der „Blue Card" soll hoch qualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten in erleichterter Form Aufenthalt und Arbeit in der EU angeboten werden. Jeder Mitgliedstaat, auch Österreich, entscheidet aber ganz allein, welche und wie viele Arbeitsmigranten aufgenommen werden. Es gibt also keine automatische Arbeitserlaubnis für Fachkräfte in allen EU-Staaten, und aus der Blue Card resultiert kein automatisches Bleiberecht. Ein gültiger Arbeitsvertrag oder ein bindendes Arbeitsangebot sind Voraussetzung für die Einreise und den Erhalt der Blue Card, ebenso wie ein gültiges Reisedokument und allenfalls ein Visum, eine ausreichende Krankenversicherung und der Nachweis, dass die Arbeitskraft keine Gefahr für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit darstellt. Dr. Hubert Pirker brachte die Forderung ein, auf der Blue Card selbst deutlich sichtbar zu machen, welches Land sie ausgestellt hat. Denn: Eine Blue Card mit rot-weiß-rotem Streifen macht klar, dass es nur eine Arbeitsgenehmigung für Österreich gibt. Missbrauch ist damit noch klarer ausgeschlossen!

Korea

Die EU ist der größte ausländische Investor in Korea. 2005 betrugen die Investitionen rund 27 Milliarden Euro, der bilaterale Handel lag bei rund 55 Millionen. Mit Südkorea laufen zudem gerade Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Aber nicht nur am wirtschaftlichen, auch am wissenschaftlichen Sektor wird Korea ein immer wichtigerer EU-Partner. Mit einem eigenen wissenschaftlich-technischen Kooperationsabkommen, das erst heuer unterzeichnet wurde, ist ein weiterer Grundstein für eine noch intensivere Beziehung gelegt worden. Als Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation des Europaparlaments mit der koreanischen Halbinsel reiste Dr. Hubert Pirker mehrfach sowohl nach Süd- als auch Nordkorea. Bei diesen Delegationsreisen standen vor allem Gesprächsthemen wie die nukleare Abrüstung Nordkoreas, die Einhaltung der Menschenrechte sowie der Ausbau der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea auf der Tagesordnung. Die Delegation unter Leitung von Dr. Pirker übernahm dabei immer öfter auch die Position eines Vermittlers und Brückenbauers. ■

Österreichischer Arbeitnehmer-innen- und Arbeitnehmerbund

Die vergangene Legislaturperiode brachte gerade auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in vielen Bereichen eine deutliche Verbesserung. Der ÖAAB hat dabei eine maßgebliche Rolle gespielt, um die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umzusetzen. Auch in Zukunft soll dieser Kurs der Stabilität, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, für die der ÖAAB innerhalb der ÖVP steht, weitergeführt werden.

Politische Erfolge der Jahre 2007 und 2008

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ein Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Kernbereich moderner und praxisorientierter Familien- und Arbeitsmarktpolitik – wurde mit der Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes gesetzt. Eltern können nun aus drei Varianten des Kinderbetreuungsgeldbezugs jene wählen, welche sich am besten mit ihren beruflichen und familiären Plänen deckt.

Weiters wurde mit dem Mehrkindzuschlag der Armutsgefährdung von kinderreichen Familien entgegengetreten. Seit 1. 1. 2008 wird dieser in der Höhe von 36,4 Euro monatlich für jedes dritte oder weitere Kind gewährt.

Entlastung der Pendler/innen

Anfang Juli 2008 wurde das Pendlerpauschale um 15 Prozent erhöht sowie das amtliche Kilometergeld zeitgleich von 38 Cent auf 42 Cent angehoben und so eine langjährige Forderung des ÖAAB umgesetzt.

Bereits seit 1. Juli 2007 gilt der Pendlerzuschlag in der Höhe von 90 Euro für Kleinverdiener. Dieser Pendlerzuschlag gilt für all jene, die monatlich weniger als 1.130 Euro verdienen, somit keiner Lohnsteuerpflicht unterliegen und kein Pendlerpauschale geltend machen können.

Anti-Teuerungspaket

Seit 1. Juli 2008 zahlen Bezieher kleiner Einkommen (bis 1.100 Euro) überhaupt keinen Arbeitslosenversicherungsbeitrag. Zwischen 1.100 und 1.200 Euro beträgt der Versicherungssatz ein Prozent (statt drei) und zwischen 1.200 und 1.350 Euro zwei Prozent (statt drei). Ab 1.350 Euro kommt der Normalsatz von drei Prozent zur Anwendung. Weiters werden die Pensionen bereits mit 1. November 2008, also zwei Monate früher als geplant, erhöht.

Jugendbeschäftigungspaket

Mit dem Jugendbeschäftigungspaket wurde ein weiterer Schritt gesetzt, um Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr eine Ausbildung zu garantieren und gleichzeitig Betriebe zu motivieren Lehrlinge auszubilden.

Der bisher schon erfolgreiche Blum-Bonus wurde weiterentwickelt. Der Blum-Bonus II zur Förderung neuer Lehrstellen gilt für neu gegründete Unternehmen ebenso wie für Betriebe, die erstmals Lehrlinge ausbilden oder dies nach einer Pause wieder tun. Teil des Pakets ist eine Berichtspflicht für den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, ob es tatsächlich zu einem Zuwachs an Lehrstellen gekommen ist oder nicht. Im letzteren Fall ist dieser verpflichtet, legistische Maßnahmen zu setzen.

Pflege-Paket

Um eine leistbare, unbürokratische und legale Regelung für die Betroffenen und deren Familien zu ermöglichen, wurden die Kompetenzen der 24-Stunden-Betreuer erweitert. Auch die Förderungen für selbstständige und unselbstständige Betreuungskräfte wurden erhöht. Statt bisher 225 Euro erhält man bei Betreuung durch eine selbstständige Kraft 550 Euro pro Monat, wer seine Betreuungskraft anstellt, wird mit 1.100 Euro gefördert. Auf Drängen des ÖAAB wird das Pflegegeld per 1. Jänner 2009 gestaffelt um vier bis sechs Prozent erhöht.

Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Ein wichtiger Schritt zu Entlastung des Mittelstandes wurde durch die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungsteuer gesetzt. Da das geschaffene Eigentum schon mehrfach besteuert worden ist, ist die Abschaffung gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zielführend.

Verlängerung der Hacklerregelung bis 2013

Für Arbeitnehmer/innen bedeutet

die Verlängerung der Langzeitversichertenregelung einen wesentlichen Schritt. Die Leistung von Männern und Frauen, die 45 bzw. 40 Jahre im Erwerb waren, muss durch eine abschlagsfreie Pension besonders honoriert werden. Eine Verlängerung bis 2013 wurde auf Drängen des ÖAAB hin umgesetzt.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Eine Neuerung in der Bekämpfung der Schwarzarbeit brachte die Neuregelung der Mustersatzung der Sozialversicherung. Bis 2007 hatten Dienstgeber 7 Tage Zeit, um Dienstnehmer zur Sozialversicherung anzumelden. Mit der nunmehr verpflichtenden Anmeldung vor Arbeitsbeginn wurde dieses Schlupfloch geschlossen und eine sozialversicherungsrechtliche Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen.

Verbesserung und Flexibilisierung der Bildungskarenz

Seit 1. 1. 2008 kann zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab dem zweiten Arbeitsjahr gegen Entfall des Entgeltes für mindestens drei Monate bis maximal ein Jahr eine Bildungskarenz vereinbart werden.

Entlastung chronisch Kranker

Durch die Einführung eines Rezeptgebührendeckels mit 1. 1. 2008 wurden insbesondere chronisch kranke Menschen entlastet. Patienten müssen nun nur noch bis zu zwei Prozent des Nettoeinkommens für die Rezeptgebühren selber aufwenden.

Kampagne „Weil´s wichtig ist: Mehr Geld für Familien"

„Weil´s wichtig ist: Mehr Geld für die Familien!" – Gemäß diesem Leitsatz hat der ÖAAB eine Kampagne entwickelt, mit der man das Bewusstsein für das Modell des steuerfreien Existenzminimums schärfen sowie das geforderte Modell erklären möchte.

Kampagnen-Facts

Mit ländermutierten Plakaten, Flyern, Give-aways und einer Internet-Homepage *(www.familiensteuerreform.at)* sollen diese wichtigen Information österreichweit erfolgen.

Publikationen

tu felix austria – Die sozial- und wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte Österreichs in den Jahren 2000–2006

In diesem Buch werden einige der sozial- und wirtschaftspolitischen Erfolge, wie die Steuerreform 2004/2005 präsentiert und ein Ausblick auf die Zukunft gegeben.

Grenzgänger – Österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz

Viele heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pendeln täglich oder wöchentlich zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort über die Grenzen Österreichs hinweg. Aufgrund der unterschiedlichen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften ergeben sich für diese so genannten „Grenzgänger" eine Fülle an Fragen, mit denen sie sich konfrontiert sehen und für die sie nach Antworten suchen. Diese Broschüre soll Antworten für diese Zielgruppe geben.

Veranstaltungen

2007:

13. 10.: 24. ÖAAB-Bundestag, Stockerau

13. 12. ÖAAB-Bundesfrauentag, Wien

13. 12. ÖAAB-Weihnachts-Open-House, Wien

2008:

15. 05. ÖAAB-Stand beim Fest im Anschluss an die „Rede zur Lage der Nation", Josefsplatz, Wien

04. 06. ÖAAB-Frühjahrs-Open-House und Abschiedsfeier

16. 09. ÖAAB „Jazz Frühstück" vor der Nationalratswahl 2008, Wien

Öffentlichkeitsarbeit:

Ergänzend zu den diversen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Presseaussendungen bringt die ÖAAB-Bundesorganisation auch noch folgende Publikationen heraus:

- Das Monatsmagazin für die österreichischen Arbeitnehmer/innen „freiheit"

- Das „Top-Info" als E-Mail-Newsletter für besonders wichtige Informationen ■

Österreichischer Bauernbund

Mitglieder und Wahlen

Der Bauernbund ist eine der größten Teilorganisationen der ÖVP.

Bauernbundmitglieder:

Bundesland	Mitgliederzahl
Burgenland	5.618
Kärnten	6.603
Niederösterreich	122.213
Oberösterreich	64.149
Salzburg	10.705
Steiermark	50.910
Tirol	18.728
Vorarlberg	2.860
Wien	904
Gesamt	**282.690**

Kammerwahlergebnisse:

Bundesland	Wahljahr	Bauernbund-stimmen	Mandate
Burgenland	2008	22.759 (71,83%)	24 (+1)
Kärnten	2006	14.531 (52,22%)	20 (+2)
Niederösterreich	2005	97.311 (91,23%)	33 (+1)
Oberösterreich	2003 (2009)	66.293 (78,65%)	29
Salzburg	2005	12.818 (78%)	24 (+1)
Steiermark	2006	53.260 (81,58%)	35
Tirol	2003 (2009)	19.393 (95%)	19 (+1)
Vorarlberg	2006	6286 (80,9%)	18
Wien	2008	756 (77,86%)	16 (+1)

Nationalratswahl 2008

Mit einem Ergebnis von 25,98% für die ÖVP wurde die Nationalratswahl 2008 zu einer desaströsen Niederlage. Außerordentliche Gewinne verzeichneten die rechten Parteien FPÖ und BZÖ. Die große Koalition musste eine Niederlage einstecken. Trotzdem hat sich die harte Arbeit rund um den Wahlkampf für den Bauernbund dadurch bezahlt gemacht, dass in weiten Teilen Österreichs rund 80% der Bauern die ÖVP gewählt haben, auch wenn dadurch das schlechte Abschneiden bei den Wahlen nicht verhindert werden konnte.

- 78% der Vollerwerbsbauern haben ÖVP gewählt (Quelle: GfK Austria)
- Die Bauern sind die mit Abstand verlässlichste Gruppe innerhalb der ÖVP!
- Sehr gute Vorzugsstimmenergebnisse der BB-Kandidaten in allen Bundesländern

FORUM LAND

Aufbauend auf der Veranstaltung im Dezember 2005 unter dem Titel „Unser Land. Unsere Zukunft", mit der das inhaltliche Programm von FORUM LAND bis 2010 festgelegt wurde, führte der Österreichische Bauernbund auch in den Jahren 2007 und 2008 seine Politik für den ländlichen Raum fort. Die Jahre 2007 und 2008 standen vor allem im Zeichen der Infrastruktur. Mit viel Engagement konnte bei den Finanzausgleichsverhandlungen eine weitere Verbesserung für Gemeinden bis 10.000 Einwohner erreicht werden. Weitere Themen, die behandelt wurden, waren Kinderbetreuung im ländlichen Raum sowie der Breitbandausbau.

Seit dem Jahr 2008 verfügt FORUM LAND zudem über eine eigene Quartalszeitung mit einer Auflage von 20.000 Stück, die man Bürgermeistern, Gemeinderäten und Amtsleitern zukommen lässt, um die Themen des ländlichen Raums für Mitglieder, aber noch viel mehr für Träger der Politik in den Dörfern und Regionen zugänglich zu machen. Die erste Ausgabe wurde im Februar 2008 verschickt.

Erntedankfest

Die größte Veranstaltung des österreichischen Bauernbundes, das Erntedankfest, findet jährlich im September auf dem Heldenplatz statt. Über 200.000 Besucher nehmen jedes Jahr daran teil und informieren sich über die Leistungen der österreichischen Bäuerinnen und Bauern. Die Veranstaltung spricht alle Altersgruppen an. Vom Bull-Riding bis zum Weindorf mit hervorragenden österreichischen Weinen ist alles vorhanden. 30 Genussregionen konnten sich und ihre Produkte präsentieren und mehr als 300 Bäuerinnen und Bauern verwandelten den Heldenplatz in einen einzigen großen Feinkostladen. Besondere musikalische Highlights waren die Konzerte von „Brunner & Brunner" und „Die SEER" in den Jahren 2007 und 2008. Beide Male konnte man mehr als 30.000 Besucher am Samstagabend begrüßen. Ingesamt konnten mehr als 2,3 Millionen Personen mit Medienbereichten über das

Erntedankfest – direkt oder indirekt – erreicht werden.
Herzstück der Veranstaltung waren die Segnung der Erntefrüchte durch Dompfarrer Anton Faber und der bereits traditionelle Umzug der Erntewägen.

Bundesbauernrat

Am 3. November 2007 fand in der Grazer Helmut-List-Halle der Bundesbauernrat mit rund 1.000 teilnehmenden Bäuerinnen und Bauern aus ganz Österreich statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die „Grazer Erklärung", mit der der Bauernbund eine Zukunftsoffensive für den ländlichen Raum startet und die Jugendarbeit zu einer zentralen Aufgabe des Bauernbunds in den kommenden Jahren macht.

Jugendarbeit

In der Jugendarbeit des Bauernbundes wurden neben der kontinuierlichen fachlichen Arbeit folgende Schwerpunkte gesetzt.
Bildungsmaßnahmen: Im Rahmen des Bildungsschwerpunkts „EDUCA-Programm der Bauernbundjugend" wurden bereits zum zweiten Mal junge Potentialträger aus dem ländlichen Raum in zehn Modulen politisch geschult. Vor dem Hintergrund des neuen Wahlrechts mit 16 wurde die Kampagne „meinung.bilden" organisiert, um die Diskussion und Auseinandersetzung Jugendlicher mit politischen Repräsentanten zu ermöglichen. Zur Weiterbildung der Funktionäre veranstalten die Jungbauern laufend Fachveranstaltungen, Workshops und Studienreisen.

Präsentation des Zukunftspapiers „Grazer Erklärung" beim Bundesbauernrat in Graz. Kernthema des Zukunftspapiers ist das Bekenntnis zur Bildung als wichtigster Motor für innovative junge Landwirtschaft und für Perspektiven im ländlichen Raum. Weiters wurden der Ausbau der Jugendarbeit und die Einbindung von Jungbauern in die politische Arbeit von Gemeinde- bis Bundesebene gefordert. Sowohl bei den Landtagswahlen in Niederösterreich und Tirol als auch bei den Nationalratswahlen erzielten die Jungbauern-Kandidaten hervorragende Ergebnisse.
Imagestärkung: Verschiedene Kampagnen verfolgten das Ziel, das Image der jungen Landwirtschaft zu stärken und die Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zu erweitern. Das größte Kommunikationsprojekt ist der Jungbauernkalender als Zeichen für das neue Selbstbewusstsein des jungen und modernen bäuerlichen Unternehmertums. Präsentiert wurde der Jungbauernkalender 2009 mehr als 1.000 Besuchern am 18. September 2008 in der Diskothek Volksgarten. Die jährliche Teilnahme von mehr als 100 Läufern am Wien Marathon, eine Gesundheitskampagne, diverse Verteilaktionen sowie eine Wanderausstellung tragen zur Stärkung des Images der heimischen Land- und Forstwirtschaft in der Bevölkerung bei. Weiters sind Vertreter der Jungbauernschaft intensiv in den Diskussionsprozess „Grüne Offensive" des Lebensministeriums eingebunden.

Finanzausgleich 2008–2013

Die Bauernbund-Forderung nach mehr Mitteln für kleinere Gemeinden bis 10.000 Einwohner wurde mit dem Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen in einem Stufenplan umgesetzt. Ebenso wurden die vom Österreichischen Bauernbund geforderten Anreize für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gesetzt.
Der neue Finanzausgleich gilt von 2008 bis 2013 und damit sechs Jahre, statt der gewohnten vier Jahre. Die sechsjährige Periode des Finanzausgleichs ist dabei zweigeteilt – in der ersten Hälfte profitieren die Gemeinden mit 50 Mio. Euro, in der zweiten Hälfte – auf Grund einer Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels – mit rund 100 Mio. Euro.
Ab dem Jahr 2009 werden die Finanzmittel auf Basis der Daten des zentralen Melderegisters verteilt. Damit ist ein fairer Finanzausgleich für stark wachsende ländliche Gemeinden geschaffen worden.

SVB – eigene Einrichtungen teilprivatisiert

Die SVB hat zur langfristigen Absicherung des Standortes der SKA Bad Gleichenberg bereits 2006 einen privaten Partner mit langjährigen Erfahrungen im Krankenhausmanagement gewonnen. Für die übrigen eigenen Einrichtungen wurde in den Jahren 2007 und 2008 ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Der Zuschlag erfolgte im August 2008. Die Einrichtungen Bad Schallerbach, Bad Gastein, Baden und Bad Hall werden in Zukunft ebenfalls mit dem gleichen Partner – einem Konsortium rund um die Humanomed-Gruppe – geführt.

Erhöhung des Agrarbudgets 2007/2008

Das Doppelbudget für die Jahre 2007 und 2008 wurde von Finanzminister Wilhelm Molterer in Rekordzeit ver-

handelt. Das österreichische Budget für Landwirtschaft und Umwelt wird bis zum Jahr 2008 auf 2,9 Mrd. Euro erhöht. Dies ist eine Steigerung um 8,8% bzw. 8,9% gegenüber dem letzten Budgetvorschlag. Damit ist die nationale Kofinanzierung der EU-Programme sichergestellt und kein Cent wird in Brüssel liegen gelassen.

Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz

Das neue Lebensmittelsicherheitsgesetz bringt seit 1.1.2006 entsprechend den EU-Vorgaben eine Neuorganisation der amtlichen Lebensmittelkontrolle in Österreich. Entsprechend dem Prinzip „vom Feld bis zum Teller", wird die damit beschlossene durchgehende Kontrolle den freien Warenverkehr mit sicheren Lebensmitteln im Binnenmarkt gewährleisten.

Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Fertig- beziehungsweise Eiprodukten und in der Gastronomie nach Herkunft und Haltungsform

Seit 2004 gibt es EU-weit verpflichtende Regeln für die Kennzeichnung von Eiern. Während beim Einzel-Ei die Kennzeichnung durchgängig über Herkunft und Haltungsform informiert, gibt es diese Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen Eier weiterverarbeitet wurden (z.B. Nudeln, Kuchen, Kekse, Backmischungen), nicht. Für die Konsumenten ist daher nicht erkennbar, ob in Nudeln oder Backwarenprodukten Eier aus Bodenhaltung, Freilandhaltung oder von Biohühnern verwendet werden oder ob die Eier aus Käfighaltung stammen. Ein Entschließungsantrag fordert die Bundesregierung auf, einen ersten Schritt für eine freiwillige Kennzeichnung zu setzen.

Kennzeichnung von Lebensmitteln

Das Informationsbedürfnis der Konsumenten hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Lebensmittelskandale und -krisen haben das Bewusstsein und das Interesse der Konsumenten an weitergehenden Informationen über Lebensmittel geweckt. Es reicht nicht mehr aus, dem Konsumenten lediglich Angaben zum Produkt zu geben, sondern er fordert vielmehr auch Informationen zu den Rohstoffen, zu Produktionsverfahren in Land- und Lebensmittelwirtschaft oder Angaben zum Erzeugungs- und Herstellungsort. Aus diesem Grund werden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung in diesem Entschließungsantrag ersucht, einer verbesserten Kennzeichnung von Lebensmitteln nachzukommen.

Ländliche Entwicklung 2007–2013

Die Ausgleichszahlungen für die österreichische Land- und Forstwirtschaft basieren zu zwei Drittel auf Förderungen aus dem Programm zur Förderung des ländlichen Raums der Europäischen Union. Durch erfolgreiche Verhandlungen des damaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel konnte die Finanzierung von insgesamt 3,9 Mrd. Euro für die Jahre 2007 bis 2013 gesichert werden. Die Ausgestaltung des Programms (Umweltprogramm, Bergbauernprogramm, Investitionsoffensive), der so genannte Grüne Pakt, stellt eine behutsame Weiterentwicklung des erfolgreichen Programms der vergangenen Periode dar und setzt zugleich deutliche Signale in Richtung einer modernen wettbewerbsfähigen und flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft.

MOG beschlossen – 130.000 Betriebe abgesichert, Erleichterungen verankert

Trotz Blockadepolitik der SPÖ konnte nach zähen Verhandlungen im Juli 2007 das Marktordnungsgesetz (MOG) beschlossen werden. Das bedeutet endlich Rechtssicherheit für 130.000 bäuerliche Betriebe. Der Bauernbund hat bei zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen der SPÖ-Spitze Gusenbauer, Minister Buchinger & Co unmissverständlich klargemacht, dass sich die Bauern nicht zum politischen Spielball machen lassen. Der Bauernbund konnte sich gegen die SPÖ auf ganzer Linie durchsetzen. Die Milchkompression wird als wichtiger Eckpfeiler der Milchpolitik umgesetzt, die lineare Milchquotenaufteilung und eine Neueinsteigerregelung für zukünftige Betriebsführer werden im Gesetz verankert. 780 Mio. Euro reines EU-Geld werden pro Jahr an unsere Bauern ausbezahlt.

Im Mai 2008 werden trotz massiven Widerstands seitens der SPÖ weitere notwendige Anpassungen im Marktordnungsgesetz beschlossen. Die Einführung einer Bagatellgrenze von 100 Euro bei geringfügigen Verstößen gegen Cross-Compliance-Bestimmungen kommt in Österreich 1.000 Betrieben zugute. Geringfügige Verstöße werden nicht mehr mit voller Härte bestraft. Weiters bringt die Novelle Verwaltungsvereinfachung. Die Nutzung nationaler Spielräume in der Umsetzung der Obst- und Gemüse-Reform stärkt österreichische Produkte am Markt. Ebenfalls neu ist eine Lösung von Härtefällen bei der Betriebsprämie.

Referenzmengen-Zuteilungs-Verordnung 2006

Es werden 69.000 t Milchquote an die österreichischen Milchbäuerinnen und Milchbauern verteilt. Die 69.000 t ergeben sich zum Großteil aus der Aufstockung der europäischen Milchquote. Die Aufteilung erfolgt aliquot mit einer Mindestzuteilung von 50 kg.

Erhaltung des GVO-freien Anbaus in der österreichischen Landwirtschaft

Alle im Parlament vertretenen Parteien konnten sich auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag betreffend GVO einigen, in dem folgende Punkte enthalten sind:

- die Möglichkeit des Angebots kontrolliert gentechnikfreier Ware weiter zu erhöhen, zu bewerben und zu fördern sowie durch eine klare Kennzeichnung die Wahlfreiheit der Konsumenten auf höchstem Niveau zu ermöglichen,
- verstärkte Informationsschwerpunkte über gentechnikfreie Produkte zu unterstützen und zu fördern, um den Konsumenten das Vorhandensein gentechnikfreier Produkte stärker bewusst zu machen,
- weiterhin keine Verunreinigungen mit GVO bei der Saatgutversorgung in Österreich zuzulassen und mit der österreichischen Saatgut-Gentechnik-VO vergleichbare Regelungen auf EU-Ebene aktiv anzustreben,
- durch geeignete Rahmenbedingungen dazu beizutragen, dass ein ausreichendes Angebot von gentechnikfreien Futtermitteln zur Verfügung steht,
- im Hinblick auf mögliche grenzüberschreitende Probleme für gemeinschaftsweit harmonisierte Regelungen über die Koexistenz und Haftungsbestimmungen nach dem Verursacherprinzip einzutreten,
- weiterhin auf EU-Ebene bei ungeklärten Risiken, bei Unsicherheiten hinsichtlich Methoden der Risikoabschätzung und bei mangelhaften oder unschlüssigen Risikoanalysen (seitens der Antragsteller) und/oder Risikobewertungen (seitens der EFSA) gegen die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen einzutreten,

Tiertransportgesetz – praxisgerechte Lösung durchgesetzt

Innerhalb von nur zehn Monaten ist es gelungen, ein europaweit vorbildliches Tiertransportgesetz erfolgreich auf den Weg zu bringen. Bei der österreichischen Umsetzung wurde besonders Rücksicht auf die kleinen Strukturen in entlegenen Gebieten genommen. Für innerösterreichische Schlachttiertransporte gilt nun eine maximale Beförderungsdauer von 8,5 Stunden. Handelt es sich jedoch um Nutz- oder Zuchttiere, so darf die maximale Beförderungsdauer sogar 10 Stunden betragen, falls aus geographischen Gründen eine Erreichung des Ziels nicht rechtzeitig möglich ist.

Bestes Tierschutzgesetz in Europa – Praxistauglichkeit durchgesetzt

Der Schutz der Tiere ist in Österreich ein wertvolles Gut. In bäuerlichen Ställen wird eine Toleranzregelung eingeführt. Geringfügige Abweichungen von gesetzlich geregelten Maßen (Standlängen und Standbreiten) werden künftig nicht mehr sanktioniert, wenn durch diese Abweichungen das Wohlbefinden der Tiere nicht leidet und ein Umbau unverhältnismäßige Kosten verursachen würde. Die wichtigsten Maßnahmen betreffen das Verbot und die genaue Definition von Qualzüchtungen, das Straßenverkaufsverbot von Hunden und Katzen und die Kennzeichnungs- bzw. Registrierungspflicht mittels Mikrochip von Hunden.

Veterinärrechtsänderungsgesetz 2007 – Schutz für Tier und Konsumenten

Die Anwendung von Impfstoffen bei gesetzlich geregelten Tierkrankheiten und der Umgang mit Tierseuchenerregern werden einer klaren Regelung zugeführt. Die Einfuhr immunologischer Tierarzneimittel wird systemkonform dem Arzneiwareneinfuhrgesetz unterstellt.

Kraftwärmekopplung (KWK) – Herauslösung aus dem Ökostrom – Schaffung eines eigenen Gesetzes

Im Ökostromgesetz in seiner derzeit geltenden Fassung sind sowohl die Förderung der Erzeugung elektrischer Energie aus erneuerbaren Energieträgern als auch die Förderung der Erzeugung elektrischer Energie durch fossile Kraft-Wärme-Kopplung geregelt.
Es kommt zur Schaffung eines eigenen Gesetzes, welches die Förderung der Erzeugung elektrischer Energie aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung regelt.

Novelle des Ökostromgesetzes – regionale Wertschöpfung gestärkt

Der Anteil des sonstigen Ökostroms wird von derzeit 7,8% auf 15% bis 2015 erhöht. Die derzeitige CO_2-Reduktion steigert sich dadurch von 2,4 Mio. Tonnen auf 5 Mio. Tonnen. Eine Vereinfachung in der Antragsabwick-

lung im Genehmigungsverfahren konnte durchgesetzt werden. Bereits im kommenden Jahr 2009 werden die Tarife für sämtliche Ökostromtechnologien neu bewertet. Die Tariflaufzeiten werden verlängert. Die jährlichen Zusatzförderungsmittel werden um rund 25% auf 21 Mio. Euro jährlich angehoben. Damit werden bis 2015 zusätzlich rund 500 Mio. Euro in den Ausbau und die Förderung von Ökostrom investiert. Aus Mitteln des Klima- und Energiefonds („10.000-Dächerprogramm") wird ein Investitionszuschuss für Photovoltaikanlagen im Privatbereich bis 5 kW Leistung bereitgestellt.

„Health Check" – Totalreform verhindert

Für Österreich konnten wesentliche Punkte erfolgreich verhandelt und damit Planungssicherheit für die Bäuerinnen und Bauern bis 2013 gewährleistet werden. So ist die Freiwilligkeit bei der Modellwahl festgeschrieben. Es obliegt den Mitgliedstaaten, ob sie ihr Modell bis 2013 beibehalten oder anpassen wollen. Es gibt ein klares Bekenntnis zu weiteren Vereinfachungen der Cross-Compliance-Bestimmungen und zum Abbau administrativer Hürden. Die Mutterkuhprämie ist gesichert. Österreich hat sich immer vehement gegen die Erhöhung und gegen das Auslaufen der Milchquote ausgesprochen.

Der Bauernbund fordert ein mit 50 Mio. Euro dotiertes rot-weiß-rotes Milchbauernprogramm zur Abfederung in diesem sensiblen Politikbereich.

Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen

Der Bauernbund bringt immer wieder durch medienwirksame Aktionen die Anliegen der Bauern in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, z.B. durch

- Presseaussendungen oder -konferenzen
- Große Medienpräsenz hat man mit dem Erntedankfest – im Jahr 2008 wurden mehr als 2,8 Mio. Menschen erreicht.
- Demonstrationen
- Grüner Pfeil – Imagekampagne 08: Über 6.000 Pfeile in ganz Österreich weisen auf die vielfältigen Leistungen der heimischen Land- und Forstwirtschaft hin. Österreichs Bäuerinnen und Bauern liefern nicht nur heimische Lebensmittel, sondern sorgen „ganz nebenbei" noch für sauberes Wasser, eine gepflegte Landschaft, umweltfreundliche Energie und sichern obendrein Arbeitsplätze in der Region. Mediale Begleitung erfolgt durch die Kronen Zeitung und Regionalmedien. Unterstützt wird diese Kampagne von „Urlaub am Bauernhof" und vom Lagerhaus.
- Info-Aktionen (Lebensmittelpreise, Milchpreis ...)
- die Initiative FORUM LAND
- Wahlveranstaltungen
- Relaunch der Homepage *www.bauernbund.at* und Ausbau des Webservice unter anderem mit einem internen Bereich für Funktionäre, einem Webshop und der Info-Page *www.biodieselinfo.at*
- Im Dezember 2008 wird es zu einem Relaunch der Österreichischen Bauernzeitung mit neuem Layout kommen. Das bedeutet mehr Service für die Leser und Leserinnen und man findet ab dann alle Inhalt im Internet unter *www.bauernzeitung.at*. Die ÖBZ erscheint in einer Auflage von 160.000 Stück und einmal monatlich in einer Auflage von 205.000 Stück. ■

Österreichische Frauenbewegung

Die ÖVP-Frauen verstehen sich als Vernetzungsplattform aller Frauen in der ÖVP und haben in ihren Statuten auch die Vertretung „aller in der ÖVP organisierten Frauen in allgemein politischer Hinsicht" (§1.4) festgeschrieben. Aus diesem Grunde etablierte die Bundesleiterin u.a. ein Frauennetz aller ÖVP-National- und Bundesrätinnen, das 2007 und 2008 je viermal tagte.

Die Bundesleitung der ÖVP-Frauen sieht ihre Aufgabe in der Konzeption und Umsetzung frauenpolitischer Anliegen sowie in der Koordination und Betreuung der Landesleitungen. In dieser Funktion wurden folgende laufende Tätigkeiten durchgeführt:

- Vorbereitung und Durchführung von Arbeitskreisen und Enqueten
- Vorbereitung und Durchführung von Vorstandssitzungen
- Medienbetreuung und Presseaussendungen
- Regelmäßige Info-Mails an Landesleiterinnen und Landesgeschäftsführerinnen, Musteraussendungen
- Organisation von Wien-Tagen und Parlamentsführungen

Um die vielen Projekte, die in der letzten Legislaturperiode von der damaligen Frauenministerin Maria Rauch-Kallat ins Leben gerufen worden waren, weiterführen zu können, wurden die Vereine „Mentory Club", „Tech-Women" und „NAHT – Network against Harmful Traditions" gegründet, die zahlreiche themenspezifische Veranstaltungen durchführten.

In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie wurde die „Frauenbildungsoffensive" weitergeführt, die Seminare für politikinteressierte Frauen anbietet. Diese Offensive wurde von den Landesleitungen gerne und zahlreich angenommen.

Darüber hinaus wurden die Bundespartei und die Minister-Kabinette bei frauenpolitischen Themen durch Erarbeitung von Grundlagen unterstützt.

Teilnahme der Bundesleiterin und/oder der Generalsekretärin an:

- Fachausschüssen
- Ministerratsvorbesprechungen
- Klubsitzungen
- Geschäftsführersitzungen
- Kommunikations-Jour-fixe der Bundespartei
- Klubklausur

15. Juni 2007

- Enquete „Pensionssplitting" an der Politischen Akademie
- Vorstandssitzung
- Österreichweite Befragung „Wo drückt Frau der Schuh" (Auswertung durch Fessel-GfK), Charity-Schuhversteigerung der ÖVP-Frauen Wien unter dem gleichen Titel

Ab Juli

- Wechsel im Generalsekretariat der ÖVP-Frauen/Pressekonferenz

9./10. August

- Teilnahme an der ÖVP-Sommertour „Österreich erfahren"

11. Oktober

- Vorstandssitzung mit Bundesministerin Andrea Kdolsky

7. Dezember

- Vorstandssitzung mit Benita Ferrero-Waldner

12. Dezember

- Diskussion „Migrantinnen" im Theater Pygmalion
- Arbeitsrunden zum Thema „Steuererleichterungen für Familien ohne Benachteiligung der Frauen"

8. März 2008

- Pressekonferenz der Bundesleiterin Maria Rauch-Kallat,
- Generalsekretärin Monika Posch und Bundesgeschäftsführerin Michaela Mojzis zum Internationalen Frauentag – Präsentation der Umfrageauswertung „Wo drückt Frau der Schuh"
- Veranstaltungen in allen Bundesländern

3./4. April

- zweitägige Vorstandsklausur, Hefterhof Salzburg mit Othmar Karas zum Schwerpunkt Europa

15. Mai

- Teilnahme am Dialog für Österreich „Rede zur Lage der Nation", Standgestaltung und -betreuung
- Stark.Schwarz.Weiblich.-Quiz

2. Juni

- Arbeitskreis Bildung

4. Juni

- Arbeitskreis Gesundheit

4. Juni
- Arbeitskreise „Junge Frauen" in den Bundesländern

13. Juni
- Vorstandssitzung
- Vorbereitung und Durchführung Wahlkampf
- 10-Punkte-Programm der ÖVP-Frauen „Stark.Schwarz.Weiblich. – und bereit Verantwortung zu übernehmen"

19. August
- Pressekonferenz zum 10-Punkte-Programm

1. September
- Familienfest zusammen mit Bundespartei im Marionettentheater des Schlosses Schönbrunn

3., 9. und 10. September
- Wahlveranstaltungen der Bundesländer im Beisein von Bundesleiterin Maria Rauch-Kallat und Generalsekretärin Monika Posch

13. September
- „Starke Frauen in einem starken Europa", Frühstück mit Benita Ferrero-Waldner

23. September
- Abschluss-Pressekonferenz „Stark. Schwarz.Weiblich. – und bereit Verantwortung zu übernehmen"

27. September
- Treffen mit CDU-Frauen

29. September
- Arbeitssitzung mit CDU-Frauen

17. Oktober
- Vorstandssitzung

20./21. Oktober
- Seminar für ÖVP-Bürgermeisterinnen und -Vizebürgermeisterinnen in Eisenstadt (gemeinsam mit der Politischen Akademie)

Publikationen

Die Zeitung der ÖVP-Frauen, „Die Österreichische Frau", wurde im August 2007 einem Relaunch unterzogen. Sie erscheint viermal jährlich. Auch die Homepage www.frauenoffensive.at wurde neu gestaltet.
- Brustkrebsfolder
- Lesezeichen „10 Gesundheitstipps"
- Stark.Schwarz.Weiblich.-Quiz
- 10-Punkte-Programm zur Frauenpolitik

Internationale Arbeit/Europäische Frauenunion

März 2007: EFU-Vorsitzende Ingrid Tichy-Schreder referiert im Robert Schuman Institute in Budapest zum Thema „Enhancing women's participation in politics".

28. Juni bis 1. Juli 2007: Ratsitzung der EFU unter dem Tagungsmotto „Women facing real life" in Hillerod/Dänemark mit Resolutionen. Wiederwahl von Ingrid Tichy-Schreder zur internationalen Vorsitzenden der EFU.

16. November 2007: EFU-Vorsitzende Ingrid Tichy-Schreder hält bei einer Konferenz der EFU-Frauen Frankreich in Paris ein Referat zum Tagungsthema „Frauen und Gewalt"

8./9. Februar 2008: Wien ist Tagungsort und Gastgeberstadt für die Vorstandssitzung der EFU. Maria Fekter übernimmt von Ingrid Tichy-Schreder den Vorsitz der österreichischen Sektion.

16.–20. Juli 2008 EVP-Sommer-Akademie in Palma di Mallorca

Konzeption und Durchführung durch EVP-Vizepräsidentin BL Maria Rauch-Kallat

9./10. Oktober 2008: EWA-Konferenz in Berlin/Deutschland zum Thema „The role of women in integration of migrants in our societies". Impulsreferat mit anschließender Podiumsdiskussion von Staatssekretärin Christine Marek. Gemeinsame Resolution. Im Anschluss Sitzungen von vier EFU-Kommissionen und ein Workshop unter reger Beteiligung und großem Interesse vieler EVP-Frauen. ■

Die Tätigkeitsberichte der Landesleitungen liegen der Bundesleitung vor.

JUNGE ÖVP

Nationalratswahl 2008

Silvia Fuhrmann Spitzenkandidatin der Jungen ÖVP

Die Bundesleitung der Jungen ÖVP hat Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann einstimmig zur Spitzenkandidatin der Jungen ÖVP für die Nationalratswahl 2008 nominiert. Die Junge ÖVP setzte damit ein deutliches Signal und bekannte sich klar zu einer starken Stimme der Jugend im Parlament.

Der Auftakt

Der Startschuss war der JVP-Wahlkampfauftakt am 29. August 2008 in Linz. Bei guter Stimmung und mit mehr als 200 Jugendlichen aus ganz Österreich startete die Junge ÖVP gemeinsam mit Vizekanzler Wilhelm Molterer sowie zahlreichen weiteren Ehrengästen wie ÖVP-Generalsekretär Hannes Missethon, MEP Othmar Karas, Landesrat Viktor Sigl, OÖVP-Klubobmann Michael Strugl, Labg. Thomas Stelzer und den Nationalräten Peter Sonnberger, August Wöginger und Thomas Einwallner in den Wahlkampf.

Die Kampagne – „no bubbles, no troubles"

Mit unserer Kampagne „no bubbles, no troubles" wollten wir in junger und spritziger Form in Erinnerung rufen, worin der Hauptunterschied zwischen der ÖVP und den anderen Parteien liegt. Die Zeiten werden schwerer, die Herausforderung für die Zukunft größer und die Verantwortung für die Jugend daher erst recht. Da will und wird sich die Junge ÖVP nicht mit verbalen Bubbles zufrieden geben, sondern diese Bubbles mit der einzig möglichen Waffe zum Platzen bringen – nämlich Substanz. Substanz bedeutet Werte haben, zu denen man steht, Ziele haben, die man erreicht, und Versprechen halten, die man gibt! Mit unserer Kampagne und dem Wahlprogramm „Substanz statt Pflanz" waren wir in ganz Österreich unterwegs, um möglichst viele junge Menschen zu motivieren, wählen zu gehen.

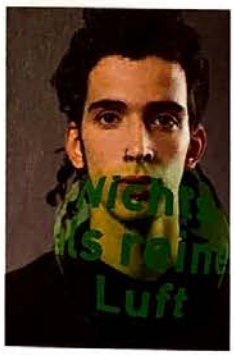
Beste Jugendkampagne

Laut dem führenden Magazin BESTSELLER hatte die Junge ÖVP den besten Jugendwahlkampf 2008. BESTSELLER liefert hochwertige Hintergrundberichterstattung zu aktuellen Themen der Werbe-, Marketing- und Kommunkationsbranche.

ÖVP bei den Jungwählern ex aequo auf Platz 1

Laut „SORA"-Wahlanalyse liegt die ÖVP mit der FPÖ bei den Jungwählern unter 30 gleich auf.

Silvia Fuhrmann (27 Jahre) gehört wieder dem Hohen Haus an. Ebenso ist August Wöginger (34 Jahre) aus Oberösterreich wieder im Nationalrat vertreten. Neu im Team der Jungabgeordneten sind Mag. Bernd Schönegger (31 Jahre) aus der Steiermark und Peter Mayer (32 Jahre) aus Oberösterreich.



Die Kampagne „no bubbles, no troubles"

Projekte und Veranstaltungen

„Selbstbestimmt statt Fremdbestimmt" – Kampagne mit Demokratiekoffer

Die Junge ÖVP startete im April 2007 eine bundesweite Kampagne unter

dem Motto „Selbstbestimmt statt Fremdbestimmt". Die Kampagne sollte das Demokratieinteresse junger Menschen fördern und Jugendliche zum Engagement in der Politik einladen. Die sechs Jungabgeordneten der ÖVP Bernhard Baier, Barbara Eibinger, Jochen Pack, Thomas Einwallner, August Wöginger und Silvia Fuhrmann tourten dabei durch alle Bundesländer und verteilten „Demokratiekoffer" an Jugendliche und standen für Diskussionen über alle politischen Themen zur Verfügung. Das Interesse der Schülerinnen und Schüler war enorm: „Endlich erlebe ich mal Politik hautnah. Von einer jungen Nationalratsabgeordneten klingt das alles viel spannender als von meinem 60-jährigen Geschichteprofessor", meinte die 15-jährige Nadja aus Innsbruck, die unsere Bundesobfrau bei ihrem Tirol-Tag traf. Im Mittelpunkt der Kampagne standen auch die Forderungen der Jungen ÖVP wie Senkung des passiven Wahlalters auf 18 Jahre, Wahltag gleich Stichtag bei allen Wahlen und Politische Bildung in allen Schulen ab der 5. Schulstufe. „Als Junge ÖVP in ganz Österreich vertreten wir Jugendinteressen und haben hier die Erfahrung gemacht: Die Jugend ist nicht verdrossen, sondern im Gegenteil – aufgeschlossen! Präsenz- & Zivildienst, Lehrstellen, Schulen, Unis, ... da haben wir Jungen schon viel bewegt", so JVP-Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann.

Österreich erfahren – die ÖVP Sommertour 2007

Der Demokratiekoffer

Österreich erfahren – Die ÖVP-Sommertour 07/Präsentation der Klimaschutzbroschüre

„Sind wir noch zu retten?", fragten sich die jungen Abgeordneten der ÖVP im Sommer 2007. Denn der Klimaschutz und mit ihm bedrohliche Szenarien sind in aller Munde. Doch statt zu theoretisieren, ergreifen sie die Initiative: 2007 startete die JVP-Sommertour mit dem Titel „Österreich erfahren", die von unserer Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann initiiert wurde. Mit Rad, Bus und Bahn führte die Tour vom Boden- bis zum Neusiedler See. Im Gepäck dabei: nützliche Infos und Tipps zum Klimaschutz.

Mit dem Slogan: „Klimaschutz ist Zukunft!" fordern die Jungabgeordneten Silvia Fuhrmann, Jochen Pack, August Wöginger, Thomas Einwallner, Bernhard Baier und Barbara Eibinger vor allem fünf Maßnahmen:

1) die Energieeffizienz steigern
2) den CO_2-Ausstoß verringern
3) die erneuerbare Energie fördern
4) ein „km-Pickerl" auf Lebensmittel
5) eine europaweite Kerosinsteuer

Ebenfalls machen sie darauf aufmerksam, dass Energiesparen auch Kostensparen heißt! Mit dem Ausschalten von Geräten mit Stand-by-Funktion kann man sich zum Beispiel bis zu 400 € im Jahr ersparen. Die Radler der Sommertour wurden täglich durch Regierungsmitglieder und zahlreiche JVPler und ÖVPler der jeweiligen Bundesländer verstärkt. Jeder, der mitgeradelt ist, weiß, wie lustig, aber auch anstrengend die 10 Tage durch alle Bundesländer waren.

Um ein paar Facts zu nennen: 1.300 km zurückgelegt, davon 550 am Rad, den Rest in Bus, Bahn und Schiff, 50 Gemeinden durchfahren, höchster Punkt: 1.531 m (Gerlos), tiefster Punkt: 119 m (Neusiedl) und 3.900 hm Steigungen erfahren.

Projekt Generationengerechtigkeit

Der Ideenprozess „perspektiven 2010"

Die Perspektivengruppe der ÖVP unter der Leitung von Bundesminister Josef Pröll war die größte politische Diskussionsrunde, die es je gegeben hat. Eine der 16 Impulsgruppen widmete sich dem Thema „Generationen" und wurde von Abg.z.NR Silvia Fuhrmann, ÖVP-Jugendsprecherin, und Abg.z.NR Gertrude Aubauer, ÖVP-Seniorensprecherin, geleitet. Im Mittelpunkt des Prozesses stand das Ausloten von Positionen der jungen und der erfahrenen Generationen. Das Ziel ist „Generationenkonsens" statt „Generationenkonflikt". Über 800 Mitdenker/innen aller Altersklassen und 25 Spitzen-Experten waren daran beteiligt und haben sich mit Ideen eingebracht. Vielfältige Formen der Kommunikation wurden dabei benutzt: Online-Forum, Impulse per Mail und Post an die Leiterinnen, drei Video-Blogs sowie eine Umfrage

unter allen Mitdenker/innen. Darüber hinaus fand ein Gespräch mit hochkarätigen Experten statt, u.a.: Dr. Bernd Marin, Dr. Sophie Karmasin, Univ.-Prof. Dr. Werner Pleschberger, Elisabeth Stadler, Dr. Martin Mayr, Dr. Otto Pjeta. Zum Abschluss wurden alle Mitdenker/innen zur Großveranstaltung am 13. September 2007 ins Studio44 nach Wien eingeladen, wo die zentralen Ergebnisse der Perspektivengruppe präsentiert wurden.

Das Buch „Die Gerechtigkeitslücke. Generationengerechtigkeit am Prüfstand"

Im Sammelband „Die Gerechtigkeitslücke" (Herausgeberin: Abg.z.NR Silvia Fuhrmann) greifen hochkarätige Autor/innen und Expert/innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und individuellen Herausforderungen des Bevölkerungswandels auf. Es wird u.a. aufgezeigt, dass die Verteilungsfragen der Zukunft in vielen gesellschaftlichen Bereichen zwischen Jung und Alt gelöst werden müssen. Wo die künftigen Gerechtigkeitslücken liegen und wie Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt künftig geschaffen werden kann, wird von den Autor/innen des Sammelbands im jeweiligen Fachbereich erörtert.

„Die Gerechtigkeitslücke" zeigt auf,

- welche Herausforderungen der Bevölkerungswandel für Österreich nach sich zieht,
- was Gesellschaft und Politik im Sinn des Nachhaltigkeitsprinzips tun müssen, um sich „fit" für den Bevölkerungswandel zu machen,
- was junge Menschen von heute im Sinn einer neuen Vorsorgekultur tun müssen, um sich auf ein sicheres Leben in einer alternden Gesellschaft vorzubereiten.

Auf der Homepage
www.gerechtigkeitsluecke.at
gibt es weitere Informationen.

„Stark. Frisch. Politisch." – Bundestag 07

In Alpbach (Tirol) fand am Samstag, dem 29. September 2007, der 22. ordentliche Bundestag der Jungen ÖVP statt. Unter dem Motto „Stark. Frisch. Politisch." wurden die inhaltlichen und personellen Weichen für die nächsten drei Jahre gestellt. Die Anwesenheit von 250 Delegierten und weiteren 250 Gästen sind klarer Beweis dafür, dass die Junge ÖVP die stärkste politische Jugendorganisation in Österreich ist. Die Bundesobfrau der Jungen ÖVP, Abg.z.NR Silvia Fuhrmann, konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen: Vizekanzler und Finanzminister Mag. Wilhelm Molterer, Jugendministerin Dr. Andrea Kdolsky, Landeshauptmann Dr. Herwig van Staa, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Elisabeth Zanon, ÖVP-Generalsekretär DI Hannes Missethon und ÖVP-Bundesgeschäftsführerin Michaela Mojzis sowie zahlreiche Abgeordnete – allen voran alle Jungeabgeordnete der ÖVP und Vertreter der ÖVP-Teilorganisationen.

Der Bundestag 07 in Alpbach (Tirol).

Junge Menschen brauchen Ziele

Bundesobfrau Silvia Fuhrmann betonte in ihrer politischen Rede die Notwendigkeit einer starken Jugendorganisation: „Junge Menschen brauchen Ziele und Perspektiven. Es ist unsere Aufgabe, diese Perspektiven aufzuzeigen und für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen." Fuhrmann sieht es als ihre Pflicht, auch weiterhin die Stimme der Jugend zu erheben, wenn es darum geht, sich für die Anliegen der Jungen einzusetzen.

Zukunftsweisender Leitantrag

Am Bundestag der Jungen ÖVP wurde auch ein zukunftsweisender Leitantrag präsentiert, der zahlreiche Themen aufgreift. Im Mittelpunkt stehen die Kapitel Klimaschutz, Bildung und Generationengerechtigkeit. Die Junge ÖVP wird sich aber auch weiter stark machen für die Bereiche Familie, Mobilität, Europa und Wohnen.

Der Ideenprozess „perspektiven 2010"

Die Buchpräsentation „Die Gerechtigkeitslücke"

Neues Team

Abg.z.NR Silvia Fuhrmann wurde erneut zur Bundesobfrau der Jungen ÖVP gewählt: „Ich freue mich auf die kommenden drei Jahre – wir haben viel vor!" Ebenso wurde dem gesamten Bundesvorstand das Vertrauen der Delegierten ausgesprochen: Mag. Thomas Arnoldner (Wien), Thomas Bruny (Niederösterreich), Matthias Zwittag (Oberösterreich), Peter Hüttig (Steiermark), Julian Fässler (Vorarlberg), Christoph Schaffenrath (Tirol), Marie-Sophie Lodron (Kärnten) und Toni Elsenhuber (Salzburg). „Wir sind der Garant für eine starke Jugendpolitik und werden uns weiter für die jungen Menschen einsetzen und deren Anliegen aufgreifen", so Fuhrmann abschließend.

Bernadett Thaler neue Generalsekretärin der JVP

Ein paar Monate später kam es zu einer Personalveränderung in der Jungen ÖVP. Sven Pöllauer wechselt ins Kabinett von Sport-Staatssekretärs Dr. Reinhold Lopatka und widmet sich einer neuen beruflichen Herausforderung. Neue Generalsekretärin ist Bernadett Thaler. Sie war zuvor bereits als parlamentarische Mitarbeiterin von Abg.z.NR Silvia Fuhrmann tätig sowie als Bezirksobfrau und Landesobmann-Stellvertreterin in der JVP Wien engagiert. Davor war die ursprünglich aus Niederösterreich stammende Bernadett Thaler in der Schülervertretung aktiv.

Fair p(l)ay für die Jugend! – www.buntschwarz.at

Unter dem Motto „Fair p(l)ay für die Jugend!" präsentierten die Jungabgeordneten Silvia Fuhrmann, Barbara Eibinger, Jochen Pack, August Wöginger und Thomas Einwallner im September 2007 ihre Internetplattform *www.buntschwarz.at*.

Auf dieser Plattform, forderten die Jungabgeordneten unter anderem:

- Mehr Geld beim Einstieg ins Berufsleben
- Mindestens € 500,– pro Monat im 1. Lehrjahr
- Billiger Eintritt in Kinos, Museen und Schwimmbäder wie bei Senioren
- Auszahlung der Familienbeihilfe direkt an das Kind und nicht die Eltern (ab dem 18. Lebensjahr)
- Letztes Kindergartenjahr gratis
- E-Voting
- Politische Bildung ab der 5. Schulstufe
- Politikwissenschaften als Lehramtsstudium
- 1.000-€-Führerschein

österreichischen Kinos zu sehen.

Wer sind die „Heroes of today"? Nun ganz einfach: Die Helden von heute sind alle Jugendlichen, die sich aktiv für unsere Gesellschaft einbringen, positiv an die Herausforderungen der Zukunft herangehen und somit der allgemeinen „Schlechtmacherei" trotzen. Schlagworte wie „Komatrinken", „Jugendkriminalität" etc. werden in der öffentlichen Debatte leichtfertig unserer Generation zugeordnet und haben zumeist den Charakter der Pauschalverurteilung.

Als Anwalt der Jungen verwehren wir uns dagegen!

Wuchtelcup – Sport, Spaß und Party

Jedes Jahr veranstaltet die JVP ein bundesweites Hallenfußballturnier: den Wuchtelcup. Die Veranstaltung lockt fußballbegeisterte JVPler aus allen Bundesländern an. Dieses Turnier war in der Vergangenheit nicht nur sportlich ein voller Erfolg, sondern wurde auch Ausgangspunkt für neue, frische Ideen, länderübergreifende Aktionen und Kooperationen.

An dieser Stelle wollen wir uns bei den Organisatoren 2008, der JVP-Salzburg, insbesondere dem Bezirksvorstand der JVP Bezirk Pinzgau, recht herzlich bedanken. Ein Dank gilt auch

Das neue JVP-Team

Kinospot „Hereos of today"

JVP-Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann tourte im Juni 2008 durch ganz Österreich, um den neuen Kinospot der Jungen ÖVP „Heroes of today" in allen Bundesländern zu präsentieren. Der Spot war 2 Wochen in den

Der JVP-Wuchtelcup

den mehr als 250 Teilnehmern, die den Event erst zu dem gemacht haben, was er war. „Es freut mich, dass es uns gelingt, jedes Jahr dieses länderübergreifende Projekt auf die Beine zu stellen!", so unsere Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann abschließend.

JVP und Europa

Europa ist die Zukunft! – Nicht nur in Österreich setzt die Junge ÖVP neue Maßstäbe – auch in Europa sind wir tonangebend.

Mit Marie-Sophie Lodron als Vize-Präsidentin der DEMYC (Democrat Youth Community) und Martin Humer als Generalsekretär der YEPP (Junge Europäische Volkspartei) stellt Österreich Schlüsselpositionen in den großen europäischen Jugendorganisationen.

YEPP-Kongress in Stockholm

Im Mai 2007 fand der Kongress der Jungen Europäischen Volkspartei in Stockholm statt. Neben einem interessanten Programm, unter anderem mit Premierminister Reinfeldt und inhaltlich sehr zukunftsweisenden Resolutionen, stand die Neuwahl des Vorstandes im Mittelpunkt. Durch geschickte Verhandlungsführung der österreichischen Delegation, mit Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann an der Spitze, ist es der Jungen ÖVP gelungen, wieder den Generalsekretär zu gewinnen. Martin Humer wurde mit der höchsten Zustimmung aller Kandidaten in seinem Amt bestätigt.

DEMYC-Kongress in Athen.

DEMYC-Kongress in Athen

Die Kärntnerin Marie-Sophie Lodron wurde für die nächste Periode zur neuen Vize-Präsidentin der „Democrat Youth Community of Europe" (DEMYC) im Rahmen des 22. Kongresses, der vom 3. bis 6. April 2008 in Athen stattgefunden hat, gewählt. Als österreichische Delegation mit dabei waren unsere Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann, JVP-Generalsekretärin Bernadett Thaler und der internationale Sekretär der Jungen ÖVP Gernot Blümel.

Internationaler Klub gegründet

Am Dienstag, dem 1. April 2008 kamen rund 50 JVPlerinnen und JVPler aus ganz Österreich dem Ruf unserer Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann und unseres Internationalen Sekretärs Gernot Blümel nach und gründeten gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Hans Winkler den Internationalen Klub der Jungen ÖVP.

In diesem Gremium, welches mehrmals im Jahr zusammentreten soll, werden sich die europainteressierten Jugendlichen gemeinsam mit Experten mit jugendrelevanten, europäischen und auch internationalen Themen auseinandersetzen.
„Die ÖVP ist die Europapartei und die JVP war und ist ein wesentlicher Faktor, dass sie das geworden ist und dies auch bleibt!", so Fuhrmann in ihrer Gründungsrede.

Europatag 08 – Junge Menschen und ihr Europa

Anlässlich des Europatages am 9. Mai 2008 fand eine Veranstaltung zum Thema „Junge Menschen und ihr Europa!" auf der Politischen Akademie in Wien statt.

In einem interaktiven Workshop erarbeiteten junge begeisterte Europäerinnen und Europäer gemeinsam mit JVP-Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann und MEP Mag. Othmar Karas, was sie an Europa fasziniert und was sie sich von Europa wünschen bzw. welche Forderungen und Erwartungen sie haben.

Drei große Wünsche

„Ich habe drei große Wünsche an die Europäische Union, die ich gerne umgesetzt sehen möchte. Wir brauchen das beste Bildungssystem der Welt als Garant für niedrige Arbeitslosigkeit. Wir müssen gemeinsam den „Clash of Cultures" verhindern. Und der wichtigste Punkt ist die Akzeptanz der Union in der Bevölkerung", so unsere Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann.

Pro-Europa-Aktion

Die Junge ÖVP setzte am 10. Juli 2008 mit einer Pro-Europa-Aktion ein deutliches Signal. „Europa ist unsere Zukunft", so die Bundesobfrau der Jungen ÖVP Abg.z.NR Silvia Fuhrmann, die gemeinsam mit zahlreichen jungen Menschen auf die Möglichkeiten in Europa aufmerksam machte. Während die SPÖ den Europakurs verlässt, zeigt die Junge ÖVP die zahlreichen Chancen für junge Menschen auf:

- Die Europäische Union bringt uns viele Möglichkeiten zur Weiterentwicklung
- Auslandssemester für Studierende
- Berufschancen in anderen Mitgliedstaaten
- Vernetzung einer internationalen jungen Kultur
- Vereinheitlichung und Vereinfachung vieler Dinge auch über die Grenzen der Mitgliedstaaten

„Die Jugend profitiert wie keine andere Generation von den vier Freiheiten der Union – weil gerade wir mobiler und offener für neue Herausforderungen im Ausland sind", so Fuhrmann weiter. Denn gerade für uns Jungen sei es wichtig, JA zu Europa zu sagen.

Homepages

www.junge.oevp.at
Mit bis zu 560 Page-Views pro Tag ist die Homepage der Jungen ÖVP das meistbesuchte Jugendpolitik-Portal Österreichs! Im Sommer kamen neue Features auf unserer Homepage dazu. Unter JVP-VIDEOS findet man jetzt auch die neuesten Videomitschnitte von diversen Veranstaltungen und unseren JVP-Kinospot. Extra für den Wahlkampf wurde auch eine Information über alle Jugendkandidaten der ÖVP in die Seite integriert.

www.silviafuhrmann.at
Die Homepage unserer Bundesobfrau Abg.z.NR Silvia Fuhrmann wurde ebenfalls mit neuen Features ausgestattet. Unter anderem kann man jetzt beim Besuch der Seite dem Webradio von Silvia Fuhrmann lauschen und auf ihrem Weblog die neuesten News ihres Alltags auch nachlesen.

Homepages im NR-Wahlkampf 08

www.roterstillstand.at
Auf dieser Seite deckte die Junge ÖVP auf, was hinter Faymann und der SPÖ wirklich steckt. Den Zick-Zack-Kurs der Partei, ihr Belastungspaket und einige andere Unwahrheiten.

www.buntschwarz.at
Mit einem spielerischen Wahl-Check für Jungwähler ging die Junge ÖVP mit einer neuen Homepage online. Die User konnten ihr eigenes Wahlprogramm erstellen und sich zum „Online-Kanzler" der Nation wählen lassen. Als Junge ÖVP brachten wir damit neben Argumenten vor allem auch Spaß in den Wahlkampf. ■

ÖSTERREICHISCHER SENIORENBUND

Dr. Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes

Schon im letzten Bericht des Österreichischen Seniorenbundes konnten wir über Meilensteine in der Seniorenpolitik, wie zum Beispiel der gesetzlichen Verankerung als fünfter Sozialpartner, berichten. Umso beeindruckender ist die nun vorzulegende Bilanz über nur eineinhalb Jahre, die deutlich zeigt, dass sich auch in der Seniorenpolitik das Tempo massiv beschleunigt hat. Dabei legt der Seniorenbund besonderen Wert darauf, dass das Mehr an Geschwindigkeit der Qualität unserer Arbeit keinen Abbruch leistet.

Besonders aufgefallen ist uns in unserer täglichen Arbeit das Mehr an Seniorengenerationen – wir sprechen heute nicht mehr nur von „den" Senioren, mittlerweile betreffen unsere Überlegungen und die daraus entstehenden Ergebnisse bis zu drei Generationen in Österreich. Auch das Mehr an Kommunikation ist uns aufgefallen – unsere Korrespondenz hat sich vervielfacht, weil immer mehr Seniorinnen und Senioren Internet und E-Mail für sich nutzen. Auf unsere Homepage wurde 2007 drei Mal so oft zugegriffen wie 2006 (und das, obwohl 2007 kein Wahljahr war), im Jahr 2008 hat sich die Zahl der Zugriffe gegenüber dem Vorjahr noch einmal rasant gesteigert, wobei sich dies besonders in der Zeit des Wahlkampfes, in der wir eine eigene Wahl-Homepage angeboten haben, zeigte. Für ein Mehr an Mitbestimmung auf allen Ebenen, das unsere Stärke widerspiegelt, kämpfen wir weiter.

Der Leistungsbericht des Österreichischen Seniorenbundes präsentiert sich einmal mehr als Erfolgsbilanz der konsequenten seniorenpolitischen Arbeit:

Mit **mehr als 300.000 Mitgliedern** ist der Seniorenbund die größte Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei.

Gemeinsam mit Bundesregierung und Bundesministerien unter ÖVP-Führung konnten **seniorenpolitische Meilensteine verwirklicht** werden, mit denen Österreich heute bei der Zukunftssicherung der Pensionen und der Gesundheitsversorgung im europäischen Spitzenfeld liegt.

Konsequent und konstruktiv hat sich der Seniorenbund bei der **Neugestaltung des Betreuungs- und Pflegewesens** eingebracht. Alle Forderungen des Seniorenbundes auf diesem Gebiet wurden in den letzten Monaten von der österreichischen Bundesregierung umgesetzt, auch wenn dafür sogar die **erste Demonstration in der Geschichte des Seniorenbundes** vonnöten war. Die Tatsache, dass die gesamte ÖVP heute als unbestritten ansieht, dass **Pflege und Betreuung zum Teil eines als umfassend verstandenen Systems der sozialen Sicherheit** werden müssen, sehen wir als großen Erfolg der konstruktiven Arbeit des Seniorenbundes.

Der Seniorenbund stellt im **Österreichischen Seniorenrat die entscheidende Kraft** dar, die zur konsequenten Stärkung des gesetzlichen Sozialpartner-Status eingesetzt wird – im Interesse der mehr als 2 Millionen Seniorinnen und Senioren.

Stetig steigende **Mitbestimmung und aktive Mitverantwortung auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene** prägen die Arbeit der gesamten Organisation in vielen Institutionen, Gremien und Beiräten.

Das Leistungsprofil des Seniorenbundes wächst dynamisch und kontinuierlich mit neuen Aufgabenbereichen wie lebensbegleitendes Lernen, Konsumentenschutz, Professionalisierung der Freiwilligenarbeit, E-Government, Internet, E-Inclusion etc.

Der Österreichische Seniorenbund

Der Österreichische Seniorenbund (ÖSB) ist zugleich gemeinnützige Interessenvertretung und professionelle Service-Organisation für alle Lebensbereiche im Alltag der älteren Menschen. Als Plattform für die ehrenamtliche und freiwillige Mitarbeit ist der ÖSB ein bedeutender Teil der Bürgergesellschaft. Mit über 300.000 Mitgliedern in 9 Landesgruppen und mehr als 2.000 Orts- und Bezirksgruppen in ganz Österreich vertritt der ÖSB erfolgreich die Interessen der älteren Generation. Dabei verfolgt der ÖSB das Ziel, dass Seniorinnen und Senioren in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, aktiv mitbestimmen, mitgestalten und mitverantworten können. Das bedeutet, dass nicht über die Köpfe der älteren Menschen hinweg Entscheidungen getroffen werden, sondern dass die Bevölkerungsgruppe der Senioren aktiv in die Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

Die Betreuung der Mitglieder, das vielfältige Jahresprogramm, die Herausgabe der Landes-Seniorenzeitung, die Arbeit mit den Bezirks- und Ortsgruppen sowie deren Koordination obliegt direkt der Verantwortung der Landesgruppen des ÖSB. Der ÖSB bietet umfassende Beratung, Information und Betreuung in allen die Pensions-, Sozial- und Krankenversicherung betreffenden Anliegen, ebenso selbstverständlich, wie betreuungs- und pflegebedürftigen oder einsamen Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung und Hilfestellung in verschiedenen Formen angeboten wird. Zum großen Servicebereich zählen Reisen und Ausflugsfahrten, Vorträge über verschiedene Bereiche, Gestaltung von Festen und Feiern, qualifizierte Angebote für körperliche und geistige Beschäftigung, Seniorenakademien, Bildungswochen, lebensbegleitendes Lernen, Computerkurse, Internetschulungen, professionell organisierte Seniorensport-Aktivitäten von Wandern über Tennis und Schifahren bis zum Radfahren, Golf und Schach, Förderung der eigenen Kreativität mit Singen, Tanzen, Theaterspielen, Besuch von Ausstellungen oder anderen Kultur-Veranstaltungen und vieles mehr.

Die ÖSB-Bundesorganisation

Unter der Führung von Bundesobmann Andreas Khol gibt der Seniorenbund heute die Prioritäten der Seniorenpolitik vor, zeigt gesellschaftspolitisch Flagge, übernimmt Initiative und besitzt die Themenführerschaft in allen Kernfragen. So hält der ÖSB die Nr.-1-Position in Kompetenz und Leistungsstärke unter den Seniorenorganisationen in Österreich.

In der Verantwortung der ÖSB-Bundesorganisation liegt die seniorenpolitische Arbeit auf Bundesebene, die direkte Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in Regierung, Ministerien, Bundes-Institutionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen sowie die Koordination aller bundespolitischen Aktivitäten und österreichweiten Projekte mit den ÖSB-Landesgruppen.

Das Team der Bundesorganisation wird von Generalsekretär Heinz K. Becker, Waltraud Dallinger (Termine, Korrespondenz etc.), Susanne Kofler (Öffentlichkeitsarbeit, seit 2008, davor Mag. Martin Amor), der ehemaligen Generalsekretärin der Frauenbewegung, Gertraud Pöltl sowie Mag. Michael Schleifer (Politik, Recht) gebildet.

Generalsekretär Heinz K. Becker leitet das Team der ÖSB-Bundesorganisation

Jährlich wachsendes ÖSB-Leistungsspektrum

Mit der von den Österreichischen Lotterien unterstützten „Seniorenhilfe" greift der Seniorenbund rasch und unbürokratisch in Not geratenen Senioren mit Geldzuwendungen und direkter Hilfe unter die Arme.

Die Bundes-Seniorenwallfahrten und die Bundes-Seniorenwochen mit Freizeit- und Erholungsprogrammen werden jährlich von tausenden Seniorinnen und Senioren aus ganz Österreich begeistert genützt. Auf hohem Niveau wird seit Jahren die Bundes-Bildungswoche abgehalten, organisiert vom Salzburger Seniorenbund. Seit 1999 finden Bundesmeisterschaften im Schifahren, Tennis, Eisstockschießen und Kegeln statt, dazu auf Länderebene Tischtennis, Radwandern, Golf und Schach.

Seniorenpolitik für unser Europa

Die Vizepräsidentin der Europ. Seniorenunion und Europabeauftragte des ÖSB: Dr. Marilies Flemming.

Seit Gründung der Europäischen Seniorenunion (ESU) ist der Österreichische Seniorenbund auch auf europäischer Ebene höchst aktiv: Der erste Präsident der ESU war Bundesobmann LH-Stv. a.D. Stefan Knafl und erster Generalsekretär der ESU war Wilhelm Mohaupt, der danach Vizepräsident und bis zu seinem Ableben 2008 Ehrenpräsident der ESU war. Seit November 2007 ist die ehemalige Bundesministerin und Europa-Abgeordnete Dr. Marilies Flemming höchst aktive Vizepräsidentin der Europäischen Seniorenunion. In dieser Funktion konnte Frau Dr. Flemming auch die 2. Regionalkonferenz Südosteuropa unter dem Titel „Die demographische Entwicklung in Europa und die Antworten von Politik und Wirtschaft" von 29. bis 30. Mai nach Wien holen, die in der europäischen Seniorenpolitik große Beachtung fand. Durch Dr. Marilies Flemming als Vizepräsidentin, Dr. Edeltraud Paul als Schatzmeisterin und die Mitgliedschaft von Bundesobmann Dr. Andreas Khol und Generalsekretär Heinz K. Becker im Exekutiv-Komitee der ESU kann sich der Österreichische Seniorenbund auch auf Europa-Ebene aktiv und nachhaltig in die Seniorenpolitik einbringen.

Der Seniorenbund-Leistungsbericht 2007/2008

2008

Veranstaltungen – Ereignisse

Projekt „Ortsgruppen des ÖSB besuchen das Parlament"

Dr. Edeltraud Paul gestaltete auch 2008 für fast 6.000 Seniorinnen und Senioren die Parlaments-Besuche.

Aufgrund des großen Erfolges im Jahr 2007 werden die Besuche im Parlament fortgeführt. Nähere Beschreibung des Projektes siehe „2007: Veranstaltungen/Ereignisse"

Pflegewissenschaftliche Enquete des Österreichischen Seniorenbundes gemeinsam mit allen pflegewissenschaftlichen Hochschul-Instituten Österreichs in Linz

Weil Pflege auch die Pflegerinnen und Pfleger ganz dringend braucht, fordert der Österreichische Seniorenbund die Einführung einer Pflegeausbildung von der Lehre bis zur Universität. Dazu erarbeitet der ÖSB gemeinsam mit allen Hochschulinstituten für Pflegewissenschaften in einer österreichweit einzigartigen Veranstaltung Konzepte und Perspektiven.

Gemeinsame Vorstandssitzung der CSU-Senioren-Union (Bayern), der SVP-Seniorenbewegung (Südtirol) und des Österreichischen Seniorenbundes in Salzburg

Ein Europa der Regionen kann nur gelebt werden, wenn man auch überregionale Partner sucht und sich regelmäßig mit ihnen austauscht. In der nunmehr zweiten Sitzung waren erstmals Vertreter/innen aus Südtirol mit dabei. In den Gesprächen konnte ein wichtiger Erfahrungsaustausch stattfinden. Die Einladung für ein Folgetreffen im Jahr 2009 in Südtirol ist bereits ausgesprochen worden.

Österreichischer Seniorenkongress 2008: „Auf Zukunftskurs – die Offensive 60 plus"

Bereits zum dritten Mal lud der Österreichische Seniorenbund Interessierte (diesmal kamen mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus fast allen Bundesländern), um die Ergebnisse der 2005 von Dr. Andreas Khol ins Leben gerufenen Denkwerkstatt zu präsentieren und zu diskutieren.
Das Konzept des Jahres 2007, die verschiedenen Themen in Arbeitskreisen zu diskutieren und dann in das Programm des ÖSB zu übernehmen, hatte sich so sehr bewährt, dass es auch im Jahr 2008 umgesetzt wurde.
In den fünf Arbeitskreisen wurden Themen von Pflege und Betreuung, über ältere Menschen am Arbeitsmarkt, Sinnerfülltes Leben, Europa, aber auch die rot-weiß-rote Qualitätsoffensive für den ORF diskutiert. Die Ergebnisse dieser Arbeitskreise sind dem ÖSB Auftrag und Richtschnur zugleich.

Frauenpower am Seniorenkongress 2008: Leiterin des Arbeitskreises „Europa": Dr. Marilies Flemming, Ehrengast: BM a.D. Maria Rauch-Kallat, Leiterin des Arbeitskreises „Ältere Menschen im Erwerbsleben ...": LO LAbg. Ingrid Korosec

Aus fast allen Bundesländern waren mehr als 300 Teilnehmer/innen gekommen. Der Vorarlberger Landesobmann Dr. Gottfried Feurstein leitete den Arbeitskreis „Pflege"

Nach den intensiven Beratungen in fünf Arbeitskreisen wurde im Plenum angeregt diskutiert. 2. v.l.: Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Seidl, Pionierin in den Pflegewissenschaften und Mitglied unserer Denkwerkstatt, 3. v.l: Dr. Irmgard Bayer, Leiterin der Arbeitsgruppe „ORF – quo vadis?".

Die Leiterin des Arbeitskreises „Sinnerfülltes Leben ...", Abg.z.NR.a.D. Ingrid Turkovic-Wendl, begeisterte mit ihrer positiven Lebenseinstellung und brachte BM a.D. Rauch-Kallat zum Vorturnen ...

Die Ergebnisse des Kongresses wurden sowohl an Medienvertreter als auch an Meinungsbildner und interessierte Einzelpersonen verteilt und erlangten so eine große Reichweite.

Die Denkwerkstatt des Österreichischen Seniorenbundes arbeitet seit 2005, koordiniert durch Dr. Martin Mayr, laufend an zukunftsweisenden ebenso wie topaktuellen Themen der Seniorenpolitik. Mitglieder der Denkwerkstatt sind:

Abg.z.NR Mag. Gertrude **Aubauer**
Dr. Helmut **Baumgartner**
Dr. Irmgard **Bayer**
GS Heinz K. **Becker**
KR Dkfm. Herbert **Binder**
Prof. Dr. Rudolf **Bretschneider**
Univ.-Prof. Dr. Gerhart **Bruckmann**
Univ.-Prof. Dr. Günther **Burkert-Dottolo**
Dr. Hubert **Feichtlbauer**
Dr. Gottfried **Feurstein**
Dr. Marilies **Flemming**
Generalkonsul KR Rudolf **Frey**
Dkfm. Milan **Frühbauer**
Dr. Manfred **Gründler**
Vorst.-Dir. Dr. Werner **Haidenthaler**
GR a.o.Univ.-Prof. Dr. Heinz **Hammer**
Dr. Klaus **Hecke**
BR a.D. Dr. Lindi **Kalnoky**
LAbg.a.D. Mag. Franz **Karl**
Univ.-Prof. Dr. Andreas **Khol**
Univ.-Prof. Dr. Franz **Kolland**
LO LAbg. Ingrid **Korosec**
Dkfm. Theodor **Krendelsberger**
HR Dr. Ewald **Kutzenberger**
Univ.-Prof. Dr. Gerhard **Lehner**
GF Mag. Walter **Marschitz**
V-Prof. Mag. Dr. Hanna **Mayer**
Dr. Martin **Mayr**
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang **Mazal**
Prof. Dr. Alfred **Payrleitner**
Dr. med. Otto **Pjeta**
Univ.Doz. Prim. Dr. Hans-Peter **Rhomberg**
LO a.D. GD-Stv.a.D. Leopold **Scherer**
Univ.-Prof. Dr. Bernd **Schilcher**
Mag. Michael **Schleifer**
Dr. Krista **Schüssel**
Univ.-Prof. Dr. Elisabeth **Seidl**
HR Dr. Gerhard **Silberbauer**
Abg.z.NR a.D. Ingrid **Turkovic-Wendl**
Prof. Mag. Peter **Zellmann**
Univ.-Prof. Dr. Paul M. **Zulehner**

Seniorenpolitik

Der ÖSB definiert die aktuellen seniorenpolitischen Ziele und Forderungen:

- **Pensionen:**
  Mit der **Abschaffung der Wartefrist für Pensionserhöhungen,** der **Erhöhung der Pensionen nach dem PIPH** und der gleichzeitigen Erhöhung des so genannten **„Deckels"** wurden im Jahr 2008 gleich drei vom Seniorenbund schon lange verfolgte Ziele fast zur Gänze erreicht. Dabei ist es dem ÖSB ein besonderes Anliegen, zu betonen, dass es sich hier nicht um einen Teil jener unüberlegten, unfinanzierbaren „Wahlzuckerln" handelt, die am „Kasino-Mittwoch" kurz vor der Wahl verteilt wurden. Vielmehr waren diese Forderungen aufgrund der Entwicklungen im Pensionssystem durchaus berechtigt. Während der **Staatszuschuss** in den letzten Jahren kontinuierlich **sank (auf 1,7% des BIP),** blieben dem Sozialministerium unverbrauchte Pensions-Mittel in der Höhe von 384 Mio. Euro aus dem Jahr 2007 über (und es werden auch aus dem Jahr 2008 Überschüsse entstehen) und es blieb auch das **Verhältnis zwischen Pensionsversicherten und Pensi-**

onsbeziehern über die letzten Jahre **konstant.**

Seniorinnen und Senioren legen besonderen Wert darauf, festzuhalten, dass die Pensionserhöhungen dieses Jahres keine unverschämten Forderungen, kein Teil der Lizitationspolitik und schon gar *nicht zum Schaden der Jugend* waren.

Für die **Zukunft** wird eine Anpassung der Pensionen nach dem Preisindex für Pensionistenhaushalte **(PIPH) im Dauerrecht,** eine Anhebung des so genannten **Deckels** zumindest auf die Höhe der **ASVG-Höchstpension** (beitragsgedeckte Pensionen!) sowie die **Abschaffung der Pensionssicherungsbeiträge** für alle Berufsgruppen ebenso bis zumindest dieser Grenze angestrebt.

- **Pflege und Betreuung:**
  Nach den Verbesserungen im Bereich der **24-Stunden-Betreuung** (Abschaffung der Vermögensgrenzen, Verdoppelung der Förderungen) und der seit Jahren überfälligen Anpassung des **Bundespflegegeldes** verfolgt der ÖSB im Bereich der Pflege zwei wesentliche Ziele.
  Pflege muss als Grundrecht anerkannt, aus der Sozialhilfe herausgelöst und somit Teil der als umfassend verstandenen sozialen Sicherheit werden (Teil des Gesundheitssystems). Die Hilfe für Pflegebedürftige muss **aus einer Hand,** basierend auf den Grundsätzen von **Solidarität und Subsidiarität** erfolgen. Bis zur Erreichung dieses Zieles muss das Pflegegeld jährlich zumindest mit der Teuerungsrate angepasst werden.
- **Ältere Arbeitnehmer** müssen künftig im Zugang zum Arbeitsmarkt massiv unterstützt werden, alle diesbezüglichen Hindernisse, wie z.B. Ruhensbestimmungen, sind zu beseitigen. Jegliche Möglichkeiten für **lebensbegleitendes Lernen** sind zu unterstützen, ein **Verbot von Altersdiskriminierung** ist verfassungsrechtlich zu garantieren und Freiwilligenarbeit wie auch Ehrenamt sind zu unterstützen.
- Große seniorenpolitische **Erfolge 2008** für den Seniorenbund waren außerdem die schon lange geforderte **Abschaffung von Erbschafts- und Schenkungssteuer** sowie die so genannte **Deckelung der Rezeptgebühren.**

Bundesorganisation

Der ERSTE Wahlkonvoi in der Geschichte des Österreichischen Seniorenbundes.

Wahl 08

Im Wahlkampf 2008 verfügte der Österreichische Seniorenbund erstmals über einen eigenen Senioren-Wahl-Konvoi und führte erstmals einen eigenen Senioren-Wahlkampf. Am Ende stand die Tatsache, dass 41% der ÖVP-Wähler/innen über 60 Jahre alt waren, was den Wahlslogan des ÖSB „Senioren wählen Sicherheit statt Unsicherheit", der sich wesentlich von den anderen unterschied, bestätigte und den Einsatz des ÖSB-Teams belohnte.

www.seniorenbund.at

Die im Vorjahr neu gestaltete Homepage des ÖSB wurde für den Zeitraum des Wahlkampfes von Juli bis September 2008 gänzlich umgestellt. Neben den Forderungen und Themen des Seniorenbundes gab es eine Übersicht über die Termine des Senioren-Wahl-Konvois und den Bereich „Gute Gründe, die ÖVP zu wählen". Weiters gab es laufend wechselnde Verknüpfungen zu den verschiedenen Senioren-relevanten Themen auf der Homepage der ÖVP. Die Anzahl der Besucher vervielfachte sich während dieser Zeit.

SIS – Seniorenbund Information Service

Das altbewährte Informationsmedium der ÖSB-Bundesorganisation „SIS" erlebte im Jahr 2008 einen weiteren Aufschwung. Mit der Aufforderung, sich zum SIS-Abo anzumelden, und der gleichzeitigen systematischen Ausweitung des Verteilerkreises konnte die Anzahl der Bezieher nahezu verdoppelt werden. Ebenso wurden die Inhalte insofern verändert, dass verstärkt zu Aktivitäten wie Schreiben von Leserbriefen, Sammeln von Unterschriften oder dem eigenständigen Einholen von Informationen (Info-Hotlines etc.) aufgerufen wurde. Während der Wahlzeit war der „SIS" auch auf der Wahl-Homepage verfügbar und war dort einer der meistgefragten Artikel.

Aufgrund der Anregungen des 3. Österreichischen Seniorenkongresses wird eine neue EU-Informationskampagne auf der Ebene „Frage–Antwort" in einfach verständlichen Worten gestartet.

Bundesorganisation – Personelles

- Der Tiroler Landesobmann Helmut Kritzinger ist Präsident des

Bundesrates in der ersten Jahreshälfte 2008

- Susanne Kofler übernimmt am 14. April zusätzlich zur bisherigen Betreuung von Homepage, neuen Medien und Administration der Denkwerkstatt die Aufgabe der Pressereferentin.
- Nach jahrzehntelanger Zusammenarbeit versterben Ing. Wilhelm Mohaupt und sein Vertrauter Baurat h.c. Dipl.-Ing. Prof. Walter PAUL (Schatzmeister der ESU und Bildungsreferent des ÖSB) am selben Tag, nämlich dem 27. Juni 2008. Beide nach langer, mit viel Geduld und Zuversicht ertragener, schwerer Krankheit

Ing. Wilhelm Mohaupt hat Pionierarbeit in der österreichischen und europäischen Seniorenarbeit geleistet. Er war zwanzig Jahre lang Generalsekretär, danach Bundesfinanzreferent und schließlich Bundesobmann-Stellvertreter des ÖSB sowie Generalsekretär, Vize- bzw. Ehrenpräsident in der ESU, die er im Jahre 1995 mitbegründet hat. Ebenfalls hat Ing. Mohaupt maßgeblichen Anteil an der Gründung des Österreichischen Seniorenrates, der Dachorganisation aller großen österreichischen Seniorenorganisationen, gehabt, deren Vizepräsident er seit 1997 gewesen ist.

2007

Veranstaltungen – Ereignisse

Projekt „Ortsgruppen des ÖSB besuchen das Parlament"

Die Ortsgruppen des ÖSB haben die Möglichkeit, sich zu einem Besuch in Wien anzumelden, Frau Dr. Edeltraud Paul koordiniert die Veranstaltungen. Anreise mit Bussen, Führung im Parlament (wenn möglich mit dem Abgeordneten der jeweiligen Region), Stadtführung und Mittagessen werden kostenlos zur Verfügung gestellt und stoßen auf reges Interesse.

Unterschriftenaktion und anschließende demonstrative Übergabe der Unterschriften an den Ministerrat zur Einführung der Briefwahl

Starke Aktion: In nur 10 Tagen 12.000 Unterschriften gesammelt und dem Ministerrat übergeben. Bei der Nationalratswahl 08 konnte die ÖVP durch die Briefwähler ein weiteres Mandat erringen!

Jahrelang hatte der ÖSB auf die Bedeutung der Briefwahl für Seniorinnen und Senioren hingewiesen, um 2007 mithilfe einer Unterschriftenaktion, bei der in nur 10 Tagen 12.000 Unterschriften gesammelt werden konnten, diese wichtige Maßnahme für den Zugang der älteren Generationen in Österreich zur ihrem Wahlrecht durchzusetzen.

Österreichischer Seniorenkongress 2007: „Die Freiheit hat kein Alter"

Nach dem großen Erfolg der Präsentation der „Denkwerkstatt" des Österreichischen Seniorenbundes im Jahr 2006 und zur Präsentation und Diskussion des in der Zwischenzeit publizierten Buches „Die Freiheit hat kein Alter – Senioren. Zukunft. Leben." (Wien, Molden, Hsg: Khol, Mayr, Bruckmann) wird erstmals ein großer Seniorenkongress (und zwar in Laxenburg) abgehalten, auf welchem in verschiedenen Arbeitsgruppen die grundlegenden Inhalte diskutiert und später in das aktuelle Arbeits-Programm des ÖSB eingearbeitet werden. Aufgrund des durchschlagenden Erfolges und der durchwegs positiven Resonanz entscheidet der ÖSB, diese Form des Kongresses künftig als jährlichen Fixpunkt durchzuführen.

Gemeinsame Vorstandssitzung CSU-Senioren-Union (Bayern) und Österreichischer Seniorenbund

Der Idee der überregionalen Zusammenarbeit folgend, treffen die Vorstände der bayrischen CSU-Senioren-Union und des ÖSB erstmals zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch zusammen. Diese Begegnung wird von beiden Seiten als so positiv empfunden, dass beschlossen wird, dies auch im Folgejahr zu wiederholen und die Südtiroler Seniorenvertreter (SVP-Seniorenbewegung) hinzuzuziehen.

Erste Demonstration in der Geschichte des Österreichischen Seniorenbundes am 27. November 2007 zur Durchsetzung der „Verlängerung der Pflegeamnestie"

„Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Mittel", mit diesen Worten rechtfertigte Bundesobmann Dr. Khol die erste Demonstration in der Geschichte des Seniorenbundes, der sonst üblicherweise auf Konsens setzte. Bei strahlendem Wetter und beißender Kälte versammelten sich hunderte überzeugte Seniorinnen und Senioren vor dem Parlament in Wien, um ihre Anliegen im Bereich der Pflege durchzusetzen – mit Erfolg! Die Demonstration war sehr kurzfris-

tig einberufen worden und so war die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer umso beeindruckender.

Unterschriftenaktion gemeinsam mit allen im Österreichischen Seniorenrat (ÖSR) organisierten Seniorenvertretungen für die Erhöhung der Pensionen nach dem Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH):

Gefordert – erreicht! Die Anpassung der Pensionen nach dem PIPH.

350.000 gesammelte Unterschriften überzeugten die Österreichische Bundesregierung von der Notwendigkeit der Pensionsanpassung über der errechneten Inflationsrate.

Seniorenpolitik

- **Pensionen:**
  Im Jahr 2007 gelang ein weiterer wichtiger Schritt zur aktiven Armutsbekämpfung bei so genannten Mindestpensionisten. Während die Regierung allgemein eine Pensionserhöhung von 1,7 Prozent angeboten hatte, gelang es durch eine groß angelegte Unterschriftenaktion des ÖSR, den Großteil der Pensionen, vor allem die Pensionen der Ausgleichszulagenbezieher, um wesentlich mehr – nämlich bis zu 2,9 Prozent – anzugeben.
- **Pflege:**
  Im Bereich der 24-Stunden-Betreuung ging – ausgehend von Seniorenbund und ÖVP – ein Ruck durch Österreich. Eine besonders positive Rolle in der Ermöglichung der neuen Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches neues System der Betreuung zu Hause kam dabei Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Martin Bartenstein zu. Einer der großen Meilensteine der seniorenpolitischen Erfolge in dieser Zeit ist die Neufassung des Hausbetreuungsgesetzes, das eine gesetzeskonforme Neuregelung der Pflege zu Hause erst ermöglichte.

Bundesorganisation – Personelles

- Der Vorarlberger SB-Landesobmann Landtags-Viezepräsident a.D. Wilhelm Aberer verstirbt am 8. September 2007.
- Dr. Marilies Flemming wird im November 2007 Vizepräsidentin der Europäischen Seniorenunion
- Ing. Wilhelm Mohaupt wird im November 2007 Ehrenpräsident der Europäischen Seniorenunion.

Der ÖSB-Bundesvorstand

Bundesobmann
NR-Präs. i.R. Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol

Bundesobmann-Stellvertreter
LH.a.D. Dr. Josef Ratzenböck
NR-Abg. a.D. Ingrid Turkovic-Wendl
GPO Bgm. Karl Petritz
Dr. Klaus Hecke

Bundesorganisation
Generalsekretär Heinz K. Becker
Bundesfinanzreferent LAbg a.D. Mag. Franz KARL
Bundessportreferent Walter Störk

Seniorensprecherin der ÖVP im Parlament
Abg. z. NR Gertrude Aubauer

Landesobleute & Landesgeschäftsführer/innen

Bgld: LAbg.a.D. Bgm.a.D. Reg.Rat Kurt Korbatits
Monika Kummer

Ktn: BO-Stv. GPO Bgm. Karl Petritz
Dir. Franz Josef Martinz

NÖ: HR LT-Präs.a.D. Mag. Edmund Freibauer
Reg.Rat Herbert Michelitsch

OÖ: BO-Stv. LH.a.D. Dr. Josef Ratzenböck
BR Bgm a.D. Franz Wolfinger

Sbg: OSR Dir. BR Josef Saller
Mag. Dr. Markus Prucher

Stmk: LT-Präs.a.D. Franz Wegart
LAbg. Gregor Hammerl

Tirol: BR-Präs.a.D. GR a.D. Helmut Kritzinger
LAbg. Bgm. Mag. Jakob Wolf

Vbg: Abg.z.NR.a.D. Dr. Gottfried Feurstein
Franz Himmer

Wien: VA a.D. LAbg. Ingrid Korosec
Thomas Hos

Kooptiert:
MEP&BM.a.D. Dr. Marilies Flemming, Europa-Beauftragte
Maria Häubler, Tourismus-Beauftragte
BR.a.D. Siegfried Sattlberger, Beiräte-Koordinator
GD-Stv.a.D. Leopold Scherer, Experte Sozialversicherung
Hans Paul Strobl, ORF Publikumsrat
Abg.z.NR a.D. Präs. Georg Schwarzenberger, Vertreter der Bauernbund-Senioren

Österreichischer Wirtschaftsbund

Der Österreichische Wirtschaftsbund hat im Berichtszeitraum seine Anstrengungen für eine moderne und aktive Standortpolitik und eine Wirtschaftspolitik im Interesse aller unternehmerisch Tätigen konsequent weitergeführt. Nicht zuletzt auf Grund der Umsetzung wesentlicher Forderungen des Wirtschaftsbundes wurde Österreichs Stellung als einer der erfolgreichsten und attraktivsten Wirtschaftsräume Europas gefestigt und ausgebaut.

Erfolgreich für Österreichs Betriebe

Starke Unternehmen waren und sind die Voraussetzung für wirtschaftliche Erfolge, sichere Arbeitsplätze und eine leistbare Sozialpolitik. Die vielfältigen Entlastungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren gesetzt wurden, haben Österreichs Betriebe und ihre Innovationskraft stärker gemacht. Wichtige Maßnahmen für mehr Jugendbeschäftigung und für mehr Fachkräfte wurden gesetzt. Der Wirtschaftsbund hat auch schon sehr früh auf den sich abzeichnenden **Bedarf an zusätzlichen Fachkräften** aufmerksam gemacht und wiederholt das Phänomen des parallelen Auftretens von Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel thematisiert. Erste Schritte zu einer **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes** (bedarfsorientierte Zuwanderung) und zur **Senkung der Lohnnebenkosten** wurden bereits gesetzt.

Paket für Kleinstbetriebe erfolgreich umgesetzt

Die Senkung der KöSt hat Kapitalgesellschaften entlastet. Die Halbierung der Steuern auf die nicht entnommenen Gewinne kam den Personengesellschaften und Einzelunternehmen zugute. **Mit 1. Jänner 2007** trat ein Entlastungspaket für die Einnahmen-Ausgaben-Rechner in Kraft. Das sind jene Betriebe und Freiberufler, die aufgrund geringerer Umsätze keine Vollbuchhaltung führen. **Die Kerninhalte des Pakets kann man nach dem Motto „aller guten Dinge sind vier"** beschreiben. Mit dem Freibetrag (10% des Gewinns ist steuerfrei bei Investition ins Anlagevermögen), dem Verlustvortrag (Gewinne können mit allen bis zu drei Jahre zurückliegenden Verlusten gegenverrechnet werden), der Grenze zur Umsatzsteuerpflicht (Anhebung auf € 30.000,–) und dem Kreditzugang (besserer Zugang zu Kleinkrediten) konnten vom Wirtschaftsbund klare Verbesserungen erreicht werden.

Mehr soziale Sicherheit für Selbstständige

Unternehmerinnen und Unternehmer sind es gewohnt, wirtschaftliches Risiko zu tragen, Eigenverantwortung zu leben und Eigenvorsorge zu betreiben. Soziale Absicherung ist aber auch für Selbstständige und deren Interessenvertretung eine große Herausforderung. Der Wirtschaftsbund hat sich daher in den letzten Jahren auch sehr stark diesem Thema zugewandt. Unter anderem stellen die Halbierung der Mindestbeitragsgrundlage zur Krankenversicherung, die Gültigkeit des Kinderbetreuungsgeldes auch für Unternehmerinnen, die steuerbegünstigte Vorsorgemöglichkeit für Unternehmer oder der 50%-Kostenersatz bei Freizeit- und Arbeitsunfällen wie auch die Ausweitung der Betriebshilfemodelle sowie die Einführung eines Katastrophenfonds richtige Maßnahmen dar, die das Auffangnetz auch für Wirtschaftstreibende engmaschiger machen. NEU sind die Möglichkeit einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige und die steuerliche Begünstigung des Aufbaus einer zweiten Säule der Altersvorsorge für Wirtschaftstreibende adäquat zum Modell der „Abfertigung Neu".

Für ein unternehmerisches Österreich

Der Österreichische Wirtschaftsbund hat unter Nutzung seiner vielfältigen Möglichkeiten die Erfolge der Wirtschaftspolitik auch permanent kommuniziert. Damit ist nicht nur die Publikation auf der Homepage, in Newslettern oder Mitgliedermagazinen gemeint. Mit einem völlig neuen Mitglieder-Magazin – WB-Wirtschaft im Blick – bietet der Wirtschaftsbund ein qualitativ hochwertiges Produkt an.

Der Wirtschaftsbund hat und wird immer sehr gerne Erfolgsmeldungen für die Wirtschaft in Form von Mailings, Foldern etc. verbreiten. Die Schaltung von bundesweiten Inseratstrecken sowie Plakaten gehört ebenso dazu. Eine Aufzählung bzw. Darstellung dieser Aktivitäten ist im vorgegebenen Rahmen hier nicht möglich.

17. Generalversammlung des Wirtschaftsbundes

Christoph Leitl wurde am 20.Oktober 2007 im Rahmen einer Generalversammlung im Uniqa-Tower in Wien für weitere vier Jahre Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Der wiedergewählte Präsident des Wirtschaftsbundes hat vier Stellvertreter zur Seite: Präsident Jürgen Bodenseer aus Tirol, Präsidentin Brigitte Jank aus Wien, Präsident Franz Pacher aus Kärnten und Präsidentin Sonja Zwazl aus Niederösterreich.

Neuer Vorsitzender der ARGE_WB

WB-Generalsekretär Karlheinz Kopf wurde am 27. Oktober zum Vorsitzenden der ARGE_WB gewählt. Er folgt damit Günter Stummvoll nach, der die ARGE acht Jahre lang engagiert und sehr umsichtig geleitet hat. Die ARGE_WB ist die Arbeitsgemeinschaft der Nationalrats-, Bundesrats- und Europaabgeordneten des Österreichischen Wirtschaftsbundes im österreichischen Parlament. Der ARGE_WB kommt für die Durchsetzung unserer Interessen und Positionen innerhalb des ÖVP-Parlamentsklubs eine wichtige und bedeutende Rolle zu.

Plattformen und Netzwerke: in den Regionen – in Europa

WiR – Wirtschaft in der Region: Ein Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung und Lebensqualität

Österreich muss sich, was Wirtschaftsentwicklung und Lebensqualität betrifft, wahrlich nicht verstecken. In beiden Bereichen gehören wir zur absoluten Weltspitze. Dennoch: Wer sich manchen Ortsrand ansieht und so manchen Ortskern betrachtet, erkennt, dass selbst die Nähe zum Kunden, persönliches Service und beste Qualität nicht ausreichen, um die Kaufströme (inkl. Verkehrsströme) hin zum angeblichen „Mega-Einkaufserlebnis" auf der grünen Wiese einzudämmen. Übrig bleiben die Nahversorger in den Ortskernen, kleine und mittlere Unternehmen. Die Chance für die Regionen liegt eindeutig in einer stärkeren Kooperation der kleinen Einheiten. Denn gemeinsam sind diese so stark wie mancher allein kämpfende Große in einem Ballungszentrum. Daher hat der Wirtschaftsbund die Plattform WiR – Wirtschaft in der Region ins Leben gerufen.

Der Managementclub (MC)

Unter neuer Führung entwickelt sich der MC weiter sehr positiv zu einem Aktivposten der Wirtschaftspolitik. Die größte Vereinigung von Führungskräften aus Wirtschaft, Verwaltung und Kultur hielt nicht nur seine besondere Bedeutung als Plattform für „Entscheider". Mit dem neuen MC-Präsidium unter Präsident Herbert Paierl und Geschäftsführer Markus Heingärtner wurde die Mitgliederbetreuung und die Öffentlichkeitsarbeit weiter verbessert.

Das Zentrum für Soziale Marktwirtschaft – Julius Raab Stiftung

Das Zentrum für soziale Marktwirtschaft/Julius Raab Stiftung hat die Unterstützung von Forschungsprojekten sowie Bildungsaktivitäten auf gesellschafts- und wirtschaftspolitischem Gebiet unter Berücksichtigung der Werte der sozialen Marktwirtschaft zum Ziel. Darüber hinaus widmet sich die Julius Raab Stiftung der Förderung wissenschaftlicher Publikationen sowie der Verleihung von Förderungspreisen aufgrund hervorragender Verdienste um den Stiftungszweck. Durch den Namen der Stiftung soll die Person des Staatsmannes Ing. Julius Raab und insbesondere sein Eintreten für Österreich sowie die Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik gewürdigt werden. Mit dem neuen Präsidenten Johannes Ditz wurde die Raab Stiftung auch einer größeren Öffentlichkeit bekannt.

forum mozartplatz

Wirtschaft begegnet Kultur. Der Verein „forum mozartplatz" im Hause des Österreichischen Wirtschaftsbundes hat sich fest in der Kreativszene etablieren können und wurde so zu einem wichtigen Teil der Zielgruppenpolitik des Wirtschaftsbundes. Darüber hinaus dienen die Räumlichkeiten des forums Unternehmen und Interessensverbänden als beliebter Veranstaltungsort.

SME-Union

Der Europäische Wirtschaftsbund, die SME-Union, hat sich unter der Führung von Präsident Christoph Leitl als Wirtschaftsflügel der Europäischen Volkspartei und als Dachorganisation der Wirtschaftsverbände der Mitte-rechts-Parteien Europas am europäischen Parkett etablieren können. Das Engagement des Wirtschaftsbundes und seine zentrale Rolle in der SME-Union begründet sich in der Überzeugung, dass die mittelständischen Unternehmen auch auf europäischer Ebene eine starke Interessenvertretung haben müssen. ■

ÖVP BURGENLAND

Im Burgenland hat die ÖVP ihren Weg als Ideenbringer und Korrektiv im Land konsequent fortgesetzt. Gleichzeitig hat die Partei ihr Erscheinungsbild modernisiert und sich ein neues Corporate Design verpasst. Die ÖVP Burgenland präsentiert sich seit dem Frühjahr mit neuem Logo und neuer Schrift. Aber auch die Sonnenblume, als Symbol für Wachstum und Entwicklung, begleitet die ÖVP Burgenland als Sujet.

Bei Bezirkskonferenzen im Frühjahr dieses Jahres haben wir unter dem Motto „Mehr fürs Burgenland" einerseits eine Halbzeitbilanz über die Legislaturperiode gezogen und andererseits den Startschuss ins Jahr der Ideen gegeben. Als ÖVP sehen wir es als unsere Aufgabe, gemeinsam mit den Bürger/innen konsequent an der Weiterentwicklung unseres Heimatlandes und unseres Lebensraumes zu arbeiten. Dazu gehört, dass wir auf Entwicklungen rechtzeitig reagieren und die richtigen Maßnahmen setzen.

Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen am 7. Oktober 2007 waren ein voller Erfolg. Über 89.000 Burgenländer/innen haben die ÖVP bei den Gemeinderatswahlen gewählt. Die ÖVP konnte ein Plus von 33 Mandaten und 10 Bürgermeistern einfahren, die SPÖ verlor im Gegenzug 10 Mandate und 11 Bürgermeister; gleichzeitig konnte der Abstand zur SPÖ bei der Anzahl der Bürgermeister/innen verkleinert werden. Die ÖVP stellt nunmehr 78 Bürgermeister/innen, die SPÖ 88 Bürgermeister/innen.

Der ÖVP Burgenland war es wichtig, die in der Kommunalpolitik Tätigen zu stärken und sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bestmöglich zu unterstützen, daher hat die Landespartei im Jahr 2007 eine Kaderschmiede für Kommunalpolitiker – die Kommunalakademie-Burgenland – gegründet. Die Kommak bietet ein modernes, den Anforderungen der Zeit entsprechendes Schulungsprogramm an. Mit der Kommunalakademie ist es aber auch gelungen, eine ganz neue Seminar- und Ausbildungskultur in der ÖVP-Burgenland zu realisieren. ■

Kärnten

ÖVP KÄRNTEN

30. Parteitag der ÖVP Kärnten

Alle Erwartungen wurden beim 30. Parteitag der ÖVP Kärnten übertroffen. Parteiobmann Josef Martinz zog unter dem Motto „Verlässlich.Nahe" – flankiert von Vizekanzler Wilhelm Molterer – in die völlig überfüllte Messehalle 2 ein. Über 1.200 Freunde der ÖVP Kärnten signalisierten ganz klar Geschlossenheit und Aufbruchsstimmung. In diesem Ambiente konnte Parteiobmann Josef Martinz seinen Erfolg feiern: Knapp 94 Prozent der Delegierten bestätigten Martinz, der zu Beginn seiner Parteitags-Rede festhielt: „Ich stehe und kämpfe für eine unverzichtbare ÖVP in Kärnten. Vertrauen macht stark – vertrauen wir uns!"

Die Wiederwahl von Josef Martinz war der gelungene Höhepunkt eines erfolgreichen Abends der ÖVP Kärnten, die ihre Politik verlässlich und bürgernah lebt und unter diesem Motto im Sinne der Kärntnerinnen und Kärntner arbeitet.

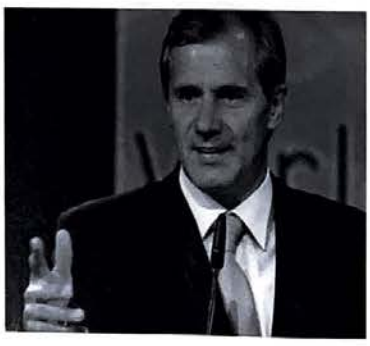
Neues Landesgeschäftsführung

Unter dem neuen Führungsduo Achill Rumpold und Thomas Goritschnig wurde die Landesparteizentrale modernisiert, die Landesparteileitung renoviert und die Infrastruktur erneuert. Ebenso wurde die Politische Abteilung installiert und die Gemeinden-Abteilung aufgebaut. Darüber hinaus wurden in allen Bezirken neue Bezirksbüros eröffnet und neue Bezirksgeschäftsführer bestellt.

Politische Arbeit 2007–2008

Bereits 2004 erstellte die ÖVP Kärnten mit dem „Kärnten Vertrag" inhaltlich ein zukunftsorientiertes Programm mit Weitblick, an dem sich die politische Arbeit der Kärntner Volkspartei ausrichtet.

Der Bogen des Kärnten Vertrages spannt sich von unserem Schwerpunktthema einer umfassenden Offensive für Familie und Kinder über eine effiziente Gestaltung der Verwaltung, einer Sanierung des Budgets bis hin zu den Chancen in der Bildung für unsere Jugend und umfasst damit alle wesentlichen Lebensbereiche der Menschen in unserem Lande. Die Umsetzung des Kärnten Vertrages ist uns Auftrag und persönliches Anliegen.



Da es sich beim Kärnten Vertrag um einen Arbeitsauftrag für die Bevölkerung handelt, können wir bereits auf zahlreiche umgesetzte Forderungen verweisen:

- Einführung des **Gratis-Kindergartens ab 3 Jahren**
- **Forcierung der Nachmittagsbetreuung** in Kindergärten und Schulen in den Gemeinden
- Verstärkter **Einsatz und Förderung von mobilen Tagesmüttern**
- **Wiedereinführung des Schulstartgeldes** – € 73,– für jedes schulpflichtige Kind
- **Evaluierung des Heimgesetzes** betreffend eingeführte Vorschreibungen und Erschwernisse für Heimbetreiber
- **Ausbau und Forcierung** von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Pflegebereich
- **„Kärnten-Stipendium"** für internationale Aufenthalte
- Einrichtung einer **Technischen Fakultät** an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt
- **Absicherung** der Fachhochschulstandorte
- **Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen** und Beibehaltung eines differenzierten Schulsystems
- **Erhaltung der Kleinschulen**
- **Entlastung der Bevölkerung:** Freie Fahrt für Bürger auf öffentlich zugänglichen Straßen, Wiederein-

führung der 70%igen Förderung des Landes beim Wegebau, Ausbau des Park-and-Ride-Systems in den Städten
- **Gründung der Kärntner Landesholding** mit LR Martinz als Vorsitzenden: Vereinfachung von Strukturen für Transparenz, Effizienz und Professionalisierung der Wirtschaftspolitik
- **Erhöhung der Arbeitnehmerförderung:** Plus 2 Millionen für Pendler
- **Genussland Kärnten:** Kärnten ist ein Land der kulinarischen Regionen und eine unverwechselbare Marke, die es gilt zu vermarkten.
- **„Gentechnikfreie Region Kärnten":** Sicherstellung der Mittel für die Erhaltung der Gentechnikfreiheit in Kärnten
- **„Bekenntnis für den ländlichen Raum":** Sicherstellung der erforderlichen Landesmittel für die Kofinanzierung von Land, Bund und EU

Die angeführten Punkte sind eine Aufzählung der bereits umgesetzten Bereiche des Kärnten Vertrages. Ausgehend vom Kärnten Vertrag basierte die Arbeit der ÖVP Kärnten für 2007 und 2008 auf drei Schwerpunkten:

1. Familie und Zukunft:

Die ÖVP Kärnten ist die Kärntner Familienpartei.

Gemeinsam mit unseren Teilorganisationen **Seniorenbund, Junge ÖVP und Frauenbewegung** sowie deren Obleuten und Mitarbeitern werden umfassende Familienthemen ausgearbeitet und Verbesserungen für die Kärntner Familien in die entsprechenden Gremien auf Landesebene eingebracht.

Die Familienpolitik der Kärntner ÖVP umfasst alle **Lebensbereiche** unserer Familien – von der Kinderbetreuung und dem Schulwesen über Arbeitsplatz, Pendeln und Steuerrecht bis hin zur Senioren-Betreuung und Pflege.

Gratis-Kindergarten: erfunden, erreicht, umgesetzt

Ein besonderer Meilenstein, den die ÖVP Kärnten nach jahrelanger Arbeit durchgesetzt hat, sind 3 Jahre Halbtags-Gratiskindergarten in Kärnten. Auf Initiative von LR Josef Martinz und der ÖVP gibt es in Kärnten seit März den Gratis-Kindergarten für alle Kinder über drei Jahre! Die Einführung des Gratis-Kindergartens ist ein familienpolitischer Meilenstein, der massiv zur Entlastung der Familien in unserer Gemeinde und Stärkung der Kaufkraft beiträgt. Die Finanzierung wird aus den Zinsen des mit den Erlösen des Hypo-Verkaufs gesicherten Zukunftsfonds ermöglicht.

Mehr Qualität in der Ausbildung unserer Kinder in Schulen im ländlichen Raum!

Die ÖVP forderte 2007 und im Mai 2008 eine Senkung der Klassenschüler-Höchstzahl in Klassen mit zwei oder mehr Schulstufen auf 20 Kinder. Am 16. 6. 2008 hat das BZÖ endlich eingelenkt. Bereits ab dem kommenden Schuljahr beträgt die Klassenschülerhöchstzahl bei Abteilungsunterricht 20. Ab dem 21. Schulkind werden zwei Klassen geführt. Es gibt dafür 45 zusätzliche Lehrerposten.

74 Euro Schulstartgeld für das Schuljahr 2008/09

Gerade zu Beginn des Schuljahres werden Familien mit Kindern durch erhöhte Ausgaben mehr belastet. Daher gibt es auf Initiative der ÖVP für jedes schulpflichtige Kind eine Unterstützung in der Höhe von 74 Euro für den Ankauf von Schulartikeln.
Weitere Projekte sind das einkommensabhängige Kindergeld, Jungfamilien-Förderung, Wohnstartgeld und der Bildungsbonus.

2. Kontrolle:

Die ÖVP ist die Kontrollpartei im Kärntner Landtag.

Untersuchungsausschüsse

Eine ganz wichtige und zentrale Funktion nimmt die Arbeit des Klubs als Kontrollpartei im Kärntner Landtag ein. Klubobmann Stephan M. Tauschitz stellte als Aufdecker im Seebühnen-Untersuchungsausschuss und als umsichtiger Vorsitzender im Hypo-Untersuchungsausschuss sein politisches Talent unter Beweis. 2007 gaben der Pflegeskandal und Missstände in der Kärnten Werbung Anlass, zwei weitere Untersuchungsausschüsse zu fordern.

Diese Kontrollfunktion wird die ÖVP Kärnten in den nächsten Wochen und

Monaten vor den Gemeinderats- und Landtagswahlen 2009 noch weiter ausbauen. Insbesondere im Bereich der Landesfinanzen muss dem sorglosen Umgang mit Steuergeld ein Riegel vorgeschoben werden, bevor es zum Finanzkollaps kommt.

Rot-oranges Budget-Fiasko

Das Budget wurde von BZÖ und SPÖ ohne die Stimmen der ÖVP beschlossen.

Die Finanzlage Kärntens ist nach wie vor katastrophal. Der Schuldenstand des Landes Kärnten wird im Jahr 2009 mehr als 2,2 Milliarden Euro ausmachen – und das bei einem ordentlichen Budget des Landes von ca. 1,8 Milliarden Euro pro Jahr.

3. Die Konjunktur – Wirtschaft & Mittelstand:

Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern.

Am Konjunktur-Himmel ziehen bereits dunkle Wolken auf. **Auf Kärnten kommen** aufgrund der instabilen Wirtschaftslage und der bevorstehenden konjunkturellen Probleme **schwierige Zeiten zu.**

Die Menschen in Kärnten brauchen in diesen schwierigen Zeiten einen verlässlichen Partner und die ÖVP Kärnten ist in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner.

Deshalb geht es der ÖVP Kärnten darum, die **Wirtschaft,** insbesondere den **Mittelstand,** zu **stärken** und **Arbeitsplätze** zu **sichern,** um dadurch der Bevölkerung Stabilität und Verlässlichkeit zu bieten.

Es ist der ÖVP Kärnten in Verhandlungen gelungen, ein **Arbeitspaket** zu schnüren, welches das Land in ein **sicheres Fahrwasser** bringt – weg von Verunsicherung hin zu Verlässlichkeit und Stabilität. Weiters geht die Umsetzung dieses Paketes in Kärnten nun Schlag auf Schlag.

1. In einem **Kärntengipfel** über die Parteigrenzen hinweg mit den Sozialpartnern hat die ÖVP Kärnten als Einlader einen Schulterschluss für ein **Wirtschafts- und Arbeitsplatzsicherungspaket** zu Stande gebracht. Die Kärntner Betriebe brauchen Unterstützung und die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Die Maßnahmen dazu sind rasch umzusetzen. Mit vereinten Kräften sind die notwendigen Beschlüsse in den etwaigen Gremien herbeizuführen. Einig ist man sich auch über das mit dem Bund geschnürte Konjunkturpaket und die Co-Finanzierung durch das Land Kärnten in Höhe von € 5 Millionen.

2. Eine lang gehegte ÖVP-Forderung für eine neue wirtschaftspolitische Ära im Land wurde ebenso Anfang November erfüllt. LR Dr. Josef Martinz konnte die Schenkungsverträge für **die Überführung der Landesgesellschaften in die neue Kärntner Landesholding unterzeichnen.**
Dadurch wird aus der Holding eine strategische Schaltzentrale für die Kärntner Wirtschaftspolitik.

   Durch die **Eingliederung** der Landesgesellschaften in die Neue Kärntner Landesholding kommt es zu mehr **Transparenz, Effizienz** und zu einer **Professionalisierung der Wirtschaftspolitik** in Kärnten.

3. Mit der **Kombination Zukunftsfonds und Kärntner Landesholding,** deren **Aufsichtsratsvorsitzender LR Josef Martinz ist,** entsteht **etwas ganz Neues und Innovatives für Kärnten,** das durch den neuen **Referatsbereich Wirtschafts- und Gewerbewesen** in der Regierung ergänzt wird. Auch für diesen Wirtschaftsbereich wird in Zukunft Dr. Josef Martinz zuständig sein.
   Mit dem neuen Referat Wirtschafts- und Gewerbewesen wird **speziell für Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe** – für den sogenannten Mittelstand – eine unbürokratische, schnelle Fördermöglichkeit aufgebaut.

   Dadurch besteht jetzt auch die Möglichkeit, die von der ÖVP Kärnten geforderte Ausweitung der Kleinstunternehmerförderung im Rahmen des Nachtragsbudgets sofort umzusetzen.
   Damit verfolgt die ÖVP Kärnten das Ziel, die kleinen Betriebe in schwierigen Zeiten zu unterstützen. Denn sie sichern 90% der Arbeitsplätze in Kärnten.

4. Es ist der ÖVP Kärnten gelungen, den Gratis-Kindergarten für 2009/2010 budgetär abzusichern

5. LR Martinz als Vorsitzender der Landesholding und des Zukunftsfonds hat sämtliche Zukunftsfondsprojekte durchgesetzt und abgesichert sowie den Fahrplan für die Umsetzung zur Schaffung

von Arbeitsplätzen festgelegt:

a) Als Konjunkturmotor wird es eine Straßenbauoffensive in der Höhe von € 6 Mio. geben.
b) Sportpaket in der Höhe von € 9 Mio.
c) Energiespar-Tausender für Eigenheimbesitzer,
d) Pendlergeld und der Teuerungsausgleich
e) Bau einer neuen Messehalle
f) Auch die Uni Klagenfurt erhält als Modernisierungsschub im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik einen Zuschuss von € 1,5 Mio.

Die Menschen in Kärnten haben gerade in diesen schwierigen Zeiten mit Wirtschafslandesrat Dr. Josef Martinz einen verlässlichen Partner, der für Stabilität und Kontinuität steht. Denn der beste und nachhaltigste Teuerungsausgleich ist eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft.

Die ÖVP Kärnten hat aber auch ein Sofortmaßnahmen-Paket für die heimische Wirtschaft geschnürt, das jetzt in der Kombination Landesholding, Zukunftsfonds, Wirtschafts- und Gewerbereferat sowie Budget umgesetzt werden kann.

Mittelstandsoffensive

Die ÖVP Kärnten will mit konkreten Lösungsansätzen der Teuerungswelle und den Belastungen für die Kärntner Bevölkerung entgegenwirken. Wir glauben an den Standort Kärnten und haben im Frühjahr 2008 das Konzept für eine Mittelstandsoffensive erarbeitet, mit der wir

- den Standort stärken,
- den Mittelstand entlasten,
- das Wachstum fördern,
- die Beschäftigung forcieren
- und dadurch den Wohlstand in Kärnten sichern.

Von der Mittelstandsoffensive erwarten wir uns 5.000 neue Arbeitsplätze und Wertschöpfungseffekte von bis zu 300 Millionen Euro. Die Kernforderungen sind:

1. Ausbau der Kleinstgewerbeförderung

Ausbau auf alle Branchen und Verdoppelung der Investitionshöhe von 25.000 auf 50.000 Euro sowie Anhebung der Förderung von 20% auf 25%

2. Arbeitsplatzprämie

Jeder Klein- und Kleinstunternehmer erhält bei der Anstellung seines ersten Beschäftigten eine einmalige Prämie in Höhe von 1.000 Euro und weiters monatliche Prämien (1. Jahr – 400 Euro/Monat; 2. Jahr 300 Euro/Monat; 3. Jahr 200 Euro/Monat)

3. Weg mit den hohen Landesabgaben – Kärntner Steuerreform

15 Mio. Euro Mehrbelastung innerhalb eines Jahres sind zu viel!

4. Weg mit der Bürokratie

In der Verwaltung und im Förderwesen – Bürokratie ist das Gift für die Unternehmer. Kärnten sollte keine Bürokratiehochburg, sondern ein Unternehmerparadies sein.

5. Bildungskonto

Die ÖVP Kärnten fordert ein Bildungskonto für jeden Kärntner Arbeitnehmer in der Höhe von 1.000 Euro für berufliche Aus- und Weiterbildung. ■

VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

1. NÖ am Weg zur „Sozialen Modellregion"

Die Volkspartei Niederösterreich geht seit Jahren einen eigenständigen und kraftvollen Weg mit dem Ziel, dem Land die Dynamik und den Menschen Beschäftigung und größtmögliche Sicherheit in einer lebenswerten Umgebung zu gewährleisten.
Voraussetzung dafür sind eine schlagkräftige, breite Parteiorganisation, ein kompetentes und politisch klar agierendes VP-Landesregierungsteam und ein stark engagierter VP-Klub. Mindestens zwei Mal jährlich finden VP-Regierungsklausuren statt, wo gemeinsam nächste Arbeitsschritte und eine klare Zielvorgabe für die dynamische Entwicklung des Landes zum Wohle der Menschen beschlossen werden. Durch diesen klaren Kurs und die gemeinsame Arbeit aller Mandatare, bezahlte und ehrenamtliche Funktionäre und Mitarbeiter der Volkspartei Niederösterreich, gelang es, Niederösterreich in den letzten Jahren zur „Modellregion Niederösterreich" zu machen.
Dieses „Modell Niederösterreich" wurde gerade in den letzten 2 Jahren in wichtigen Bereichen zum Vorreiter und Vorbild für andere.
Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Volkspartei NÖ stehen eine dynamische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, zielgerichtete Unterstützung der nö. Familien, eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik, eine eigenständige Bildungs- und Forschungspolitik und treffsichere Hilfe für sozial Schwache und pflegebedürftige Menschen.
Motto: Die beste Sozialpolitik ist eine erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Zahlreich nö. Initiativen und harte gemeinsame Arbeit führten zu einer blau-gelben Erfolgsbilanz der letzten beiden Jahre. Beispiele dafür:

- **Stabiler nö. Arbeitsmarkt**
  Seit März 2006 sinkt in NÖ die Zahl der Arbeitslosen. Im Juli 2008 konnte NÖ eine Rekordbeschäftigung erreichen: 580.000 Beschäftigte, mehr als je zuvor. Während in anderen Bundesländern die Arbeitslosenzahlen wieder steigen, verzeichnet NÖ noch immer einen Rückgang.
  Damit NÖ angesichts eines drohenden Wirtschaftsabschwungs weiterhin fit für zukünftige Herausforderungen bleibt, werden im Rahmen des nö. Beschäftigungspakts zusätzliche Beschäftigungsinitiativen und Qualifizierungsmaßnahmen gesetzt, besonders für Frauen, Langzeitarbeitslose und Jugendliche.
  Neue Maßnahmen der letzten beiden Jahre: Aufstockung der Ausbildungsplätze im Bereich Alten- und Krankenpflege, Jugendsonderprogramm „Start up", Start einer Qualifizierungsoffensive für Facharbeiter „Job konkret – Lehre plus", Aufstockung des Lehrlingsauffangnetzes und Angebot der kostenlosen „Lehre mit Matura" seit Jänner 2008.

- **Dynamische nö. Wirtschaftsentwicklung**
  NÖ bleibt Wirtschaftsmotor der Ostregion – mit 3,8% Wirtschaftswachstum weit vor Wien und dem Burgenland, im Schnitt auch besser als Österreich. Mit der EU-Auszeichnung 2007 als „innovativste Region Europas" erhielt NÖ bereits zum zweiten Mal eine internationale Auszeichnung.
  Die nö. Exportoffensive erzielte 2007 einen nö. Exportrekord mit über 24,5 Mrd. Euro. Bereits 4 von 10 Euro verdienen nö. Betriebe im Ausland.
  Im Standortvergleich der Bundesländer durch den Management-Club belegt NÖ den ausgezeichneten Platz 2 und ist in der Ostregion Vorreiter.
  Seit Jänner 2008 haben sich über 80 neue Unternehmen in NÖ angesiedelt und damit 1.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. abgesichert.
  Um internationalen Spekulanten Einhalt zu gebieten und damit nö. Arbeitsplätze zu sichern, wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Experten des Landes und der Wirtschaftskammer eingerichtet, um künftig rasch im Sinne der nö. Arbeitnehmer zu reagieren.
  Durch die erfolgreiche nö. Gründeroffensive findet jede 5. Neu-

gründung Österreichs in NÖ statt, etwa 6.000 jährlich, 44% der Unternehmen werden von Frauen gegründet. Neue Maßnahmen: Motivationstour für Wirtschaftsinvestitionen, Neuaufstellung der professionellen RIZ Gründerberatung, Ausbau der Gründerzentren. Für die Beratung und Unterstützung der Jungunternehmer investieren wir rund 1,1 Mio. Euro.

- **NÖ ist „Kinderösterreich"**
  Im Mittelpunkt der nö. Familienpolitik stehen das Wohl des Kindes und echte Wahlfreiheit, um das „Ja zum Kind" zu fördern.
  2007 erfolgte der Startschuss für die landesweite Informationsoffensive der Volkspartei Niederösterreich „Daheim in Kinderösterreich", die gezielt und breit über die vielfältigen nö. Angebote im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf informierte. NÖ ist in vielen Bereichen weiter vorn und näher dran an den Bedürfnissen der Menschen und wurde damit zum Vorbild für andere. Mit dem Gratis-Kindergarten am Vormittag bleibt NÖ nach wie vor einzigartig in ganz Österreich.
  Neue Maßnahmen: Durch die nö. Kindergartenoffensive gilt dieses Angebot ab Herbst 2008 auch für Kinder ab 2,5 Jahren, Schließung der Kindergärten in den Ferien nur mehr 3 Wochen, Unterstützung von Ferienbetreuungsinitiativen, Einrichtung einer Oma-Opa-Börse, Schaffung eines Aktionsteams Kinderbetreuung und die Ausweitung der Nachmittagsbetreuung für Schul- und Kindergartenkinder.
  Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestehen im nö. Landesdienst flexible Arbeitszeitmodelle. Ein Serviceteam bietet nö. Unternehmen Anreize, um diese familienfreundlichen Arbeitszeitmodelle auch in Betrieben umzusetzen.

- **Eigenständige nö. Bildungs- und Forschungspolitik**
  Die eigenständige nö. Bildungspolitik hat in den letzten Jahren Schulstandorte und Lehrerstellen in NÖ gesichert und ausgebaut. Die Ausbildungsqualität wurde durch die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 im Pflichtschulbereich nachhaltig verbessert – NÖ hat als erstes Bundesland 2007 damit begonnen.
  Statt Gesamtschule geht NÖ mit seinem nö. Schulmodell einen eigenen Weg. Im Herbst 2009 wird der groß angelegte Testbetrieb in Pilotschulen in allen nö. Bezirken beginnen. Künftige Vorteile: mehr Entscheidungsmöglichkeiten für Schüler, bessere Durchlässigkeit im Bildungssystem, mehr Lehrerjobs, Aufwertung der Hauptschulen.
  Mit Investitionen in Wissenschaft und Technologie hat NÖ in den letzten Jahren den Sprung vom Industrie-Standort zu einem dynamischen Standort der Hochtechnologie geschafft. Ziel dabei ist, bis 2010 die Zahl der Wissenschafter in NÖ von derzeit 1.000 auf 2.000 zu verdoppeln. Drei Technopole in Wr. Neustadt, Krems und Tulln sind Inseln für Forschung & Entwicklung in NÖ. International Beachtung findet die Errichtung der künftigen Top-Forschungsstandorte MedAustron in Wr. Neustadt und Elite Uni I.S.T. Austria in Klosterneuburg.

- **NÖ am Weg zur „sozialen Modellregion"**
  Aufbauend auf den Erfolgen am nö. Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft ist prioritäres Ziel der Volkspartei NÖ, das Land zu einer sozialen Modellregion über die Grenzen Österreichs hinaus zu gestalten. NÖ investiert rund 47% des Budgets in den Bereich Gesundheit und Soziales.
  Maßnahmen der letzten beiden Jahre: Mit dem eigenständigen nö. Pflegemodell wurde NÖ Vorbild für ganz Österreich. Dazu gehört auch intensive Information durch Einrichtung einer Pflegehotline und Errichtung eines Pflege-Service-Zentrums.
  Von dem in NÖ entwickelten 24-Stunden-Betreuungsmodell profitierten allein in NÖ 1.500 Pflegebedürftige. Nach nö. Vorbild wurde nun das Bundesmodell entwickelt und beschlossen. Zusätzlich investiert NÖ in ein Ausbauprogramm der nö. Pflegeheime und in eine Verdoppelung der Tagesbetreuungsplätze. Im Herbst 2008 erfolgte der Startschuss für 650 zusätzliche Pflegebetten und einen Ausbau der Wohnungen für „Betreutes Wohnen". NÖ hat österreichweit die 1. private rehabilitative Übergangspflege im SeneCura Sozialzentrum Krems eingerichtet.
  Mit der Übernahme aller Krankenhäuser in Landesverantwortung, dem Ausbau und der Modernisierung aller nö. Landeskliniken und Qualifizierungsprogramme für nö. Ärzte wird eine optimale Gesundheitsversorgung aller Bürger gewährleistet.
  Ein wesentlicher Schwerpunkt der nö. Gesundheitspolitik liegt in der

Prävention. Neue Maßnahmen: das kostenlose Vorsorgepaket und der nö. Vorsorgepass mit Anreizbonus.

In NÖ herrscht soziale Wärme. Hilfsbedürftige und von der Teuerung besonders Betroffene werden mit bedarfsorientierten Maßnahmen sozial und treffsicher unterstützt. Neue Maßnahmen der letzten beiden Jahre: Verdoppelung und weitere Anhebung des nö. Heizkostenzuschusses, sozial und ökologisch verbesserte nö. Pendlerhilfe, Fortsetzung der nö. Schulstarthilfe, Einführung und Ausweitung des nö. Semestertickets, nö. Wohnhilfe und Wohnzuschuss, Möglichkeit des Einkaufs in Sozialen Märkten und Erarbeitung einer Tarifreform beim öffentlichen Verkehr in der Ostregion zur Senkung der Ticketpreise.

2. NÖ Landtagswahlen am 9. März 2008

Bei den nö. Landtagswahlen am 9. März 2008 hat die Volkspartei Niederösterreich trotz schwieriger Ausgangssituation ein hervorragendes Ergebnis erreicht.

- **Die Ausgangssituation**
  Das erfolgreiche Landtagswahlergebnis 2003 mit 53,3% für die Volkspartei Niederösterreich gegenüber 33,6% für die Sozialdemokratische Partei, 4,5% für die FPÖ und 7,2% für die Grünen legte eine hohe Latte in der allgemeinen Erwartungshaltung.
  Seit 2003 hat sich das politische Umfeld Niederösterreichs stark verändert: ein sozialistischer Bundeskanzler, zwei neue sozialistische Bundesländer, ein sozialistischer Bundespräsident und die Umbesetzung im ORF. Die Ausgangssituation war dementsprechend schwierig. Dies führte zu einer langen, intensiven und ausführlichen Vorbereitungsphase der gesamten Organisation der Volkspartei Niederösterreich für die Landtagswahl 2008.

- **Der Wahlkampf**
  Die Volkspartei NÖ führte einen kurzen, intensiven und präzisen Wahlkampf von genau drei Wochen. Optimale organisatorische Vorbereitung, höchstmotivierte Funktionäre, präzis gesetzte Wahlkampfthemen und eine perfekte Werbekampagne führten gemeinsam mit dem nö. Vorzugsstimmenwahlkampf zu einer enormen Wahlbewegung. Unterstützt von neuen Sonderprojekten wie u.a. Senioren- und Jugendwahlkampf mit zielgerichteten Veranstaltungen und eigenen Konvois und der Errichtung von Stadtwerkstätten in besonders sensiblen nö. Städten.

- **Das Ergebnis**
  Die Volkspartei NÖ hat bei der Landtagswahl 08 ihr Ziel „Klarheit durch Mehrheit" voll erreicht und konnte ihr Ergebnis von 2003 noch übertreffen und auf 54,4% ausbauen.
  Landeshauptmann Erwin Pröll erhielt einen Stimmenrekord von über 303.000 persönlichen Vorzugsstimmen.
  Die Volkspartei NÖ war in allen Alters- und Bildungsschichten dominant, selbst bei den Arbeitern lag die VP NÖ mit 42% vor der SPÖ mit 30%.
  Die Volkspartei NÖ konnte die Mehrheit in 521 von 573 nö. Gemeinden erzielen.
  Der Rekordabstand der ÖVP vor der SPÖ betrug 28,7% der gültigen Stimmen.
  Die Wahlbeteiligung – abnehmend seit 1959 – stieg erstmals bei der LTW 2008 um 2,7%.

3. Nationalratswahlen am 28. September 2008

- **Das Ergebnis der Volkspartei NÖ**
  Die Volkspartei NÖ hat mit allen Funktionären und Funktionärinnen unter schwierigen Rahmenbedingungen einen engagierten Wahlkampf geführt, Verantwortung übernommen und einen beachtlichen Beitrag zum Gesamtergebnis geleistet. Insgesamt weicht das ÖVP-Ergebnis in NÖ diesmal deutlich stärker vom Bundestrend ab als bei früheren Bundeswahlen, der Verlust war in NÖ deutlich geringer.

  Die Volkspartei Niederösterreich hat ihr Wahlziel Platz 1 mit knapp 32% klar erreicht.
  Erstmals konnte die VP NÖ mit 27% aller ÖVP-Stimmen den höchsten Stimmenanteil zum ÖVP-Bundesergebnis einbringen.
  NÖ Landes-Spitzenkandidat Josef Pröll hat 59.583 Vorzugsstimmen erkämpft, den höchsten jemals erreichten Wert. ■

VOLKSPARTEI OBERÖSTERREICH

Miteinand' in unserem Land

„Miteinand' in unserem Land", so lautete das Motto der Oberösterreichischen Volkspartei im vergangenen Jahr. Weil gelebte Solidarität keine Selbstverständlichkeit ist, hat die OÖVP das Miteinander und den Zusammenhalt in unserem Land bewusst ein Jahr in den Mittelpunkt gerückt. Der Schwerpunkt wurde nicht nur von der Landespartei getragen, sondern durch vielfältige Aktivitäten auch von den Abgeordneten und den Bezirks- und Gemeindeparteien. So übernahmen die Abgeordneten Patenschaften für Sozialeinrichtungen und begleiteten diese das ganze Jahr über. In einem eigenen Expertenforum setzte sich die OÖVP mit dem Thema Ehrenamt auseinander, und die Gemeindeparteien nutzen die Aktionsvorschläge, um das Miteinander in ihrer eigenen Gemeinde zu stärken.

Die OÖVP setzte im vergangenen Jahr aber noch weitere inhaltliche Schwerpunkte. Im Rahmen einer eigenen Enquete wurde ausführlich das Thema Killerspiele diskutiert. Unter dem Titel „Aus für Killerspiele? Kann aus virtueller Gewalt reale Gewalt werden? Wie groß ist die Gefahr? Was kann man dagegen tun?" befassten sich Bundesministerin Dr. Andrea Kdolsky und Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer gemeinsam mit Experten mit diesem Thema.

2. Buch zu den Reichersberger Pfingstgesprächen erschienen

Ebenfalls eine umfassende inhaltliche Auseinandersetzung bieten alljährlich die „Reichersberger Pfingstgespräche" der OÖVP. Die zweitägige Veranstaltung im Stift Reichersberg ist bereits ein Fixpunkt im Veranstaltungskalender in Oberösterreich und das Interesse steigt Jahr für Jahr.

Im Mittelpunkt der „Reichersberger Pfingstgespräche 2007" stand das Thema „Die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt". Neben Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer konnten unter anderem mit Kardinal Dr. Christoph Schönborn, Bundesminister Josef Pröll und Josef Zotter wieder prominente Referenten gewonnen werden.

Gleichzeitig wurde im vergangenen Jahr auch das zweite Buch zu den „Reichersberger Pfingstgesprächen" herausgegeben. Alle für

zweiten Buch liegen nun auch die Referate aus den Jahren 2002 bis 2006 in gedruckter Form vor. Zur Präsentation des Buches kam auch Staatssekretär NR a.D. und Botschafter i.R. Dr. Ludwig Steiner, der als Zeitzeuge der Staatsvertragsverhandlungen 1955 im Jubiläumsjahr 2005 bei den „Pfingstgesprächen" referiert hatte.

Die heurigen „Reichersberger Pfingstgespräche" befassten sich mit dem Thema „Globalisierter Markt ohne Herz? Arbeit und Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ethik und Gewinnstreben". Auch in diesem Jahr konnten wieder herausragende Referenten bei den Reichersberger Pfingstgesprächen begrüßt werden, unter anderem Pater Anselm Grün, Staatssekretärin Christine Marek und Kommerzialrat Martin Essl.

Premiere für das Künstlerfest der OÖVP

Mit dem Künstlerfest „grenzenlos Kunst" gab es im vergangenen Jahr auch eine Veranstaltungspremiere der OÖVP in Zusammenarbeit mit dem „Kulturverein Heinrich Gleißner Haus". Erstmals wurden die oberösterreichischen Künstlerinnen und Künstler eingeladen, um ihnen auf diese Weise für ihr Wirken in und für Oberösterreich Danke zu sagen.

der Kultur-Dialog „Leben mit Kultur" [illegible] mühl ihren Funktionärinnen und [illegible] völlig verändert. Statt einiger weniger

wurde ein neues Projekt gestartet: Ein einheitliches Redaktionssystem wurde geschaffen, in dem die Gemeinden ihre Zeitungen auf die denkbar einfachste Art und Weise erstellen können. Die Verarbeitung und Speicherung der Daten erfolgt zentral, die Gemeinden greifen über Internet auf ihre Zeitungen zu. Das System ermöglicht, Inhalte der Landespartei direkt in der Arbeitsumgebung der Zeitungsmacher anzubieten. Darüber hinaus konnte die Verwendung des neuen Corporate Designs bis auf die Gemeindeebene in einer nie gekannten Qualität umgesetzt werden. Derzeit arbeiten bereits rund 100 Gemeinden mit diesem System, das mit der Nationalratswahl 2008 seinen ersten Härtetest erfolgreich bestanden hat.

Nationalratswahl 2008

Mit einer Großveranstaltung auf der Welser Messe mit mehr als 4.500 Menschen startete die OÖVP am 4. September offiziell in den Wahlkampf. Diese Veranstaltung blieb nicht die einzige Großveranstaltung in den Wochen bis zur Wahl: Zu einer Funktionärs- und Meinungsbildner-Großveranstaltung mit Wilhelm Molterer in der Raiffeisen-Landesbank in Linz kamen mehr als 1.200 Funktionäre. Mit großer Begeisterung folgten die Mitglieder der OÖVP außerdem der Einladung zum Wirtschaftsgipfel mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Linz. 700 Menschen kamen nach Burgkirchen im Innviertel, um bei einer Wahl-Kundgebung mit Wilhelm Molterer dabei zu sein. Der Einladung zur Abschlussveranstaltung in Sierning, der Heimatgemeinde von Spitzenkandidat Wilhelm Molterer, folgen mehr als 600 OÖVPler.

Neben der Präsentation der Kandidatinnen und Kandidaten in allen fünf Wahlkreisen stellte die OÖVP im Rahmen des Wahlkampfes auch ihre Forderungen an die zukünftige Bundesregierung vor. Gleichzeitig beteiligte sich die OÖVP an den wöchentlichen Verteilaktionen, organisierte zahlreiche Ministerbesuche in Oberösterreich, und die Bezirke und Gemeinden setzten mit zusätzlichen Aktionen weitere Akzente im Wahlkampf.

Zusätzlich zu den werblichen Aktivitäten der Bundes-ÖVP hat die OÖVP noch zahlreiche eigene Schwerpunkte gesetzt:

- In allen oberösterreichischen Gemeinden wurde eine eigene Publikation – in den meisten Fällen eine Zeitung – versendet. Hier ist das neue Redaktionssystem zu Gute gekommen, in dem eine fast fertige Vorlage angeboten werden konnte, die von den Gemeinden nur noch stellenweise individualisiert werden musste.
- Die Zeitung „Wir in Oberösterreich" ist als Vollausgabe mit 24 Seiten und einer Gesamtauflage von 525.000 Stück erschienen. Je 6 Seiten wurden dabei auf den Wahlkreis mutiert, um die regionalen Kandidaten und Themen präsentieren zu können.
- Die Kandidatinnen und Kandidaten der Oberösterreichischen Volkspartei wurden mit insgesamt 180.000 Foldern und mehr als 4.000 eigenen A0-Plakaten unterstützt.
- Die Plakatflächen der Bundespartei wurden in der Schlussphase nochmals verdichtet: 400 zusätzliche Plakatflächen wurden zugekauft.
- In sämtlichen regionalen Medien in Oberösterreich wurden bezirksmutierte Kandidaten-Advertorials in Kombination mit Themen aus dem bundesweiten Wahlkampf geschaltet.

Das Ergebnis rechtfertigt den Einsatz: Bei 17,2 Prozent der Wahlberechtigten und einem Anteil von 17,9 Prozent der abgegebenen Stimmen konnte Oberösterreich 18,3 Prozent zum gesamten Ergebnis der Bundes-ÖVP beitragen und reiht sich damit auf der Rangliste der „Stimmenlieferanten" auf Platz zwei hinter Niederösterreich ein.

Gut, dass es Oberösterreich gibt

Unter dem Motto „Gut, dass es Oberösterreich gibt" steht die aktuelle Kampagne der OÖVP. Damit will die OÖVP nicht nur ein selbstbewusstes Zeichen setzen, sondern vor allem auch auf den Stil in der oberösterreichischen Politik aufmerksam machen: Nicht durch Streit, sondern durch Zusammenarbeit haben wir es geschafft, dass Oberösterreich in vielen Bereichen Vorreiter ist, etwa auf dem Arbeitsmarkt oder in sozialen Belangen.

Überblick der Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen der OÖVP

Aktionen und Kampagnen	
2007	Jahr des Miteinander/Patronatsübernahme – Sozialprojekte
Juli 2007	ÖVP OÖ bei der UEFA U19 Europameisterschaft
Herbst 2007	Mitglieder- und Funktionärsbefragung
2008	Miteinand´ bewegen wir Oberösterreich
2008	Gemeindeparteizeitung-Schulungen
Jän./Feb. 2008	Arbeitnehmer-Offensive
März/April 2008	Schwerpunkt Bildung
09.05.2008	Europatag
Juni 08	Aktivitäten zur Fußball-Europameisterschaft
Juli/Aug. 2008	Schwerpunkt Familien und Kinder
ab September 2008	Pensionsanwärtersprechtage
Okt./Nov. 2008	Sicherheitskampagne
Veranstaltungen	
06.06.2007	Betriebsräte-Event
19./20.10. 2007	Kommunalpolitisches Forum
06.11.2007	Mitarbeiter Veranstaltung
30.04.2008	Bildungsenquete der OÖVP: „Werte machen stark"
18.11.2008	Empfang Gemeindeparteiobleute
Veranstaltungen und Aktionen, die regelmäßig jährlich durchgeführt werden	
	1.-Mai-Veranstaltung
	Pendleraktion
	Osteraktion
	Muttertagsaktion
	Valentinsaktion
	Aktion Schulbeginn
	Bezirkstage Regierungsmitglieder
	Ministerbesuche
	OÖ Tag für Funktionäre
	Reichersberger Pfingstgespräche
	Sommerfeste
	Woche der ÖVP
	Künstlerfest
	Bezirkstour Jahresplanung
	Gemeindebesuche (Mandatare) Jahresplanung
	LPV-Klausuren in den Bezirken mit Aktionsprogramm (Betriebsbesuche, Sprechtage usw.)

Serviceangebote der OÖVP

In der Abteilung Zielgruppen-, Service- und Job-Beratungsservice sind die drei Hauptschwerpunkte der Servicearbeit der OÖVP zusammengefasst. Neben laufenden Auskünften per Telefon und E-Mail werden Informationsfalter und Folder zu den wichtigsten Themen angeboten und laufend auf dem aktuellsten Stand gehalten. Die gezielte Ansprache von Zielgruppen bildet das zweite große Standbein. Insbesondere wird hier auf den großen Datenbestand in über 120 Zielgruppen und dessen Aktualität Wert gelegt. Dritter wesentlicher Bestandteil ist das Bewerbungsservice, das sich um die Unterstützung bei Job-Bewerbungen bemüht.

Das Service der OÖVP in Zahlen:

- ca. 380 Vorträge und Sprechtage
- 27 Servicebroschüren
- 10 Handbücher
- ca. 30.000 Auskünfte

Themenschwerpunkte im Serviceangebot:

- Vereinswesen/Vereinsgesetz/Veranstaltungssicherheitsgesetz
- Arbeitnehmerveranlagung
- Arbeitnehmerservice
- Wohnbauförderung
- Mietrecht
- Familienförderungen
- Gemeindemandatarebesteuerung

Vorträge und Sprechtage zu folgenden Themen werden angeboten:

- „Arbeitnehmerveranlagung"
- „Das Veranstaltungssicherheitsgesetz NEU"
- „Modernes Vereinswesen"
- „Gemeindemandatarebesteuerung"
- „Erben, Schenken und Übergeben"
- „Wohnbauförderung"
- „Familienförderung"
- „Sozial- und Serviceseminare"

OÖVP-Servicefalter gibt es in folgenden Bereichen:

Wohnbauförderung für Eigenheime, Fertigstellung und Hauskaufdarlehen, Förderung für alternative Energieanlagen, Wohnhaussanierung, Formel 35+3 (Grundkaufbeihilfe u. Hausratsdarlehen), Beihilfen und Stipendien für Schüler, Familienratgeber, Bundespflegegeld, Urlaub für kinderreiche Familien, Wohnbeihilfe, Tipps für Lehrlinge, Tipps für ältere Arbeitnehmer, Sprechtags- und Vortragsangebot, Wichtige Fragen im Vereinswesen, Veranstaltungssicherheitsgesetz, Richtig bewerben, Kinderbetreuungsgeld, OÖ. Kinderbetreuungsbonus, Vereinswesen, Abfertigung neu, Gemeindemandatarebesteuerung, Schenken & Erben, Arbeitnehmerfalter, Broschüre Schutz vor Drogen, Steuertipps.

Job-Bewerbungsservice:

- Coachingangebot „Richtig bewerben" und „Matura – Was nun?"
- Servicepaket für Stellensuchende
- EDV-gestützte Abwicklung und persönliche Betreuung
- Schnittstelle für Stellenangebote und Arbeitsuchende

Aus- und Weiterbildungsangebote

Allen Mitgliedern und Funktionären bietet die OÖVP ein umfassendes Aus- und Weiterbildungsangebot an. Neben den laufenden Seminaren im Rahmen des Bildungsprogramms – durchschnittlich 25 pro Jahr – steht den Bezirks- und Gemeindeparteien sowie den Teilorganisationen der Trainerpool der OÖVP auch für eigene Seminare und Klausuren zur Verfügung. Dadurch können jedes Jahr bis zu 4.000 Mitglieder und Funktionäre erreicht werden.

Durch die Neuaufstellung der Gemeindeparteizeitungen und die Einführung eines neuen Redaktionssystems wurde in diesem Bereich in den vergangenen Jahren ein Seminar-Schwerpunkt gesetzt. In mehreren Wellen wurden die Gemeindeparteizeitungs-Verantwortlichen bezirksweise durch Profis geschult. Insgesamt fanden 72 Gemeindeparteizeitungs-Schulungen statt.

Laufend bietet die OÖVP aber auch Schulungen bzw. Lehrgänge für spezielle Zielgruppen an: So gibt es jedes Jahr eigene Schulungen für Bürgermeister-Kandidaten, ebenso werden für Kommunalpolitiker Lehrgänge mit mehreren Modulen angeboten. Wert legt die OÖVP aber auch auf die Aus- und Weiterbildung ihrer Trainer, weshalb es auch in diesem Bereich laufend Angebote gibt.

IT-Service

Das IT-Service in Oberösterreich wird von den Bezirken, den Teilorganisationen und auch den Vorfeldorganisationen in Anspruch genommen. In diesem Bereich wird das volle IT-Spektrum vom Benutzer-Service, Server-Betrieb bis zu Collaboration Diensten (Exchange, Black Berry) angeboten.
Zusätzlich wurden spezielle IT-Produkte für die ÖVP entwickelt, welche mittlerweile in der ÖVP-Bundesorganisation und in 7 Bundesländern zum Einsatz kommen. Ein besonderes Augenmerk wurde auf eine einfache Bedienbarkeit und auf möglichst geringe Distributionskosten (Web-basierend) gelegt.

Die vier Basisprodukte in der Produktmatrix sind:

- PDV:
  Personendatenverwaltung
  Funktionäre, Mitglieder,
  Zielgruppen
- ODV:
  Organisationsdatenverwaltung
  Management Informations
  System – MIS
- CMS:
  Web-Auftritt extern
  Landesparteileitung, Bezirke,
  Gemeinden, Klub, Abgeordnete
- myVP.at
  Web-Auftritt intern
  Portal für Mitarbeiter,
  Funktionäre, Mitglieder

Diese vier Produkte sind in sich verbunden, so liefert z.B. die PDV das Berechtigungskonzept für den Internbereich, über myVP.at können Datenänderungen von Mitgliedern und Funktionären bekannt gegeben werden.

Zusatzprodukte wie ein elektronisches Beitrittserklärungsarchiv, ein integriertes Veranstaltungsmanagement (für Aussendungen und Erfassung der Teilnehmer – Realisierung mittels RFID-Technologie) und ein neuartiges Zielgruppen-Management-System sind entweder bereits abgeschlossen oder derzeit noch in Realisierung.

Im Jahr 2007 wurde außerdem ein neues Security-Konzept verwirklicht, das auf eine veränderte Applikationslandschaft und eine ständig wachsende Bedrohung aus dem Internet Rücksicht nimmt. Zusätzliche Firewall-Technologien wie Microsoft ISA-Server kommen seitdem zum Einsatz. Mit dem Einsatz von verschiedenen Internet-Anbindungen wird eine höchstmögliche Ausfallssicherheit erreicht.

Zusätzliche Dienste wie Web-Services und E-Mail-Accounts können ebenfalls in Anspruch genommen werden. ■

Salzburg

ÖVP SALZBURG

Leistungsbilanz der ÖVP Salzburg in der Regierungsverantwortung

Familienpaket

Die ÖVP Salzburg konnte in zähen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner Salzburgs Familien um insgesamt 2,5 Millionen Euro entlasten. Die Maßnahmen wurden dabei so gewählt, dass es eine spürbare Verbesserung für möglichst viele Familien gibt. Landesrätin Doraja Eberle hat sich in jeder Phase darum bemüht, dass Familien entlastet werden und die Rechte für die Kinder gewahrt bleiben. Es ist ihr Verdienst, dass nicht nur Eltern profitieren, die ihre Kinder in öffentliche Kindergärten schicken, sondern auch jene aus privaten Kindergärten und Betreuungseinrichtungen sowie jene, die sich für eine Tagesmutter entschieden haben.
Besonders wichtig für sozial schwache Familien ist auch die Erhöhung der Fördermittel für Schulveranstaltungen und die Anhebung der Einkommensgrenze. Damit kann nun gewährleistet werden, dass kein Kind mehr aus finanziellen Gründen von Schulveranstaltungen ausgeschlossen wird.

GAF – Neustart nach Plan für die Gemeinden

Zu Beginn seiner Amtsperiode hat Gemeindereferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer den Gemeindeausgleichsfonds (GAF) in einem katastrophalen Zustand vorgefunden. Das zentrale Finanzierungsinstrument der Salzburger Gemeinden war auf Jahre hinaus handlungsunfähig, da die Möglichkeiten durch völlig verfehlte Planung in der Legislaturperiode davor zu stark eingeschränkt worden waren. Haslauer hat den GAF auf neue Beine gestellt und das Finanzierungsinstrument damit wieder zum berechenbaren Faktor für Bürgermeister und Bürger gemacht: Durch die Arbeit der ÖVP Salzburg ist sichergestellt, dass sich der GAF durch Transparenz, Verlässlichkeit, kurze Wege und rasche sowie nachvollziehbare Entscheidungen auszeichnet. Zahlreiche Infrastrukturprojekte in den Salzburger Gemeinden konnten seither wieder auf Schiene gebracht werden.

Verkehr

Die besondere geografische Situation Salzburgs stellt eine der größten Herausforderungen für die Landespolitik dar. Die ÖVP Salzburg kann auf eine Vielzahl von Erfolgen verweisen. Zu den Kernpunkten zählen das Landesmobilitätskonzept von Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer und die Wiedererrichtung der Pinzgaubahn. Ohne seinen unermüdlichen Einsatz gäbe es die Pinzgaubahn nicht mehr.

Die Streichung von Infrastrukturprojekten aus dem Verkehrsrahmenplan hat auch in den Bezirken zu Protesten geführt. Die ÖVP Salzburg hat ihre Rolle als „Volkspartei" wahrgenommen und für Verbesserungen der Straßen- und Schieneninfrastruktur gekämpft: Der Einsatz gegen Stau und schlechte Verkehrsanbindungen, für die Bahnverbindung am Pass Lueg, den NAVIS-Nordost-Ast (S-Bahnverbindung von der Landeshauptstadt in den Flachgau und ins angrenzende Oberösterreich) sowie die Regionalstadtbahn ziehen sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der ÖVP Salzburg.

Ermäßigte Tickets wurden aus den Ressorts von Wilfried Haslauer und Landesrätin Doraja Eberle finanziert. Schüler und Lehrlinge im Alter von 16 bis 19 Jahre fahren in Zukunft in Salzburg zum halben Preis.
Äußerst positiv wurde von der Bevölkerung das Verkehrskonzept im Tennengau aufgenommen, wo es höchst attraktive Angebote für Mitarbeiter von Unternehmen gibt, die den Umstieg vom Privatauto auf die Öffis unterstützen, sowie für Gäste, die in den Zentralraum fahren wollen (1-Euro-Ticket).

Die Pinzgaubahn – mehr als nur ein Verkehrsmittel

Wie kaum ein anderes Projekt hat die Pinzgaubahn die Verkehrspolitik des Bundeslandes in den vergangenen vier Jahren beherrscht. Erst durch das Verkehrsressort die Rettung der Bahn vor dem Zusperren, dann der Rückschlag durch das verheerende Hochwasser im Oberpinzgau und die damit verbundene Kürzung der Strecke bis Mittersill und schließlich das Erreichen des Ziels von Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer: Die Pinzgaubahn bleibt nicht nur in ihrer

vollen Länge erhalten, sie wird vom Land übernommen, von der Salzburg AG betrieben und darüber modernisiert. Es ist dem Einsatz der ÖVP Salzburg zu verdanken, dass die „Pinzgauer Lokalbahn" damit attraktiver denn je gemacht werden kann.

Wirtschaft & Tourismus

Wirtschaftsförderung NEU

Die ÖVP Salzburg hat die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes unter anderem über eine Neuordnung der Wirtschaftsförderung ermöglicht. Egal ob Gründung/Neuansiedlung/Übernahme, Unterstützungen für Klein- oder Mittelbetrieb, Impulse für die betriebliche Forschung und Innovation, die Entwicklung von Unternehmenskooperationen und Netzwerke oder auch Cluster-Projekte, die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit oder Hilfe bei der Neuansiedlung und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (WIFF – Wirtschaft fördert Familie) – es ist ein Bündel von gezielten Maßnahmen, das von Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer in Abstimmung mit den Sozialpartnern in die Wege geleitet wurde. Der „Wachstumsfonds" nimmt gezielt Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse der Salzburger Wirtschaft. Dazu kommen die Unterstützung im Tourismus und die kommerzielle Filmförderung. Damit hat die ÖVP das Land Salzburg konkurrenzfähiger im Wettbewerb mit anderen Regionen gemacht.

Salzburg in der internationalen Finanzkrise stärken

Auch der Wirtschaftsstandort Salzburg ist durch die internationale Finanzkrise bedroht. Es war Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stv. Wilfried Haslauer, der als Erster das Ruder in die Hand nahm und zum Schulterschluss der Salzburger Parteien, Sozialpartner und betroffenen Stellen einlud. Mit Erfolg: Salzburgs Industrie ist zwar vergleichsweise gut aufgestellt und die Eigentümer der Unternehmen sind vielfach regional verwurzelte Familien, die nicht beim ersten Gegenwind den Standort räumen oder Menschen kündigen. Doch es bedarf trotzdem begleitender Maßnahmen, die den Standort und die Arbeitsplätze stärken. Die ÖVP hat nicht nur die Wirtschaftsförderung auf neue Beine gestellt, sondern auch das „Salzburg Paket für Wachstum und Arbeit" geschnürt. Das Programm soll in Zukunft dazu beitragen, dass Unternehmen trotz bevorstehender weltwirtschaftlich turbulenter Zeiten sichere Arbeitgeber bleiben können. Neben Haftungsübernahmen und Qualifizierungsmaßnahmen von Beschäftigten soll u.a. auch die wirtschaftliche Stärkung der Unternehmerbasis dazu beitragen, dass neue Arbeitsplätze errichtet und bestehende gestärkt werden.

Strategieplan Tourismus

Der „Strategieplan Tourismus" konkretisiert das Wirtschaftsleitbild aus dem Jahr 2003 und soll helfen, die hervorragende Position des Tourismus im Land Salzburg im globalen Wettbewerb zu sichern. Der Strategieplan soll als Wegweiser gelten und die Vision verfolgen, Salzburg bis zum Jahr 2015 als Ganzjahresdestination zu positionieren. Ziel der ÖVP ist es, dadurch bestehende Arbeitsplätze im Tourismus zu sichern, die Unternehmen zu stärken und neue Erwerbsfelder zu erschließen.

Hochwasserschutz

Im Juli und August 2005 wurde der Oberpinzgau von katastrophalen Hochwässern heimgesucht. Die Salzach und ihre Zubringer verursachten enorme Schäden in zweistelliger Millionenhöhe.

Auf Initiative von Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer und Landesrat Sepp Eisl wurde rasch ein Gesamtkonzept für die sofortige Schadensbehebung erarbeitet. Die Sofortmaßnahmen auf rund 25 Kilometern zwischen Wald und Mittersill konnten bis Ende 2006 umgesetzt werden. Die Gesamtkosten dafür betrugen rund 10 Millionen Euro. Gleichzeitig wurden Wege gefunden, wie der Schutz durch neue Dämme und sogar Verkehrsmittel (Streckenführung der Pinzgaubahn) verbessert werden konnten. Ohne den Einsatz der ÖVP auf allen Ebenen wäre es nicht möglich gewesen, diese umfangreichen und für den Schutz der Oberpinzgauer Bevölkerung dringend nötigen Maßnahmen so rasch zu finanzieren und umzusetzen.

Chancengleichheit & ländlicher Raum

Der Kampf gegen die Schließung von Kleinschulen und Postämtern zeigte deutlich, wie sehr die Gemeinden des Bundeslandes um ihre Infrastruktur kämpfen müssen.

Raumordnung

Herzstück der Raumordnung ist das neue Raumordnungsgesetz (ROG), das unter Federführung von Landesrat Sepp Eisl in die Wege geleitet wurde. Die Stärkung der örtlichen und regionalen Strukturen dient dem Erhalt der Lebensqualität in den Gemeinden. Durch das neue ROG wird somit auch sichergestellt, dass bestehende

Arbeitsplätze erhalten und neue hinzukommen können. Das dezentrale Element wurde durch das ROG NEU gestärkt, Unternehmensansiedlungen erleichtert und vor allem der behutsame Umgang mit der beschränkten Ressource Raum betont

Pendlerpauschale des Landes – NEU

Pendler, die weiter als 25 Kilometer mit dem Kfz pendeln und eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten, bekommen auf Initiative von Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer vom Land 200 bis 380 Euro pro Jahr als Ausgleich. Daneben werden ab 2009 Käufer von Jahreskarten im öffentlichen Verkehr 20 Prozent Entlastung durch das Umweltressort erhalten. Weiters wird es für 14- bis 19-jährige Salzburgerinnen und Salzburger, die von den bisherigen Möglichkeiten nicht profitieren konnten, im öffentlichen Verkehr deutliche Vergünstigungen in Form eines Halbpreistickets geben. Schließlich sollen die Fahrgemeinschaften in Salzburg gestärkt werden. Insgesamt werden für die Maßnahmen gut drei Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die Maßnahmen unterstützen gezielt jene, die auf das Auto angewiesen sind, setzen aber auch einen klaren Akzent in Richtung öffentlicher Verkehr.

Leistbares Wohnen

Um Wohnen und Bauen gerade für junge Salzburger Familien leistbar zu machen, hat sich die ÖVP im neuen Raumordnungsgesetz dafür eingesetzt, dass wirksame Maßnahmen zur Baulandsicherung eingebaut werden. Es wird neue Vorbehaltsflächen für den förderbaren Wohnbau geben. Die Regelungen für die Vertragsraumordnung werden präzisiert – mehr Raumordnungsverträge sind das Ziel. Die Schwellenwerte für Standortverordnungen bei der Ansiedlung von Handelsgroßbetrieben werden nach Ortsgröße gestaffelt.

Zudem wurde die „SPÖ-Häuslbauersteuer" durch den vehementen Einsatz der ÖVP Salzburg auf allen Ebenen verhindert. Unter dem Motto „Leistung muss sich lohnen" hat sich die ÖVP Salzburg gleich in mehreren Ressortbereichen gegen das Antasten von Eigentum durchsetzen müssen.

Nationalparkzentrum – eine Erfolgsgeschichte vom ersten Tag an

Für eine Erfolgsgeschichte der besonderen Art trägt Landesrätin Doraja Eberle die Verantwortung: Schon im ersten Jahr kann Salzburg mit dem Nationalparkzentrum in Mittersill mehr als zufrieden sein. 115.000 zahlende Besucher haben die Einrichtung zu einer der Top-Attraktionen für Einheimische und Gäste gleichermaßen gemacht. Besonders der Familientarif werde gerne genutzt, da bei Mehrkindfamilien immer nur der Eintritt für ein Kind verlangt werde. Landesrätin Doraja Eberle hat das Projekt gegen viel Widerstand in erster Linie des Koalitionspartners durchgesetzt.

Nachhaltigkeit & Energie

Die ÖVP hat in der ablaufenden Legislaturperiode eine Fülle von budgetären, strukturellen und organisatorischen Maßnahmen für die Bürger getroffen, um Energie zu sparen bzw. Ressourcen zu schonen. Alleine im Landesbudget 2009 hat Landesrat Sepp Eisl die Ansätze für Energieeffizienzmaßnahmen und für den Einsatz erneuerbarer Energie verdoppelt. Viele Salzburger profitieren auch in Zukunft in den Bereichen Sanierung, Beratung, Förderung und Bewusstseinsbildung, die im Energieressort ausgearbeitet wurden. Für die ÖVP ist klar, dass Energiewende auch bedeutet, dass jeder Einzelne langfristig Geld sparen kann und langfristig von den Schwankungen des Ölpreises unabhängiger wird.

Sportland Salzburg

EURO 2008 – ein voller Erfolg

Der Einsatz der ÖVP Salzburg hat sich gelohnt: Salzburg konnte sich in aller Welt als Austragungsort für Sportgroßveranstaltungen etablieren. Dass sich Salzburg als besonders gut organisierter Austragungsort bewiesen hat, ist ganz besonders Verkehrsreferent Wilfried Haslauer zu verdanken, der im Vorfeld rechtzeitig veranlasst hat, dass ein umfangreiches Verkehrskonzept erarbeitet wurde, das sich bestens bewährt hat. Ähnliches gilt für die Rad-Straßenweltmeisterschaft, die für einen regelrechten Impuls im Salzburger Radtourismus gesorgt hat.

Tennis in Gastein

Das Damentennisturnier in Gastein, das im Sommer 2008 zum zweiten Mal über die Bühne ging, hat sich zu einer wertvollen Bereicherung des touristischen und sportlichen Angebots im Bundesland Salzburg entwickelt. Da gesamte Gasteinertal sowie angrenzende Orte profitieren direkt von den Nächtigungen rund um das internationale Damentennisturnier.

Vorbereitung auf die LTW 2009

Bereits während des Wahlkampfs zur NRW 2008 erweiterte die Landesorganisation ihren Aktionsradius auch räumlich. Die „Wahlwerkstatt" in der

Wilhelmsederstraße dient seither als Organisationszentrum, Treffpunkt für Funktionäre und freiwillige Mitarbeiter und als Veranstaltungsraum. Im Garten des Hauses fand auch der Auftakt zur NRW mit BM Martin Bartenstein, den Kandidatinnen und Kandidaten sowie mit Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer statt.

Die Landesorganisation hat bisher alles in ihren Möglichkeiten Stehende unternommen, um hinsichtlich der Struktur, des Organisationsgrads und der Kommunikationswege auf Maßnahmen zur Information der Wähler für die LTW 2009 (voraussichtlich am 1. März) vorbereitet zu sein. ■

ÖVP Steiermark

Führend in Programmatik und Praxis

Die Steirische Volkspartei hat im Jahr 2007 neben der politischen Alltagsarbeit ihren Schwerpunkt auf die Programmarbeit gelegt. Dem Regierungsteam unter Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer gelangen trotz einer obstruktiven SPÖ Erfolge, die weit über die Bundeslandgrenzen hinaus Beachtung fanden.

„Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, die Steirische Volkspartei für einen fundierten, breiten Dialog über die Gestaltung wichtiger Zukunftsfragen zu öffnen. Ich bin überzeugt, dass eine politische Partei nur dann bestehen kann, wenn sie auch parteifremde Meinungen an sich heranlässt und sich mit neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungen auseinandersetzt", gab Schützenhöfer ein Motto für die Dialogplattform Modell:Zukunft:Steiermark vor, die im März in einer fulminanten Auftaktveranstaltung mit prominenten Referenten wie der Motivforscherin Dr. Sophie Karmasin und dem Philosophen Univ.-Prof. Dr. Rudolf Burger zündete.

Modell:Zukunft:Steiermark

Es folgten Diskussionen, die Aufschlüsse für die Programmarbeit der Partei ergeben sollten und österreichweit Aufmerksamkeit erregten: Pflege, Bildung, die steirische Wirtschaft, Stadtentwicklung waren die Themen.

Brandaktuellen Themen widmete sich der von Schützenhöfer und Landesgeschäftsführer Bernhard Rinner konzipierte DiensTalk. Damit gelang es, selbst parteifremde Menschen in die Landesparteizentrale am Grazer Karmeliterplatz zu locken. Ob Türkeibeitritt zur EU, Krise der Grazer Fußballvereine, Doping, Klimakatastrophe, Steuerreform oder die Finanz- und Bankenkrise, stets sorgten die prominent besetzten Podiumsdiskussionen für ein volles Haus. In Summe bekundeten über 3000 Besucherinnen und Besucher Interesse an den Diskussionsforen.

Der Weiß-Grüne Weg: Ein neues Programm für die Zukunft der Steiermark.

Die Steirische Volkspartei hat 2007 intensiv mir ihrer neuen Programmarbeit begonnen. „Der Weiß-Grüne Weg" soll, so Hermann Schützenhöfer, die Steiermark „zur lebenswertesten und innovativsten Region Europas machen". In Expertengruppen

Tätigkeitsbericht zum 34. a.o. Bundesparteitag der ÖVP

wurden als erste Schwerpunkte der Klimaschutz, die Standortstrategie und die Regionalwirtschaft thematisiert. Im Jahr 2008 folgten programmatische Arbeitsgruppen zu den Themen Familie, Arbeit und Soziales, sowie Gesundheit. Die ersten Erfolge stellten sich bereits ein: In einer österreichweit einmaligen Kooperation verpflichteten sich die Spitzenrepräsentanten der Wirtschaftskammer, der Landwirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung auf eine CO_2-Reduzierung „ihrer" Betriebe zu achten. In der Regionalwirtschaft wurde das „Schützenhöfer-Modell", Zusammenarbeit von Gemeinden in Kleinregionen, ein durchschlagender Erfolg. Mittlerweile haben sich nahezu alle Gemeinden vernetzt, um Infrastrukturprojekte kostensparend zu initiieren und im Tourismus verwertbare Marken zu schaffen.

Impuls-Tour:
Auf dem Weg zur Nummer 1!

Landeshauptmann-Vize Hermann Schützenhöfer, Landesgeschäftsführer Bernhard Rinner und das gesamte Regierungsteam der Steirischen Volkspartei traten auf einer jährlichen Bezirkstour mit allen Funktionären in Kontakt, um sie für das Ziel, bei der Landtagswahl 2010 wieder Nummer eins im Land zu werden, zu motivieren. Einer Umfrage zufolge sind mehr als 90% der Mitglieder diesbezüglich optimistisch. „Wir suchen verstärkt den Kontakt mit der Basis, um die Anliegen der Menschen erkunden zu können und die innerparteiliche Zusammenarbeit zu intensivieren", begründete Rinner diese Initiative.

Erfolgreiche Regierungsarbeit: SPÖ blamiert, ÖVP regiert!

Obwohl sich die Zusammenarbeit mit dem Regierungspartner SPÖ unter Landeshauptmann Voves schwierig gestaltete („Wortbruch" und „Tatenlosigkeit" gehören zum Tagesgeschäft des derzeit amtierenden Landeshauptmannes), gelangen dem VP-Regierungsteam beachtliche Erfolge. Die hervorragende Tourismusbilanz (Ressort Schützenhöfer), die höchste Forschungs- und Entwicklungsquote aller Bundesländer (LR Kristina Edlinger-Ploder) oder der Beschäftigungshöchststand (LR Christian Buchmann) sowie ein für die nächsten beiden Jahre ausgeglichenes Landesbudget tragen deutlich die Handschrift der ÖVP.

Mit der Einführung des flächendeckenden Gratis-Kindergartens setzte Schützenhöfer eine alle Familien entlastende Maßnahme. Zuerst hatte die SPÖ seinen Antrag im Landtag abgelehnt, als Schützenhöfer in drei steirischen Modellregionen ein Pilotprojekt ins Leben rief, lenkte sie endlich ein. Sein Vorschlag, den Pflegegeld-Regress abzuschaffen, wurde einstimmig im Landtag beschlossen. „Wir werden uns trotz der Blockade des Regierungspartners SPÖ weiterhin für die Interessen der Steirerinnen und Steirer einsetzen", will Schützenhöfer mit seinem Regierungsteam den Grundstein für den Sieg bei der nächsten Landtagswahl legen. ■

TIROLER VOLKSPARTEI

Zukunftsdialog

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Tiroler Volkspartei stand in den vergangenen beiden Jahren die Vorbereitung auf die Landtagswahl. Unter dem Titel „zukunft.tirol" haben sich Experten, Interessierte und Mitglieder in 15 Arbeitskreisen mit den wesentlichen Fragen der Zukunft unseres Landes auseinandergesetzt. Es wurden Ideen entwickelt, neue Konzepte erarbeitet und eine Vielzahl von Vorschlägen präsentiert. Die Berichte aus den Arbeitskreisen spiegeln die Vielfalt und den Ideenreichtum der Volkspartei wider. Sie zeigen die enge Verbundenheit mit dem Land, unseren „Tiroler Weg". Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, dann denken wir nicht in Jahren, sondern in Generationen. Das Ergebnis dieses Zukunftsdialoges wurde in einem großen Zukunftskongress am 4. März 2008 an der UMIT in Hall präsentiert.

Landtagswahl 2008

Das Ergebnis der letzten Landtagswahl von 2003 mit dem Erreichen der absoluten Mehrheit an Mandaten und fast 50 Prozent der Stimmen hat uns eine hohe Messlatte vorgegeben. Die Turbulenzen in der Bundesregierung mit einem drohenden vorzeitigen Ende der Koalitionsregierung ließen innerhalb der Tiroler Volkspartei die Entscheidung reifen, die Landtagswahl von Herbst auf einen Termin vor dem Sommer vorzuverlegen.

In allen Umfragen einige Wochen vor dem Termin der Landtagswahl lag die Tiroler Volkspartei bei einem Stimmenanteil von nur rund 36%. Der Abwärtstrend in den Umfragen wurde durch die andauernden Spekulationen über das eigenständige Antreten von Fritz Dinkhauser, einem „VP-Urgestein" und langjährigen Spitzenfunktionär unserer Partei noch verstärkt. Unter diesen Rahmenbedingungen war klar, dass es unmöglich wird, die absolute Mandatsmehrheit zu verteidigen, und unser oberstes Wahlziel musste deshalb lauten, eine Landesregierung ohne VP-Beteiligung zu verhindern.

Mit ganzer Kraft und vollstem Einsatz der Funktionäre und Mitarbeiter in den Gemeinden ist es gelungen, eine Trendumkehr einzuleiten, und die Tiroler Volkspartei erreichte entgegen allen Vorhersagen ein Ergebnis von 40,5%. Damit ist die Volkspartei immer noch mehr als doppelt so stark wie die zweitstärkste Gruppierung im Landtag. In den folgenden Orientierungsgesprächen mit allen im Landtag vertretenen Parteien zeigte sich, dass für eine stabile Regierung in Tirol nur die weitere Zusammenarbeit der Tiroler Volkspartei mit der SPÖ Tirol in Frage kam. Nach Abschluss der Regierungsverhandlungen leitete Landesparteiobmann LH Herwig van Staa seinen Rückzug von der Spitze des Landes ein und es wurde Bundesminister Günther Platter als Nachfolger designiert. Bei der konstituierenden Sitzung des Tiroler Landtages am 1. Juli 2008 wurden Günther Platter zum neuen Landeshauptmann und die Mitglieder der neuen Landesregierung mit LH-Stv. Anton Steixner, LRin. Dr. Beate Palfrader, LR Christian Switak, LR DI Dr. Bernhard Tilg und LRin. Patrizia Zoller-Frischauf gewählt. Landesparteiobmann Herwig van Staa wurde zum neuen Präsidenten des Tiroler Landtages gewählt.

Nationalratswahl 2008

Schon bald nach der Konstituierung der neuen Landesregierung zerbrach die Koalition auf Bundesebene und die Entscheidung zur Vorverlegung der Landtagswahl wurde dadurch bestätigt.

Die Ausgangslage für die Volkspartei war sehr schwierig. Die Landtagswahl hat den vollsten Einsatz aller Funktionäre und Mitarbeiter erfordert. Trotzdem stellten sich alle wieder zur Verfügung, um ein gutes Ergebnis zu erzielen und die regionalen Kandidat/innen zu unterstützen. Ziel für die Wahlbewegung war es, in möglichst allen Gemeinden Tirols präsent zu sein. Das wurde auch erreicht und in der kurzen Zeit wurden fast 1.000 verschiedene Veranstaltungen und Aktivitäten gesetzt.

Entsprechend dem allgemeinen Trend in Österreich ist auch das Ergebnis in Tirol ausgefallen. Die Volkspartei musste schmerzliche Verluste hinnehmen, blieb aber mit großem Abstand stärkste Partei im Land und ereichte mit 31,11% der Stimmen das drittbeste Ergebnis aller Bundesländer für die Volkspartei. Im neuen Nationalrat ist die Tiroler Volkspartei

mit vier Mandatar/innen vertreten. Bgm. Franz Hörl, Hermann Gahr und Mag. Karin Hakl waren schon bisher im Hohen Haus tätig. Neu dazugekommen ist Mag. Josef Lettenbichler für den Wahlkreis 7 C Unterland.

Tiroler Volkspartei intern

Im Herbst 2007 kam es zum Wechsel in der Geschäftsführung der Tiroler Volkspartei. Mag. Hannes Rauch übernahm die Funktion des Hauptgeschäftsführers von Georg Keuschnigg. Mag. Rauch war vorher Pressesprecher bei Innenminister Strasser und Innenministerin Prokop und auch in der Bundespartei für Kommunikation zuständig.

Im größten Tiroler Bezirk Innsbruck-Land wurde Bgm. Ewald Spiegl zum neuen Bezirksparteiobmann gewählt als Nachfolger für Gemeindeverbandspräsident Bgm. Hubert Rauch.

Nach dem Wechsel an der Spitze der Landesregierung wird für das kommende Jahr ein Landesparteitag vorbereitet, an dem auch ein neues Team an der Spitze der Tiroler Volkspartei gewählt werden wird.

Die Schwerpunkte der künftigen Arbeit liegen auf der Umsetzung des Regierungsprogramms „Programm für Tirol 2008–2013", der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 und der Vorbereitung auf die Gemeinderatswahlen im Jahr 2010. ■

VORARLBERGER VOLKSPARTEI

1. Wahlen

Bei der **Nationalratswahl** im September 2008 erreichte die ÖVP in Vorarlberg 31,3 Prozent, die SPÖ 14,1 Prozent, die FPÖ 16,1 Prozent, die Grünen 17,2 Prozent und das BZÖ 12,8 Prozent. Dieses wenig erfreuliche Ergebnis führte zum Verlust eines Nationalratsmandates, womit die ÖVP-Vorarlberg nun noch zwei Nationalratsmandate hat.

2. Auslandskontakte

Neben regelmäßigen Auslandskontakten des Landeshauptmannes, der Landesregierung und des Landtagsklubs der Vorarlberger Volkspartei fanden wiederum die jährlichen Begegnungen im Rahmen der internationalen Bodenseetagung christlicher Politiker statt. Bei diesen Treffen werden neben der Diskussion der entsprechenden Sachthemen vor allem auch internationale Kontakte und neue bzw. bestehende Freundschaften mit unseren Nachbarn gepflegt und weiter ausgebaut.

Das diesjährige Treffen fand in Vorarlberg unter dem Motto: „Umweltbewusste Regionen, energiesparende Länder" statt. Als Hauptreferent konnte Vizekanzler aD. Josef Riegler gewonnen werden, der zum Thema „Weltweite ökosoziale Marktwirtschaft als Chancen für vitale Regionen" referierte.

3. Politische Aktionen und Schwerpunkte

Mit der Aktion „Lebensraum Vorarlberg. Mitleben. Mitreden" ist die ÖVP-Vorarlberg im September 2007 in einen breiten Diskussionsprozess mit der Vorarlberger Bevölkerung eingetreten, um die Weichen für die Zukunft Vorarlbergs zu stellen und die Meinungen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger in das Zukunftsprogramm mit einfließen zu lassen.

Um möglichst viele Interessierte in Vorarlberg erreichen zu können, wurde die Befragung auf mehreren Ebenen durchgeführt:

- in Form einer Straßen-Befragungs-Aktion in Vorarlbergs Städten,
- in Form einer Internet-Plattform, bei der jede(r) Vorarlberger(in) teilnehmen konnte und die öffentlich beworben wurde
- in Form eines Fragebogens für die ÖVP-Parteimitglieder
- in Form einer landesweiten telefonischen Repräsentativ-Erhebung

Aus Sicht der Befragten ist die Aufrechterhaltung des hohen Lebensstandards sowie der ausgezeichneten Lebensqualität eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für das Land Vorarlberg. Dazu gehören sowohl die Lösung dringender Verkehrsprobleme, der sensible Umgang mit der Natur, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes als auch die Aufrechterhaltung der hervorragenden medizinischen Versorgung, Lösungen für die Betreuung und Pflege älterer Mitbürger/innen und das Thema Familie.

Die zukünftigen Schwerpunkte werden gleichermaßen auf jene Themen gelegt, die den Menschen in Vorarlberg emotional besonders wichtig erscheinen, wie auf Themen, die für die künftige Entwicklung unseres Landes im Wettbewerb der Regionen von zentraler Bedeutung sind. Einerseits werden alle wichtigen Zukunftsthemen intensiv innerhalb der Partei diskutiert. Auf der anderen Seite geht es der ÖVP Vorarlberg auch darum, zu einigen zentralen Feldern die Meinung von Experten zu hören und darüber gemeinsam mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Für die ÖVP Vorarlberg steht dabei eines ganz klar fest: Wir müssen die Herausforderungen und Problemstellungen der Zukunft rechtzeitig und vor allem offen und engagiert anpacken. Denn nur so können wir das erreichen, was wir als wichtigsten Arbeitsauftrag unserer Politik erachten: Dafür Sorge zu tragen, dass unser Land durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität den Lebensstandard und die Lebensqualität weiterhin auf dem hohen Niveau für alle aufrechterhalten kann.

Konjunktur- und Entlastungspaket des Landes Vorarlberg

Die von den USA ausgehende Finanzkrise hat sich zur stärks-

ten Belastungsprobe für das weltweite Finanzsystem in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte entwickelt. Diese Entwicklung hat auf Grund der stark exportorientierten Volkswirtschaft auch Auswirkungen auf Vorarlberg. Deshalb hat das Land frühzeitig auf die zu erwartende Entwicklung reagiert und setzt zahlreiche konjunkturfördernde Maßnahmen. Die Mehrkosten für dieses Paket belaufen sich auf rund 60 Millionen Euro, aufgeteilt in nachfrageorientierte Maßnahmen und Maßnahmen zur Entlastung der Haushalte.

Bildung und Ausbildung

Schule, Bildung und Ausbildung sind zu Recht ein traditioneller Schwerpunkt der Landespolitik. Um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, ist eine gute Ausbildung erforderlich. Die Vorarlberger Wirtschaft ist sehr stark exportorientiert. Grenzüberschreitende Zusamenarbeit im Rahmen international anerkannter Bildungsangebote und der Forschung stärken die Wettbewerbschancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die der Unternehmer.

Im neuen Kindergartenpaket haben Land und Gemeindeverband die Möglichkeit genutzt, der Bildungs- und Erziehungsarbeit im Kindergarten jenen Stellenwert zu geben, den sie verdient. So werden die Kindergartengruppen kleiner; nur noch 17 von 496 Gruppen haben mehr als 25 Kinder. Zur Erweiterung der vorschulischen Sprachförderung kommen 153 zusätzliche Pädagoginnen und Pädagogen zum Einsatz. Und auch die Öffnungszeiten sind bereits in sehr vielen Fällen ganz konkret auf Bedarfsmeldungen der Eltern abgestimmt.

Die neue Vorarlberger Mittelschule ist dieses Schuljahr an 23 Hauptschulen aus allen Bezirken des Landes gestartet. 2009/10 werden voraussichtlich weitere 15 Schulen dazukommen. Damit können wesentliche Ziele erreicht werden, nämlich eine gleichwertige Alternative zum Gymnasium sowie die Verschiebung der Schullaufbahn-Entscheidung, die für manche Kinder mit 10 Jahren relativ früh ist. Das Modell ist als offener Schulentwicklungsprozess angelegt. Für die Lehrerinnen und Lehrer der am Modell beteiligten Schulen und Kooperationsschulen gilt es nun, konkrete Umsetzungskonzepte zu erarbeiten. Schwerpunkte sind die gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie zukunftsweisende Unterrichtsformen.

Soziales

Vorarlberg ist ein Land mit hoher sozialer Besinnung. Wir wollen weiter das Netzwerk an familiärer Betreuung, ehrenamtlicher Unterstützung und beruflicher Hilfe stärken und ausbauen. Es gibt eine große Zahl von Initiativen, ca. 13.000 Ehrenamtliche und 7.000 hauptamtlich Engagierte im Sozialbereich. Unsere Aufgabe ist es zu koordinieren, Fehlendes zu ergänzen und vor allem finanziell gemeinsam mit den Gemeinden zu stützen. Die Gesamtleistung des Netzwerks ist beeindruckend und im nationalen und internationalen Vergleich führend. Diese Strukturen wollen wir weiterentwickeln.

Mit 1. Oktober 2007 erfolgte der Start für den Vorarlberger Betreuungspool, der einen wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung des Betreuungsangebotes daheim darstellt. Zeitintensive Betreuungen sollen mit qualifizierten selbstständigen Kräften abgedeckt werden. Der Vorarlberger Betreuungspool sucht und vermittelt diese Personen. Die Betreuung bezieht sich auf Tätigkeiten wie: unterstützende Tätigkeiten bei wirtschaftlichen und gesundheitlichen Interessen, Unterstützung bei der Lebensführung im Alltag, Haushaltsmanagement.

Ab 1. Jänner 2009 wird das Landespflegegeld um durchschnittlich 5 Prozent erhöht (Stufen 1 + 2 um 4,0 Prozent, Stufen 3–5 um 5 Prozent und Stufen 6 + 7 um 6 Prozent). Darüber hinaus erfolgt eine Verbesserung in der Einstufung bei schwerst und mehrfach behinderten Kindern sowie bei Menschen mit demenziellen Erkrankungen. Ab 1. 11. 2008 wird die Förderung der 24-Stundenbetreuung nach dem Vorbild Vorarlbergs von 800 auf 1.100 Euro bei unselbstständigen Betreuungskräften bzw. von 225 auf 550 Euro bei selbstständigen Betreuungskräften angehoben.

Kinder in die Mitte

Mit der Initiative „Kinder in die Mitte – Miteinander der Generationen" hat sich das Land das Ziel gesetzt, Vorarlberg noch kinder-, jugend- und familienfreundlicher zu machen. Die Bedeutung des Projektes „Kinder in die Mitte" besteht vor allem darin, dass sich nicht zuletzt am Umgang mit den Kindern die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet. Kinder, die in einer optimistischen, fördernden und liebevollen Umgebung aufwachsen, werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsene mit aller Kraft für das Wohlergehen ihrer Freunde, Familien und der Gemeinschaft einsetzen. Die Bedürfnisse der Kinder in den

Mittelpunkt zu rücken, bedeutet daher, in die Lebensqualität gegenwärtiger und künftiger Generationen zu investieren.

Für die Menschen in Vorarlberg soll es einfacher werden, eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen. Junge Menschen sollen am Gemeinschaftsleben beteiligt werden und in ihrer Verantwortung gefördert werden. Unerlässlich dafür ist ein gutes Miteinander der Generationen, geprägt durch Wertschätzung und Respekt. Vor allem Kinder und Familien, die an den Rand unserer Gesellschaft geraten sind oder gedrängt werden, bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und Förderung.

Erfolgreich kann „Kinder in die Mitte" nur dann sein, wenn sich das Bewusstsein in Gesellschaft und Politik für die Bedürfnisse unserer Jungen und Jüngsten öffnet. Langfristig geht es um eine Sicherung unserer sozialen und wirtschaftlichen Zukunft. Kindern und Jugendlichen Raum und Zuwendung zu geben, bedeutet darüber hinaus, dass eine Gesellschaft an ihre eigenen Kräfte zur Erneuerung und Weiterentwicklung glaubt. Die positive Einstellung jedes Einzelnen kann dazu beitragen, dass sich Kinder und Jugendliche in unserer Mitte wohl fühlen.

Das Projekt beginnt mittlerweile zu greifen. Mehr denn je ist Solidarität mit Kindern und Familien wichtig. Kinder brauchen Platz und Geborgenheit und wir wollen ihnen beides – soweit wir das beeinflussen können – geben. Das heißt Unterstützung der Eltern bei ihrer Betreuungs- und Erziehungsaufgabe und Ausbau der Kinderbetreuung. „Kinder in die Mitte" soll dabei als zentrale Drehscheibe dienen, um unsere Kinder stark zu machen für ihr Leben, familiennahe Dienstleistungen zu stärken und das Angebot an Kinderspielplätzen zu verbessern, um nur einige Beispiele zu nennen.

Aufbauend auf unserer starken Vorarlberger Gemeinschaft werden wir auch in Zukunft Vorarlberg menschlich und sozial ausgewogen weiterentwickeln. Gemeinsam können wir den guten Vorarlberger Weg mit Optimismus beschreiten und unser Land auch künftig international wirtschaftlich erfolgreich und in der Nähe menschlich sozial gestalten.

4. Bildung

Schwerpunkt unseres Bildungsprogramms ist die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations- und Konfliktfähigkeit. Neben einer sehr intensiven Zusammenarbeit mit der Bildungseinrichtung „Schloss Hofen" setzen wir eigene Schwerpunkte vom Rethoriktraining über effiziente Gesprächsführung bis hin zum erfolgreichen Konfliktmanagement. Abgerundet wird das Programm durch unterschiedlichste Diskussionen und Workshops. ■

Wien

ÖVP Wien

Regierungsverantwortung im Bund, Oppositionsarbeit im Land. An diesen beiden Eckpfeilern orientierten sich die Aktivitäten der ÖVP Wien seit dem letzten Bundesparteitag im April 2007. Mit Wissenschaftsminister Johannes Hahn und Staatssekretärin Christine Marek konnte die Wiener Volkspartei auch auf Bundesebene starke Akzente setzen. Gleichzeitig wurden unter der Federführung der Stadträt/innen Norbert Walter und Katharina Cortolezis-Schlager sowie des Klubobmanns Matthias Tschirf die Versäumnisse der roten Stadtregierung aufgezeigt und neue Ideen für diese Stadt präsentiert. Das „Abzocken" der Bürgerinnen und Bürger durch die Gebührenlawine der SPÖ Wien zog sich dabei wie ein roter Faden durch die Arbeit der ÖVP Wien und wird auch bis zur nächsten Gemeinderatswahl ein Schwerpunkt bleiben. Die Nationalratswahlen 2008 brachten trotz intensiven Engagements nicht das erhoffte Ergebnis. Dass der Anteil Wiens am Bundesergebnis der ÖVP gegenüber 2006 leicht zugenommen hat, ist dabei nur ein geringer Trost.

NR-Wahl 2008 in Wien in Zahlen

- 1,1 Mio. Give-aways
- 1 Mio. Folder
- 950.000 Aussendungen
- 1100 Dreieckständer
- rund 600 Verteilaktionen mit ca. 4500 beteiligten Personen
- 48 Inserat-Schaltungen in 18 verschiedenen Medien

Politische Arbeit der ÖVP Wien im Zeitraffer

2007

- Angelobung der neuen Bundesregierung: Dr. Johannes Hahn wird Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Christine Marek Staatssekretärin im BM für Wirtschaft und Arbeit
- Norbert Walter MAS folgt Johannes Hahn als Stadtrat nach, Monika Riha zieht als neue Abgeordnete in den Landtag und Gemeinderat ein
- Mehrere Veranstaltungen „Wien kontrovers" zu den Themen Gewalt-Videos, Pflege, Klimawandel und Vereinbarkeit Familie/Beruf
- Stadtfest 2007 „Meer der Ideen"
- Kampagne gegen die SP-Gebührenlawine in Wien, u.a. Verteilaktion „30 Minuten gratis parken"
- Kampagne „Ausbau der Musikschulen in Wien"
- Beschluss der bildungspolitischen Leitlinien der ÖVP Wien
- Kampagne/Verteilaktion „Schule bunt"
- Erntedankfest
- Lichterlfest am Donaukanal
- Stadtplanung: Was kann Hamburg, was Wien nicht kann
- Kampagne „Die Abzocker bei der Arbeit" (Kritik an SPÖ-Gebührenlawine)
- Kampagne „Schluss mit langen Wartezeiten auf Operationen"

2008

- Kampagne „Eigentum und Sicherheit"
- Kampagne „Mehr Zuhören, Wien zuliebe"
- Sebastian Kurz wird neuer Obmann der Jungen ÖVP Wien
- Erstwählerbrief verbunden mit einem Gratis-Zeitungsabonnement
- Kampagne „ÖVP Wien macht mobil" (Umsetzung des neuen Mobilitätskonzepts der ÖVP Wien)
- Mobiles Bürgerservice – Container 21 – Container der Ideen
- Stadtfest 2008 „Wien erforschen" (25-Jahr-Jubiläum)
- Kampagne „ÖVP Wien am Ball"
- Aktion Ruhepol/Alternative zur EM 08
- Unterschriftenliste „Gebührenstopp für Wien"
- Abzocker on Tour
- Aktion „Sommer – Sonne – Haut" bzw. „Schützen Sie sich vor zu viel Rot"
- Gertrude Brinek wird Volksanwältin
- NR-Wahl 2008
- Kampagne gegen Preiserhöhungen bei Strom und Gas

Politische Akademie der ÖVP

Aus modernpolitics wird PolAk

Die Politische Akademie tritt seit Herbst 2008 unter einem neuen Namen auf: Aus modernpolitics wird PolAk. Inhaltlich konzentriert sich die PolAk künftig auf ihr Kerngeschäft: Mitglieder- und Funktionärsschulung sowie Platz zu schaffen für die Analyse und Diskussion politischer Themen. Diese zwei Pfeiler der PolAk werden künftig durch die „Kaderschmiede" und die „denkfabrik österreich" symbolisiert.

Äußeres Zeichen der Neupositionierung der PolAk ist die Überarbeitung der Corporate Identity. Ein neues Logo, die Überarbeitung der Homepage und der wöchentliche Newsletter sind sichtbare Zeichen dieser Neupositionierung.

Die Kaderschmiede ist das Schulungs- und Ausbildungszentrum der Politischen Akademie. Mit einem breiten Aus- und Weiterbildungsangebot ist die Kaderschmiede der erste Ansprechpartner für alle Menschen mit christdemokratischer Wertehaltung und für alle politisch interessierten Staatsbürger, die sich weiterbilden wollen.

Die Kaderschmiede ist serviceorientiert, sie geht auf die Wünsche und Anregungen von politisch Interessierten ein und entwickelt mit und für ihre Kunden ein maßgeschneidertes Fortbildungsprogramm. Die Kurse und Lehrgänge sind speziell auf die Anforderungen der politischen Basisarbeit zugeschnitten und basieren auf den neuesten methodischen, didaktischen und pädagogischen Erkenntnissen.

denkfabrik österreich: 2006 hat in der ÖVP der sogenannte „Perspektivenprozess" begonnen. Zahlreiche Perspektivengruppen beschäftigten sich mit der Frage, wo unsere Gesellschaft steht und wohin wir gehen. Die „denkfabrik österreich" führt diesen grundsatzpolitischen Vordenkprozess auf Wunsch des Leiters der Perspektivengruppe Josef Pröll weiter und gibt den Perspektivengruppen eine neue Heimat. Die „denkfabrik österreich" beschäftigt sich daher mit der Weiterentwicklung der christdemokratischen Programmatik und der Umsetzung politischer Konzeptionen in die Praxis. Das „Nachdenken" über gesellschaftspolitische Prozesse abseits des tagespolitischen Geschäftes ist natürlich nicht entkoppelt von der tagespolitischen Situation, aber es sind Denkansätze, Ideen, Konzepte erlaubt, die über den Tag hinaussehen.

In der Veranstaltungsschiene der denkfabrik starten wir unsere Länderoffensive. Ab sofort besuchen wir mit unseren Veranstaltungen auch die Bundesländer.

Neue Corporate Identity – Die PolAk bekommt ein neues Gesicht

Um die Neupositionierung der Akademie auch optisch auf einen Blick zu vermitteln, hat die Politische Akademie eine neue Corporate Identity entwickelt. Neben einem neuen Logo werden auch der Akademienewsletter, die Homepage sowie die Drucksorten grafisch neu gestaltet.

Die neue Dachmarke der Politischen Akademie:

PolAk

Politische Akademie der ÖVP

Die beiden Hauptaufgaben der Akademie, Weiterbildung und Grundlagenforschung werden durch die beiden Wortmarken Kaderschmiede und Denkfabrik repräsentiert.

kaderschmiede
politische akademie

denkfabrik österreich
politische akademie

Halper neuer Akademieleiter

Dr. Dietmar Halper ist seit 1. 2. 2008 der neue Direktor der PolAk. Dietmar Halper wurde 1969 in Oberwart, Burgenland, geboren. Halper verkörpert die zwei Säulen der PolAk: als leidenschaftlicher Gemeindepolitiker und langjähriger ÖVP-Landesgeschäftsführer ist ihm die „Kaderschmiede" und der Kontakt zur Basis ein besonderes Anliegen, der promovierte Jurist fühlt sich aber auch in der „denkfabrik österreich" beim Planen, Forschen und Schreiben sehr wohl.

Denkfabrik 2008

Denkfabrik Österreich: Familie zwischen Gestern und Morgen
Politische Akademie der ÖVP, Wien
4. 6. 2008

Am 4. 6. 2008 startete die Politische Akademie der ÖVP die Denkfabrik Österreich.
Als ein Ergebnis der Perspektivengruppe schafft die Politische Akademie mit der denkfabrik Raum für Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen, die unseren Alltag und unsere Zukunft bestimmen. Zum Auftakt diskutierte die denkfabrik österreich die Zukunft der Familie. Gesucht wurde die Formel für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der den Stellenwert der Familien verbessert und Familien künftig sowohl finanziell als auch ideell besserstellt.

Dir. Dietmar Halper, BM Josef Pröll, StS Christine Marek, Martina Kronthaler, GS Aktion Leben, Hans Bertram und Akademie-Präs. Werner Fasslabend bei der Eröffnung der Denkfabrik Österreich.

Denkfabrik Österreich: Familien. Zukunft. Sichern.
T-Mobile-Haus, Wien 22. 9. 2008

Auf Einladung der Denkfabrik Österreich diskutierte CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen gemeinsam mit Vizekanzler Wilhelm Molterer und Staatssekretärin Christine Marek die Familienoffensive der ÖVP. Fazit: Familien nachhaltig zu entlasten, Mut zum Kind zu machen, Jungfamilien finanziell abzusichern und neue Väter- und Mütterrollen in der Gesellschaft zu verankern, sind die neuen Leitlinien christdemokratischer Familienpolitik.

VK Wilhelm Molterer, StS Christine Marek, Familienministerin Ursula von der Leyen und Joachim Burger von T-Mobile präsentierten das Familienentlastungspaket der Volkspartei.

Grundsatzpolitik hautnah mitentwickeln – Arbeitskreise für Interessierte
Die ideengeschichtliche Heimat der ÖVP besitzt von Anfang an christlichsoziale, liberale und konservative Wurzeln. Alle drei Wurzeln haben zur Entwicklung der ÖVP im Sinne einer echten Volkspartei beigetragen. Diese drei Wurzeln werden auf der Politischen Akademie in Arbeitskreisen mit neuem Leben erfüllt. Im Arbeitskreis „liberale Positionen" , im Arbeitskreis „konservative Positionen" sowie im Arbeitskreis „christlichsoziale Positionen" wird christdemokratische Politik weiterentwickelt und dem Praxistest unterzogen.

Die Politische Akademie will sich mit den Arbeitskreisen als geistige Heimstätte für prononcierte Vertreter aller drei ideologischen Wurzeln (konservativ, christlich-sozial und liberal) etablieren. In den Arbeitskreisen werden vor allem fachspezifische Themen von besonderer Bedeutung für diese ideologischen Positionierungen erarbeitet (etwa liberal – Wirtschaftspolitik; konservativ – Sicherheitspolitik; christlichsozial – Sozialpolitik).

Angewandte Forschung für die Bundespartei
Die Denkfabrik Österreich hat während der Monate August und September 2008 die gesamte politische Berichterstattung mit einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse untersucht, um die Objektivität des öffentlich rechtlichen Rundfunks und die Ausgewogenheit der politischen Berichterstattung zu überprüfen. Täglich wurden die Sendungen ZIB 1, ZIB 2, ZIB 20, ZIB 24 sowie die 3 ZIB FLASHs codiert und bewertet. Wöchentlich wurden Thema, Report, Hohes Haus, Pressestunde und Im Zentrum analysiert. Auch die 12 Wahlkampfrunden anlässlich der Neuwahl wurden dokumentiert und analysiert. Jede Sendung wurde in einer zentralen Datenbank erfasst. Insgesamt wurden rund 480 Sendungen des ORF angesehen und ausgewertet.

Fachtagung: Der 28.September Ursachen und Konsequenzen.
18. 11. 2008

Die Nationalratswahl 2008 habt herbe Verluste für die ÖVP gebracht. Die Politische Akademie untersuchte mit namhaften Experten die Ursachen der bitteren Niederlage und sucht nach neuen Wegen. Der Politologe Peter Filzmayer, der Politikberater Rainer Nick, die Demoskopen Rudolf Bretschneider und Franz Sommer, der Journalist Claus Reitan, die Werber Luigi Schober und Florian Krenkel, der New Media Experte Max Kossatz sowie die Neuromarketing-Spezialistin

Cindy Luisser analysierten die Wahl 08 aus verschiedenen Blickwinkeln und skizzierten neue Wege für kommende Wahlkämpfe.

Publikationen

Österreichisches Jahrbuch für Poltitik
31 Jahre Politik auf einen Blick auf einen Klick

Ab sofort steht der Klassiker der österreichischen Politik und Zeitgeschichte digital für alle Abonnenten zur Verfügung. Also: 31 Jahre Politik auf einen Blick mit einem Klick, auf rund 25.000 Seiten, von mehr als 1.000 Autoren aufgearbeitet, einsehbar unter *www.oejp.at*.

Jahrgangsband 2006
Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Burkert-Dottolo, Günther/Karner, Stefan (Hrsg.)
Verlag für Geschichte und Politik, Wien – Oldenbourg Verlag, München

Jahrgangsband 2007
Khol, Andreas/Ofner, Günther/Halper, Dietmar/Karner, Stefan (Hrsg.)
Böhlau Verlag, Wien – Weimar

Edition Noir

Die neue Grundsatzpolitische Reihe der Politischen Akademie, die Edition Noir, wird abwechselnd Funktionärshandbücher und grundsatzpolitische Debatten edieren. Zum Start der Serie wurden für die Christdemokratie wichtige Vordenkerinnen portraitiert.

Danich, Peter/ Halper, Dietmar/ Moser, Christian Sebastian/Wappel, Carmen (Hg.)
Stichwortgeberinnen
14 Portraits erfolgreicher Frauen aus Politik und Wirtschaft.

Danich, Peter/ Halper, Dietmar/ Moser, Christian Sebastian: (Hg.)
Schlüsselbegriffe der Demokratie
Böhlau 2008, erscheint im November 2008.

Der Band analysiert zentrale Begriffe der zeitgenössischen politischen Debatte, wie etwa Soziale Gerechtigkeit, Säkularität, Nachhaltigkeit, Soziallehre, Mittelstand, ... Jeder Beitrag dient dem Leser als leicht verständlicher Einstieg in das betreffende Thema. Mit den Schlüsselbegriffen verschaffen wir allen Politikinteressierten das Instrumentarium für einen einfachen Zugang zu den strategisch entscheidenden Politikfeldern der Gegenwart.

Politik für die Westentasche (Reihe)

Mit dieser Reihe stellen wir eine benutzerfreundliche Unterlage zu aktuellen Themen in kurz gefasster Form zur Verfügung. Sie finden darin eine Einführung in das Thema, Daten, Fakten, Argumente, Begriffserklärungen und einen Serviceteil.

Wahlkampfrecht von A–Z
Mit Übersicht über die Wahlrechtsreform 2007
2. Auflage, 90 Seiten, Eigenverlag der Politischen Akademie, Wien 2007

Reihe „Aktuelle Fragen der Politik"
Band 7

Peter Danich/Christian Moser (Hrsg.)
Stichwortgeber für die Politik, Teil II
194 Seiten, Eigenverlag der Politischen Akademie, Wien 2007

Forschung

Peter Danich/Bernhard Moser (Hrsg.)
Soziale Gerechtigkeit als Auftrag der Christdemokratie
84 Seiten, in Kooperation mit dem ÖAAB, Eigenverlag der Politischen Akademie, Wien 2007

Kaderschmiede 2008

Kooperation mit Bundespartei, Landes- und Teilorganisationen der ÖVP

VP fit 2008

In unserer schnelllebigen Zeit ist auch die Politik der ÖVP ständig mit neuen, spannenden Themen- und Aufgabenfelder konfrontiert. Die Politische Akademie der ÖVP sieht ihre Rolle als Bildungshaus daher auch darin, Funktionäre und Mandatare aller Ebenen sowie an der ÖVP und ihrer Politik interessierte Menschen über aktuelle Entwicklungen, Entscheidungen und Herangehensweisen so schnell und umfangreich wie möglich zu informieren.

Dies wurde im Rahmen von unterschiedlichen Veranstaltungen, Schulungen und mittels Publikationen versucht. Auch die richtige Herangehensweise an einen Wahlkampf à la ÖVP und die richtige Vermittlung von ÖVP-Inhalten wurde im Rahmen dieses Projektes durch Ausbildungen und Schulungen gelehrt.

Führungskräftelehrgang

Die Führungskräfte aus der Bundespartei wurden mit dem nötigen aktuellen Know-how für ihre Herausforderungen ausgestattet, ihnen wurde die Möglichkeit zur persönlichen Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch gegeben. Die erlernten Tools sollen zu mehr Professionalität in der tägliche Arbeit, zum effizienteren Einsatz der Ressourcen, zum besseren Umgang mit Problemsituationen und letztlich zu mehr Erfolg des gesamten Unternehmens bzw. der Abteilungen beitragen.

Kooperation mit den ÖVP-Landes- und Teilorganisationen

Gemeinsam mit allen Landes- und Teilorganisationen der ÖVP sowie besonderen Zielgruppen wurden im Berichtszeitraum regionalisiert vielfältige Themen abgedeckt; von der Basis- bis zur Spitzenausbildung, vom Kommunikationstraining bis hin zu politischem Coaching.

Im Berichtszeitraum waren das neben den Landes- und Teilorganisationen:

- ÖVP-Parlamentsklub
- Schüler/Schülervertreter/innen (Schülerunion)
- Studenten/Studentenvertreter/innen
- MittelschülerKartellverband
- Österreichischer Cartellverband
- Lehrer/innen (ÖPU)
- „ProPatria"
- Fraktion Christlicher Gewerkschafter

Kommunalpolitische Seminare

Insgesamt fanden bzw. finden im Berichtszeitraum 25 eintägige Seminare für die Zielgruppe der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker statt.

Die Seminare sollten dazu dienen, Menschen, die sich für ihre Gemeinde oder ihre Stadt engagieren, fit zu machen für die ständig wachsenden Herausforderungen auf kommunaler Ebene.

Stadtpolitischer Austausch

Neben den eintägigen Seminaren und Schulungen für Kommunal- und Stadtpolitiker an der Politischen Akademie fanden auch spezifische Themen- und Netzwerkveranstaltungen für diese Zielgruppe statt.

www.gemeindepolitik.at

Für die Zielgruppe der Kommunal- und Stadtpolitiker wurde die Internetplattform *www.gemeindepolitik.at* aufrecht erhalten. Das im Frühjahr 2007 gestartete Subprojekt ist sehr gut angelaufen. Mit Jahresende 2008 wird es rund 500 registrierte Mitglieder geben, die sich rege am Informations- und Erfahrungsaustausch auf der Web 2.0 basierten Plattform beteiligen.

Persönlichkeitsentwicklung, Kommunikation/Kommunikationstraining

Neben einem anspruchsvollen politischen Weiterbildungsprogramm wurde Bewährtes weitergeführt, wie z.B. die Standardseminarreihe „Politisches Kommunikations- und Verhaltenstraining". Einige der weiterführenden Angebote (Auswahl):

1. Interkulturelles Handlungstraining für Kommunalpolitiker/innen
2. Politische Rhetorik – mein politischer Auftritt
3. Lösungsorientiertes Konfliktmanagement
4. Argumentations- und Diskussionstraining
5. Professioneller Umgang mit (Print-)Medien
6. Zeitmanagement – Selbstmanagement
7. 4-D: Debatte, Diskussion, Diskurs, Dialog, Kraftvolle Sprache

Frauenpolitik

Frauenbildungsoffensive

In den Jahren 2007 und 2008 hat die Politische Akademie wieder österreichweit ein Rufseminarsortiment speziell für Frauen angeboten.

Ziel war es, den Frauen weiterhin eine günstige Gelegenheit zu bieten, sich in einem angenehmen Rahmen neue Fähigkeiten für das politische Engagement anzueignen und bereits Gelerntes zu festigen.

Mit der Frauenbildungsoffensive wird ein Schritt in Richtung politischer und gesellschaftlicher Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen gemacht.

Jugendpolitik

Jugendbildungsoffensive

Die Politische Akademie hat in den Jahren 2007 und 2008 in ganz Österreich Rufseminare speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen angeboten.

Die Seminare der Jugendbildungsoffensive sollen Hilfe bei ersten Schritten in die Politik und beim Engagement in der Öffentlichkeit geben. Darüber hinaus sollen sich Jugendliche noch mehr als bisher gegenseitig

vernetzen lernen und unterstützen, Berührungsängste ab- und Selbstbewusstsein aufbauen.

Jugend-Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden Themen- und Informationsveranstaltungen speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen bzw. zu „Jugendthemen" statt, um die Bildungsinteressen und Ziele der Jugend in Zukunft bestmöglich politisch zu diskutieren und zu artikulieren.

Trainer/innen

Politische Trainergrundausbildung

Aus- und Weiterbildung spielt in der Zeit des „Lebenslangen Lernens" eine zentrale Rolle, besonders für Politiker/innen bzw. Parteimitarbeiter/innen. Dazu bildet die Politische Akademie regelmäßig politische Trainer/innen aus, die dann bundesländerweit eingesetzt werden. So fand im Berichtszeitraum für die Bundesländer Kärnten, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg eine **Ausbildung zum/zur Verhaltens- und kommunalpolitischen Trainer/in** statt.

Die Ausbildung bestand aus folgenden Modulen:

Assessment-Center

Modul 1 – Moderation und Präsentation

Modul 2 – Gruppenprozesse/Konfliktlösung/Trainer-Teilnehmer-Beziehung

Modul 3 – Mein Selbstverständnis als Trainer/in der ÖVP

Modul 4 – Werkzeuge des Trainers

Modul 5 – Strategische Politikberatung

Modul 6 – Seminardesigngestaltung/Abschluss und Diplomierung

Trainerweiterbildung

für ausgebildete und aktive Trainer/innen:

Der politische Auftritt

Teamentwicklung aus neuer Perspektive

Spezialausbildung zur Europa-Wahl 2009

Spezialausbildung „Werte und Politisches Grundsatzprogramm"

Spezialausbildung zum Großgruppentrainer/in

Neue, interaktive Methoden für kleine und große Gruppen im Trainingsbereich

Europapolitik und Internationales Netzwerk

Die vormalige Abteilung „Außenpolitik und Internationale Netzwerke" wurde Anfang 2008 in „Europapolitik und Internationale Netzwerke" umbenannt. Damit wird der Schwerpunktbildung der „europäischen Innenpolitik" Rechnung getragen. Diese „europäische Innenpolitik" hat durch Diskussionen in Österreich und in der gesamten EU über die Zukunft der Union vor allem in Hinblick auf die Europawahl 2009 stark an politischer Relevanz gewonnen.

Seminarhotel Springer-Schlössl

Nach einem erfolgreichen Relaunch 2007 konnte das Seminarhotel Springer-Schlössl seit dem Geschäftsjahr 2007 eine sehr positive Bilanz legen, was sich – soweit heute absehbar – 2008 trotz vieler notwendiger Investitionen fortsetzen wird. Alle Zimmer wurden auf einheitlichen höheren Standard ausgebaut; ebenso wurde die Qualität der Dienstleistungen entsprechend angehoben. Das Unternehmen, das als Seminardienstleister bevorzugt der ÖVP zur Verfügung steht, gehört als Seminarhotel in Wien mittlerweile zu den beliebtesten Standorten. Eine große Zahl renommierter Firmen aus Wien, aber auch aus den Bundesländern nützt in hohem Ausmaß die Vorzüge unserer Seminarräumlichkeiten.

Anlässlich der „EURO 2008" wurde im Fanzonen-Bereich vor dem Wiener Rathaus ein Getränkestand betrieben, wobei sich das Springer-Schlössl bei der Bewerbung gegen zahlreiche renommierte Konkurrenzbetriebe durchsetzen konnte.

Mehrmals wurde das Seminarhotel Springer-Schlößl anlässlich der Symposionline-Award-Verleihung zum besten Seminarhotel Wiens gekürt.

Direktor: Mag. Peter Danich
Tel.: +43/1/814 20 – 49
F.: +43/1/814 20 – 30
E-Mail: office@springer-schloessl.at

Vorstand der Politischen Akademie

Präsident Dr. Werner Fasslabend; GS Abg.z.NR Werner Amon; GS Heinz Becker; VPräs. Elisabeth Gehrer; Dir. Dr. Dietmar Halper; Dir. DI Fritz Kaltenegger; VPräs. Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner; GS Abg.z.NR Karlheinz Kopf; Roman Kunyik; VPräs. StS Abg.z.NR Dr. Reinhold Lopatka; GS DI Hannes Missethon; BGF Michaela Mojzis; Mag. Elmar Pichl; GS Bernadett Thaler; Bundesleiterin Maria Rauch-Kallat; KO Dr. Wolfgang Schüssel; KO LAbg. Mag. Michael Strugl; LGF Norbert Walter, MAS ■

Gesamtübersicht

	2007	2008
Veranstaltungen	339	334
Teilnehmer	6877	8646

Karl von Vogelsang-Institut

Das Karl von Vogelsang-Institut ist eine wissenschaftliche Institution, die sich mit der historischen Aufarbeitung der jüngeren österreichischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung christdemokratischer Parteien beschäftigt.

Dieser Thematik widmen sich wissenschaftliche Veranstaltungen und Symposien, die vom Institut durchgeführten Forschungsprojekte, seine Publikationstätigkeit sowie das Archiv und die Bibliothek. Das Wissen um historische Zusammenhänge bildet eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der politischen Herausforderungen der Gegenwart.

Politische Handlungsabläufe können nur in einem historischen Kontext richtig verstanden und interpretiert werden und politisches Gestaltungspotential bedarf als Voraussetzung das Wissen um die Ursprünge und Wurzeln der eigenen Identität. Gerade die europäischen Entwicklungen seit 1989 haben drastisch gezeigt, wie sehr die Staaten in der Mitte Europas historischen Bedingtheiten verhaftet sind und von ihrer Vergangenheit eingeholt werden können.

Das Karl von Vogelsang-Institut sieht es als eine wesentliche Aufgabe, den wissenschaftlichen Kontakt zu anderen Gesellschaftswissenschaften herzustellen sowie den Dialog zwischen Zeitgeschichte und Politik zu fördern. Diesen Schwerpunkten wird das Institut durch Seminare, Veranstaltungen, wissenschaftliche Vorträge sowie Publikationen gerecht. Das regelmäßig erscheinende Jahrbuch „Demokratie und Geschichte" legt alle zwei Jahre eine wissenschaftliche Bilanz der Tätigkeit des Instituts. Die Forschungs- und Seminarprojekte, die das Institut durchführt bzw. anbietet, erfolgen nach wissenschaftlichen Kriterien und stehen unter der Leitung des Historiker-Arbeitskreises des Instituts, in dem Historiker, Archivare und Universitätslehrer aus ganz Österreich vertreten sind.
Das Karl von Vogelsang-Institut verwaltet das umfangreichste und bedeutendste Archiv zur Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich. Es umfasst das Parteiarchiv der Österreichischen Volkspartei, Teile des Parteiarchivs der Christlich-Sozialen Partei sowie weitere zahlreiche Bestände und Nachlässe, beginnend von Karl von Vogelsang bis zu Altbundeskanzler Josef Klaus.

Veranstaltungen (in Auswahl):

Das Wiener Landesgericht. Ein Gedächtnisort der nationalsozialistischen Verbrechen.
10. Dezember 2007, Politische Akademie, 150 Teilnehmer
Referent Dr. Johannes Schönner.

Das Wiener Landesgericht fungierte in den Jahren zwischen 1938 und 1945 als Gefängnis sowie als Hinrichtungsstätte u.a. für Widerstandskämpfer und aus anderen Gründen politisch Verfolgte. Während der nationalsozialistischen Diktatur wurden im Landesgericht vor allem gegen politische Häftlinge der unterschiedlichsten ideologischen Ausrichtungen Prozesse geführt und mehr als 1300 Menschen hingerichtet.

An keinem anderen Gedächtnisort der nationalsozialistischen Verbrechen in Wien wurden vergleichbar viele politisch Verfolgte zu Todesopfern des NS-Terrors. Das Wiener Landesgericht kann zu Recht als ein Haus mit Geschichte bezeichnet werden. Es ist ein österreichischer „lieu de memoire".

Der Vortrag von Johannes Schönner verstand sich als Auftaktveranstaltung des Karl von Vogelsang-Instituts im Hinblick auf das Jahr 2008, an dem sich der siebzigste Jahrestag des „Anschlusses" jährt.

Johannes Schönner ist Leiter des Archivs des Karl von Vogelsang-Instituts und arbeitet seit 2004 gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands an dem Projekt „Namentliche Erfassung der politischen Opfer des Nationalsozialismus in Österreich 1938 bis 1945".

Hermann Withalm-Symposium
22. Jänner 2008, Parlament, 380 Teilnehmer
Referenten waren Präsident Dr. Mi-

chael Spindelegger, Klubobmann Dr. Wolfgang Schüssel, Karl Pisa, Univ.-Prof. Dr. Ernst Bruckmüller, Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder, Univ.-Prof. Dr. Dieter Stiefel, Univ.-Doz. Dr. Gerhard Hartmann, Heribert Steinbauer, Dr. Hannes Androsch, Dr. Helmut Wohnout, Dr. Hannes Schönner.

Das Karl von Vogelsang-Institut veranstaltete Anfang des Jahres 2008 ein ganztägiges wissenschaftliches Symposium, das sich mit der Person und dem politischen Werk Hermann Withalms beschäftigte. Interessanterweise existieren, von seinen eigenen Büchern und wenigen Überblicksaufsätzen abgesehen, keine Darstellungen, die sich in einer ausführlicheren historischen Form mit der Biographie Hermann Withalms, der doch mehr als ein Jahrzehnt zu den prägenden Persönlichkeiten der österreichischen Innenpolitik gezählt hat, auseinandersetzen.

Daher war es Aufgabe dieses Symposiums, die verschiedenen Facetten der Biographie und der Wirkungsfelder Hermann Withalms wissenschaftlich zu analysieren.

Der Zweite Präsident des Nationalrates, Dr. Michael Spindelegger, übernahm die Patronanz über dieses Syposium und ermöglichte es, die Veranstaltung im Parlament, dem wohl symbolträchtigsten Ort im Zusammenhang mit Hermann Withalm, abzuhalten.

Die Erkenntnisse und schriftlichen Beiträge dieser Veranstaltung bilden den zentralen Schwerpunkt des Jahrbuches Demokratie und Geschichte 2007/08.

Die Gründung der Republik Österreich 1918 im Spiegel christlichsozialer Parlamentsprotokolle

28. Juni 2008, Politische Akademie, 90 Teilnehmer
Referent Dr. Rudolf Jerabek

Im Zuge des Gedenkjahres 2008 stand die Gründung der Republik Österreich im Herbst 1918 und der Anteil der Christlichsozialen Partei daran im Mittelpunkt dieses Vortragsabends des Karl von Vogelsang-Instituts.
Die Christlichsoziale Partei war sowohl in der Schlussphase der k.u.k. Monarchie als auch bei der Gründung der jungen Republik ein wesentlicher Träger der politischen Verantwortung. Die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen sowie der jeweilige „Bundesländerblick" und die divergierenden Grundhaltungen der christlichsozialen Abgeordneten 1918/19 formten das Bild der Partei.
Weit davon entfernt, in den existenziellen Fragen bei der Bildung des neuen Staates eine einheitliche Linie zu vertreten, war die christlichsoziale Partei ein Spiegelbild der Ambivalenz der inneren Verhältnisse beim Übergang von der Monarchie zur Republik.

Das Karl von Vogelsang-Institut verwahrt in seinen Archivbeständen unter anderem das Parteiarchiv der Christlichsozialen Partei. Die Protokolle des Christlichsozialen Parlamentsklubs liegen in handschriftlicher Form, zumeist in Gabelsberger Kurzschrift, vor und bilden eine wesentliche, bisher weitgehend unerforschte, historische Quelle der damaligen Ereignisse. Diese Dokumente wurden erstmals im Rahmen dieser Veranstaltung von Dr. Jerabek einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

Dr. Rudolf Jerabek, profilierter Historiker und Archivar im Österreichischen Staatsarchiv, ist einer der besten Kenner dieses nur schwer erschließbaren Archivbestandes.

Forschungs- und Buchprojekte:

Namentliche Erfassung der politischen Opfer des Nationalsozialismus in Österreich von 1938 bis 1945

Das gemeinsame Forschungsprojekt des Karl von Vogelsang-Instituts und des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes versuchte, die österreichischen Todesopfer des NS-Terrors von 1938 bis 1945 zu erfassen und in Form einer Datenbank zu dokumentieren. Bewusst wandte sich dieses Projekt den Opfern zu, die aus politischen und weltanschaulichen Gründen Opfer des NS-Gewaltstaates wurden. Das Basisprojekt wurde im Jahre 2005 abgeschlossen. Das Folgeprojekt läuft bis Ende 2008.

Transnationale Parteienkooperation christdemokratischer Parteien in Europa 1965 bis 1979

Im Zentrum dieses ab 2009 beginnenden Projekts steht die Zusammenarbeit christdemokratischer Parteien in Europa von 1965 bis 1979. Dabei soll vor allem ihr Verhältnis zur europäischen Integration vor dem Hintergrund des organisatorischen Wandels von der European Union of Christian Democrats (EUCD) über die Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) bis zur European Democratic Union (EDU) untersucht werden. Besonders wird auf den österreichischen Beitrag eingegangen, weil dieser ein bemer-

kenswerter und herausragender war. Für Österreichs Christdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg war transnationale Netzwerkbildung essentiell, um einen Ausweg aus politischer Isolation und erzwungener staatlicher integrationspolitischer Enthaltsamkeit zu finden. Die ÖVP-Generalsekretäre Felix Hurdes (1945–1951) und Alfred Maleta (1951–1960) waren Vizepräsidenten der NEI (Hurdes 1948–1950, Maleta 1955–1960). Gemeinsam mit international renommierten Partnern wie der Universität Hildesheim (Deutschland), der Katholischen Universität Leuwen (Belgien), der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidl-Stiftung (beide Deutschland) versucht das Karl von Vogelsang-Institut bestehende wissenschaftliche Defizite zu schließen.

Buchprojekt

Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte
Helmut Wohnout/Martin Eichtinger (Verlag Styria)

Alois Mock zählt zu den politischen Ikonen der Zweiten Republik. Sein Name steht in einer Reihe mit Leopold Figl und Julius Raab. Durch sein zähes Eintreten für den österreichischen EU-Beitritt schrieb er Geschichte.

Die erste umfassende Biografie Alois Mocks zieht die Bilanz eines außergewöhnlichen politischen Lebens, sie basiert auf zahlreichen Gesprächen mit Zeitzeugen und Wegbegleitern sowie auf bisher unveröffentlichtem Archivmaterial der österreichischen und internationalen Politik von den 1970er bis in die 1990er Jahre. Nicht zuletzt floss auch das persönliche Erleben der beiden Autoren mit ein: Martin Eichtinger war von 1988 bis 1992 persönlicher Sekretär des Außenministers, Helmut Wohnout erlebte als Klubsekretär im ÖVP-Parlamentsklub von 1992 bis 1995 ein Stück des politischen Weges von Alois Mock mit.
Die Biographie erscheint im November 2008 im Verlag Styria.

Übernahme von Archivbeständen 2007/2008
BK a.D. Dr. Wolfgang Schüssel
Botschafter Dr. Ludwig Steiner
Dr. Gottfried Heindl
Dr. Franz Karasek
Dr. Alois Mock, Bestand Reden (Dr. Clemens Steindl)
Hans Karl Zeßner-Spitzenberg

Archiv/Bibliothek 2007/2008

Ein wesentlicher Teil der Arbeit des Karl von Vogelsang-Instituts besteht in seiner Serviceleistung. Die Dokumentationseinrichtungen des Instituts werden von Studenten, Wissenschaftlern, politisch Interessierten und auch der ÖVP sowie ihren Teil- und Landesorganisationen als „Gedächtnisspeicher" genützt. Die folgende Statistik gibt darüber anschaulich Auskunft.

Benützer insgesamt:	564
Telefonisch:	433
Im Haus:	131
Aufschlüsselung nach Häufigkeit der Benützung im Haus:	
Archiv:	96
Bibliothek:	35
Unterscheidung nach Archiv/Bibliothek-Benützern	
Parteiintern:	
Einzelne Funktionäre	31
ÖVP-Körperschaften	18
Studenten (Seminararbeiten, Diplomarbeiten, Dissertationen)	47

Verleihung des Karl von Vogelsang-Staatspreises durch Bundesminister Dr. Johannes Hahn am 25. April 2008. Neben ihm die beiden Preisträger Dr. Michael Wladika und Dr. Thomas Angerer sowie der Laudator Univ.-Prof. em. Dr. Gerald Stourzh und der Geschäftsführer des KvVI, Dr. Helmut Wohnout.

Anlässlich des Hermann-Withalm-Symposiums im Parlament, 22. Jänner 2008, begrüßt der Veranstalter Dr. Helmut Wohnout den 2. Präsidenten des Nationalrates Dr. Michael Spindelegger. Im Hintergrund der langjährige Weggefährte Withalms, Professor Karl Pisa. Links der stellvertretende Geschäftsführer des Karl von Volgesang-Instituts Dr. Johannes Schönner.

Professoren (Habilitation, Forschungsprojekte)	6
Andere Wissenschaftler (Inland und Ausland)	39
Journalisten	102
Private	321

Unterscheidung nach Suchkriterien
(geordnet nach der Häufigkeit der Anfragen)

Programmatische Grundsätze
Fragen zu Einzelpersönlichkeiten
Bild- und Fotomaterial
Plakate (Ausstellungen, Museen, Kataloge usw.)
Allgemeine historische Grundlagenforschung

Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich

Geschäftsführer
Dr. Helmut Wohnout

stv. Geschäftsführer
Meinhard Friedl, MBA

stv. Geschäftsführer, Archiv
Dr. Johannes Schönner

Leiter des wissenschaftlichen Arbeitskreises des Karl von Vogelsang-Institutes und stv. Vorsitzender des Instituts
Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder ■

FRIEDRICH FUNDER INSTITUT

"FFi"

1. Friedrich Funder Institut für Publizistik, Medienforschung und Journalistenausbildung

Das Friedrich Funder Institut ist seit 1981 erfolgreich im Bereich der (Jung-) Journalistinnen- und (Jung-)Journalistenausbildung, der Publizistik und Medienforschung tätig. In den vergangenen zehn Jahren haben wir 295 Seminare, Tagungen und Diskussionen veranstaltet, die von rund 9.000 Teilnehmern besucht wurden.

Ein neuer FFI-Vorstand (seit 27. März 2008), mit Prof CR Werner Mück an der Spitze, bemüht sich, das Friedrich Funder Institut neu zu positionieren und es als Plattform für gesellschaftlichen Dialog und journalistische Aus- und Weiterbildung in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken.

Das Ausbildungsprogramm des Friedrich Funder Institutes, das derzeit neu konzipiert bzw. erprobt wird, bietet kompakte Einstiegs-Seminare für Journalismus. In Spezialisierungs-Programmen werden Kenntnisse und Fähigkeiten über jeweils einen Fachbereich des Journalismus vermittelt.

2. Angebote des Friedrich Funder Instituts

GEHSCHULEN DES JOURNALISMUS
Redakteure von Schüler- und Jugendzeitungen lernen in unseren Grundkursen und Aufbauseminaren die „essentials" für den Gang auf dem journalistischen Parkett.

AUSBILDUNGSSTIPENDIEN FÜR JUNGJOURNALISTEN
Das Friedrich Funder Institut vergibt Stipendien für Volontariate in Tageszeitungen und elektronischen Medien, um begabten jungen Journalist/innen eine praxisnahe Ausbildung zu ermöglichen.

TRAUMBERUF JOURNALIST?
In diesem Seminar geht es in Erfahrungsberichten von und Diskussionen mit Medienprofis um die wichtigsten journalistischen Bereiche, Medienarten und Ressorts.

NEU: TV-WORKSHOPS
Seit Herbst 2008 veranstaltet das FFI in Wien-St. Marx in Zusammenarbeit dem ORF-Spartensender TW1 jeweils zweitägige Workshops. Dabei erhalten die Teilnehmer begleitend zu TV-Studioproduktionen Einblicke in alle Berufsbereiche einer TV-Produktion wie Redaktion, Regie, Ton, Licht, Kamera, Studio-Design etc. Die Gestalter der TW-Sendungen stehen den Workshop-Teilnehmern für alle berufsspezifischen Fragen zur Verfügung.

NEU: FRIEDRICH FUNDER PREIS 2008
Der FRIEDRICH FUNDER PREIS 2008 zeichnet herausragende multimediale Fähigkeiten aus. Prämiert wird die konvergente Aufbereitung eines selbstgewählten Themas zur europäischen Integration. Die eingereichten Arbeiten müssen das selbst gewählte Thema unter dem Überbegriff „Die europäische Integration" in vier Kategorien und Macharten umfassen: Print, Online, Radio, TV.

NEU: FFI-FORUM
Mit dem FFI-Forum wird eine Plattform geschaffen, die hochkarätige Diskussionsveranstaltungen zur Förderung des politischen und gesellschaftlichen Diskurses bietet. Konkret sind Streitgespräche mit wichtigen bzw. kontroversiell argumentierenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geplant sowie Diskussionen im Anschluss an Referate.

Die Nationalratswahl 2008 – eine Rückschau, Perspektive, Rolle der

Peter A. Ulram analysiert die Nationalratswahl 2008 (v. li. n. re.: CR Prof. Werner Mück, Präsident des FFI, Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram, Bereichsleiter Politikforschung, GfK Austria Marktforschung GmbH, und Ing. Mag. Peter Koren, Vize-Generalsekretär der IV)

Medien

In Kooperation mit der Industriellenvereinigung
13. Oktober 2008, Haus der Industrie
Referent: Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram

WACHAUER JOURNALISTENTAGE

XIV. Wachauer Journalistentage
(3.-6. Mai 2007)
LAND. WIRTSCHAFT
Leben
Kultur
Journalismus im Spannungsfeld von Fachberichterstattung und moderner ländlicher Lebenswelt

XV. Wachauer Journalistentage
(3.–5. Oktober 2008)
Gekauft, erpresst und abgesprochen?
Ein Plädoyer für einen unabhängigen Journalismus

3. Präsidium

Präsident: Prof. CR Werner Mück (seit 27. 3. 2008)/Prof. CR Gerald Freihofner (bis 27. 3. 2008)
Vizepräsidenten: Dkfm. Milan Frühbauer, Prof. Gerhard Vogl (bis 27. 11. 2007), Ruth Pröckl, Markus Klement (bis 27. 3. 2008), Dr. Roland Schmidl (seit 27. 3. 2008), Mag. Gerald Grünberger (seit 27. 3. 2008)
Geschäftsführer:Dr. Bernhard Moser

Wachauer Journalistentage – Arbeitskreis im Stiftsgarten

4. TEILNEHMER – ÜBERSICHT

Jahr	Veranstaltung	Teilnehmer	Volontariate (Monate)
2007	15	645	24
2008	10	748	10

Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung

INSTITUT FÜR UMWELT - FRIEDE - ENTWICKLUNG
IUFE.AT WIEN

1.Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE)

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, eine nachhaltige, sprich zukunftsfähige Gesellschaft und damit Friedenssicherung sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Das Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) wurde im Jahr 1998 gegründet und engagiert sich seit 2001 sowohl für die Veränderung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen in Richtung Nachhaltigkeit als auch für ganzheitliches Bewusst-Sein jeder/s Einzelnen. Das IUFE möchte nicht-nachhaltige Entwicklungen aufzeigen, Bewusstsein für die Notwendigkeit eines Wandels schaffen und Impulse für nachhaltige Entwicklungen setzen. Dazu müssen zunächst die globalen und lokalen (glokalen) Probleme und Interdependenzen als solche verstanden und politische Gestaltungsmöglichkeiten erkannt werden. Folglich erörtern wir die globalen Herausforderungen und Handlungsoptionen in Dialogrunden, Seminaren und Vorträgen sowie zahlreichen Gesprächen. Zudem trägt das IUFE dazu bei, den inhaltlichen Diskurs in Form von Arbeitskreisen und Fachtagungen voranzubringen. In den vergangenen Jahren konnten wir eine ständig wachsende Gruppe von Multiplikator/innen und Privatpersonen zur Teilnahme an unseren Veranstaltungen motivieren. Zur Nach- und Weiterlese werden die wichtigsten Beiträge publiziert bzw. als Artikel auf unsere Homepage gestellt.

Die Geschäftsführerin ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Forums Nachhaltiges Österreich zur Umsetzung der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie und Lektorin an der Universität Wien („Internationale Entwicklung").

2. Veranstaltungen 2007–2008

HILFE. MACHT. KONFLIKTE.
Zwischenbilanz zwei Jahre nach der Tsunami-Katastrophe in Sri Lanka
11. Jänner 2007, Dialogrunde, Julius Raab Stiftung, ab 18.00 Uhr

Themen: Herausforderungen für die Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit; Mediale Dimension; Einsatz der österreichischen Spenden; Auswirkungen der Interventionen; Eigeninteressen der Regierungen, Organisationen und Institutionen; Erfahrungen der Akteur/innen

Eröffnung: Abg.z.NR Bgm. Franz Glaser (Vorstandsvorsitzender IUFE)
Referent/innen: I.E. Aruni Yashodha Wijewardane (Botschafterin Sri Lankas); BM aD Dr. Ernst Strasser (Koordinator für die Katastrophen-Hilfe Österreichs in Südost-Asien); Mag. Maximilian Santner (Bereichsleiter Internationale Hilfe, Österreichisches Rotes Kreuz, ehem. Projektleiter Kurier Aid Austria); Helmut Voitl (Projekt Give Hope); Mag. Gudrun Kramer (Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding)
Moderation: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Kooperationspartner: Politische Akademie

Hilfe. Macht. Konflikte, 11. Jänner 2007

GLOBALE VERANTWORTUNG
Entwicklungspolitische Perspektiven und Herausforderungen von Global Governance
25. bis 26. Juni 2007, Fachtagung, Julius Raab Stiftung

Themen: Nachbarn in einer Welt; Globale Strukturpolitik; Akteure der Global Governance Architektur: Weltwirtschaft, Vereinte Nationen und Zivilgesellschaft; Beispiele, Blockaden und Perspektiven von Global Governance

Referent/innen: Prof. em. Dr. Franz Nuscheler (Institut für Entwicklung

u. Frieden), Prof. Dr. Dirk Messner (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), Prof. Dr. Bernhard Mark-Ungericht (Universität Graz), Prof. Dr. Sven B. Gareis (Führungsakademie der Bundeswehr), Prof. Dr. Tanja Brühl (Universität Frankfurt/M.), Mag. Franz Maier (Geschäftsführer des Umweltdachverbandes)
Einführung: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Moderation: Mag. Veronika Seyr
Kooperationspartner: Politische Akademie und Umweltdachverband

Globale Verantwortung, Konferenz, 25. bis 26. Juni 2007

GLOBALE VERANTWORTUNG

Entwicklungspolitische Perspektive und Herausforderungen von Global Governance

26. Juni 2007, Dialogrunde, Julius Raab Stiftung, ab 18.00 Uhr

Themen: Entwicklungspolitische Perspektiven und Herausforderungen von Global Governance; Globalisierung und Entwicklungspolitik; Internationale Beziehungen; Biodiversität; Vereinte Nationen; NGOs; Transnationale Unternehmen

Eröffnung: Abg.z.NR. Bgm. Franz Glaser
Referent/innen: Prof. Dr. Franz Nuscheler, Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Bernhard Mark-Ungericht, Prof. Dr. Sven B. Gareis, Prof. Dr. Tanja Brühl
Moderation: Mag. Veronika Seyr
Kooperationspartner: Politische Akademie und Umweltdachverband

Globale Verantwortung, Dialogrunde, 26. Juni 2007

GESCHICHTEN AUS ANDEREN WELTEN

Eine Reise nach Neuguinea und Inselmelanesien, Ostafrika, Nepal und in die Karibik

8. November 2007, Lesung in der Politische Akademie, ab 18.30 Uhr

Themen: Lesung aus „Geschichten aus anderen Welten" (Böhlau Verlag; Ö1 Hörbuch): Reiseberichte; Eindrücke aus über 20 Jahre langer Forschungstätigkeit in Neuguinea und Inselmelanesien, Ostafrika, Nepal und in der Karibik; Lesung aus „Der König von Ozeanien": Roman, basierend auf realen Ereignissen: Ein bretonischer Graf verkauft ein vermeintliches Inselparadies an zivilisationsmüde Europäer, die dort einen tragischen Tod sterben

Begrüßung: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Präsentation und Lesung: Univ.-Prof. Dr. Andreas J. Obrecht (Soziologe, Kulturanthropologe und Schriftsteller)
Kooperationspartner: Politische Akademie

Geschichten aus anderen Welten, 8. November 2007

LEBEN FÜR GERECHTIGKEIT. MENSCHENRECHTE. UMWELTSCHUTZ.

Natürliche Reichtümer als Segen oder Fluch?

30. Jänner 2008, Dialogrunde, Julius Raab Stiftung, ab 16.30 Uhr

Themen: Menschenrechtsverletzungen und der Kampf um Menschenwürde; Goldminen, Textilindustrie und Ressourcenausbeutung; gesundheitliche Risiken für Arbeitnehmer/innen; Standards für Produktion und Handel; politische Interventionen; Monitoring für Umwelt und Menschenrechte

Einführung: Dr. Michael Schaller (sustainable/Agentur für Nachhaltigkeit)
Dialogrunde: Univ.-Prof. Dr. Andreas J. Obrecht (IEZ); Dr. Christoph Grabmayr (Wirtschaftskammer Österreich); Dr. Ralf Leonhard (Foodfirst Information and Action Network/FIAN)
Moderation: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Kooperationspartner: Politische Akademie, Renner Institut, Grüne Bildungswerkstatt und FIAN

Leben für Gerechtigkeit. Menschenrechte. Umweltschutz, 30. Jänner 2008

EINE UNBEQUEME WAHRHEIT

Klimawandel – Fakten, Emotionen, Handlungserfordernisse

10. März 2008, Film und Diskussion,

Politische Akademie, ab 18.30 Uhr

Themen: Folgeschäden und Konsequenzen des Klimawandels; Klimaskeptiker und Interessen; Atomenergie; Erneuerbare Energie; Datenlage; Klimaflüchtlinge; Ökologisierung des Steuersystems

Begrüßung: Abg.z.NR Bgm. Franz Glaser
Buchpräsentation: „Nachhaltige Entwicklung und Global Governance" (Opladen: Verlag Barbara Budrich 2008), herausgegeben von Dr. Petra C. Gruber
Filmvorführung: „Eine unbequeme Wahrheit" (mit Friedensnobelpreisträger Al Gore; Regie: Davis Guggenheim; 94 min.)
Dialogrunde: Dr. Johannes Hahn (Bundesminister für Wissenschaft und Forschung), Univ.-Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb (Universität für Bodenkultur)
Moderation: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Kooperationspartner: Politische Akademie

Eine unbequeme Wahrheit, 10. März 2008

OUR LAND – OUR LIFE

Gold, Nuklearmüll und die Hüter der Natur

8. April 2008, Film und Vortrag, Politische Akademie, ab 18.30 Uhr

Themen: Landrechts- und Lebenskampf der Western Shoshone; Goldvorkommen und -abbau; Nuklearmüllendlager; Testgebiete von Nuklearwaffen; Kampf der Western-Shoshone Carrie und Mary Dann gegen die Enteignung durch die amerikanische Regierung; Zerstörung der Lebensgrundlagen und der Kultur; Menschenrechte und verbindliche multilaterale Abkommen; der Mensch als Hüter der Erde; Vernetzung und friedlicher Protest

Einführung: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Filmvorführung: „Our Land – Our Life" (Dokumentarfilm von Beth und George Gage, USA 2006, 75 min)
Vortrag: Mala Spotted Eagle (Cherokee/Shoshone, Sohn des Medizinmannes „Rolling Thunder", Vorsitzender des indigenen Kulturzentrums „Nanish Shontie" in Oregon/USA)
Kooperationspartner: Politische Akademie, Grüne Bildungswerkstatt, FIAN und proFrau

Our Land – Our Life, 6. April 2008

DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT IST BIOLOGISCH!?

Agrarpolitik. Lebensgrundlage. Menschenrecht.

21. bis 23. April 2008, Fachtagung, Julius Raab Stiftung

Themen: Mehrwert der biologischen Landwirtschaft; Perspektiven und Hemmnisse; österreichische und europäische Landwirtschaftspolitik; Agrar-Industrie und Gentechnik; biologische Vielfalt und der Nutzen von biologischer Landwirtschaft; Bio-Landwirtschaft als Weiterentwicklung der konventionellen Landwirtschaft; strukturelle Ursachen von Hunger und Armut; Recht auf Nahrung; Ernährungssouveränität und -sicherheit; Verteilungsfragen, Machtstrukturen und politische Rahmenbedingungen; Leitbild Nachhaltigkeit und Biologische Landwirtschaft

Eröffnung: Abg.z.NR Bgm. Franz Glaser und Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Referent/innen: Prof. Dr. Bernhard Freyer (Universität für Bodenkultur), Dr. Alberta Velimirov (Forschungsinstitut für biologischen Landbau), DI Elisabeth Loibl (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Josef Ortner (Biobauer), DI Hermann Pennwieser (Biobauer), DI Alois Posch (Lebensministerium), Mag. Thomas Fertl (Bio-Austria), Maria Vogt (Biobäuerin), Bundesrat Martin Preineder (Biobauer), Dr. Petra C. Gruber (IUFE), DI Gertrude Klaffenböck (FIAN), DI Werner Müller (eco-risk), DI Helmut Eder (Landwirtschaftskammer Österreich), Mag. Alexandra Strickner (Institute for Agriculture and Trade Policy, Attac Austria) und Dr. Manfred Schnitzer (BMeiA)
Moderation: DI Iris Strutzmann (ÖBV) und Dr. Ralf Leonhard (FIAN)
Rahmenprogramm – Filme: „Unser täglich Brot" (Nikolaus Geyrhalter, 2005); „Septemberweizen" (Peter Krieg, 1980); „We feed the world" (Erwin Wagenhofer, 2005)
Kooperationspartner: Politische Akademie, Bio Austria, FIAN, KOO, ÖBV-Via Campesina Austria und Slow Food Linz

DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT IST BIOLOGISCH!?

Agrarpolitik. Lebensgrundlage. Menschenrecht.

24. April 2008, Podiumsdiskussion, Julius Raab Stiftung, ab 18.30 Uhr

Themen: Biologische Landwirtschaft in Österreich; Biolandbau und Hochtechnologie; Risiken der Gentechnik; Regional, saisonal und biologisch als Idealtypus; Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit; Konsumverhalten; Zusammenhänge zwischen Produktionsbedingungen und Qualitätsmerkmalen; Biolandbau als Konzept für die Zukunft

Eröffnung: Abg.z.NR Bgm. Franz Glaser
Referent/innen: Abg.z.NR Hermann Schultes (Landwirtschaftskammerpräsident NÖ), Mag. Martin Tragler (Obmann Bio-Austria OÖ), DI Hermann Pennwieser (Biobauer), Dr. Alberta Velimirov (Forschungsinstitut für biologischen Landbau)
Moderation: Dr. Petra C. Gruber (IUFE)
Kooperationspartner: Politische Akademie, Bio Austria, FIAN, KOO, ÖBV-Via Campesina Austria und Slow Food Linz

Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch, Fachtagung, 21.–23. April 2008

AGRAR-INDUSTRIE. MACHT. HUNGER
Vandana Shiva im Gespräch mit Geseko von Lüpke
29. Oktober 2008, Politische Akademie, ab 18.00 Uhr

Themen: Gentechnik und Interessen der Agrar-Industrie; Welternährungskrise; Armutsbekämpfung durch biologische Landwirtschaft; Auswege aus der ökologischen Krise und gesellschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen
Referentin: Dr. Vandana Shiva (Indische Physikerin, Trägerin des Alternativen Nobelpreises 1993; Begründerin von „Navdanya" und Vizepräsidentin von Slow Food International)
Moderation: Dr. Geseko von Lüpke (Journalist und Buchautor)
Kooperationspartner: Politische Akademie und Slow Food Linz

Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch, Podiumsdiskussion, 24. April 2008

WACHSTUM – UMWELT – ENTWICKLUNG
Vierte Österreichische Entwicklungstagung
14. bis 16. November 2008, Universität Innsbruck

Themen: Spannungsfeld Wachstum und Nachhaltigkeit; integrierter Entwicklungsbegriff; Voraussetzungen und Reflexion von Wachstum an den Beispielen Landwirtschaft, Wasser, Agrotreibstoffe, Klima und Industrie; Akteure und Ressourcen; Umweltbelastungen; Konflikte; Präventions- und Lösungsmöglichkeiten

Informationen und Programm:
www.entwicklungstagung.at

Kooperationsveranstaltung: Paolo Freire Zentrum, Globale Verantwortung – AG für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Universität Innsbruck, Umweltdachverband, Ökobüro, Politische Akademie, Renner Institut, Grüne Bildungswerkstatt, Südwind, Komment, ÖAW/KEF und Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung

WEITERE VERANSTALTUNGSKOOPERATION

BLAUÄUGIG UND ERFOLGREICH?
Die Friedensbewegungen der 80er Jahre und das Ende des kalten Krieges
11. Oktober 2007, Vortrag, Arbeiterkammer Bildungszentrum

Vortrag und Diskussion:
Georgi Arbatow (ehem. Leiter des Institutes für Amerika- und Kanadastudien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften; außenpolitischer Berater aller Generalsekretäre von Breschnew bis Jelzin, insb. von Michail Gorbatschow)

Kooperationsveranstaltung:
Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Evangelische Akademie Wien, Internationaler Versöhnungsbund, Gesellschaft der Freunde (Quäker), Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Bundeskanzleramt, Grüne Bildungswerkstatt, Kulturabteilung der Stadt Wien MA7, Politische Akademie der ÖVP und Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung

3. ARBEITSKREISE

LEHRGANG „GLOBALE DIMENSIONEN"
Kooperationsprojekt auf Initiative der

Südwind-Agentur mit IUFE, Politische Akademie, Renner Institut, Grüne Bildungswerkstatt
Modul 2 „Globalisierung gestalten": 26./27. Jänner 2007, Salzburg
Modul 3 „Globalisierung durch globale Partnerschaften gestalten" 12./13. Oktober 2007, Salzburg

ÖVP Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit
14. Mai 2008, 10.00–16.00 Uhr, Politische Akademie
Teilnehmer/innen: LAbg. Anton Gangl (Steiermark), Abg.z.NR. Franz Glaser (IUFE/Burgenland), Dr. Petra C. Gruber (IUFE), Mag. Josef Hörmandinger (Salzburg), Mag. Florian Huber (IUFE), Abteilungsleiter HR Dr. Gottfried Krasa (Niederösterreich), LAbg. Gabi Juen (Vorarlberg), Bgm. Karl Lenz (Steiermark), Klubdirektor MMag. Markus Prenner (Burgenland), Bezirksvorsteherin Susanne Reichard (Wien), Mag. Gertraud Wiesinger (Wien) und Martin Wurglits (Burgenland)

4. VORTRÄGE UND DISKUSSIONSBEITRÄGE (PETRA C. GRUBER)

Vortrag **Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung – ein Streifzug durch Afrika, Asien und Lateinamerika** im Rahmen der Südburgenländischen Dorfakademie in Deutsch-Tschantschendorf, 19. April 2007

Referat zum Thema **Arbeit und Nachhaltigkeit** im Rahmen der Waldviertel Akademie, 26. bis 29. August 2007

Einführungsvortrag **Globale Verantwortung entwickeln** beim Lehrgang Globale Dimensionen, 12. Oktober 2007

Leitung des Workshops zum Thema **Ökosophie – Die Weisheit der Natur** im Rahmen des Symposiums „bewusstSEIN leben" vom 23.–25. November 2007 (gem. mit Prof. Anton Moser)

Vortragsreihe von NR-Abg. Franz Glaser und Dr. Petra C. Gruber in den ÖVP Landtagsklubs

Armutsbekämpfung und weltweite nachhaltige Entwicklungen

ÖVP Klub im Landtag: Niederösterreich, 14. Juni 2007; Steiermark, 9. Oktober 2007; Wien, 6. November 2007; Oberösterreich, 15. November 2007; Vorarlberg, 9. Jänner 2008; Burgenland, 28. Jänner 2008 und Tirol, 4. März 2008
Interview über die IUFE Publikation **Nachhaltige Entwicklung und Global Governance** in der Ö1-Radiosendung „Von Tag zu Tag", 28. März 2008

Hauptreferat zum Thema **Klimawandel als Ausdruck unseres nicht-nachhaltigen Lebensstils** bei einer Podiumsdiskussion des Weltladens Krems mit dem Titel „Klimawandel – was können wir tun?", 29. Mai 2008

5. PUBLIKATIONEN

Gruber, Petra C. (2007): *Global Governance – Plädoyer für eine Stärkung der politischen Gestaltungskraft und für ein individuelles Verantwortungs-Bewusstsein.*
In: Newsletter 05-06/2007 des Parlamentarischen Nord/Süd Dialogs.

Gruber, Petra C. (2007): *Nicht handeln wird teuer.*
In: Österreichische Monatshefte 06/2007

Gruber, Petra C. (Hrsg.) (2008): *Nachhaltige Entwicklung und Global Governance. Verantwortung. Macht. Politik.*
Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Huber, Florian J. (2007): *Global Governance und der Global Marshall Plan. Strategien, Kritik und Analyse.*
Saarbrücken: VDM Verlag.

Huber, Florian J. (2008): Global Governance – Lösungsweg oder Utopie? In: Gruber, Petra C. (Hrsg.): *Nachhaltige Entwicklung und Global Governance. Verantwortung. Macht. Politik.*
Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

6. PODCAST

Seit 2007 bietet das IUFE zahlreiche Vorträge von Referent/innen unserer Veranstaltungen als Audiobeiträge im Internet an. Link:
http://iufe.podspot.de

7. VORSTAND

Obmann: Abg.z.NR Bgm. Franz Glaser
Obmann-Stv.: Dr. Dietmar Halper
Kassier: Mag. Peter Danich
Schriftführer: Dr. Michael Schaller
Weitere Mitglieder: Mag. Elmar Pichl, Michaela Mojzis, MMMag. Erik Kroiher
Geschäftsführerin: Dr. Petra C. Gruber
Projektmitarbeiter: Mag. Florian Huber

Die Arbeit des IUFE wird durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten/OEZA als Hauptfördergeber ermöglicht. Seit Ende 2003 beteiligt sich auch das Lebensministerium an der Finanzierung der Aktivitäten, die zudem von der Politischen Akademie unterstützt werden. ■

Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE)

Tivoligasse 73
A-1120 Wien
T +43/1/814 20 25 // F +43/1/814 20 85
office@iufe.at // www.iufe.at

Julius Raab-Stiftung – Zentrum für Soziale Marktwirtschaft

Das Zentrum für Soziale Marktwirtschaft/Julius Raab Stiftung versteht sich als wissenschaftliche Einrichtung, die sich neben Fragen der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft insbesondere der Unterstützung von Forschungsprojekten sowie Förderung von Bildungsaktivitäten auf gesellschafts- und wirtschaftspolitischem Gebiet zum gemeinnützigen Zweck verschrieben hat. Darüber hinaus widmet sich das Zentrum für Soziale Marktwirtschaft/Julius Raab Stiftung der Verleihung von Förderungspreisen aufgrund hervorragender Verdienste um den Stiftungszweck.

Die Aktivitäten der Julius Raab Stiftung im vergangenen Jahr umfassten unter anderem die inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Stiftung, wie sie im Oktober 2007 vom Stiftungsrat beschlossen wurde, sowie die Erstellung einer Studie zur Steuerreform 2010. Die Neuorientierung hatte zum Ziel, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Im Zuge des Relaunchs der Stiftung wurden sowohl der Außenauftritt, als auch die inneren Strukturen erneuert.

Ein erster Meilenstein dieses Erneuerungsprozesses war die Erstellung einer Studie zur Steuerreform 2010, die zusammen mit führenden Expert/innen erarbeitet wurde und Vorschläge und Handlungsempfehlungen für die Reform des österreichischen Steuerrechts beinhaltet. Die „neue" Julius Raab Stiftung brachte damit einen umfassenden Vorschlag zur Steuerreform 2010 in das politische Tagesgeschehen ein. ■

KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG

1. Die kommunalpolitische Vereinigung

Die Kommunalpolitische Vereinigung versteht sich als inhaltlicher Impulsgeber sowie als Aus- und Weiterbildungsinstitution für die Kommunalpolitiker/innen der ÖVP.

Schwerpunkte:

- Thematisierung neuer Aspekte/ Trends in der Kommunalpolitik
- Political Visits in die MOEL-Staaten
- Bildungsmaßnahmen
- Publikationen
- Monitoring von Entwicklungen im Kommunalbereich, innerhalb der EU sowie den Beitrittsländern
- Individuelle Beratung für Funktionäre und Mandatare

2. Aus- und Weiterbildung

In Kooperation mit der Politischen Akademie

Workshop
Interkulturelles Handlungstraining für Kommunalpolitiker/innen (18. Jänner 2007)
Wichtige Grundinformationen aus dem Themenkomplex Interkulturalität und Gesellschaft.
Trainer: Beatrice Achaleke und Andreas Görg (Wien)

Workshop
Kreativitätstraining für kommunalpolitische Profis (9. Februar 2007)
Kreativitätstechniken, kreatives Sitzungsklima, Brainstorming, Brainwriting etc.
Trainer: Thomas Emmerling (Deutschland)

Workshop
Wir bereiten eine Zukunftskonferenz vor! (9. März 2007)
Praxisworkshop für Kommunal- und Regionalpolitiker/innen bzw. Moderator/innen.
Trainer: Ludwig Kapfer (Graz)

Workshop
Strategische Planung in der Kommunalpolitik (23. März 2007)
Erfolgspotentiale erkennen – Wählermärkte sichern. Wege für die politische Arbeit vor Ort.
Trainer: Klaus Strobl, Peter Skalicky-Weichselberger (Graz)

Workshop
Mit pfiffigen Ideen und weniger Aufwand mehr erreichen (30./31. März 2007)
Aktions-, Medien- und Veranstaltungsideen für eine kommunikativere und wirksamere Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.
Trainer: Wolfgang Nafroth (Deutschland)

Workshop
Gemeindezeitungen effektiv planen
(25. April 2007, 4. April 2008)
„Eine schöne Zeitung ist das Spiegelbild einer gut funktionierenden Gemeinde". Oftmals stellt eine Zeitung das einzige Repräsentations- und Kommunikationsmittel einer Gemeinde für ihre Bürgerinnen und Bürger dar.
Trainer: Franz Josef Gangelmayer (Wien)

Workshop
Grundzüge zeitgemäßen Layouts für kommunale Medien (22. Mai 2007)
Grundlagen der Typografie, Bildwahl und -bearbeitung, Farbeinsetzung, Gestaltungselemente
Trainer: Franz Josef Gangelmayer (Wien)

Kommunalpolitischer Austausch
(19. Oktober 2007)
Mit diesem Angebot für Kommunalpolitiker sollen spezifische kommunalpolitische Themen behandelt und aufbereitet werden und letztendlich auch der gegenseitige Austausch unter den kommunal-politischen Profis gefördert werden, wobei vor allem den Befindlichkeiten in den Bezirkshauptstädten Rechnung getragen werden soll.
Im Oktober 2007 fand ein sehr erfolgreicher Austausch zwischen der Steiermark und Niederösterreich statt.

Workshop
Sponsoring & Fundraising für den politischen Bereich. Wie beide Seiten davon profitieren!
(16. Nov. 2007/25. Sept. 2008)
In vielen Bereichen der politischen Arbeit ist man auf die Unterstützung und Mithilfe von Kooperationspartnern angewiesen. Fundraising

und Sponsoring müssen gut geplant und strategisch durchdacht sein, wenn man langfristig Erfolg haben will. Erlernen der Erstellung von Sponsoringkonzepten und Datenbanken sowie strategischer Prozessplanung.
Trainer: DDr. Elmar Kickinger (Wien)

Workshop
Effiziente und schnelle Meetings
(30. Nov. 2007/13. Nov. 2008)
Dieses Seminar setzte sich mit den grundlegenden Methoden von Sitzungsführung und Sitzungsverhalten auseinander und vermittelt Tipps und Tricks für produktive(re) Sitzungen.
Trainer: Mag. Simon Varga (Wien)

Workshop
Einfach (doch) gewinnen! Organisation von Wahlbewegungen für Kommunalpolitiker/innen (6. Februar 2008)
Gute Planung und Konzeption geben Sicherheit und in der heißen Phase einer Wahlbewegung Luft, auf Unerwartetes adäquat reagieren zu können.
Trainer: Alexander Dittrich (Salzburg)

Workshop
Richtige Öffentlichkeitsarbeit für Ihre Gemeinde (29. Februar 2008)
Wer den Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit gewinnen will, muss auch auf kommunaler Ebene professionelle Öffentlichkeitsarbeit betreiben.
Trainer: Franz Josef Gangelmayer (Wien)

Workshop
Killerphrasen killen (12. März 2008/4. September 2008)
Erkennen und Aufdecken von Killerphrasen, mit der richtigen Strategie der eigenen Sprachlosigkeit wirksam entgegenwirken.
Trainer: Mag. Stefan Gössler (Klagenfurt)

Workshop
Erfolgreiche Online-Kommunikation
(17. April 2008)
Die Qualität der eigenen Online-Texte verbessern, die eigenen Websites oder Newsletter interessanter und übersichtlicher gestalten.
Trainer: Mag. Richtie Pettauer (Wien)

Workshop
Aktionismus im Wahlkampf
(25. April 2008)
Um in der Medienlandschaft von heute Wahrnehmung zu erreichen, ist es notwendig, Aufmerksamkeit abseits des klassischen Verteilens und Infostandes zu erzielen.
Trainer: Ing. Mag. Peter Sittler (Wien)

Workshop
Wie lukriere ich EU-Förderungen?
(7. Mai 2008)
Überblick über die wichtigsten EU-Programme und darüber, wie man die Programme und ihre Spielregeln kennenlernen und nutzen kann.
Trainer: WHR Mag. Georg Schachinger (Burgenland)

Workshop
Modernes Layout für Ihre Zeitung
(6. Juni 2008)
Eine ansprechende Zeitungsgestaltung ist mindestens genauso wichtig wie ein guter Text. Vermittlung der Grundlagen von Typografie, Bildauswahl und -bearbeitung, Farbeinsetzung und allgemeinen Gestaltungselementen.
Trainer: Franz Josef Gangelmayer (Wien)

Workshop
Social Web – Ein Streifzug durch aktuelle Entwicklungen im Web
(17. Oktober 2008)
Social Web oder Web 2.0 ist ein Überbegriff für eine Reihe von neuen interaktiven Techniken und Diensten im Internet. Darunter fallen Begriffe wie Blogs, Wikis, Second Life usw. Dieses Seminar gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklungen im Bereich Social Web und zeigt auf, welchen Wettbewerbsvorteil der Umgang mit neuen Technologien bringen kann.
Trainer: MMag. Michael Schuster (Wien)

Workshop
Meine Gemeinde als europäischer Partner (28. November 2008)
Wie funktioniert die Europäische Union? Welche Einflussmöglichkeiten gibt es, Gemeindeinteressen in Europa einzubringen? Was kann man als Kommunalpolitiker tun, um die Chancen der EU für seine Gemeinde zu nutzen?
Trainer: Dr. Karl Staudinger (Niederösterreich)

3. POLITICAL VISITS/ STUDIENREISEN

Kommunalpolitisches Seminar Kroatien

10.–12. September 2007, Insel Brac, Kroatien

Die KPV organisierte gemeinsam mit der Politischen Akademie, der Stiftung des kroatischen staatlichen Eides (ZHDZ), der Jarl-Hjalmarson-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung ein dreitägiges internationales Aus-

bildungsmodul für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Kroatien mit Referenten und Experten aus Deutschland, Österreich und Schweden.

Ziel des Projektes war es, die Teilnehmer mit modernen Werkzeugen kommunalpolitischer Arbeit vertraut zu machen. Anhand von praxisbezogenen Beispielen wurden Know-how und Kompetenzen vermittelt, die für eine erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit notwendig sind. Weitere Aspekte waren die Vermittlung der Zusammenhänge zwischen kommunaler und europäischer Ebene sowie die bi- und multinationale Vernetzung der Teilnehmer.

Seminarleiter: Dr. Günther Dill (Deutschland), Christian Passin (Wien)

v.l.n.r. Christian Passin, Siegfried Torta, Bozo Biskupic, Günther Dill, Peter Danich, Srecko Prusina, Erik Kroiher

Political Visit: Bulgarien, unser neuer europäischer Nachbar
Kommunalpolitische Studienreise 17. bis 24. September 2007

Das Ziel dieser Political Visit bestand darin, mit Bulgarischen Bürgermeistern und Lokalpolitikern einen Austausch über die aktuellen Entwicklungen der Städte und Gemeinden nach dem EU-Beitritt zu führen, aber auch um sich mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vertraut zu machen.

Begegnungen und Erfahrungsaustausch in den Städten: Sofia, Plovdiv, Veliko Tarnovo, Burgas, Nessebar und Varna.

Gesprächspartner und Referenten: Handelsdelegierter Dr. Michael Angerer (Sofia), Borislav Borislavov (Sofia), Bürgermeister General Boyko Borisov (Sofia), Botschafter Dr. Karl Diem (Sofia), Dimo Gyaurov (Varna), Antoaneta Hristova (Sofia), KAS-Außenstellenleiter Ralf Jaksch (Sofia), Bürgermeister Kiril Jordanov (Varna), Nikolay Karaivaniv (Plovdiv), Gemeinderatsvorsitzender Vladimir Kissiov (Sofia), Maria Kospartova (Sofia), Svilen Kraichev (Varna), Dimitar Nikolov (Burgas), Bürgermeister Dr. Ruman Raschev (Veliko Tarnovo), Ministerpräsident a.D. Simeon Sakskoburggotski (Sofia), Latchezar Toschev (Sofia), Bürgermeister Dr. Ivan Tschomakov (Plovdiv), Tsvetan Tsvertanov (Sofia), Ivelina Vassileva (Burgas), Botschaftsrat Dr. Alexander Wojda (Sofia), Plamen Yourkoukov (Sofia), Martin Zaimov (Sofia),

Delegationsleitung:
Mag. Peter Danich,
BzR Christian Passin

Die Delegation.

Kommunalpolitische Fact-Finding-Reise „Erfolgreicher Wahlkampf Hamburg"
29. bis 31. Jänner 2008

Die KPV organisierte gemeinsam mit der Politischen Akademie und der ÖVP Wien eine Besuchsreise zu Wahlkampfverantwortlichen der CDU nach Hamburg. An der Reise nahmen Vertreter dieser drei Organisationen teil.

Delegationsleitung:
Mag. Peter Danich

Kommunalpolitisches Seminar Kroatien
November 2008

Die KPV organisierte gemeinsam mit der Politischen Akademie und der Stiftung des kroatischen staatlichen Eides (ZHDZ) bereits zum zweiten Mal ein dreitägiges internationales Ausbildungsmodul für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Kroatien mit Referenten und Experten aus Kroatien und Österreich. Diese vermittelten anhand von praxisbezogenen Beispielen die notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen, die für eine erfolgreichere kommunalpolitische Arbeit erforderlich sind.

Die Delegation im Hamburger Rathaus.

Kommunalpolitische Fact-Finding-Reise „Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina"
3. bis 6. Oktober 2008

Die in den letzten Jahren eingeführten Reformen und die Unterzeichnung des SAA mit der Europäischen Union haben nunmehr auch verstärkt Auswirkungen auf die lokale Ebene. In Vorbereitung zukünftiger und verstärkter Kooperation mit Kommunen in Bosnien und Herzegowina ermöglichte diese Delegationsreise Wiener Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, mit Diplomaten, Medienvertretern, NGO-Vertretern und Kandidaten in Kontakt zu treten, um sich vor Ort aktuell zu orientieren, wie künftige Kooperationen aussehen können.

Delegationsleiter Christian Passin mit Bürgermeisterin Semiha Borovac und Vizebürgermeister Josip Jurisic in Sarajevo

Unser neuer Nachbar Bulgarien – ein Jahr danach
6. bis 9. November 2008
Aufgrund der im Umbruch befindlichen Parteienlandschaft kurz vor den bulgarischen Lokalwahlen im Oktober 2007 fand eine „politische Umwälzung" in den Gemeinden und Städten statt. Eine fünfköpfige Delegation, bestehend aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Political Visit 2007, die in konkrete Kooperationen getreten sind, zogen gemeinsam mit bulgarischen Bürgermeisterkolleg/innen eine aktuelle Bilanz und wurden über die aktuellen Änderungen in der bulgarischen Kommunalpolitik nach dem EU-Beitritt Bulgariens informiert.

4. ONLINE-PROJEKT WWW.GEMEINDEPOLITIK.AT

Für die Zielgruppe der Kommunal- und Stadtpolitiker wurde im Frühjahr 2007 die Internetplattform *www.gemeindepolitik.at* eingerichtet. Mit Jahresende 2007 gab es bereits mehr als 300 registrierte Mitglieder, die sich rege am Informations- und Erfahrungsaustausch auf der Web 2.0 basierten Plattform beteiligen.

Weiters haben die Mitglieder auch die Möglichkeit, rechtliche Fragen an einen Experten zu stellen. Die Beantwortung dieser Fragen erfolgt auf der Internetseite im Bereich „Rechtsauskunft" und ist dadurch auch für alle anderen User ersichtlich und hilfreich.

Das Projekt kommt bei den registrierten Mitgliedern gut an, und die Bewerbung einzelner Beiträge über den Newsletter der Politischen Akademie zeigt nicht zuletzt aufgrund der laufend neuen Registrierungen, dass das Interesse an einem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Österreich gegeben ist.

5. PUBLIKATIONEN DER KPV

- Reader: Bulgarien (in Kooperation mit der Politischen Akademie)
- Wahlkampfrecht von A–Z. 2. Auflage mit Übersicht über die Wahlrechtsreform 2007 (in Kooperation mit der Politischen Akademie und der KPV Steiermark)

6. DIE KPV

Präsident:
Mag. Siegfried Nagl, Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz

Vizepräsident:
Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Geschäftsführer:
Mag. Peter Danich

Sekretariat:
Sabina Schiftar

Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)
Tivoligasse 73, 1120 Wien
http://www.kpv.at

E-Mail: kontakt@kpv.at
Tel. +43-1-814 20-76
Fax +43-1-814 20-22.

Dr. Karl Kummer Institut

Einleitung

Seit seiner Gründung im Jahre 1953 ist das Dr. Karl Kummer Institut vordenkende Institution und Dialogforum für sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen. Ideelles Fundament des Institutes ist die katholische Soziallehre.

Seine Zielsetzungen beruhen, ganz im Sinne seines Gründers, des großen Sozialreformers und Politikers Dr. Karl Kummer, auf dem Ausgleich von Gegensätzen innerhalb der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung mit der Verpflichtung zum Gemeinwohl als oberste Priorität – Zielsetzungen, die in all den Jahren nichts an Aktualität eingebüßt haben.

Gerade in der heutigen politischen Situation, im Spannungsfeld zwischen Globalisierung, Machtkonzentrationen im Finanz- und Wirtschaftsbereich und zunehmendem Rückzug des Staates aus der Wohlfahrt, wird die Kluft zwischen „stark" und „schwach", „arm" und „reich" wieder deutlich größer. Menschliche Lösungen, getragen von Verantwortung und Respekt vor einander, sind gefragt. Ebenso sind Menschen in einer Welt, in der Konsum und oberflächlicher Zeitgeist das Zepter zu führen scheinen, auf der Suche nach Werten, die Orientierung geben.

Dr. Karl Kummer Institut
Verein für Sozial- und Wirtschaftspolitik

Das neue Logo des Dr. Karl Kummer Instituts.

Dr. Karl Kummer

Das Dr. Karl Kummer Institut setzt deshalb mit kritischem Geist starke Impulse für eine von christlichen Idealen getragene Sozial- und Wirtschaftspolitik, die geeignet ist, die Probleme von morgen zu bewältigen. Vorträge, Diskussionen, wissenschaftliche Studien und Publikationen, aber auch die Bildungsarbeit, die das Institut an jungen Menschen leistet, sind dafür wesentliche Eckpfeiler. Das Institut kann dabei auf namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und sozialen Organisationen bauen, die hier ihre geistige Heimat gefunden haben und die Ziele des Institutes in allen Bereichen des öffentlichen Lebens vertreten.

Seit dem Jahr 2004 lädt das Dr. Karl Kummer Institut seine Mitglieder und Interessierte zu Veranstaltungen und Club-Abenden ein. Namhafte Persönlichkeiten unterstützen unsere Bemühungen und geben Einblick in vielfältige Themen. Aus den stets engagierten Diskussionen erwachsen weitere Projekte.

Zu der großen Anzahl an Persönlichkeiten, die die Aktivitäten und Initiativen des Dr. Karl Kummer Instituts unterstützen, zählen: Bernhard Adamec, LAbg. Bürgermeisterin Erika Adensamer, Johannes Adensamer, Univ.-Prof. Dr. Karl Aiginger, Omar Al-Rawi, Univ.-Prof. Dr. Hans Peter Aubauer, Johannes Berchthold, Univ.-Prof. Dr. Gudrun Biffl, Univ.-Prof. Dr. Dieter Binder, KR Egon Blum, Mag. Herbert Böhm, Prof. Dr. Charles Bohatsch, Prof. Dr. Rudolf Bretschneider, Bischof Dr. Michael Bünker, Dir. Dr. Günther Burkert-Dottolo, Monica Culen, Dir. Dr. Günter Danhel, Dr. Peter Danich, Brigitte Dörr, Dir. Mag. Christian Domany, Dr. Manfred Drennig, Dr. Michael Ebner, KR Martin Essl jun., Armin von Eugenius, Univ.-Prof. Dr. Gerda Falkner, Dr. Hubert Feichtlbauer, Abg.z.NR Carina Felzmann, OSR Dir. Karlheinz Fiedler, EU-KOM a.D. BM a.D. Dr. Franz Fischler, Univ.-Prof. Dr. Nikolaus Franke, Univ.-Doz. Dr. Christian Friesl, Mag. Gerald Garber, Dr. Rolf Gleißner, Dr. Jiri Grusa, Michaela Gutmann, Univ.-Prof. Dr. André Habisch, Dr. Dietmar Halper, Dr. Norbert Hartl, Oberstleutnant Wolfgang Haupt, Mag. Markus Heingärtner, Ing. Franz Heuschmidt, Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, Dr. Josef Höchtl, Alexander Hölbl, Prof. KR DDr. Hans Hofinger, Univ.-Prof. Dr. Peter Kampits, Abg.z.NR Univ.-Prof. Dr. Beatrix Karl, Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, Mag. Harald Kaszanits, Lukas Kenner, LH a.D. Waltraud Klasnic, VP KR Karl Klein, Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose, Gerald Knaus, DDr. Fritz König, Botschafter Kornelios Korneliou, Markus Kroiher, DDr. Klaus Küng, Dr. Gudrun Kugler, Mag. Martin Kugler, Susanne Kummer, Jutta Lang, Gov. a.D. Dr. Klaus Liebscher, LH a.D. Mag. Siegfried Ludwig, General a.D. Karl Majcen, Mag. Johannes Mak, LAbg. Mag. Lukas Mandl, Magdalena Matcak, Stephanie Merckens, Veronika Mickel, Patrick Minar, GS DI Hannes Mis-

sethon, BM a.D. Dr. Alois Mock, GS Michaela Mojzis, VK BM Mag. Wilhelm Molterer, NRAbg. Fritz Neugebauer, Dr. Thomas Neumann, Mag. Doris Palz, Generaltruppeninspektor i.R. Horst Pleiner, Univ.-Prof. Dr. Klaus Poier, Dr. Herbert Pribyl, Michael Proschek, Michael Prüller, Dkfm. Peter Püspök, Mag. Christian Raming, CR a.D. Walter Raming, Mag. Alexander Rauner, Bernhard Rebernigg, Prof. DDr. Erich Reiter, Klemens Riedler, Birgit Riess, Vst.Dir. Fritz Rosenbusch, em. Univ.-Prof. Dr.h.c. mult. Herbert Schambeck, Mag. Kurt Schmid, René Schmidpeter, MA, Peter Sittler, DDr. Johannes M. Schnarrer, VP Dr. Norbert Schnedl, Gesandter Dr. Christian Schönenberger, Dkfm. Josef Senel, 2. NRPräs. Dr. Michael Spindelegger, Elisabeth Schrittwieser, DVw.Dr. Ludwig Steiner, Günter Steinlechner, Univ.-Prof. Dr. Juraj Stern, MR Anton Stifter, MR Dr. Anneliese Stoklaska, Dir. Rudolf Taborsky, Abg.z.NR Gabriele Tamandl, Abg.z.NR a.D. Mag. Walter Tancsits, Abg.z.NR a.D. Dr. Josef Taus, Andreas Thonhauser, Dr. Monika Thum-Kraft, Mag. Gerhard Tometschek, CR Dr. Andreas Unterberger, Dr. Mathias Vogl, Mag. Herbert Vytiska, Pater Karl Wallner, StR Norbert Walter, Univ.-Prof. Prälat DDr. Rudolf Weiler, Florian Welzig, Mag. Barbara Wiesinger-Arthold, Dr. Fritz Windhager, Max Wratschgo, Botschafter Selim Yenel, Therese Zankel, DDr. Gottfried Zwerenz.

Neue Führung – die aktuellen Schwerpunkte

Am 23. Juni 2008 kam es bei der Generalversammlung des Dr. Karl Kummer Instituts in Wien zu einem Wechsel des Obmanns. Der Chef der Christgewerkschafter ÖGB-Vizepräsident Dr. Norbert Schnedl folgte dem langjährigen Obmann Dr. Josef Taus nach. Dr. Taus wird dem Dr. Karl Kummer Institut weiterhin als Ehrenobmann zur Verfügung stehen.

Obmann Dr. Schnedl sieht für das Dr. Karl Kummer Institut weiterhin die Aufarbeitung und Umsetzung der Positionen der katholischen Soziallehre und des christlichen Menschenbilds als oberstes Ziel. Für seine Obmannschaft hat er drei Schwerpunkte festgehalten:

1. Die Verteilungsfrage (Sozialsysteme, Vermögensbildung und Marktwirtschaft)
2. Demographie und Generationenverantwortung
3. Öko-soziale Marktwirtschaft

Engere Zusammenarbeit der Kummer Istitute Wien und Steiermark

Das erste konkrete Kooperationsprojekt: Die Publikation Gesellschaft und Politik erscheint seit Herbst 2007 unter gemeinsamer Redaktion, in neuem Design und neuer inhaltlicher Schwerpunktsetzung

Seit 1964 ist „Gesellschaft & Politik" als Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement eine Ideen- und Diskussionsplattform für aktuelle und grundsätzliche Fragen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nun hat das Dr. Karl Kummer Institut Wien sich entschlossen, seine Zeitschrift in Kooperation mit dem Dr. Karl Kummer Institut Steiermark herauszubringen und mit vereinten und gebündelten Kräften wirksame Impulse für aktuelle öffentliche Diskussionen zu setzen. Am Dienstag, den 6. November 2007 wurde die „erste" neue gemeinsame Nummer in den Räumen der Oesterreichischen Nationalbank vorgestellt. Jede Nummer – die Publikation erscheint vierteljährlich – widmet sich einem Schwerpunktthema. Bisherige Themen waren:

Titelbild von Gesellschaft & Politik im neuen Design

- Gesellschaftliche Verantwortung (2007/4)
- Die Neukodifizierung des österreichischen Arbeitsrechts (2008/1)
- Vermögensbildung (2008/2)

Neue Akzente bei der Jugendarbeit: Die Dr. Karl Kummer Jugendakademie

Ziel der Dr. Karl Kummer Jugendakademie (KKI Jugendakademie) ist es, jungen, wertbewussten, christlich geprägten Menschen grundlegende Begriffe der Politik und Wirtschaft näherzubringen. Dadurch sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine solide Basis erhalten, die Mechanismen unserer Welt besser zu verstehen und in weiterer Folge durch Mitwirkung im öffentlichen Leben zum gesellschaftlichen Miteinander im Sinne der christlichen Soziallehre beizutragen.

Die KKI Jugendakademie ist ein einjähriges Fortbildungsprogramm, das in sechs Seminarblöcke unterteilt ist, die jeweils an Wochenenden (Freitagabend bis Sonntagnachmittag) auf das gesamte Studienjahr verteilt stattfinden.

Die Referenten sind ausgewiesene Experten in den jeweiligen Fachgebieten. Die Wissensvermittlung erfolgt durch Vorträge und Erarbeitung

der Themen in Gruppen, Fallbeispielen oder Diskussion. Gespräche mit renommierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verbinden das akademische Wissen mit persönlicher Erfahrung.

Die Veranstaltungsorte sind abwechselnd das Dr. Karl Kummer Institut in Wien und auswärtige Seminarorte. Die Jugendakademie wird in Kooperation mit der [redacted]

Derzeit wird der 3. Jahrgang betreut – insgesamt hat das Dr. Karl Kummer Institut mehr als 30 Jugendakademie-Absolventen.

KKI Projekte 2008/2009:
2030: Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in Österreich

Aktuelle Herausforderungen – Europäischer Vergleich – Möglichkeiten

auszuwählender europäischer Staaten (Nord-, Zentral-, Südeuropa) dar. Weiters ist eine vergleichende Übersicht innovativer Ansätze im Bereich der sozialen Sicherheit, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in einzelnen europäischen Ländern geplant. Hierbei werden insbesondere innovative Policy Mixes der Öffentlichen Hand sowie Ansätze aus der Wirtschaft und Bürgergesellschaft systema-

CHRONIK

2007

April 2007

21. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes in Salzburg

21. Beim Bundesparteitag der ÖVP in Salzburg wird Wilhelm Molterer mit 97 Prozent der Delegiertenstimmen zum Nachfolger von Wolfgang Schüssel als Parteiobmann gewählt. Die Stellvertreter sind Josef Pröll, Elisabeth Zanon, Andrea Kdolsky und Christian Buchmann.

24. BPO VK BM Wilhelm Molterer hielt im Plenum des Nationalrates seine Erklärung zum Doppelbudget 2007/08. Der Nationalrat verabschiedet das Budgetbegleitgesetz 2007.

24. Die Bundesregierung beschließt einen Pendlerzuschlag für Wenigverdiener bis zu 90 Euro, der im Rahmen der Negativsteuer ausbezahlt und ab 2009 wirksam wird.

26. Die ÖVP trauert um Friedrich Fuchs, ehemaliger Bundesrat.

29. Die ÖVP trauert um Franz Raml, ehemaliger Präsident der Landarbeiterkammer.

Mai 2007

1. BPO VK BM Molterer, BM Bartenstein und StS Marek präsentieren am Tag der neuen Arbeit den „Zukunftsplan: Gute Arbeit für Österreich" in Wien

3. Das erste Budget der rot-schwarzen Regierung wird vom Nationalrat mit Koalitionsmehrheit genehmigt.

7. Die Wirtschaft in Europa wird nach Schätzungen der EU-Kommission 2007 um 2,9 Prozent wachsen. Für Österreich rechnet die Brüsseler Behörde heuer mit einem Wirtschaftswachstum von ebenfalls 2,9 Prozent.

9. Die ÖVP feiert den Europatag im „Europacafé" der ÖVP-Bundespartei. „Österreich ist unsere Heimat, Europa unsere Zukunft", betont MEP Othmar Karas, Leiter der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament.

11. Geschäftsführersitzung.

15. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Wirtschaft und Globalisierung in der Perspektivengruppe.

22. Die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft wird bei den Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft stärkste Kraft. Rote, grüne und unabhängige Student/innen der Fachschaftslisten bilden aber eine handlungsfähige Koalition.

23. Beim russisch-österreichischen Wirtschaftsforum werden unter Anwesenheit des russischen Präsidenten Wladimir Putin 35 Investitions- und Kooperationsabkommen mit einem Gesamtvolumen von drei Milliarden Euro unterzeichnet.

24. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Wirtschaft und Globalisierung in der Perspektivengruppe.

24. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Gesundheit in der Perspektivengruppe.

30. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Wirtschaft und Globalisierung in der Perspektivengruppe.

31. BM Ursula Plassnik drängt gemeinsam mit prominenten Teilnehmerinnen an der Nahost-Frauen-Konferenz in Wien auf eine stärkere Einbindung von Frauen bei Konfliktlösungen.

Juni 2007

1. Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt verbessert sich weiter. Erstmals seit sechs Jahren sind in Österreich im Mai 2007 weniger als 200.000 Menschen als arbeitslos vorgemerkt.

4. JVP-BO Silvia Fuhrmann präsentiert das Buch „Die Gerechtigkeitslücke. Generationengerechtigkeit am Prüfstand".

4. Willkommen Steiermark, Bundesländertag in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

5. Die neue Volksanwaltschaft setzt sich aus folgenden Personen zusammen. Peter Kostelka (SPÖ) bleibt im Amt, neu dazu kommen Maria Fekter (ÖVP) und Terezija Stoisits (Die Grünen).

5. Das Wahlrechtspaket passiert den Nationalrat. Damit dauert die Legislaturperiode künftig fünf Jahre, wird die Briefwahl ermöglicht und darf mit 16 gewählt werden. Ebenso beschlossen wird das Klima- und Energiefondsgesetz.

6. Der Nationalrat beschließt eine Verlängerung der „Hacklerregelung", die Langzeitversicherten einen früheren Pensionsantritt ermöglicht, bis 2010. Außerdem verabschiedet der Nationalrat das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, eine Novelle zum Studienförderungsgesetz 1992, das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007, das Hausbetreuungsgesetz (Gewerbeordnung 1994) und eine Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz.

11. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes.

13. Die Regierung einigt sich auf ihr Modell für die 24-Stunden-Pflege. Demnach gilt die Amnestie für den Einsatz illegal beschäftigter Pfleger bis Jahresende.

13. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Wirtschaft und Globalisierung in der Perspektivengruppe.

14. Die ÖVP trauert um Kurt Waldheim. Der letzte noch lebende Altbundespräsident stirbt im Kreis seiner Familie. In einer Art schriftlichem Vermächtnis bittet er posthum seine politischen Gegner um Versöhnung.

14. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Lebensräume in der Perspektivengruppe.

15. Geschäftsführersitzung.

22. Nach der Erbschaftssteuer kippt der Verfassungsgerichtshof auch die Schenkungssteuer.

23. Nach langen Verhandlungen einigen sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel auf den Rahmen für einen neuen Reformvertrag (Vertrag von Lissabon).

25. „Wozu brauchen wir Parteien" – Öffentliche Veranstaltung der Perspektivengruppe mit Josef Pröll, dem Schweizer Minister Moritz Leuenberger und dem Politologen Peter Filzmaier.

28. ÖVP-Regierungsklausur im Hermann-Nietsch-Museum in Mistelbach.

28. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Wirtschaft und Globalisierung in der Perspektivengruppe.

Juli 2007

3. Der Eurofighter-Untersuchungsausschuss wird mit der Mehrheit von SPÖ und ÖVP für beendet erklärt. Der Abschlussbericht enthält im Wesentlichen nur technische Details über den Ablauf.

3. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Arbeit in der Perspektivengruppe mit BM Josef Pröll und dem luxemburgischen Arbeitsminister Francois Biltgen.

5. Der Nationalrat erlässt das Tiertransportgesetz und ändert das Tierschutz- und Tierseuchengesetz. Außerdem beschließt er das Marktordnungsgesetz 2007 und das Agrarrechtsänderungsgesetz 2007.

9. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Frauen in der Perspektivengruppe.

13. Geschäftsführersitzung.

14. Sommertreffen des ÖVP-Regierungsteams in Gars am Kamp.

16. GS Abg.z.NR Hannes Missethon und BGF Michaela Mojzis präsentieren die ÖVP-Sommerkampagne „Österreich erfahren".

28. Die ÖVP trauert um Leopold Maderthaner, ehemaliger Wirtschaftskammerpräsident.

30. Auftaktveranstaltung der ÖVP-Sommertour „Österreich erfahren" am Bodensee. Die Radtour führt bis 8. August durch ganz Österreich.

August 2007

8. Ende der Sommertour und Abschlussveranstaltung in Neusiedl am See.

8. Beim Sommer-Ministerrat stellen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und BPO VK BM Wilhelm Molterer (ÖVP) klar, dass erst 2010 eine steuerliche Entlastung kommen werde.

9. Der Eurofighter-Konzern verkündet eine Reduktion der Gegengeschäfte, nachdem Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) eine geringere Stückzahl von Flugzeugen ausverhandelt hatte.

12./13. BM Ursula Plassnik beim „Salzburger Trilog 2007", der unter dem Motto „Gelingen und Grenzen Interreligiöser Verständigung" in Salzburg stattfindet.

16. Unter dem Generalthema „Emergence – Die Entstehung von Neuem" findet das 63. Europäische Forum Alpbach von 16. August bis 1. September statt.

26. Die ÖVP trauert um Alois Schwarz, ehemaliger Bürgermeister von Eisenstadt.

September 2007

7. Papst Benedikt XVI. startet seine dreitägige Österreichreise. Der Papst besucht neben Wien auch Mariazell (850-Jahr-Feier) und Stift Heiligenkreuz.

8. Die ÖVP trauert um Wilhelm Aberer, ehemaliger Seniorenbundobmann von Vorarlberg.

13. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Generationengerechtigkeit in der Perspektivengruppe.

15./16. Traditionelles Erntedankfest des Bauernbundes am Heldenplatz unter dem Motto „So schmeckt Österreich" mit Bauernbundpräsident Fritz Grillitsch und BPO VK BM Wilhelm Molterer

21. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Umwelt und Lebensqualität in der Perspektivengruppe.

21. Geschäftsführersitzung.

26. Öffentliche Veranstaltung der Impulsgruppe Familie und Kinder in der Perspektivengruppe.

27. Bund, Länder und Gemeinden einigen sich auf den Finanzausgleich. Verbunden mit der Verständigung sind unter anderem die Finanzierung des 24-Stunden-Pflegemodells und die Mindestsicherung.

29. ÖVP-Chef VK BM Mag. Wilhelm Molterer gibt beim Bundestag der Jungen ÖVP bekannt, dass er für die Volkspartei als Kanzlerkandidat in die nächste Nationalratswahl gehen will.

Oktober 2007

1. Präsentation des ÖVP-Perspektivenpapiers von BM Josef Pröll in Wien. Darin wird ein Ja der Volkspartei zur Einführung einer eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle, die Forderung nach einem Familiensteuersplitting sowie die Überlegung, ein Mehrheitswahlrecht zu etablieren, gefordert.

7. Die Gemeinderatswahl im Burgenland bringt der SPÖ (47,7Prozent) leichte Verluste, die ÖVP (43,1Prozent) baut ebenfalls ein wenig ab, erobert aber mehr Bürgermeistersessel von den Sozialdemokraten als umgekehrt. Die FPÖ leidet unter den abgespaltenen Freien Bürgerlisten und nimmt deutlich ab.

13. Fritz Neugebauer wird von 89 Prozent der Delegierten als ÖAAB-Obmann wiederbestellt.

16. Willkommen Niederösterreich, Bundesländertag in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

17. Der Nationalrat segnet die Neuregelung des Kinderbetreuungsgeldes ab. Der Bezug wird flexibler, außerdem wird die Zuverdienstgrenze angehoben.

17. Die Quotenzulassung an den österreichischen Medizin-Unis bleibt bis auf Weiteres unberührt. Die EU legt ihr Vertragsverletzungsverfahren für fünf Jahre auf Eis.

17. Innenminister Günther Platter (ÖVP) und Justizministerin Maria Berger (SPÖ) einigen sich auf die Einführung eines neuen Instruments der Terrorbekämpfung: die Online-Fahndung.

31. Der Ministerrat beschließt die Deckelung der jährlichen Rezeptgebühren mit zwei Prozent des Nettoeinkommens und eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,15 Prozent.

November 2007

4. Die ÖVP trauert um Eva Petrik, ehemalige Landtagsabgeordnete in Wien.

5. SPÖ und ÖVP einigen sich auf Reformierung des Schulwesens. Stichwort: „Neue Mittelschule". Bestehende Gymnasien sollen nicht aufgelöst, sondern weitergeführt werden. Die Wahlfreiheit zwischen Gymnasium und Hauptschule bleibt erhalten.

7. Der Ministerrat beschließt die Einführung eines Asylgerichtshofs, gleichzeitig wird der Instanzenzug im Asylverfahren reformiert, um dessen Beschleunigung zu erreichen. Mit dem ebenfalls von der Regierung abgesegneten „Haftentlastungspaket" werden bedingte Entlassungen erleichtert.

7. Willkommen Oberösterreich, Bundesländertag in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

9. Geschäftsführersitzung.

13. Regierung und Seniorenvertreter einigen sich auf die Pensionserhöhung 2008. Statt wie ursprünglich errechnet 1,7 Prozent gibt es sozial gestaffelt bis zu 2,9 Prozent mehr.

19. Die ÖVP trauert um Karl Klein, ehemaliger FCG-Vorsitzender und ÖGB-Vizepräsident.

19. Schülerunionsobfrau Martina Kaufmann, Elternvertreterin Maria Smahel und Lehrervertreter Eckehard Quin haben das Manifest „Gegen Gewalt an Schulen" unterzeichnet. Unterstützt werden sie dabei von BPO VK BM Mag. Wilhelm Molterer.

22. ÖVP und SPÖ einigen sich zum Thema Asylgerichtshof. Dieser ist nun zweite und letzte Instanz bei der Entscheidung im Asylverfahren.

30. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes.

Dezember 2007

1. Regierung und öffentlicher Dienst einigen sich auf das Gehaltsplus 2008. Die Beamtengehälter steigen um 2,7 Prozent, dazu kommen 175 Euro Einmahlzahlung.

4. Der Nationalrat beschließt die Änderung des Tierschutzgesetzes.

4. Willkommen Advent, Veranstaltung in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

5. Im Nationalrat wird die Errichtung eines Asylgerichtshofs beschlossen, der im Juli 2008 seine Arbeit aufnehmen soll. Mit dem gleichzeitig verabschiedeten Verfassungspaket werden die Kammern und de facto auch die Pflichtmitgliedschaft in ihnen in der Verfassung verankert.

6. Der Nationalrat beschließt das Finanzausgleichsgesetz 2008 und das neue Sicherheitspolizeigesetz. Es erleichtert unter anderem die Handy-Peilung für die Exekutive.

7. Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) erhöht für sein Bundesland die Pflegeförderungen. Vorarlberg zieht nach.

7. Geschäftsführersitzung.

18. Präsentation der Plattform „menschlich handeln" im Wiener Kinderschutzzentrum „die möwe" durch BPO VK BM Wilhelm Molterer, BGF Michaela Mojzis und der Schirmherrin des Projekts, der Salzburger Landesrätin Doraja Eberle.

20. In der Nacht zum 21. Dezember fallen mit der Erweiterung des Schengen-Raumes die österreichischen Grenzkontrollen zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien weg.

2008

Jänner 2008

1. BR Helmut Kritzinger übernimmt den Vorsitz im Bundesrat.

7. ÖVP-Regierungsklausur, Villa Aurora, Wien
13. Die ÖVP trauert um Walter Zimper, Landesparteisekretär Niederösterreich.

14. Die ÖVP trauert um Vincenz Liechtenstein, ehemaliger steirischer Bundesrat und Nationalratsabgeordneter.

17. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes in Gmunden, Oberösterreich.

17./18. Der ÖVP-Jahresauftakt findet unter dem Motto „Österreich. Menschlich. Modern." in Gmunden in Oberösterreich statt. Die ÖVP präsentierte dabei ihre Schwerpunkte für 2008: Arbeit, Bildung, Europa, Familie und Sicherheit.

20. Bei der Gemeinderatswahl in Graz kann die ÖVP auf 38,4 Prozent zulegen, die SPÖ verliert und erreicht 19,7 Prozent der Wählerstimmen. Die KPÖ muss empfindliche Einbußen hin-

nehmen und erhält 11,2 Prozent der Stimmen, die Grünen erreichen 14,6 Prozent, die FPÖ 10,8 Prozent und das BZÖ 4,3 Prozent der Stimmenanteile.

24./25. GS Abg.z.NR Hannes Missethon und BGF Michaela Mojzis laden ein zur ÖVP-Teamkonferenz in der Politischen Akademie in Wien. Neben interessanten Referaten wurden aufschlussreiche Arbeitskreise zu

wichtigen Aspekten der politischen Zusammenarbeit angeboten.

30. Der Nationalrat beschließt das Pflege-Verfassungsgesetz.

Februar 2008

1. LH a.D. Waltraud Klasnic wird zur Vorsitzenden des Dachverbands Hospiz Österreich bestellt.

1. Geschäftsführersitzung.

7. GS Abg.z.NR Hannes Missethon und BGF Michaela Mojzis gratulieren Dr. Franz Schausberger zu seiner Wiederwahl zum EVP-Vizepräsidenten im Ausschuss der Regionen.
6. BM Martin Bartenstein und StS Christine Marek bei der Verleihung des Staatspreises für Innovation im Museumsquartier in Wien.

14. Start der Diskussionsserie „Wilhelm Molterer im Gespräch" in Schönbrunn, Wien.

18. BM Ursula Plassnik bei der Eröffnung des Symposiums „Women in Armed Conflicts" in der Landesverteidigungsakademie in Wien.

20. Die Bundesregierung hat beschlossen, BP Heinz Fischer die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo vorzuschlagen.

28. BM Ursula Plassnik informiert den Rat für Integrations- und Außenpolitik (RIA) darüber, dass sie das Schreiben zur formellen Anerkennung der Republik Kosovo durch Österreich unterzeichnet und an Pristina gesandt hat.

März 2008

2. BM Martin Bartenstein begleitet eine Wirtschaftsdelegation nach Südostasien. Die Mission dauert bis 7. März.
6. „Wilhelm Molterer im Gespräch" in Hartberg, Steiermark.

9. Die Landtagswahl in Niederösterreich bringt einen fulminanten Erfolg für die ÖVP und Landeshauptmann Erwin Pröll. Die ÖVP erreicht 54,4 Prozent, die SPÖ 25,5 Prozent, die FPÖ kommt auf 10,5 Prozent, die Grünen erhalten 6,9 Prozent Zustimmung.

11. Willkommen Wien, Bundesländertag in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

12. Bundesversammlung anlässlich der Gedenkveranstaltung im Parlament zum 70. Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich mit Ansprachen von der NR-Präsidentin Barbara Prammer, BR-Vorsitzenden Helmut Kritzinger, BPO VK BM Wilhelm Molterer, BK Alfred Gusenbauer und BP Heinz Fischer. Der Ministerrat beschließt das „Simon-Wiesenthal-Zentrum".

22. Die ÖVP trauert um Fritz Heiss, ehemaliger Präsident der Industriellenvereinigung in Tirol.

25. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes.

27. „Wilhelm Molterer im Gespräch" in Poysdorf, Niederösterreich.

27. Verleihung des „Liese-Prokop-Preises" im Palais Niederösterreich in Wien.

28. ÖVP-Wirtschaftskonferenz im Strabag-Haus, Wien.

April 2008

4. GS Abg.z.NR Hannes Missethon startet unter dem Motto „Anpacken für Österreich" seine „Hacklertour", um in verschiedenen österreichischen Betrieben mitzuarbeiten. Die Tour dauert bis 21. April.

8. Willkommen Salzburg, Bundesländertag in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

8. „Österreich Ent-Decken" – Öffentliche Veranstaltung anlässlich der Ratifizierung des EU-Reformvertrags von Lissabon im Museumsquartier, Wien.

9. Der Nationalrat ratifiziert den Reformvertrag der EU (Vertrag von Lissabon). Die Mandatare von SPÖ, ÖVP und Grünen gaben in namentlicher Abstimmung und in Anwesenheit von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und Außenmi-

nisterin Ursula Plassnik (ÖVP) ihre Zustimmung.

10. Der Nationalrat beschließt das Behinderteneinstellungsgesetz und Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz.

17. „Wilhelm Molterer im Gespräch" in Mürzzuschlag (Steiermark).

18. Landesgeschäftsführersitzung.

21. GS Abg.z.NR Hannes Missethon beendet seine „Hacklertour" quer durch Österreich.

24. „Wilhelm Molterer im Gespräch" in Wolfsberg (Kärnten).

25. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes.

26. Das ÖVP-„Mitmachen-Team" nimmt beim Friedenslauf in Wien teil.

28. GS Abg.z.NR Hannes Missethon und BGF Michaela Mojzis laden ein zum „Leobner Abend" in der ÖVP-Bundesparteizentrale in Wien.

Mai 2008

1. Unter dem Motto „Anpacken für Österreich" präsentiert GS Abg.z.NR Hannes Missethon am Tag der neuen Arbeit in der Firma Impresa in Wien die Ergebnisse seiner Erfahrungen von der „Hacklertour" quer durch Österreich.

9. Die ÖVP feiert den Europatag mit einem Europafest unter dem Motto „Ein starkes Österreich in Europa" und präsentiert die Europa-Plattform *www.oeropa.at* in der Remise in Wien.

15. BPO VK BM Wilhelm Molterer hält seine Rede zur Lage der Nation in der Hofburg in Wien.

15. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes.

16. Europa-Dialog mit Ministerpräsident a. D. Mikuláfi Dzurinda und ÖVP-Klubobmann Wolfgang Schüssel im Haus der Musik in Wien.

16. Geschäftsführersitzung.

29./30. Europäischer Seniorenkongress auf der Politischen Akademie in Wien.

30. ÖVP-Regierungsklausur im Festsaal Mariabrunn in Wien/Hadersdorf-Weidlingau.

Juni 2008

2. BPO VK BM Wilhelm Molterer nimmt an den Feierlichkeiten zu „10 Jahre Europäische Zentralbank (EZB)" in Frankfurt teil.

5. Der Nationalrat beschließt das Berufsausbildungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz.

6. Der Nationalrat beschließt das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2008 und das Schenkungsmeldegesetz 2008.

7./29. Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz.

8. Die Landtagswahl in Tirol brachte einen Erdrutschsieg für das Bürgerforum Tirol unter der Führung von Fritz Dinkhauser, der auf Anhieb 18,3 Prozent der Stimmen erreichte. Die ÖVP kommt auf 40,5 Prozent, die SPÖ 15,6 Prozent, die Grünen erhalten 10,4 Prozent und die FPÖ 12,7 Prozent.

9. Eröffnung der Ausstellung „Verschwimmende Grenzen" in der ÖVP-Bundespartei, Wien.

23. Die Tiroler Volkspartei entscheidet, dass BM Günther Platter der nächste Tiroler Landeshauptmann werden soll. Er löst damit Landeshauptmann Herwig van Staa ab.

27. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes. Der Bundesparteivorstand fasst den einstimmigen Beschluss, Maria Fekter als Innenministerin zu ernennen.
27. Die ÖVP trauert um Wilhelm Mohaupt, ehemaliger Generalsekretär des Seniorenbunds.

27. Die ÖVP trauert um Walter Paul, Funktionär im Seniorenbund.

Juli 2008

1. BR Jürgen Weiss übernimmt den Vorsitz im Bundesrat.

3. „Wilhelm Molterer im Gespräch" in Hallein (Salzburg).

4. Geschäftsführersitzung.

7. BPO VK BM Wilhelm Molterer brachte mit seinem Ausspruch „Es reicht" die innenpolitische Lage auf den Punkt. Er plädierte für möglichst

rasche Neuwahlen, da „eine gute Arbeit in dieser Bundesregierung nicht mehr möglich ist".

7. ÖVP-Klubheuriger im Museum für Angewandte Kunst (MAK) in Wien.

8. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes. Der ÖVP-Bundesparteivorstand hat mit breiter Mehrheit dem Antrag für Neuwahlen zugestimmt.

8. Der Nationalrat beschließt die 2. Ökostromgesetz-Novelle 2008, die Änderung des Anti-Doping-Bundesgesetzes 2007 und die Änderung des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes.

9. Der Nationalrat beschließt die Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Bundesbehindertengesetzes sowie eine Novelle zum Suchtmittelgesetz. Außerdem beschließt der Nationalrat die Änderung des Tabakgesetzes zur Stärkung des Nichtraucherschutzes.

11. Geschäftsführersitzung.

15. Start der ÖVP-Ministertour „ÖVP. Mitten im Leben" durch Österreich. Die Tour der Bundesminister dauert bis zum Wahlkampfabschluss am 28. September.

22. BPO-Stv. Elisabeth Zanon kündigt ihren Rückzug aus allen politischen Ämtern an.

22. Geschäftsführersitzung.

29. Die ÖVP trauert um Michael Graff, ehemaliger ÖVP-Generalsekretär.

29. Eröffnung des ÖVP-Wahlkampfbüros, Lange Gasse, Wien.

August 2008

5. GS Abg.z.NR Hannes Missethon präsentiert die ÖVP-Sommerplakate zur Nationalratswahl 2008. Gleichzeitig erfolgten der Start der ÖVP-Kampagnenseite im Internet sowie die Präsentation der persönlichen Webseite von BPO Wilhelm Molterer.

5. Geschäftsführersitzung.

7. Arbeitstreffen von BPO VK BM Wilhelm Molterer mit den ÖVP-Landeschefs auf der ÖVP-Landeshauptleutekonferenz am Kahlenberg in Wien.

14. „Wahrnehmung und Entscheidung" lautet das Generalthema des 64. Europäischen Forums Alpbach, das vom 14. bis 30. August stattfindet.

14. BM Ursula Plassnik bei der Eröffnung des „Salzburger Trilog 2008" mit dem Thema „Globale Visionen – Sprechen wir eine gemeinsame Sprache?" in Salzburg. Die Veranstaltung dauert bis 16. August.

19. Bundesleiterin der ÖVP-Frauen Maria Rauch Kallat präsentiert das 10-Punkte-Programm der ÖVP-Frauen zur Nationalratswahl 2008.

19. Präsentation der ÖVP-Jugendkampagne zur Nationalratswahl 2008 unter dem Motto „no bubbles! no troubles!" durch ÖVP-Jugend BO Silvia Fuhrmann und GS Abg.z.NR Hannes Missethon.

21. BPO-Stellvertreterin und BM Andrea Kdolsky stellt klar, dass sie weder auf einer Liste für den Nationalrat kandidieren werde noch in der nächsten Regierung als Bundesministerin zur Verfügung stehen werde. Bis zur Angelobung einer neuen Regierung werde sie ihre politische Tätigkeit mit größter Sorgfalt und vollem Einsatz fortführen.

26. GS Abg.z.NR Hannes Missethon präsentiert die zweite Serie der Wahlplakate für die Nationalratswahl 2008 gemeinsam mit BM Maria Fekter.

27. Geschäftsführersitzung.

27. Präsentation des ÖVP-Wirtschaftsprogramms durch BPO VK BM Wilhelm Molterer und BM Martin Bartenstein beim Europäischen Forum Alpbach.

29. Die Junge ÖVP startet bei ihrem Auftakt in Linz in den Wahlkampf. BO Abg.z.NR Silvia Fuhrmann konnte neben dem ÖVP-Spitzenkandidaten BPO VK BM Wilhelm Molterer zahlreiche weitere Ehrengäste begrüßen, darunter auch ÖVP-GS Hannes Missethon und MEP Othmar Karas.

September 2008

1. Präsentation des ÖVP-Wahlprogramms unter dem Motto „Neustart für Österreich" durch BPO VK BM Wilhelm Molterer und sein Team im Café di Gio in Wien.

1. Familienfest der ÖVP-Frauen in Wien.

5. Offizieller ÖVP-Wahlkampfauftakt in der Helmut-List-Halle in Graz. BPO VK BM Wilhelm Molterer, LH-Stv. LPO Hermann Schützenhöfer und Bürgermeister Siegfried Nagl halten Ansprachen.

5. Geschäftsführersitzung.

6./7. Traditionelles Erntedankfest des Bauernbundes auf dem Heldenplatz in Wien unter dem Motto „Lust aufs Land" mit Bauernbundpräsident Fritz Grillitsch und BPO VK BM Wilhelm Molterer.

8. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes und anschließende Präsentation der Spitzenkandidaten der ÖVP-Bundesliste zur Nationalratswahl 2008. Zudem stellten BPO VK BM Wilhelm Molterer und BM Josef Pröll die Idee des Bürgervertrages, der im Bundesparteivorstand einstimmig beschlossen wurde, vor. Der Bürgervertrag beruht auf dem Wunsch der ÖVP, einen neuen Dialog mit den Bürgern in Österreich zu führen.

10. GS Abg.z.NR Hannes Missethon präsentiert die dritte Welle der Wahlplakate für die Nationalratswahl 2008.

20. ÖVP-Wirtschaftsgipfel mit BPO VK BM Wilhelm Molterer und BK Angela Merkel im Design Center Linz. Unter den Teilnehmern befanden sich u.a. BM Martin Bartenstein, LH Josef Pühringer und WK-Präsident Christoph Leitl.

23. Die in diesem Jahr von Ingrid Thurnher moderierten TV-Duelle vor der Wahl gehen mit der Auseinandersetzung von ÖVP-BPO VK BM Wilhelm Molterer und SPÖ-Chef Werner Faymann zu Ende.

24./25. Der Nationalrat beschließt die Änderung des Bundespflegegeldgesetzes, das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2008 (Verlängerung der „Hacklerregelung", vorgezogene Pensionsanpassung), Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (Auszahlung einer 13. Familienbeihilfe) und Änderung des Universitätsgesetzes 2002, des Hochschulgesetzes 2005 und des Studienförderungsgesetzes 1992 (Abschaffung der Studiengebühren).

25. TV-Konfrontation zur Nationalratswahl 2008 mit den Spitzenkandidaten der fünf Parlamentsparteien.

26. ÖVP-Wahlkampfabschluss mit BPO VK BM Wilhelm Molterer und seinem Team in der Akademie der Wissenschaften in Wien.

28. Nationalratswahl 2008. Unter Berücksichtigung sämtlicher Wahlkarten erreicht die SPÖ als stimmenstärkste Partei 29,3 Prozent der Wählerstimmen und 57 Mandate, gefolgt von der ÖVP mit 26 Prozent und 51 Mandaten sowie der FPÖ mit 17,5 Prozent und 34 Mandaten. Das BZÖ kommt auf 10,7 Prozent und 21 Mandate, die Grünen fallen mit 10,4 Prozent und 20 Mandaten auf den fünften Platz zurück. Die Wahlbeteiligung liegt bei 78,8 Prozent, fast fünf Millionen Wählerinnen und Wähler haben ihre Stimme abgegeben. Die konstituierende Sitzung des neugewählten Nationalrats ist für den 28. Oktober in Aussicht genommen.

29. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes. BPO VK BM Wilhelm Molterer gibt nach der verlorenen Nationalratswahl seinen Rücktritt als ÖVP-Parteiobmann bekannt. BM Josef Pröll wird vom Bundesparteivorstand einstimmig zum gf. BPO gewählt.

30. Dankesfest für Mitarbeiter des Wahlkampfes, Mozartplatz, Wien.

Oktober 2008

7. Geschäftsführersitzung.

8. Bundespräsident Heinz Fischer erteilt SPÖ-Chef Werner Faymann den Auftrag zur Regierungsbildung. Davor hatte die Regierung ihre Demissionierung angeboten und war vom Staatsoberhaupt mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte betraut worden.

9. MEP Paul Rübig wird zum EU-Abgeordneten des Jahres 2008 für Forschung und Innovation ausgezeichnet.

14. Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes. Beschlussfassung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ.

20. Gf. BPO Josef Pröll und SPÖ-Chef Werner Faymann verständigen sich darauf, jeweils donnerstags Koalitionsverhandlungen zu führen. ■